

**David Harvey**

**Der neue  
Imperialismus**



**VSA**

David Harvey  
Der neue Imperialismus

*David Harvey*, geb. 1935 in Kent, England, ist Professor für Anthropologie am Graduate Center der City University of New York. Er lehrte an der Oxford University und an der Johns Hopkins University.

David Harvey

# **Der neue Imperialismus**

Aus dem Amerikanischen von Britta Dutke

VSA-Verlag Hamburg

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

© der Originalausgabe (erschien unter dem Titel »The New Imperialism«  
bei Oxford University Press, Oxford 2003): David Harvey.  
© des Nachworts (erschien in der Taschenbuchausgabe bei Oxford University  
Press 2005): David Harvey  
© der deutschsprachigen Übersetzung:  
VSA-Verlag 2005, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Umschlagabbildung: Oxford University Press  
Alle Rechte vorbehalten  
Druck- und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg  
ISBN 3-89965-092-1

# Inhalt

Vorwort .....	7
Kapitel 1 Es geht nur um Öl .....	9
Kapitel 2 Wie Amerikas Macht wuchs .....	33
Kapitel 3 Die Unterjochung des Kapitals .....	89
Kapitel 4 Akkumulation durch Enteignung .....	136
Kapitel 5 Vom Konsens zum Zwang .....	179
Nachwort .....	206
Zum Weiterlesen .....	226
Literatur .....	229



# Vorwort

Die *Clarendon*-Vorträge wurden am 5., 6. und 7. Februar 2003 in der *School of Geography and the Environment* an der Universität Oxford gehalten. Der Zeitpunkt ist nicht unbedeutend. Der Krieg gegen den Irak schien zwar bevorzustehen, sollte aber erst noch beginnen, und es bestand noch die leise Hoffnung, dass er verhindert werden könnte. Diese Hoffnung wurde von den großen weltweiten Demonstrationen bestärkt, bei denen in London und Barcelona etwa eine Million Menschen auf die Straße gingen und beeindruckende Zahlen aus vielen anderen Städten überall auf der Welt gemeldet wurden, darunter auch am 15. Februar in den USA. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen herrschte die Ansicht vor, die Bedrohung durch ein Regime, das alle als barbarisch und despotisch ansahen, könnte durch diplomatische Mittel eingedämmt werden. Trotz dieser Opposition wurde am 20. März auf Geheiß der USA und mit sehr deutlicher Unterstützung durch Großbritannien und Spanien der Militäreinsatz gegen den Irak eingeleitet. Während ich dies schreibe, ist der Ausgang des Krieges, wenn auch in militärischer Hinsicht unzweifelhaft, immer noch ungewiss. Wird er in eine, scheinbare oder echte, koloniale Besatzung münden, ein durch die USA oktroyiertes Regime von Schützlingen oder in eine echte Befreiung?

Einerseits ergaben sich durch diese schnelle Folge von Ereignissen viele Schwierigkeiten für die Konzipierung einer Vortragsreihe zum Thema »neuer Imperialismus«. Andererseits machte gerade die Art dieser Ereignisse und die Bedrohung der globalen Sicherheit in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hinsicht eine gründliche Analyse unbedingt nötig. Daher beschloss ich, so gut ich konnte zu versuchen, unter den Fluss der Dinge an der Oberfläche zu dringen und tieferliegende Strömungen aufzuspüren, die zur historischen Geographie der Welt beigetragen haben und ein wenig erhellen können, warum eine so gefährliche und schwierige Situation entstanden ist.



Bei der Verfolgung dieses Ziels hat es mir sehr geholfen, als Zuhörer in einem einjährigen Seminar zum Thema »Imperialismus« zu sitzen, das von Neil Smith und Omar Dahbour im *Center for Place, Culture and Politics* am *City University of New York Graduate Center* abgehalten wurde. Ich bin Neil, Omar und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern dieses Seminars sehr dankbar für ihre Hilfe bei der Entwicklung vieler meiner Einsichten. Außerdem haben mehrere Kolleginnen und Kollegen im *Anthropology Program* an der CUNY sich frei zu meinem Thema geäußert und ich danke Louise Lennihan, Don Robotham, Ida Susser, Jane Schneider, Talal Assad und insbesondere Michael Blim und den Studierenden, die an unserem gemeinsamen Seminar zu »Land, Arbeit und Kapital« teilgenommen haben, für ihre Beiträge. Ursprünglich kam mir die Idee zu der Art Intervention, wie ich sie hier konstruiere, bei einem Seminar in den Sinn, das ich gemeinsam mit Giovanni Arrighi an der Johns-Hopkins-Universität abhielt. Bei Giovanni stehe ich besonders in der Schuld. Ich bin meinen Kolleginnen und Kollegen an der *Oxford School of Geography* für die Einladung dankbar, an meinen alten Lieblingsort zurückzukehren und diese Vorträge zu einer so passenden Zeit und an einem so passenden Ort zu halten. Insbesondere möchte ich Maria Kaika, Jack Langton und Erik Swyngedouw für ihre herzlichen Willkommensgrüße und ihr intensives Interesse an dem Thema danken. Anne Ashby von der *Oxford University Press* zeigte sich besonders hilfsbereit und wie immer spielte Jan Burke ihre unschätzbare Rolle, mich zum Handeln anzutreiben. Im Lauf der Jahre habe ich viel aus Begegnungen mit anderen gelernt, die viel zu zahlreich sind, um sie hier zu erwähnen. Ich hoffe, ich habe ihre individuellen und kollektiven Einsichten und Kenntnisse in diesen Vorträgen gut genutzt.

D. H.

# Kapitel 1

## Es geht nur um Öl

Meine Absicht ist es, den gegenwärtigen Zustand des globalen Kapitalismus zu betrachten und zu prüfen, welche Rolle ein »neuer« Imperialismus darin möglicherweise spielt. Das tue ich aus der Perspektive der Langfristigkeit und durch die Linse dessen, was ich den historisch-geographischen Materialismus nenne. Ich möchte einige der tiefgreifenden Veränderungen aufdecken, die unterhalb all der oberflächlichen Turbulenzen und Unstetigkeiten stattfinden, und damit das Terrain für die Diskussion öffnen, wie wir unsere heutige Situation am besten interpretieren und auf sie reagieren könnten.

Der längste Zeitabschnitt, den irgendwer von uns tatsächlich erfahren kann, ist natürlich ein Menschenleben. Mein erstes Verständnis der Welt wurde während des Zweiten Weltkriegs und seinen unmittelbaren Nachwirkungen geprägt. Damals hatte der Ausdruck Britisches Empire noch Klang und Bedeutung. Die Welt schien mir offen zu stehen, weil so viele Gebiete auf der Weltkarte rot gefärbt waren, ein Reich, in dem die Sonne nie unterging. Wenn ich noch weitere Beweise für die Besitzverhältnisse brauchte, konnte ich sie in meiner Briefmarkensammlung finden – der Kopf des britischen Monarchen zierte die Briefmarken aus Indien, Sarawak, Rhodesien, Njassaland, Nigeria, Ceylon, Jamaika ... Doch bald musste ich erkennen, dass die britische Macht dahinschwand. Das Empire zerbröckelte in einem erschreckenden Tempo. Großbritannien hatte die Weltmacht an die USA abgetreten, und die Farben auf der Weltkarte änderten sich, während die Geschwindigkeit der Entkolonialisierung zunahm. Die traumatischen Ereignisse der Unabhängigkeit und Teilung Indiens von 1947 bezeichneten den Anfang vom Ende. Zunächst wurde mir zu verstehen gegeben, das Trauma sei ein typisches Beispiel dafür, was geschieht, wenn die »vernünftige« und »faire« britische Herrschaft durch irrationale Leidenschaften der Einheimischen

und den Rückfall in althergebrachte Vorurteile ersetzt wird (ein bemerkenswert hartnäckiges Denkmuster des Weltverständnisses, das nicht auf Großbritannien beschränkt war und ist). Doch mit der zunehmenden Intensität der Kämpfe um die Entkolonialisierung trat auch die dunklere und niederträchtigere Seite der Imperialherrschaft deutlicher zutage. Den Höhepunkt stellte, für mich und viele andere meiner Generation, der englisch-französische Versuch von 1956 dar, den Suezkanal zurückzuerobern. Damals rügten die USA Großbritannien und Frankreich dafür, dass sie auf das Mittel des Krieges zurückgriffen, um mit Nasser ein arabisches Staatsoberhaupt zu stürzen, das in den Augen des Westens ganz genau so bedrohlich und »böse« war, wie Saddam Hussein heute dargestellt wird. Eisenhower zog eine friedliche Politik der Eindämmung einem Krieg vor, und man kann zu Recht sagen, dass das weltweite Ansehen der Führungskraft der USA ebenso jäh anstieg wie das von Großbritannien und Frankreich sank. Nach der Suezkrise fiel es mir schwer, die perfide Seite eines unverhüllt eigennützigem und rapide schwindenden, doch unverkennbar britischen Imperialismus zu bestreiten.

Einem jungen Studenten aus der Bronx, der in den frühen 1960er Jahren nach Oxford kam, stellten sich die Dinge ganz anders dar. Marshall Berman dokumentiert, wie unerträglich er sie fand, diese »matten jungen Männer, die aussahen wie Komparsen aus *Brideshead Revisited*, die in Smokings herumlümmelten (oft in einem Zustand, als hätten sie darin geschlafen) und dahinvegetierten, während ihren Vätern das Britische Empire und die Welt gehörte. Oder zumindest gebärdeten sie sich, als gehörte ihren Vätern die Welt. Ich wusste, wie viel davon in Wirklichkeit nur Gebärde war: das Empire war am Ende; die Kinder seiner herrschenden Klasse lebten von Treuhandfonds, die jedes Jahr weniger wert waren, und würden Firmen erben, die pleite gingen ... ich wusste zumindest, dass ich in der Welt aufstieg.«<sup>1</sup> Ich frage mich, wie er jetzt darüber denkt, wo all diese gescheiterten Firmen des neuen Markts die US-amerikanische Land-

---

<sup>1</sup> M. Berman, »Justice/Just Us: Rap and Social Justice in America«, in: A. Merrifield und E. Swyngedouw (Hrsg.), *The Urbanization of Injustice* (New York: New York University Press, 1997), S. 148.

schaft vershandeln, angesichts der Buchführungsskandale, des katastrophalen Niedergangs an den Börsen, der einen guten Teil der Rentenansprüche vieler Menschen zerstört hat, und plötzlicher streitlustiger Parolen – am auffallendsten die auf der Titelseite des Magazins der *New York Times* vom 5. Januar 2003: »American Empire: Get Used to It« (»Das amerikanische Imperium: Gewöhnt euch dran«).<sup>2</sup> Für mich ist es überaus merkwürdig, während des Niedergangs des einen Imperiums Weltbewusstsein zu erlangen und zum Zeitpunkt einer so öffentlichen Ausrufung der offiziellen Geburt eines anderen ins Pensionsalter zu kommen.

Michael Ignatieff, der Autor des *New York Times*-Artikels, wiederholt eindringlich eine frühere Behauptung (ebenfalls im Magazin der *New York Times*, vom 28. Juli 2002): »Amerikas gesamter Krieg gegen den Terrorismus ist eine Ausübung von Imperialismus. Das mag für Amerikaner, die ihr Land nicht gerne als Imperialmacht sehen, ein Schock sein. Aber wie sollte man die US-amerikanischen Legionen von Soldaten, Spionen und Spezialeinheiten, die den Globus umspannen, sonst nennen?« Die USA, argumentiert er, könnten sich nicht länger auf ein Empire »lite« versteifen oder erwarten, es auf die billige Tour erledigen zu können. Sie sollten bereit sein, eine ernsthaftere und dauerhaftere Rolle zu übernehmen und eine langfristige Politik zu verfolgen, um wichtige Ziele und große Veränderungen zu realisieren. Dass eine *Mainstream*-Publikation den Gedanken eines amerikanischen Imperiums so in den Vordergrund stellt, ist bedeutsam. Und Ignatieff steht mit seinen Forderungen nicht allein. Max Boot, einer der Herausgeber des *Wall Street Journal*, meint, »eine Dosis US-Imperialismus ist vielleicht die beste Reaktion auf den Terrorismus«. Amerika müsse expansiver sein, sagt er: »Afghanistan und andere Länder in Schwierigkeiten schreien nach der Art von aufgeklärter Verwaltung aus dem Ausland, wie selbstsichere Engländer in Jodhpurhosen und Tropenhelmen sie einst stellten.«

---

<sup>2</sup> M. Ignatieff, »The Burden«, *New York Times*, 5. Januar 2003, *Sunday Magazine* S. 22-54, Wiederabdruck als »Empire Lite«, in: *Prospect* (Februar 2003), S. 36-43. Siehe auch ders., »How to Keep Afghanistan from Falling Apart: The Case for a Committed American Imperialism«, *New York Times*, 26. Juli 2002, *Sunday Magazine*, S. 26-58.

Nach dieser so nostalgischen Darstellung ihrer vornehmen imperialistischen Traditionen begannen die Briten auch mitzumischen. Der konservative Historiker Niall Ferguson (dessen Fernsehserie und Begleitbuch auf wahrhaft patriotische Weise nicht nur die heroischen Taten der Erbauer des britischen Imperiums dokumentieren, sondern auch den Frieden, den Reichtum und das Wohlergehen, den das Empire der Welt angeblich brachte) empfiehlt, die USA müssten entschlossener handeln, das Geld herausrücken und »den Übergang von der inoffiziellen zur offiziellen Imperialmacht vollziehen«. Ein »neuer Imperialismus«, so behaupten inzwischen viele, sei bereits im Gange, erfordere aber ein ausdrücklicheres Eingeständnis und ein massiveres Engagement, wenn er eine Pax Americana stiften sollte, die der Welt denselben Nutzen bringen könne wie die Pax Britannica in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.<sup>3</sup>

Zu diesem Engagement ist Präsident Bush offenbar gern bereit, trotz seiner Erklärung in der West Point Rede, »Amerika hat kein Imperium, das es vergrößern und keine Utopie, die es errichten will«. Der 11. September, so schrieb er in einem Leitartikel für die *New York Times* zum Jahrestag der Tragödie, habe die Rolle der Vereinigten Staaten in der Welt klargestellt und großartige Möglichkeiten eröffnet. »Wir werden unsere Position beispielloser Stärke und noch nie da gewesenen Einflusses dazu nutzen, eine Atmosphäre der internationalen Ordnung und Offenheit zu schaffen, in der Fortschritt und Freiheit in vielen Nationen gedeihen können. Eine friedliche Welt wachsender Freiheit dient den langfristigen Interessen Amerikas, spiegelt die dauerhaften amerikanischen Ideale wider und vereint Amerikas Verbündete. ... Wir streben einen gerechten Frieden an«, schrieb er, während er den Krieg vorbereitete, »in dem Unterdrückung, Ressentiments und Armut von der Hoffnung auf Demokratie, Entwicklung, freie Märkte und freien Handel abgelöst werden«, wobei die letzten beiden »ihre Fähigkeit, ganze Gesellschaften aus der Armut zu ziehen, unter Beweis gestellt« hätten. Die USA,

---

<sup>3</sup> Viele dieser Zitate sind praktischerweise zusammengestellt in B. Bowden, »Reinventing Imperialism in the Wake of September 11«, *Alternatives: Turkish Journal of International Relations*, 1/2 (Sommer 2002). Dies ist online zugänglich unter <http://alternatives.journal.fatih.edu.tr/Bowden.htm>.

behauptete er, »werden sich für Mäßigung, Toleranz und die unverhandelbaren Erfordernisse der Menschenwürde einsetzen – Rechtsstaatlichkeit, Beschränkung der Machtbefugnisse des Staates und Respekt für Frauen, Privateigentum, freie Meinungsäußerung und Gleichheit vor dem Gesetz«. Heute, so schloss er, hielte »die Menschheit die Chance in den Händen, den Triumph der Freiheit über all ihre uralten Feinde zu ermöglichen. Die Vereinigten Staaten tragen mit Freude die Verantwortung ihrer Führungsrolle bei dieser großen Mission.« Genau dieselbe Sprache las man in der Vorrede zu dem Dokument zur Nationalen Sicherheitsstrategie, das kurze Zeit später erschien.<sup>4</sup> Das kommt keiner offiziellen Ausrufung eines Imperiums gleich, ist aber ganz sicher eine Erklärung, die nach imperialistischen Absichten riecht.

Es hat viele verschiedene Arten von Reichen gegeben (das römische, das osmanische, das chinesische Kaiserreich, das russische, das sowjetische, Österreich-Ungarn, das napoleonische, das britische, das französische, usw.). Aus diesem bunt zusammengewürfelten Haufen können wir leicht ersehen, dass die Antworten auf die Frage, wie ein Imperium aufgefasst, verwaltet und aktiv aufgebaut werden sollte, stark variieren. Verschiedene und manchmal auch konkurrierende Imperiumsbegriffe können sogar in ein und demselben Raum existieren. Das chinesische Kaiserreich durchlief eine Phase starker Expansion und der Erforschung der Meere, nur um sich plötzlich und mysteriöserweise in sich selbst zurückzuziehen. Der amerikanische Imperialismus schlittert und schlingert seit dem Zweiten Weltkrieg von einem vagen (weil nie diskutierten) Imperiumsbegriff zum anderen. Während Bush, der Jüngere, einen gewissen napoleonischen Impuls an den Tag legt, wenn er auf Bagdad marschieren will und danach vielleicht auf Teheran (wohin, wie einige der Falken in der Regierung anscheinend glauben, »echte Männer« wahrhaft gehören), ähnelte Clintons Ansatz (von der Bush-Regierung interes-

---

<sup>4</sup> G. W. Bush, »Securing Freedom's Triumph«, *New York Times*, 11. September 2002, S. A33. *The National Security Strategy of the United States of America* findet sich auf der Webseite [www.whitehouse.gov/nsc/nss](http://www.whitehouse.gov/nsc/nss). Ignatieff, »The Burden«, eröffnet seine Argumentation (S. 22) mit einer Diskussion von Bushs West Point Rede.

santerweise »feminin« getauft) eher dem des Osmanischen Reichs auf dem Höhepunkt seiner Macht. Stark zentralisiert innerhalb des US-amerikanischen Finanzministeriums, wo Rubin und später Summers die tonangebenden Figuren waren, wurde der *soft power* der Vorzug gegenüber der *hard power* gegeben, und der Rest der Welt wurde mit großer multikultureller Toleranz behandelt. Politik wurde eher auf multilaterale denn auf unilaterale Weise betrieben. Der Aufbau amerikanischer imperialer Macht unter Roosevelt, Truman und Eisenhower bis hin zu Nixon spiegelte dagegen am ehesten den sowjetischen Ansatz der untergeordneten Satellitenstaaten wider, mit dem Unterschied, dass Japan, anders als Ungarn oder Polen, die Freiheit belassen wurde, seine eigene Wirtschaft zu entwickeln, vorausgesetzt, es blieb in politischer und militärischer Hinsicht den US-amerikanischen Wünschen gegenüber willfährig. Das tatsächlich existierende amerikanische Imperium wurde, so legt Ignatieff nahe, nicht in einem Anfall von Geistesabwesenheit erworben (wie die Briten gerne für sich in Anspruch nahmen), sondern in einer Haltung der Selbstverleugnung: Weder durften imperialistische Handlungen auf Seiten der USA als solche benannt werden, noch ließ man zu, dass sie in die innenpolitische Situation hineinspielten. Das war es, was ein »Empire lite« hervorbrachte, anstelle eines Imperiums mit massiven, langfristigen Verpflichtungen.<sup>5</sup>

Innerhalb dessen, was man die »traditionelle Linke« nennen könnte, existiert vielfach die Meinung, die USA seien seit mindestens einem Jahrhundert oder länger eine Imperialmacht. In den 1960er Jahren kursierten übertriebene Analysen des amerikanischen Imperialismus, die sich besonders auf die Rolle der USA in Lateinamerika und Südostasien konzentrierten. Es kam zu heftigen Disputen zwischen den Vertretern der damals neu entwickelten Dependenztheorie (wie Frank) und denjenigen, die eher geneigt waren, Hobson, Hilferding, Lenin, Luxemburg und andere Denker der Jahrhundertwende beim Wort zu nehmen. Und Mao sah den US-amerikanischen

---

<sup>5</sup> In M. W. Doyle, *Empires* (Ithaca, NY: Cornell University Press, 1986), findet sich eine interessante vergleichende Studie über Imperien. Für den Fall der USA siehe auch W. A. Williams, *Der Welt Gesetz und Freiheit geben. Amerikas Sendungsglaube und imperiale Politik* (Hamburg: Junius, 1984).

Imperialismus sicherlich als den primären Widerspruch an, mit dem er fertig werden musste. Aber die Publikation von Hardt und Negris *Empire* (2000) und die Kontroverse darum stellte traditionelle Diskussionen in Frage und legte nahe, dass die linke Opposition überdacht werden müsse in Bezug auf die dezentrale Struktur eines Imperiums, das viele neue (postmoderne) Qualitäten aufweist. Obgleich viele dieser Argumentationsrichtung kritisch gegenüberstanden, begann man innerhalb der Linken zu erkennen, dass die Mächte der Globalisierung (wie man diese auch analysieren mag) eine neuartige Situation schufen, die eine neue Rahmenstruktur für die Analyse erforderlich machte.<sup>6</sup> Die offene Selbstbezeichnung des Imperiums und des Imperialismus von Seiten der Rechten wie auch von Liberalen war daher eine willkommene Bestätigung einer schon lange existenten Tatsache. Gleichzeitig ließ sie aber auch erahnen, dass der Imperialismus nun einen ganz anderen Reiz bekommen könnte. Das eben Beschriebene hat bewirkt, dass die Fragen des Imperiums und des Imperialismus quer durch das politische Spektrum zum Thema offener Diskussionen geworden sind (es ist erwähnenswert, dass die Mainstream-Medien der Arbeit Hardt und Negris Beachtung schenken). Doch daraus ergibt sich dann die weitere Frage: Was, wenn überhaupt, ist an alledem neu?

Ich nähere mich dieser Frage zunächst durch eine Untersuchung aktueller Ereignisse. Die USA haben, unterstützt von Großbritannien, Spanien und Australien und mit dem Einverständnis diverser anderer Staaten, einen Krieg gegen den Irak angefangen. Doch taten sie dies unter dem entschiedenen Widerstand mehrerer traditioneller Verbündeter, vor allem Frankreichs und Deutschlands, sowie lang-

---

<sup>6</sup> Das Thema »neuer Imperialismus« ist von linker Seite angeschnitten worden in L. Panitch, »The New Imperial State«, *New Left Review*, 11/1 (2000), S. 5-20; siehe auch P. Gowan, L. Panitch und M. Shaw, »The State, Globalization and the New Imperialism: A Round Table Discussion«, *Historical Materialism*, 9 (2001), S. 3-38. Andere interessante Kommentare sind J. Petras und H. Veltmeyer, *Globalization Unmasked: Imperialism in the 21st Century* (London: Zed Books, 2001), R. Went, »Globalization in the Perspective of Imperialism«, *Science and Society*, 66/4 (2002/3), S. 473-97; S. Amin, »Imperialism and Globalization«, *Monthly Review* (Juni 2001), S. 1-10; und M. Hardt und A. Negri, *Empire: die neue Weltordnung* (Frankfurt a.M.: Campus, 2002).



jähriger Gegner, vor allem Russlands und Chinas. Überall auf der Welt kam es zu breiten Mobilisierungen gegen den Krieg und viele Menschen fragen sich erstaunt, warum die Bush-Regierung sich auf dieses Vorgehen fixiert hat. Das Beweismaterial legt nahe, dass hier etwas tieferliegendes eine Rolle spielt, es lässt sich aber nur schwer erkennen, was das ist. Diese tieferen Bedeutungen müssen unter einem unglaublichen Schaum aus irreführender oberflächlicher Rhetorik und Desinformation freigelegt werden.

### **Eine Geschichte aus zwei ölproduzierenden Ländern**

Der Putsch, der im April 2002 Präsident Chavez von Venezuela stürzte, stieß in Washington auf große Euphorie. Der neue Präsident – ein Geschäftsmann – wurde sofort anerkannt und man verlieh der Hoffnung Ausdruck, Stabilität und Ordnung würden in das Land zurückkehren und damit die Basis für eine solide künftige Entwicklung schaffen. Der Leitartikel der *New York Times* sprach dieselbe Sprache. Die meisten Menschen in Lateinamerika jedoch erkannten sofort die Handschrift des CIA und erinnerten sich an das, was die Chilenen jetzt ironisch »ihren kleinen 11. September« von 1973 nennen, als der demokratisch gewählte Sozialist Salvador Allende durch einen brutalen Putsch von General Augusto Pinochet gestürzt wurde. Im Archiv des US-Außenministeriums über den Fall existiert ein CIA-Telegramm, das lautet: »Feste und anhaltende politische Absicht ist, dass Allende durch einen Putsch gestürzt werden soll ... Zu diesem Zweck werden wir weiterhin maximalen Druck ausüben und jedes geeignete Mittel einsetzen. Es ist unbedingt erforderlich, dass diese Aktionen geheim und sicher durchgeführt werden, so dass die Beteiligung der Regierung der Vereinigten Staaten und Amerikas verborgen bleiben.«<sup>7</sup> Man kann sich leicht vorstellen, dass ähnliche Telegramme mit Bezug auf Venezuela später einmal die Webseite des Außenministeriums zieren werden.

Der Putsch endete drei Tage später damit, dass Chavez wieder an die Macht kam. Das US-Außenministerium leugnete schlicht jegli-

---

<sup>7</sup> Im Original zitiert in C. Johnson, *Blowback: The Costs and Consequences of American Empire* (New York: Henry Holt, 2000), S. 18.

che vorherige Kenntnis und bezeichnete das Ganze als interne Angelegenheit. Es ließ verlauten, man komme hoffentlich zu einer friedlichen, demokratischen und verfassungsgemäßen Lösung der Schwierigkeiten. Der Leitartikel der *New York Times* folgte diesem Beispiel und fügte lediglich hinzu, da einer der fundamentalen Werte der USA die Unterstützung der Demokratie sei, sei es vielleicht keine so gute Idee, allzu entgegenkommend auf den Sturz einer demokratisch gewählten Regierung, wie unausstehlich auch immer, zu reagieren.

Die Parallele zum Irak, zufällig ebenfalls ein wichtiges Mitglied der OPEC, ist aufschlussreich. Dort haben die USA angeblich ein Interesse an der Errichtung einer Demokratie. Natürlich stürzten sie einst, 1953, den demokratisch gewählten Mossadegh im Iran und inthronisierten den diktatorischen Schah von Persien. Vermutlich sind es also nur bestimmte demokratisch gewählte Regierungen, die toleriert werden. Aber in diesem Fall war die vorgebliche Absicht, den Irak und die ganze Region demokratisieren zu wollen, nichts als eine von unzähligen, oft widersprüchlichen Erklärungen dazu, warum die Bereitwilligkeit, einen Krieg zu beginnen, so wichtig war. Die meisten Menschen, sogar die Befürworter, waren über die Rationalisierungen verblüfft und verwirrt. Es erwies sich als schwierig, den Wirrwarr aus Desinformation und ständig neu zurechtgelegter Argumentation zu durchschauen. Ein früher Versuch, den Irak mit den Anthrax-Angriffen in den USA in Verbindung zu bringen, scheiterte kläglich. Der Irak hat zwar eine grauenerregende Vorgeschichte, was den Einsatz biologischer und chemischer Waffen angeht, doch zu diesem kam es größtenteils zu der Zeit, als die USA den Irak gegen den Iran unterstützten, und das US-Außenministerium machte die Weltöffentlichkeit in dem Wissen, dass dies nur der Irak tat, fälschlich glauben, beide Seiten hätten damals auf solche verabscheuungswürdigen Methoden zurückgegriffen.<sup>8</sup> Die ebenso entsetzliche Vorgeschichte in Sachen Menschenrechte ist ein berechtigter Gesichtspunkt, doch ergibt dies politisch kaum einen Sinn, wenn die US-

---

<sup>8</sup> J. Hilterman, »Halabja: America Didn't Seem to Mind Poison Gas«, *International Herald Tribune*, 17. Januar 2003, S. 8.

Regierung Algerien militärische Hilfe anbietet – einem Land, das, was seine brutalen Menschenrechtsverletzungen zur Unterdrückung der islamistischen Opposition angeht, mit dem Irak wetteifert (man schätzt 120.000 Todesfälle im Laufe der letzten acht Jahre). William Burns, der für den Nahen Osten zuständige stellvertretende Staatssekretär im Außenministerium, ging sogar so weit zu sagen, »was die Beherrschung des Terrors angeht, können wir viel von den Algeriern lernen«. <sup>9</sup> Das erklärt vielleicht, warum die Frage, wann Folter möglicherweise berechtigt sei (der die *New York Times* ebenfalls einen herausragenden Ort einräumte) in den USA plötzlich zum Thema der öffentlichen Diskussion wurde.

Dann ist da das Problem der Massenvernichtungswaffen. Was der Irak tatsächlich hat, ist schwer zu sagen, doch seine militärischen Kapazitäten wurden während und nach dem Golfkrieg so stark dezimiert, dass selbst CIA-Berichte das Land nicht als echte Bedrohung für den Frieden in der Region einstufen. Dies ließ die Beteuerungen, der Irak stelle eine Bedrohung für die USA dar (in denen Präsident Bush sich bizarrerweise zu der Behauptung verstieg, ein irakischer Angriff auf die USA würde der US-Wirtschaft großen Schaden zufügen), töricht klingen. Die CIA kam zu dem Schluss, Saddam würde biologische und chemische Waffen, sollte er welche haben, nur einsetzen, wenn er provoziert würde. Das machte es doppelt schwer zu erklären, warum die USA zu einer solchen Provokation so entschlossen schienen. Höchstwahrscheinlich versucht der Irak, Nuklearmacht zu werden, allerdings gilt das auch für viele andere Länder, etwa Nordkorea, das dies öffentlich bekannt gibt. Als die Waffeninspektoren schließlich ins Land gelassen wurden, konnten sie nicht sehr viel finden. In jedem Fall war ursprünglich der Regierungswechsel das Ziel, und die Entwaffnung erhielt als Grund nur Bedeutung, um sich auf die Vollmacht der Vereinten Nationen berufen zu können, denn Präventivangriffe verbietet die UN-Charta. Und wenn nicht aus diesen Gründen, dann musste Saddam weg, weil er ein Lügner war (eine Bezeichnung, die so vielen Politikern

---

<sup>9</sup> Wiedergegeben in R. Fisk, »The Case Against War: A Conflict Driven by the Self-Interest of America«, *Independent*, 15. Februar 2003, S. 20.

anhaltet, dass sie schnell zu einem Witz wurde), unbarmherzig (allerdings ist Sharon das auch), leichtsinnig (nicht bewiesen) oder eine Inkarnation des Bösen, die bekämpft werden musste, als sei der Krieg im Mittleren Osten die Episode eines mittelalterlichen Moralstücks mit vielen Folgen (in dem Saddam als Sauron auftritt und Bush als der tapfere Frodo, begleitet von Blair als sein treuer Sam). Schließlich ließ man das Ganze klingen, als hätten die USA und Großbritannien sich zu einer großartigen moralischen Mission verpflichtet, das irakische Volk, was auch geschehe, zu befreien und dem Mittleren Osten Aufklärung im amerikanischen Stil einzuimpfen.

Bei alledem konnte man sich schwerlich des Eindrucks erwehren, etwas sehr Wichtiges werde unter einer ganzen Reihe von Deckmänteln gehalten. Zunächst schien es plausibel, dass es geheime Informationen gab, die nicht aufgedeckt werden durften, aber jeder Versuch, etwas aus dem Geheimarchiv aufzudecken, brachte entweder etwas Triviales, etwas leicht zu Widerlegendes oder – wie im Fall der britischen Enthüllungen, die ohne Quellenangabe aus einer fünf Jahre alten Dissertation abgeschrieben worden waren (von der ein Teil bereits in *Foreign Affairs* gestanden hatte) – etwas so schlampig Recherchiertes zum Vorschein, dass man es kaum ernst nehmen konnte. Aus den Geheimdiensten sickerte durch, einige ihrer Mitglieder seien unzufrieden über die Art, wie ihre Informationen von der Regierung verfälscht würden. Es kann kaum verwundern, dass die Weltöffentlichkeit trotz einer kriegslustigen Presse (die weltweit 175 in Murdochs Besitz befindlichen Zeitungen, deren Chefredakteure angeblich ihrer Unabhängigkeit wegen ausgewählt wurden, priesen den Krieg einmütig als eine gute Sache, dasselbe taten diverse andere im Besitz von Mediengiganten) und des Tyrannisierens durch Politiker insgesamt skeptisch blieb oder den Krieg rundheraus ablehnte.

Was geht nun wirklich vor? Die angegebenen Gründe überzeugen nicht; sie ergeben schlicht keine zwingenden Argumente. Was also könnten die nicht angegebenen Gründe sein? Und hier müssen wir möglicherweise der Tatsache ins Auge sehen, dass nicht einmal die Hauptakteure des Dramas diese Gründe richtig verstehen, oder dass die Gründe, wo man sie versteht, aktiv unterdrückt oder geleugnet werden.

## **Die innere Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft der USA**

Kurz vor den deutschen Bundestagswahlen von 2002 verursachte die deutsche Justizministerin einen Skandal, als sie andeutete, die Bush-Regierung versuche durch ihre gewagten Unternehmungen im Ausland von ihren innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken. Ihr Fehler war hinzuzufügen, auch Hitler habe diese Taktik angewandt, und dafür musste sie gehen. Leider verhinderte dies jede ernsthafte Diskussion des ersten Teils ihrer Aussage.

Tatsächlich hat der Versuch von Regierungen in innenpolitischen Schwierigkeiten, ihre Probleme entweder durch Abenteuer im Ausland oder durch die Erfindung ausländischer Bedrohungen als Mittel zur Festigung heimischer Solidarität zu lösen, eine lange Geschichte. In diesem Fall ist der Gedanke ein berechtigter Gesichtspunkt, denn die innenpolitische Lage der USA war 2002 in vielerlei Hinsicht so prekär wie seit langem nicht mehr. Die Rezession, die Anfang 2001 eingesetzt hatte (und durch den Schock vom 11. September vorangetrieben wurde), wollte nicht vorübergehen. Die Arbeitslosigkeit stieg und die wirtschaftliche Unsicherheit war spürbar. Es regnete Firmenskandale und scheinbar solide Riesenunternehmen lösten sich buchstäblich über Nacht in Nichts auf. Ein Versagen der Buchführung (sowie ausgemachte Korruption) und ein Versagen der Regulative brachten die Wall Street in Verruf und Aktien und andere Vermögenswerte stürzten ab. Die Rentenfonds verloren zwischen einem Viertel und einem Drittel ihres Werts (wenn sie nicht vollkommen verschwanden wie im Fall der Fonds der Enron-Angestellten), und die Aussichten der Mittelschicht für ihre Pensionierung erhielten einen empfindlichen Schlag. Die Gesundheitsfürsorge steckte in großen Schwierigkeiten, die staatlichen Überschüsse auf Bundes-, Staats- und kommunaler Ebene schwanden schnell dahin und das Defizit türmte sich immer bedrohlicher auf. Der aktuelle Saldo gegenüber der restlichen Welt geriet in immer stärkere Schieflage und die USA wurden zum größten Schuldnerstaat aller Zeiten. Die soziale Ungleichheit hatte schon lange ständig zugenommen, doch die Steuersenkungsmanie der Regierung schien direkt darauf abzu zielen, sie weiter zu vergrößern. Der Umweltschutz lag völlig am

Boden, und es bestand ein tiefer Widerwille, dem Markt erneut irgendeine regulierende Struktur aufzuerlegen, sogar noch angesichts eindeutiger Belege für ein Versagen des Markts. Als Krönung all dessen war der Präsident eher in einer Fünf-zu-vier-Abstimmung vom Obersten Gerichtshof gewählt worden als vom Volk. Am Vorabend des 11. September wurde seine Legitimität von mindestens der Hälfte der Bevölkerung in Frage gestellt. Das einzige, was die völlige politische Niederlage der Republikaner verhinderte, war die äußerst große Solidarität – an der Grenze zur nationalen Wiedererweckung – nach den Ereignissen vom 11. September und dem Anthrax-Schrecken (letzterer ist seltsamerweise immer noch nicht aufgeklärt und im Großen und Ganzen vergessen, außer als Vorbote der Dinge, die Saddam uns nur zu bereitwillig zufügen würde). Während Afghanistan sich der US-amerikanischen Macht schnell und (für die Amerikaner) unblutig ergab, war Osama nicht »tot oder lebendig« aufgegriffen worden und der Krieg gegen den Terrorismus hatte an spektakulären Ergebnissen nicht sehr viel vorzuweisen. Welcher Moment wäre also besser geeignet, die Konzentration auf den Irak zu richten, als eine der Hauptsäulen einer »Achse des Bösen«, der die Falken<sup>10</sup> in der Bush-Regierung schon seit dem unbestimmten Ausgang des Golfkriegs mit militärischen Mitteln nachstellen wollten? Dass die Ablenkungstaktik funktionierte, zumindest kurzfristig, ist Geschichte. Die amerikanische Öffentlichkeit akzeptierte größtenteils die Vorstellung, es hätte irgendeine Art von Verbindung zwischen Al-Qaida und Saddams Regierung gegeben und letztere sei jedenfalls ein ausreichend gefährlicher und bösartiger Feind gewesen, um Militäraktionen zu ihrer Entfernung zu rechtfertigen. Und en passant gelang es den Republikanern, durch die Kongresswahlen die politische Macht zu konsolidieren, und der Präsident konnte den Geruch der Unrechtmäßigkeit, der seiner Wahl angehaftet hatte, loswerden.

---

<sup>10</sup> »Hawkish members« – die Unterscheidung von hawks (Falken) und doves (Tauben) in der Sprache der amerikanischen Internationalen Politik bezieht sich auf die Gegensatzpaare Unilateralismus/Multilateralismus, hard power/soft power und mehr oder weniger auch auf die paradigmatische Unterscheidung Realismus/Idealismus. (Anm. d. Red.)

Aber möglicherweise ist hier etwas weitaus Tieferliegendes am Werk, das den scheinbaren flachen politischen Opportunismus in eine zwingende und dauerhafte politische Kraft in der geopolitischen Geschichte der USA verwandelt. Zunächst einmal hatte die Angst vor der Macht des Iraks und vor einer potenziell Unruhe stiftenden panarabischen Bewegung schon mehrere aufeinanderfolgende US-Regierungen geplagt. Colin Powell hatte bereits vor dem ersten Golfkrieg militärische Notfallpläne in Bezug auf den Irak geschmiedet. Paul Wolfowitz, später Bushs stellvertretender Verteidigungsminister, war schon 1992 explizit für einen Regierungswechsel im Irak eingetreten und erklärte das die 1990er Jahre hindurch öffentlich. In der Clinton-Regierung wurde dies die allgemein akzeptierte Politik. Eine Gruppe von Neokonservativen, die sich 1997 unter der Überschrift »Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert« zusammensetzte, bekräftigte, der Regierungswechsel im Irak sei das wichtigste Ziel und drang darauf, es mit militärischen Mitteln zu verfolgen. Rumsfeld, Wolfowitz, Armitage, Perle und einige andere, die den Kern von Bushs Verteidigungs- und Außenpolitikteam bilden sollten, waren Mitglieder dieser Gruppe. Geostrategisch hatten sie den Irak also lange Zeit im Blick gehabt. Aber in einem Bericht von 1999 gestanden sie ein, dass »ein katastrophales und katalysierendes Ereignis, wie ein neues Pearl Harbor« nötig wäre, um einen militärischen Schlag international und innenpolitisch akzeptabel zu machen. Der 11. September bot diese Gelegenheit, wenn es nur gelänge, eine Verbindung zwischen Saddam und Al-Qaida herzustellen.<sup>11</sup> Angesichts der Gleichgültigkeit und Unwissenheit eines großen Teils der amerikanischen Öffentlichkeit gegenüber praktisch allem Geographischen, konnte man die Jagd auf Terroristen leicht dazu nutzen, Saddam zur Strecke zu bringen und zu beseitigen. Der Rest der Welt war nicht so überzeugt.

Diese interne Dynamik hat noch eine weitere Dimension, deren Verständnis wichtig ist. Die USA sind eine recht außergewöhnliche

---

<sup>11</sup> Bericht in R. Fisk, »This Looming War isn't about Chemical Warheads or Human Rights: It's about Oil«, *Independent*, 18. Januar 2003, S. 18. Siehe auch die Webseite [www.newamericancentury.org](http://www.newamericancentury.org).

multikulturelle Einwanderergesellschaft, angetrieben von einem starken, vom Konkurrenzdenken geprägten Individualismus, der das gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Leben ständig revolutioniert. Diese Kräfte machen die Demokratie chronisch instabil, schwierig, wenn nicht unmöglich zu beherrschen, außer durch die Bestechung mit finanzieller Macht. Es gibt Zeiten, in denen das ganze Land so ungebärdig wirkt, dass es scheint, als könne man es nicht regieren. Hannah Arendt erfasst, worum es bei einer solchen bürgerlichen Gesellschaft genau geht: »Ein auf diese Art Macht begründetes Gemeinwesen konnte in der Ruhe der Stabilität nur zerfallen. So wie das Individuum in der Gesellschaft in seinem Konkurrenzkampf nie erlahmen darf, will es nicht von anderen an die Wand und aus dem Spiel gespielt werden, so muss ein auf diese Gesellschaft gegründeter Staat, der seine Macht erhalten will, dauernd danach streben, mehr Macht zu erwerben. Nur in der dauernden Machterweiterung, im Prozess der Machtakkumulation, kann er sich stabil erhalten. Ein ewig schwankendes Gebäude, ist er darauf angewiesen, dass er dauernd von außen neue Stützen erhält, soll er nicht über Nacht zusammenstürzen in das zweck- und prinzipienlose Nichts, aus dem er entstand. Dies stellt sich politisch in der Theorie von dem Naturzustand dar, in welchem die Staaten gegeneinander verbleiben und der als Krieg aller gegen alle einen dauernden Machtzuwachs auf Kosten anderer Staaten ermöglicht.«<sup>12</sup>

Der Kalte Krieg war vorbei und die Bedrohung durch mit Schnee an ihren Stiefeln durch ganz Kanada heruntergestapft kommende Russen nicht mehr glaubwürdig. Während der 1990er Jahre gab es keinen eindeutigen Feind und die boomende Wirtschaft in den USA hätte in allen außer den am stärksten unterprivilegierten und marginalisierten Teilen der bürgerlichen Gesellschaft ein nie da gewesenes Maß an Zufriedenheit garantieren müssen. Doch wie Arendt vorausgesagt hätte, erwiesen sich die 1990er Jahre als eines der unerfreulichsten Jahrzehnte in der Geschichte der USA. Die Konkurrenz war brutal, Repräsentanten der *New Economy* wurden über

---

<sup>12</sup> H. Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft* (München: Piper, 2005), S. 323f.



Nacht zu Millionären und protzten mit ihrem Reichtum, Gaunereien und betrügerische Machenschaften griffen um sich, man weidete sich überall an Skandalen (echten wie eingebildeten), unheilvolle Gerüchte über Mordkomplotte im Weißen Haus kursierten, es wurde versucht, den Präsidenten durch ein *Impeachment*-Verfahren seines Amtes zu entheben, die Talkshow-Moderatoren Howard Stern und Rush Limbaugh standen für die völlig außer Kontrolle geratenen Medien, in Los Angeles brachen Unruhen aus, Waco und Oklahoma wurden zum Symbol für einen lange nur latent vorhanden gewesenen Hang zu innerem Widerstand und Gewalt, Teenager erschossen ihre Klassenkameraden in Columbine, irrationale Überschwänglichkeit gewann gegenüber gesundem Menschenverstand die Oberhand und die Korruption des gesamten politischen Prozesses war eklatant. Die bürgerliche Gesellschaft war, kurz gesagt, weit davon entfernt, zivil zu sein. Die Gesellschaft schien in alarmierendem Tempo zu zerfallen und auseinander zu driften. Es schien, als stürze sie allmählich zusammen, wie Arendt sagen würde, in das zweck- und prinzipienlose Nichts.

Ich vermute, teilweise beruhte George Bushs Anziehungskraft bei der Wahl von 2000 auf seinem Versprechen, einer allmählich außer Kontrolle geratenden bürgerlichen Gesellschaft einen willensstarken und robusten moralischen Kompass zur Verfügung zu stellen. Auf alle Schlüsselpositionen berief er Neokonservative mit einer Vorliebe für ein autoritäres Vorgehen des Staats, wie John Ashcroft als Justizminister. Der Neokonservatismus ersetzte die Art von Neoliberalismus, für die Clinton eingetreten war. Aber was den Anstoß gab, die Zügellosigkeit der 1990er Jahre aufzugeben, war natürlich der 11. September. Er bot die politische Chance, nicht nur nationale Entschlossenheit zu beteuern und landesweite Solidarität auszurufen, sondern auch der bürgerlichen Gesellschaft im Land Ordnung und Stabilität aufzuzwingen. Der Krieg gegen den Terror, rasch gefolgt von der Aussicht auf den Krieg gegen den Irak, ermöglichte dem Staat die Akkumulation von Macht. Viel mehr als eine bloße Ablenkung von innenpolitischen Schwierigkeiten war der Kampf im Irak eine großartige Gelegenheit, dem Land ein neues Gefühl der sozialen Ordnung zu oktroyieren und das Gemeinwesen an die Kan-

dare zu nehmen. Kritik wurde als unpatriotisch zum Schweigen gebracht. Der böse äußere Feind wurde zur wesentlichen Kraft, mit deren Hilfe die im Inneren lauenden Teufel ausgetrieben oder gezähmt werden sollten. Diese Beziehung zwischen den internen und externen Bedingungen der politischen Macht spielte eine wichtige, wenn auch größtenteils verborgene Rolle in den Dynamiken, die den Konflikt mit dem Irak anfachten. Im Folgenden werden wir mehr als einmal Gelegenheit haben, auf sie zurückzukommen.

### **Es geht nur um Öl**

In der Darstellung der Gegner des Irakkriegs geht es bei dem Konflikt häufig nur um Öl. Die US-Regierung tut diese Behauptung entweder als absurd ab oder ignoriert das Thema völlig. Es ist keine Frage, dass Öl äußerst wichtig ist. Aber genau wie und in welchem Sinn, ist nicht so leicht zu bestimmen.

Eine eingeleisige Verschwörungsthese beruht auf der Vorstellung, die Regierung in Washington sei nichts als eine Ölmafia, die sich der öffentlichen Domäne bemächtigt habe. Dieser Gedanke wird durch die engen Beziehungen von Bush und Cheney zu Vertretern von Ölintereessen unterstützt, in Verbindung mit Berichten, nach denen Halliburton, Vize-Präsident Cheneys alte Firma, unmittelbar nach Kriegsende durch Verträge für Dienste im Bereich der Ölgewinnung fast eine Milliarde Dollar einnehmen wird.<sup>13</sup> Das wird sie zwar nicht schmerzen, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass das gesamte politisch-militärische Establishment oder Vertreter von Firmeninteressen im Allgemeinen aus solchen Gründen einen Krieg gutheißen würden. Es stimmt natürlich, dass US-amerikanische und britische Ölfirmen aus dem Irak ausgeschlossen waren und dass man französischen, russischen und chinesischen Firmen den Vorzug gegeben hatte. Die Opposition gegen Krieg anstelle von friedlicher Entwaffnung war am deutlichsten von den Ländern artikuliert worden, die bereits eine Konzession hatten. Wäre die Entwaffnung bestätigt worden, hätte man die UN-Sanktionen aufgehoben und die existie-

---

<sup>13</sup> N. Banerjee, »Energy Companies Weigh their Possible Future in Iraq«, *New York Times*, 26. Oktober 2002, S. C 3.

renden Konzessionäre hätten profitiert. Nach einem Regierungswechsel durch Krieg wird über die Konzessionen praktisch mit Sicherheit neu verhandelt werden. Aber der Irak besitzt das Öl und die Aussichten für die Ölfirmen sind auch nach einem Regierungswechsel nicht unbedingt rosig. Das einzige Szenario, das funktionierte, wäre die Übernahme der irakischen Ölfirma durch eine US-amerikanische Nachkriegsverwaltung oder die Errichtung einer Tarnorganisation – etwa eines internationalen Konsortiums, in dem die USA, wie im IWF, Vetorecht hätte –, um die Gewinnung und Nutzung des Öls zu kontrollieren. Doch all dies auszuhandeln, ohne dabei starke Feindseligkeiten sowohl des Iraks als auch der kapitalistischen Mächte auf sich zu ziehen, wäre für die USA schwierig.

Man kann die Ölfrage jedoch aus einem noch größeren Blickwinkel betrachten. Dieser lässt sich in die folgende Aussage fassen: Wer immer den Mittleren Osten kontrolliert, kontrolliert den globalen Ölhahn, und wer immer den globalen Ölhahn kontrolliert, kann zumindest in naher Zukunft die Weltwirtschaft kontrollieren.<sup>14</sup>

Wir sollten daher nicht allein an den Irak denken, sondern die geopolitischen Verhältnisse im gesamten Mittleren Osten und seine geopolitische Bedeutung für den weltweiten Kapitalismus berücksichtigen. Dieses Argument taucht auch in der offiziellen Rhetorik auf. Der Plan für einen Regierungswechsel im Irak stellt unverhohlen fest, dass der Einfluss einer demokratischen und proamerikanischen Regierung für die ganze Region zuträglich wäre und vielleicht sogar ähnliche Regierungswechsel woanders begünstigen würde (wobei der Iran und Syrien die naheliegendsten Ziele sind, dicht gefolgt von Saudi-Arabien). Einige Mitglieder der Regierung sind sogar so anmaßend zu glauben, ein allgemeiner Flächenbrand in der Region biete Gelegenheit, die ganze Landkarte des Mittleren Ostens neu zu gestalten (ähnlich wie in der alten Sowjetunion und Jugoslawien). Die Staatenbildung in der Region war schließlich größtenteils Nebenwirkung des Versailler Vertrags nach dem Ersten Weltkrieg.

---

<sup>14</sup> M. Klare, *Resource Wars: The New Landscape of Global Conflict* (New York: Henry Holt, 2001), bietet einen Überblick über die Geopolitik des Öls.

Es ist allgemein anerkannt, dass dieser Vertrag die arabischen Interessen verriet und der Region eine Staatenstruktur aufzwang, die die imperialistischen Interessen der Briten und Franzosen widerspiegelte. Diese Struktur könnte man als anachronistisch und in ihrer Funktion gestört ansehen. Ein umfassendes Übereinkommen würde möglicherweise separatistische Interessen bedienen (beispielsweise ein Bundesland Kurdistan in einem föderalisierten Irak und vielleicht die Abtrennung eines südlichen schiitischen Staats vom Irak mit Hauptstadt in Basra). Aber vor allem könnte es durch die Bildung eines größeren palästinensischen Staates, der Jordanien und vielleicht einen Teil Saudi-Arabiens umfasste, eine Einigung in der israelisch-palästinensischen Frage einschließen. Dagegen sprechen sehr unterschiedene Meinungen in den Vereinten Nationen, der Erhalt der territorialen Integrität des Iraks, wie er heute existiert, müsse in jeglichem Nachkriegsabkommen vorrangiges Ziel sein, und dem haben die USA zumindest nominell zugestimmt.

Die USA haben ein lange bestehendes geopolitisches Interesse an der Region. Wesentlich für das ganze Konzept der weltweiten Kontrolle, wie es während des Zweiten Weltkriegs erarbeitet wurde, war die Kontrolle des Mittleren Ostens, der als Teil des alten Britischen Empire und absolut unverzichtbar für die wirtschaftliche, militärische und politische Kontrolle der Welt galt – nicht zuletzt, weil dort der größte Teil der nachgewiesenen Ölvorkommen der Welt lagert. Die USA begannen also in den 1950er Jahren mit einer langen Reihe offener und geheimer Operationen in der Region, indem sie zunächst die demokratisch gewählte Mossadegh-Regierung im Iran stürzten, die in ausländischem Besitz befindliche Ölfirmen verstaatlicht hatte. Der Erfolg der US-Offensive war eindeutig. Zwischen 1940 und 1967 erhöhten US-Firmen ihre Kontrolle über Ölreserven im Mittleren Osten von 10% auf knapp 60%, während die Vorräte unter britischer Kontrolle im gleichen Zeitraum von 72% auf 30% abnahmen.<sup>15</sup>

---

<sup>15</sup> »U.S. Imperial Ambitions and Iraq«, *Monthly Review*, 54/7 (2002), S. 1-13 (Editorial).

In den späten 1960er Jahren gaben die Briten die militärische Präsenz östlich von Suez auf und überließen den USA die alleinige Kontrolle. Wegen Vietnam beschlossen die USA, die Ersatzstaaten Iran und Saudi-Arabien dafür einzusetzen, sich um ihre stark zunehmenden Anteile in der Region zu kümmern. Sie zählten auch darauf, dass ihre besonders entschiedene, fast bedingungslose Unterstützung Israels dort einen stabilen Vorposten amerikanischer Stellvertretermacht in der Region schaffen würde. Doch der von der OPEC 1973 organisierte Ölboycott mit anschließender Preiserhöhung und der Sturz des Schahs im Iran 1979 machten diese Lösung der indirekten Herrschaft durch Stellvertreter unhaltbar. Präsident Carter formulierte die Doktrin, die USA würden unter keinen Umständen zulassen, dass der Ölzufluss aus der Golfregion unterbrochen würde. Damit verpflichteten sich die USA dazu, die Straße von Hormus passierbar zu halten (denn das System der Liefer- und Verteilungswege hat in jeder Hinsicht dieselbe Bedeutung wie die Ölfelder selbst), eine ständige militärische Präsenz in der Region aufrechtzuerhalten sowie eine schnelle Eingreiftruppe zu bilden, um auf Zwischenfälle reagieren zu können. Die USA förderten und unterstützten heimlich den brutalen und tödlichen Krieg des Iraks gegen den Iran, doch die wachsende Macht des Iraks führte lange vor der Kuwait-Invasion zur (von Colin Powell initiierten) Planung eines Konflikts mit dem Irak. Warum der US-amerikanische Botschafter dem Irak signalisierte, die USA würden auf einen irakischen Einmarsch in Kuwait nicht militärisch reagieren, ist immer noch umstritten, wobei eine Falle anstelle eines schlichten, wenn auch katastrophalen Missverständnisses eine mögliche Erklärung darstellt.

Auch wenn der Golfkrieg im Bezug auf den Irak ohne Ergebnis blieb, zog er doch eine viel stärkere militärische Präsenz der USA in der Region nach sich. Sie bestand während der Clinton-Regierung unvermindert fort. Gemeinsame Patrouillen mit den Briten in den »Flugverbotszonen« brachten ständige leichte Luftgefechte und Raketenangriffe auf irakische Militäreinrichtungen mit sich. Joseph Nye, ein Mitglied der Clinton-Regierung und im Allgemeinen ein Befürworter der »soft power« erklärte kategorisch, die USA würden ohne zu zögern militärische Gewalt in der Golfregion einsetzen und dies

falls nötig auch allein tun, wenn US-amerikanische Interessen in irgendeiner Weise gefährdet seien.<sup>16</sup> 1997/98 war eine starke Massierung der US-Truppen nötig, um den Einlass der ersten Runde der Waffeninspektoren in den Irak zu erzwingen, die sicherstellen sollte, dass die Bedingungen des Friedensabkommens über die Entwaffnung des Iraks eingehalten wurden. Die Raketenangriffe und Luftgefechte eskalierten. Um ihre Bemühungen zu unterstützen, richteten die USA den Golf-Kooperationsrat ein, mit Saudi-Arabien, Kuwait und anderen Staaten, denen sie als Reserve für die US-Truppen in der Region militärische Ausrüstung verkauften (während der neunziger Jahre kam es zu einem Waffentransfer im Wert von netto 42 Mrd. US-Dollar – 23 Mrd. US-Dollar allein an Saudi-Arabien). US-Truppen wurden während der 1990er Jahre in der Region vorpostiert und in Kuwait, Qatar und Saudi-Arabien wurden große Vorratslager für militärische Ausrüstung eingerichtet, um den USA die Möglichkeit zu schnellen Bewegungen zu geben. Da der Kalte Krieg vorbei war, verlagerte sich die militärische Planung darauf, zwei regionale Kriege gleichzeitig zu führen, und der Irak und Nordkorea wurden als Planungsübung ausgewählt. In den späten 1990er Jahren waren über 20.000 Angehörige des Militärs in der Region stationiert, die Kosten dafür betragen jährlich vier bis fünf Mrd. US-Dollar.

Ich gebe hier einen kurzen Überblick über diese Geschichte, um zwei grundlegende Argumente vorzubringen. Seit 1945 nimmt das US-amerikanische Engagement in der Region ständig stark zu, wobei nach 1980 ein signifikanter Bruch festzustellen ist, denn seit dieser Zeit basiert es immer mehr auf einer direkten Militärpräsenz. Zweitens besteht der Konflikt mit dem Irak schon viele Jahre, und an einem Plan für die eine oder andere militärische Lösung wurde schon lange vor dem Beginn des letzten Golfkriegs gearbeitet. Der einzige Unterschied zwischen den Clinton-Jahren und heute ist, dass die Maske gefallen ist und die Kriegslust eine gewisse Zurückhaltung ersetzt hat, teilweise aufgrund der Atmosphäre innerhalb der

---

<sup>16</sup> J. Nye, *Das Paradox der amerikanischen Macht: warum die einzige Supermacht der Welt Verbündete braucht* (Hamburg: Europäische Verlags-Anstalt 2003).

USA nach dem 11. September, die offene und unilaterale militärische Aktionen politisch akzeptabler macht. Geopolitisch und langfristig betrachtet schien eine Konfrontation mit dem Irak unvermeidlich, es sei denn, der Irak wäre ein Schützling der USA geworden, wie Saudi-Arabien. Aber warum dieser geopolitische Vorwärtsdrang? Bei der Antwort geht es erneut nur um Öl.

Der Status der weltweiten Ölreserven beruht zu jeder gegebenen Zeit auf Mutmaßungen. Ölfirmen sind notorisch zurückhaltend in ihren Äußerungen über ihre Kenntnisse und gelegentlich führen sie absichtlich in die Irre. Schätzungen über Vorkommen liegen oft sehr weit auseinander. Die meisten Berichte legen jedoch nahe, dass die Geschwindigkeit der Ausbeutung der Ölvorräte die Rate der Entdeckungen etwa 1980 überschritten hat. Öl wird allmählich immer knapper. Wir wissen, dass viele Felder ihren Höhepunkt überschritten haben und dass innerhalb etwa eines Jahrzehnts viele der heutigen Ölfelder der Welt erschöpft sein werden. Das gilt für die Produktion im US-amerikanischen Inland, in der Nordsee, in Kanada, Russland und (unheilverkündender) in China. Andere Ölfelder haben zwar eine längere Lebensspanne, doch die einzigen Felder, die allem Anschein nach mit Sicherheit fünfzig Jahre oder länger vorhalten, sind die im Iran, im Irak, in Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Kuwait. Neue Entdeckungen könnten dieses Bild verändern, doch vorerst müssen die Strategen sich mit der im Lauf der Zeit steigenden Bedeutung des Mittleren Ostens als Schlüssellieferant für Öl auseinandersetzen. Auf der Nachfrageseite sehen wir, dass die USA zunehmend von Importen aus dem Ausland abhängig sind, dass es den dynamischen Zentren wirtschaftlichen Wachstums in Ost- und Südostasien an jeglichen signifikanten Ölvorkommen fehlt (während die Nachfrage in China jetzt mit einer phänomenalen Rate ansteigt) und dass Europa (mit Ausnahme von Großbritannien und Norwegen) ebenfalls vollkommen von Ölimporten abhängig ist. Alternativen zum Öl werden erforscht, aber die Chance, dass diese vor Ablauf mehrerer Jahrzehnte ernsthafte Kandidaten werden, ist (angesichts der von Ölfirmen und anderen finanziell Beteiligten errichteten Hindernissen), sehr gering. Der Zugang zum Öl aus dem Mittleren Osten ist heute daher eine entschei-

dende Sicherheitsfrage für die USA ebenso wie für die gesamte Weltwirtschaft.

Dies führt unmittelbar auf das Problem, mit welcher Motivation die USA, wenn nötig allein, eine engere militärische und strategische Kontrolle anstreben. Thomas Friedman beispielsweise vertritt die Auffassung, es hätte »nichts illegitimes oder unmoralisches, wenn die USA besorgt sind, dass ein böartiger, größenwahnsinniger Diktator übermäßigen Einfluss auf die natürliche Ressource gewinnt, die die industrielle Basis der Welt antreibt«. Aber wir müssen sorgfältig darauf achten, dass wir der Öffentlichkeit vermitteln und der Welt versichern, dass die Absicht ist, »das Recht der Welt auf wirtschaftliches Überleben zu schützen«, und nicht unser eigenes Recht, uns etwas zu gönnen, dass die USA »zum Nutzen des Planeten handeln, nicht einfach, um die amerikanischen Exzesse mit Nahrung zu versehen. ...Wenn wir den Irak besetzten und einfach einen US-freundlicheren Autokraten einsetzten, um die irakische Tankstelle zu betreiben (wie wir es in anderen arabischen Ölstaaten getan haben), dann wäre dieser teilweise für Öl geführte Krieg unmoralisch.«<sup>17</sup> Kurz gesagt, wenn die USA Führungskraft ausüben und versuchen, die Nutzung des mittelöstlichen Öls zu regulieren, tun sie dies in jedermanns Interesse mit allgemeiner Einwilligung? Oder streben sie nach Dominanz, um ihre eigenen, viel engeren strategischen Interessen durchzusetzen? Friedman möchte gern an das erste glauben. Aber was, wenn das letztere zutrifft?

Wenn die USA erfolgreich den Sturz von Chavez und Saddam einfädeln, wenn sie eine bis an die Zähne bewaffnete saudi-arabische Regierung, die momentan auf den losen Sand einer autoritären Herrschaft gebaut ist (und in nahe bevorstehender Gefahr, in die Hände des radikalisierten Islams zu fallen), stabilisieren oder reformieren können, wenn sie (wie sie es anscheinend anstreben werden) vom Irak zum Iran voranschreiten, eine strategische Militärpräsenz in den zentralasiatischen Republiken festigen und so die Ölvorkommen im Kaspischen Becken dominieren können, dann können sie, dadurch,

---

<sup>17</sup> T. Friedman, »A War for Oil?«, *New York Times*, 5. Januar 2003, Sektion Week in Review, S. 11.



dass sie den globalen Ölhahn fest unter ihrer Kontrolle haben, hoffen, die nächsten fünfzig Jahre lang wirksam die Weltwirtschaft zu kontrollieren. Europa und Japan sowie Ost- und Südostasien (inzwischen, was ausschlaggebend ist, einschließlich China) sind stark vom Golföl abhängig und bilden jeweils regionale Formationen politisch-wirtschaftlicher Macht, die momentan für die globale Hegemonie der USA in den Bereichen Produktion und Finanz eine Herausforderung darstellen. Wie könnten die USA diese Konkurrenz besser abwehren und ihre eigene hegemoniale Position sichern, als indem sie den Preis, die Bedingungen und die Verteilung der wirtschaftlichen Schlüsselressource kontrollieren, auf die diese Konkurrenten angewiesen sind? Und wie könnten sie das besser tun als mit Hilfe der einen Art von Machtausübung, in der die USA immer noch allmächtig sind – durch militärische Überlegenheit? Dieses Argument hat auch einen militärischen Aspekt. Das Militär wird mit Öl betrieben. Nordkorea mag eine hochentwickelte Luftwaffe haben, aber es kann sie nicht oft einsetzen, weil es ihnen an Treibstoff fehlt. Die USA müssen nicht nur die Versorgung ihres eigenen Militärs sichern, sondern jeder künftige militärische Konflikt mit, beispielsweise, China wird einseitig sein, wenn die USA die Macht haben, ihrem Gegner den Ölhahn abzdrehen. Doch eine solche Argumentationsweise ergibt nur einen Sinn, wenn die USA Anlass zu der Befürchtung haben, dass ihre dominante Position innerhalb des weltweiten Kapitalismus irgendwie bedroht ist. Es ist eher die wirtschaftliche als die militärische Dimension dieser Frage, der ich mich in Kapitel 2 dieser Untersuchung zuwende.

## Kapitel 2

# Wie Amerikas Macht wuchs

Das Wort Imperialismus geht leicht von der Zunge. Aber es hat so unterschiedliche Bedeutungen, dass seine Verwendung als analytischer und nicht bloß polemischer Ausdruck ohne weitere Klärung problematisch ist. Ich definiere hier die spezielle »kapitalistischer Imperialismus« genannte Sorte, als widersprüchliche Verschmelzung von der »Politik von Staaten und Imperialen« (Imperialismus als unverkennbar politisches Projekt seiner Akteure, deren Macht auf der Befehlsgewalt über ein Territorium und dem Vermögen beruht, seine menschlichen und natürlichen Ressourcen zu politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zwecken zu mobilisieren) mit den »molekularen Prozessen der Kapitalakkumulation in Raum und Zeit« (Imperialismus als diffuser politisch-wirtschaftlicher Prozess in Raum und Zeit, in dem die Befehlsgewalt über und die Verwendung von Kapital Vorrang hat). Mit ersterem möchte ich die politischen, diplomatischen und militärischen Strategien betonen, die ein Staat (oder eine Ansammlung von Staaten, die als politischer Machtblock operiert) ins Feld führt und anwendet in dem Bemühen, in der ganzen Welt seine Interessen durchzusetzen und seine Ziele zu erreichen. Mit letzterem richte ich das Augenmerk auf die Weisen, in denen wirtschaftliche Macht – durch die alltägliche Praxis von Produktion, Handel, Gewerbe, Kapitalflüsse, Geldtransfer, Arbeitsmigration, Technologietransfer, Währungsspekulation, Informationsflüsse, kulturelle Impulse und ähnliches – durch das Raumkontinuum strömt, in territoriale Einheiten (wie Staaten oder regionale Machtblöcke) hinein oder aus ihnen hinaus.

Wenn Arrighi von der »territorialen« und der »kapitalistischen« Logik der Macht spricht, sind das in Wirklichkeit zwei verschiedene

Dinge.<sup>18</sup> Erstens einmal unterscheiden sich die Motivationen und Interessen der Akteure. Der Kapitalist im Besitz von Geldkapital möchte dieses dort anlegen, wo Profite erzielt werden können, und strebt typischerweise danach, mehr Kapital zu akkumulieren. Politiker und Staatsmänner streben typischerweise Resultate an, die die Macht ihres eigenen Staates gegenüber anderen Staaten erhalten oder vergrößern. Der Kapitalist sucht den individuellen Vorteil und ist (wenn auch normalerweise durch das Gesetz eingeschränkt) niemandem als ihrem oder seinem unmittelbaren gesellschaftlichen Umfeld verantwortlich, während der Staatsmann den kollektiven Vorteil sucht, durch die politische und militärische Situation des Staats eingeschränkt und auf die eine oder andere Weise den Bürgern oder, häufiger, einer Elite, einer Klasse, einer Verwandtschaftsstruktur oder einer anderen gesellschaftlichen Gruppe verantwortlich ist. Der Kapitalist operiert im Raum-Zeit-Kontinuum, während der Politiker innerhalb der Grenzen seines Hoheitsgebiets operiert und, zumindest in Demokratien, in einer vom Wahlzyklus diktierten Zeitlichkeit. Andererseits kommen und gehen kapitalistische Firmen, sie verschieben ihren Standort, fusionieren oder schließen, wohingegen Staaten langlebige Einheiten sind, nicht abwandern können und, außer unter außergewöhnlichen Umständen geographischer Eroberung, auf Territorien mit festen Grenzen beschränkt sind.

Die beiden Logiken unterscheiden sich noch in anderer Hinsicht. Obgleich der Grad und die Modalitäten der Beteiligung der Öffentlichkeit sehr unterschiedlich sind, wird die Politik von Staaten und Imperien, wie wir sie jetzt erfahren, offen diskutiert und debattiert. Spezifische Entscheidungen müssen getroffen werden, wie die, ob man einen Krieg gegen den Irak beginnt oder nicht, ob man dies allein tun will oder nicht, wie mit den Schwierigkeiten nach einem Krieg umzugehen ist und so weiter. Außenpolitische Institutionen und Politik- bzw. Militärexperten diskutieren diese Fragen und es wäre wirklich außergewöhnlich, wenn es dabei keine Meinungsverschiedenheiten gäbe. Doch klare Entscheidungen müssen getroffen

---

<sup>18</sup> G. Arrighi, *The Long Twentieth Century: Money, Power, and the Origins of our Times* (London: Verso, 1994), S. 33f.

werden, mit allem, was daran hängt. Im Gezerre des politischen Prozesses, in dem vielfältige Interessen und Meinungen aufeinanderprallen (die manchmal sogar von Überzeugungen oder dem Charisma der Mächtigen oder vom Ergebnis persönlicher Konflikte zwischen einflussreichen Figuren abhängig gemacht werden), werden strategische Entscheidungen von zuweilen immenser Bedeutung (und vielen, gelegentlich überraschenden und unbeabsichtigten Folgen) gefällt und ausgeführt.

Die geographischen Prozesse der Kapitalakkumulation andererseits sind viel diffuser und einer solchen expliziten politischen Entscheidungsfindung weniger zugänglich. Hier handeln überall Einzelne (normalerweise Geschäftsleute, Finanzexperten oder Unternehmen), und die molekulare Form führt zu einer Vielzahl von aufeinandertreffenden Kräften, die manchmal einander entgegenwirken, manchmal bestimmte Gesamttrends verstärken. Diese Prozesse lassen sich praktisch nur indirekt regulieren, und häufig erst, nachdem ein Trend sich bereits etabliert hat. Die staatlich verankerten institutionellen Rahmenvorgaben spielen, wie wir noch sehen werden, eine einflussreiche Rolle dabei, der Kapitalakkumulation den Boden zu bereiten. Und es gibt währungs- und finanzpolitische Hebel und Fäden (wie die, die Alan Greenspan als Vorsitzender der US-Notenbank zieht) sowie eine Palette von währungs- und finanzpolitischen Interventionsmöglichkeiten (darunter Steuervereinbarungen, Umverteilungspolitik, staatliche Bereitstellung öffentlicher Güter und direkte Planung), die den Staat selbst eindeutig in die Position eines mächtigen wirtschaftlichen Akteurs versetzen. Doch selbst in autoritären Staaten oder solchen, die ich aufgrund ihrer starken inneren Beziehungen zwischen staatlicher Politik, Finanzwesen und industrieller Entwicklung »interventionistisch« nennen möchte, entziehen sich die molekularen Prozesse häufig der Kontrolle. Wenn ich beschließe, einen Toyota zu kaufen statt eines Fords oder einen Hollywood- statt eines Bollywoodfilms zu sehen, welchen Einfluss hat das auf die US-amerikanische Handelsbilanz? Wenn ich Geld aus New York an bedürftige Verwandte im Libanon oder in Mexiko überweise, welchen Einfluss hat das auf den finanziellen Saldo zwischen den Nationen? Es scheint unmöglich, die Kapital- und Geld-

ströme durch das launenhafte Kreditsystems vorherzusagen, und schwierig, auch nur den Überblick über sie zu behalten. Alle möglichen psychologischen Unbestimmbarkeiten, wie das Vertrauen von Investoren oder Konsumenten, fließen als bestimmende Kräfte mit in das Gesamtbild ein. So führte Keynes (der sich hier heimlich auf Marx berief) die »Tierlaunen« des Unternehmers und die Erwartungen des Finanziers als entscheidend für die Energie und die Lebensfähigkeit des Kapitalismus ins Feld. Bestenfalls können wir die Daten nachträglich besorgt kontrollieren, in der Hoffnung, dass wir Trends ausmachen, die nächsten Marktbewegungen vorhersagen und ein Korrektiv anwenden können, um das System in einem einigermaßen stabilen Zustand zu halten.

Es ist grundlegend, die territoriale und die kapitalistische Logik der Macht als voneinander verschieden zu begreifen. Und doch ist ebenso unbestreitbar, dass die beiden Logiken auf komplexe und manchmal widersprüchliche Weise miteinander verwoben sind. Die Literatur zu Imperialismus und imperialer Macht geht zu oft von einem ungezwungenen Einklang zwischen ihnen aus: dass politisch-wirtschaftliche Prozesse durch die Strategien von Staat und Imperium gelenkt werden und Staaten und Imperien immer aus kapitalistischen Motiven operieren. In der Praxis ziehen die beiden Logiken regelmäßig in verschiedene Richtungen, manchmal bis hin zu offener Feindseligkeit. Beispielsweise wäre es schwierig, den Vietnamkrieg oder den Einmarsch in den Irak allein im Hinblick auf die unmittelbaren Erfordernisse der Kapitalakkumulation zu verstehen. Ja, es lassen sich plausible Argumente dafür finden, dass solche Wagnisse für die Geschicke des Kapitals eher hinderlich sind als förderlich. Ebenso schwierig wäre es aber, die allgemeine territoriale Strategie der Eindämmung sowjetischer Macht zu verstehen, die die USA nach dem Zweiten Weltkrieg verfolgten – die Strategie, die auf eine US-amerikanische Intervention in Vietnam hinauslief –, ohne einzugehen, welche zwingende Notwendigkeit Vertreter US-amerikanischer Geschäftsinteressen darin sahen, einen möglichst großen Teil der Welt für Kapitalakkumulation durch die Expansion von Handel, Gewerbe und Möglichkeiten zur Auslandsinvestition offen zu halten. Die Beziehung zwischen diesen beiden Logiken sollte daher als

problematisch und oft widersprüchlich (also dialektisch) angesehen werden statt als funktionell oder einseitig. Diese dialektische Beziehung ist die Grundlage für eine Analyse des kapitalistischen Imperialismus als Schnittstelle dieser beiden unverwechselbaren aber verwobenen Logiken der Macht. Die Schwierigkeit bei konkreten Analysen tatsächlicher Situationen ist, gleichzeitig auf beiden Seiten dieser Dialektik anzusetzen und weder in eine ausschließlich politische noch in eine überwiegend wirtschaftliche Argumentationsweise zu verfallen.

Es ist nicht immer leicht, die relative Bedeutung dieser beiden Logiken für die Hervorbringung eines gesellschaftlichen und politischen Wandels zu bestimmen. Wurde die Sowjetunion durch die strategische Entscheidung der Reagan-Regierung zu Fall gebracht, ein gewaltiges Wettrüsten zu beginnen und seiner Wirtschaft das Rückgrat zu brechen? Oder durch die molekularen Veränderungen innerhalb der politischen Körperschaft des sowjetischen Systems (darunter beispielsweise den zerstörerischen Einfluss der Geldmacht oder die Formen kapitalistischer Kultur, die heimlich von außen eindringen)? Erleben wir heute den offenen politischen Anspruch auf imperiale Macht und den Imperialismus, der damit auf politischer und territorialer Ebene innerhalb der USA einhergeht, gerade während sich die Ströme ökonomischer Macht und sogar kulturellen und moralischen Einflusses von ihren Ufern zurückziehen, hin zu diffusen regionalen Machtblöcken (beispielsweise konzentriert auf Asien und Europa)? Werden wir in dem Moment Zeugen des Zerfalls der US-Hegemonie innerhalb des globalen Systems und des Aufstiegs eines »neuen Regionalismus« der politisch-wirtschaftlichen Macht, in dem die USA sich vor unseren Augen verhalten, als seien sie die einzige Supermacht, der man gehorchen muss? Welche Gefahren bedeutet dieser Regionalismus angesichts der Tatsache, dass er zuletzt in den 1930ern vorherrschte und diese unter wirtschaftlichem und politischem Druck in einen weltweiten Krieg kollabierten? Haben die USA die Macht, eine solche regionale Zersplitterung umzukehren oder zu kontrollieren? Das sind die großen Fragen, denen ich mich hier widmen möchte. Auf die genaue Wirkungsweise der Molekularprozesse der Kapitalakkumulation werde ich in Kapitel 3

näher eingehen. Aber ich muss sie hier bereits besprechen, um die Einschränkungen, innerhalb derer die territoriale Logik der Macht wirkt, genauer auszuführen. Bei imperialistischen Praktiken geht es, aus der Perspektive der kapitalistischen Logik, typischerweise darum, die ungleichen geographischen Bedingungen, unter denen es zur Kapitalakkumulation kommt, sowie das, was ich die unvermeidlicherweise aus räumlichen Tauschbeziehungen entstehenden »Asymmetrien« nenne, auszunutzen. Letztere drücken sich in unfairem und ungleichem Handel, räumlich manifestierten Monopolmächten, Wucherpraktiken in Verbindung mit eingeschränktem Kapitalfluss und dem Erzielen von Monopolgewinnen aus. Gegen die Bedingung der Gleichheit, üblicherweise für perfekt funktionierende Märkte vorausgesetzt, wird verstoßen und die Ungleichheiten, die sich daraus ergeben, drücken sich in spezifischer Weise räumlich und geographisch aus. Der Reichtum und Wohlstand bestimmter Gebiete wird auf Kosten anderer vermehrt. Ungleiche geographische Bedingungen entstehen nicht bloß aus der ungleichmäßigen Verteilung natürlicher Ressourcen und aus Standortvorteilen, sondern werden, was noch wichtiger ist, durch die ungleichen Dynamiken hervorgebracht, durch die Wohlstand und Macht selbst sich aufgrund asymmetrischer Tauschbeziehungen an bestimmten Orten stark konzentrieren. Das ist der Punkt, an dem die politische Dimension wieder ins Spiel kommt. Eine der Hauptaufgaben des Staates ist zu versuchen, die asymmetrische Struktur des räumlichen Tauschs, die sich zu seinem eigenen Vorteil auswirkt, zu erhalten. Wenn die USA beispielsweise die Kapitalmärkte rund um den Globus mit Hilfe des IWF (Internationaler Währungsfonds) und der WTO (Welthandelsorganisation) zur Öffnung zwingen, dann weil man davon ausgeht, dass den US-amerikanischen Finanzinstitutionen daraus bestimmte Vorteile erwachsen. Der Staat ist, kurz gesagt, die politische Einheit, die politische Körperschaft, die diese Prozesse am effektivsten aufeinander abstimmen kann. Dies zu unterlassen würde vermutlich zu einer Verringerung des Wohlstands und der Macht des Staates führen.

Es gibt natürlich auch innerhalb von Staaten eine Menge ungleicher geographischer Entwicklung, die teilweise auf asymmetrischen

Tauschbeziehungen beruht. Subnationale politische Einheiten wie die Regierungen von Metropolen oder Regionen spielen bei solchen Prozessen eine entscheidende Rolle. Doch dies nennt man im Allgemeinen nicht Imperialismus. Obwohl man teilweise, und nicht ganz ungerechtfertigt, von internem Neokolonialismus oder sogar Metropolenimperialismus (seitens New York oder San Francisco) spricht, möchte ich die Untersuchung einer möglichen Parallelität zwischen den Aktivitäten subnationaler regionaler Einheiten und Imperialismus einer allgemeineren Theorie ungleicher geographischer Entwicklung überlassen und so den Ausdruck Imperialismus, zumindest für den Moment, bestimmten zwischenstaatlichen Beziehungen und Machtströmen innerhalb eines globalen Systems der Kapitalakkumulation vorbehalten. Vom Standpunkt der letzteren aus ist die Mindestbedingung für imperialistische Politik die Aufrechterhaltung und Ausnutzung jeglicher asymmetrischer und durch die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen bedingter Vorteile, die durch staatliche Macht zusammengetragen werden können.

### **Die Logik des Territoriums und die Logik des Kapitals**

Zu jedem gegebenen historisch-geographischen Zeitpunkt mag die eine oder die andere Logik dominieren. Die Akkumulation von territorialer Kontrolle als Zweck an sich hat offensichtlich ökonomische Folgen. Diese können im Hinblick auf die Extraktion von Tributen, Kapitalströmen, Arbeitskraft, Waren etc. positiv oder negativ sein. Doch das ist etwas ganz anderes als eine Situation, in der Kontrolle über Territorium (ob damit tatsächlich Übernahme und Verwaltung eines Gebiets verbunden ist oder nicht) als notwendiges Mittel zur Akkumulation von Kapital angesehen wird. Was den Imperialismus kapitalistischen Einschlags von anderen Konzeptionen von Imperien unterscheidet, ist, dass hier typischerweise die kapitalistische Logik dominiert, auch wenn, wie wir noch sehen werden, zeitweise die territoriale Logik in den Vordergrund tritt. Und dies führt nun hin zur entscheidenden Frage: Wie kann die territoriale Logik der Macht, die gewöhnlich in ungünstiger Weise räumlich fixiert ist, auf die offenen räumlichen Dynamiken unendlicher Kapitalakkumulation reagieren? Und was impliziert die unendliche Ka-



pitalakkumulation für die territoriale Logik der Macht? Umgekehrt, wenn Hegemonie innerhalb des Weltsystems die Eigenschaft eines Staats oder eines Staatenkollektivs ist, wie kann die kapitalistische Logik dann so gehandhabt werden, dass sie den Hegemon trägt?

Eine scharfsinnige Beobachtung von Hannah Arendt wirft etwas Licht auf dieses Problem: »Eine unabsehbar fortschreitende Besitzakkumulation«, schrieb sie, »[kann] sich nur halten ..., wenn sie sich auf eine ›unwiderstehliche Macht‹ gründet. Der unbegrenzte Prozess der Kapitalakkumulation bedarf zu seiner Sicherstellung einer ›unbegrenzten Macht‹, nämlich eines Prozesses von Machtakkumulation, der durch nichts begrenzt werden darf.«<sup>19</sup> Daraus ergab sich, in Arendts Sicht, die »progressive« Ideologie des späten 19. Jahrhunderts, die den Aufstieg des Imperialismus bereits ahnen ließ. Wenn jedoch die Akkumulation von Macht die Akkumulation von Kapital notwendig begleiten muss, muss die bürgerliche Geschichte eine Geschichte von Hegemonien sein, in denen sich immer größere und ausdehnungswilligere Macht ausdrückt. Und das ist genau das, was Arrighi in seiner komparativen Geschichte der Verschiebung von den italienischen Stadtstaaten über die niederländische, die britische und jetzt die US-amerikanische Phase globaler Hegemonie verzeichnet: »So wie die Rolle der Hegemonialmacht im späten 17. und frühen 18. Jahrhundert für einen Staat der Größe der Vereinigten Provinzen<sup>20</sup> zu groß geworden war, so war sie im frühen 20. Jahrhundert für einen Staat der Größe und der Ressourcen Großbritanniens zu groß geworden. In beiden Fällen fiel die Rolle der Hegemonialmacht einem Staat zu – Großbritannien im 18., den USA im 20. Jahrhundert –, der in den Genuss einer beträchtlichen »Schutzpacht« gekommen war, das heißt exklusiver Kostenvorteile in Verbindung mit absoluter oder relativer geostrategischer Insellage. ... Aber dieser Staat hatte in beiden Fällen außerdem ausreichend Gewicht in der kapitalistischen Weltwirtschaft, um das Machtgleichgewicht zwischen konkurrierenden Staaten seinen Interessen entsprechend verschie-

---

<sup>19</sup> Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, S. 326.

<sup>20</sup> Gemeint ist die Republik der Sieben Vereinigten Niederlande (Anm. d. Übers.).

ben zu können. Und da die kapitalistische Weltwirtschaft sich im 19. Jahrhundert beträchtlich ausgeweitet hatte, waren das Territorium und die Ressourcen, die man im frühen 20. Jahrhundert benötigte, um Hegemonialmacht zu werden, viel größer als im 18.«<sup>21</sup>

Aber wenn Arendt Recht hat, muss jeder Hegemon, wenn er seine Position in Bezug auf unendliche Kapitalakkumulation aufrecht erhalten will, endlos danach streben, seine Macht zu erweitern, auszuweiten und zu intensivieren. Doch darin liegt eine stets gegenwärtige Gefahr, denn, wie Paul Kennedy in *The Rise and Fall of the Great Powers* mahnt, haben sich Überdehnung und Überschreitung der eigenen Belastungsgrenzen immer wieder als Achillesferse von Hegemonialstaaten und -reichen erwiesen (Rom, Venedig, Niederlande, Großbritannien).<sup>22</sup> Seine Warnung (von 1990), die USA selbst seien in Gefahr, blieb, sofern man sie überhaupt wahrnahm, offenbar unbeachtet – in den 15 Jahren, die seit der Veröffentlichung seines Werks vergangen sind, haben die USA ihre militärische und politische Macht beträchtlich vergrößert, so stark, dass die Gefahr, sich zu übernehmen, greifbar ist. Dies wirft eine weitere Frage auf: Wenn die USA alleine nicht mehr ausreichend groß und ressourcenreich sind, um die beträchtlich ausgeweitete Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts zu lenken, welche Art von Akkumulation politischer Macht unter welcher Art von politischer Ordnung kann dann, angesichts der Tatsache, dass die Welt immer noch in hohem Maße der unbegrenzten Kapitalakkumulation verschrieben ist, ihren Platz einnehmen? Auf diese Frage werde ich später zurückkommen. Aber schon an diesem Punkt lassen sich faszinierende Möglichkeiten erkennen. Teilweise wird vertreten, eine Weltregierung sei nicht nur wünschenswert, sondern unvermeidlich. Ein anderer Standpunkt ist, dass eine Art Kollektiv eng zusammenarbeitender Staaten (ähnlich dem, wie Kautsky es in seiner Theorie des Ultra-Imperialismus vorschlug und wie Zusammenkünfte von Organisationen wie der G 7 – jetzt G 8 – es andeuten), in der Lage sein könnte, die Angelegenheiten zu re-

---

<sup>21</sup> Arrighi, *The Long Twentieth Century*, S. 62.

<sup>22</sup> P. Kennedy, *Aufstieg und Fall der großen Mächte: ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000* (Frankfurt a.M.: Fischer, 1989).

geln. Dem könnten wir die weniger optimistische Vorstellung hinzufügen, dass die unendliche Kapitalakkumulation sich, sollte es sich aus irgendeinem Grund als unmöglich erweisen, diese immer gewaltigere Akkumulation politischer Macht zustande zu bringen, vermutlich in Chaos auflösen und die Ära des Kapitals dann nicht mit einem revolutionären Knall enden würde, sondern in einer gequälten Anarchie.

## **Hegemonie**

Was also macht Hegemonie überhaupt aus? Gramscis eigener Gebrauch des Begriffs war mehrdeutig genug, um vielerlei Interpretationen zuzulassen. Manchmal bezieht er sich allein auf die durch die politische Führung und unter Einwilligung der Regierten ausgeübte politische Macht, im Gegensatz zu jener, die als Dominanz durch Zwang ausgeübt wird. Bei anderen Gelegenheiten bezieht er sich anscheinend auf die für die Ausübung politischer Macht spezifische Mischung aus Zwang und Einwilligung. Ich verwende den Begriff zwar gelegentlich im letzteren, interpretiere Hegemonie aber im Großen und Ganzen im ersteren Sinne. Ich folge auch Arrighis Übertragung des Begriffs auf die zwischenstaatlichen Beziehungen: »Die Vormachtstellung einer Gruppe oder, in diesem Fall, eines Nationalstaats, kann ... sich auf zwei Weisen manifestieren: als ›Dominanz‹ und als ›intellektuelle und moralische Führung‹. Eine soziale Gruppe dominiert feindliche Gruppen, die sie normalerweise ›liquidiert‹ oder unterwirft, vielleicht sogar mit Waffengewalt; sie führt gleichgesinnte oder verbündete Gruppen.« Aber sie kann auf zwei unterschiedliche Weisen führen. Aufgrund seiner Errungenschaften »wird ein dominanter Staat zum ›Modell‹, dem andere Staaten nacheifern, und damit zum Zugpferd einer der eigenen ähnlichen Entwicklung. ... Dies kann das Prestige und damit die Macht des dominanten Staats vergrößern ... , aber in dem Maße, in dem die nacheifernden Staaten Erfolg haben, entsteht dadurch potenziell ein Gegengewicht und damit eher eine Abnahme als eine Steigerung der Macht des Hegemons, indem Konkurrenten entstehen und die ›Besonderheit‹ des Hegemons sich verringert.« Auf der anderen Seite ist Führung gekennzeichnet durch »die Tatsache, dass ein dominanter Staat das Staaten-

system in die gewünschte Richtung führt und dadurch weithin anerkannt wird, dass er ein allgemeines Interesse verfolgt. Führung in diesem Sinne steigert die Macht des dominanten Staats.«<sup>23</sup>

Aus diesem Argument folgt die wichtige Unterscheidung zwischen »distributiver« und »kollektiver« Macht. Erstere hat das Wesen eines Nullsummenspiels, in dem der Wettbewerb die Position des Hegemons dadurch stärken kann, dass anderen Macht entzogen wird, oder dieser eine regionale Koalition auf die eine oder andere Weise zu größeren Gewinnen für die Region führt. Das neuerliche Wiederaufleben des Interesses an regionalen Hegemonialmächten (das japanische Modell der »fliegenden Gänse«, in dem Japan das übrige Asien anführt, oder das europäische, bei dem ein französisch-deutsches Bündnis führt) deutet an, dass dieser Prozess der Machtumschichtung bei der Reorganisation des globalen Kapitalismus eine viel größere Rolle spielen könnte, als der Pauschalbegriff »Globalisierung« gewöhnlich vermuten lässt.<sup>24</sup> Aber wahrhaft in einem globalen Sinn hegemonial zu sein, macht den Gebrauch von Führungskraft erforderlich, um ein Nullsummenspiel zu schaffen, von dem alle Seiten profitieren, entweder durch beiderseitige Gewinne aus ihren eigenen Interaktionen (wie etwa Handel) oder aufgrund ihrer vergrößerten kollektiven Macht gegenüber der Natur, etwa durch die Entwicklung und den Transfer neuer Technologien, Organisationsformen und Einrichtungen der Infrastruktur (wie Kommunikationsnetzwerke und Strukturen internationalen Rechts). Arrighi betont die Akkumulation kollektiver Macht als die einzige solide Basis für Hegemonie innerhalb des globalen Systems. Die Macht des Hegemons jedoch hat ihre Grundlage und ihren Ausdruck in einer ständig neu auszutarierenden Balance zwischen Zwang und Konsens.

Bedenken wir einen Moment lang, wie sich diese Kategorien im Fall der USA über die letzten 50 Jahre hinweg darstellen. Die USA

---

<sup>23</sup> G. Arrighi und B. Silver, *Chaos and Governance in the Modern World System* (Minneapolis: University of Minnesota Press, 1999), S. 26ff.

<sup>24</sup> J. Mittelman, *The Globalization Syndrome: Transformation and Resistance* (Princeton: Princeton University Press, 2000), insbesondere Teil II; Mittelman ist einer von vielen Autoren, die die Regionalisierungsthese ernsthaft aufgegriffen haben.

waren regelmäßig auf Dominanzverhalten und Zwang angewiesen und schreckten nicht vor einer Liquidierung ihrer Gegner zurück. Auch ihre interne Geschichte der Härte straft ihre Achtung vor ihrer Verfassung und vor Rechtsstaatlichkeit Lügen. Die McCarthy-Ära, die Ermordung oder Inhaftierung führender Mitglieder der Black Panther, die Internierung von Japanern im Zweiten Weltkrieg, die Überwachung und Infiltration oppositioneller Gruppen aller Art und jetzt eine gewisse Bereitschaft, durch die Verabschiedung des Patriot und des Homeland Security Act die Bill of Rights zu Fall zu bringen. Noch bedeutender war und ist die Rücksichtslosigkeit der USA im Ausland, denn sie finanzierten Putsch im Iran, Irak, in Guatemala, Chile, Indonesien und Vietnam (um nur einige wenige zu nennen), bei denen unzählige Menschen umkamen. Sie unterstützen Staatsterrorismus überall auf der Welt, wo immer es ihnen gelegen kommt. Die CIA und Spezialeinheiten operieren in unzähligen Ländern. Angesichts dieser Bilanz werden die USA häufig als der größte »Schurkenstaat« der Erde portraitiert. Es gibt eine große Industrie von Autoren, die dies tun, angefangen bei Chomsky, Blum, Pilger, Johnson und vielen anderen.<sup>25</sup> Möglicherweise wissen wir noch nicht einmal die Hälfte, doch das Erstaunliche an den USA ist, wie viel von ihren Machenschaften aus offiziellen oder quasioffiziellen Quellen bekannt und auch belegt ist und wie grausig, verabscheuungswürdig und tief verstörend die Liste dieser Machenschaften ist. Liquidierung kann durch eine Vielzahl von Mitteln erreicht werden. Die wirtschaftliche Macht zur Dominanz (wie das Handelsembargo gegen den Irak und Kuba oder auf Geheiß des US-Finanzministeriums durchgeführte IWF-Sparprogramme) kann mit ebenso viel Zerstörungskraft eingesetzt werden wie physische Gewalt. Die herausragende Rolle, die US-amerikanische Finanzinstitutionen und das US-Finanzministerium mit Unterstützung des IWF dabei spielten,

---

<sup>25</sup> Johnson, Chalmers (2000): *Ein Imperium verfällt. Wann endet das Amerikanische Jahrhundert?* Messing Verlag; J. Pilger, *The New Rulers of the World* (London: Verso, 2002); W. Blum, *Rogue State: A Guide to the World's Only Superpower* (London: Zed Books, 2002); und natürlich N. Chomsky, *The attack: Hintergründe und Folgen* (Hamburg: Europa Verlag, 2002).

eine gewaltige Abwertung von Vermögen überall in Ost- und Südostasien herbeizuführen, Massenarbeitslosigkeit zu verursachen und Jahre des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts riesiger Bevölkerungen in dieser Region effektiv zurückzuschrauben, ist ein einschlägiger Fall. Doch der größte Teil der US-amerikanischen Bevölkerung will diese Dinge entweder nicht wahrhaben und weigert sich, sie auch nur zur Kenntnis zu nehmen, oder er akzeptiert die Liquidierungen und Zwänge, wenn er sie zur Kenntnis nimmt, passiv als Tatsachen des Lebens, als normalen Preis für das Erledigen eines grundsätzlich ehrlichen Geschäfts in einer schmutzigen Welt.

Doch die Kritiker, die sich ständig nur mit diesem Aspekt des Verhaltens der USA in der Welt befassen, berücksichtigen allzu oft nicht, dass Zwang und Liquidierung des Feindes nur ein, noch dazu manchmal kontraproduktiver, Teil der Basis für die US-amerikanische Macht sind. Zustimmung und Kooperation sind ebenso wichtig. Könnten diese nicht international erzielt und die Führung nicht zum kollektiven Nutzen ausgeübt werden, wären die USA schon lange nicht mehr die Hegemonialmacht. Die USA müssen zumindest so handeln, dass die Behauptung, sie handelten im allgemeinen Interesse, plausibel ist, selbst wenn sie, wie die meisten Leute argwöhnen, aus striktem Eigeninteresse heraus handeln. Das ist es, worum es bei der einvernehmlichen Ausübung von Führungskraft geht.

In dieser Hinsicht bot der Kalte Krieg den USA natürlich eine fantastische Gelegenheit. Die Vereinigten Staaten, selbst der unendlichen Akkumulation von Kapital verschrieben, waren dazu bereit, die notwendige politische und militärische Macht zu akkumulieren, um diesen Prozess überall auf der Welt zu befördern und gegen die kommunistische Bedrohung zu verteidigen. Mit der Aussicht auf internationalen Sozialismus konfrontiert, konnten sich die Besitzer von Privateigentum überall auf der Welt vereinigen, einander unterstützen und sich hinter dieser Macht verstecken. Das Recht auf Privateigentum wurde als universeller Wert angesehen und in der UN-Menschenrechtsdeklaration als solcher bezeichnet. Die USA garantierten die Sicherheit der europäischen Demokratien und halfen wohlwollend beim Aufbau der vom Krieg zerrissenen Ökonomien von

Japan und der Bundesrepublik Deutschland. Durch ihre Politik des »Containment« legten sie stillschweigend die Grenzen ihres eigenen informellen Imperiums fest (insbesondere in Asien) und gleichzeitig verpflichteten sie sich, die Macht ihres großen Konkurrenten, des Sowjetreichs, mit allen verfügbaren Mitteln zu unterminieren. Wir wissen genug über die Entscheidungsfindung in den außenpolitischen Gremien der Roosevelt- und Trumanjahre, um zu dem Schluss zu gelangen, dass die USA immer ihre eigenen Interessen an die erste Stelle setzten, und doch zogen die besitzenden Klassen ausreichend vieler Länder genügend Gewinn daraus, um Behauptungen seitens der USA, sie handelten im Interesse der Allgemeinheit (sprich: der Besitzenden), glaubhaft zu machen und um untergeordnete Gruppen (und Satellitenstaaten) dankbar und auf Kurs zu halten. Dieses »Wohlwollen« präsentieren die Verteidiger der USA recht plausibel als Antwort auf diejenigen, die das auf Zwang basierende Schurkenstaat-Image betonen. Auch in der Art, in der die USA sich typischerweise selbst sehen und nach außen darstellen, wird es stark betont, allerdings werden hier ebenso sehr Mythen gesponnen wie Wahrheiten verbreitet. So glauben US-Amerikaner gern, die USA und sie allein hätten Europa vom Joch der Naziherrschaft befreit und ignorieren völlig die viel wichtigere Rolle der Roten Armee und der Belagerung Stalingrads bei der Herbeiführung einer Wende im Zweiten Weltkrieg. Die allgemeinere Wahrheit ist, dass die USA gleichzeitig Zwangs- und Hegemonialpraktiken anwenden, auch wenn das Schwergewicht in verschiedenen Zeitspannen und unter verschiedenen Regierungen mal auf der einen, mal auf der anderen dieser beiden Facetten der Machtausübung liegen mag.

Zweifelsohne haben die USA viele Jahre lang den Teil der Welt angeführt, der sich der unendlichen Kapitalakkumulation verschrieben hat, und infolgedessen haben sie ihre Art, Geschäfte zu machen, weit verbreitet. In den Jahren des Kalten Krieges hatten sie natürlich nicht wirklich die globale Hegemonie inne. Nun, da die Bedrohung durch den Kommunismus effektiv verschwunden ist, ist die Führungsrolle der USA schwieriger zu definieren und aufrechtzuerhalten. Diese Frage wird in nicht sehr subtiler Weise von denjenigen diskutiert, die die Zukunft des US-amerikanischen Imperialismus und

Imperiums auf die Welt des 21. Jahrhunderts projizieren wollen. Sie wird auch von denjenigen gestellt, die eine regionale Aufteilung der Macht als alternative Struktur der politischen Ordnung innerhalb der allgemeinen Herrschaft der neoliberalen Globalisierung ansehen.

Ebenso bestimmt lässt sich sagen, dass Nacheiferung in den globalen Angelegenheiten eine wichtige Rolle gespielt hat. Ein großer Teil der restlichen Welt wurde durch Amerikanisierung politisch, ökonomisch und kulturell in die Globalisierung hineingezogen. Aber hier weiche ich ein wenig von Arrighi ab, denn ich denke nicht, dass Nacheifern immer Konkurrenz hervorbringt und immer ein Nullsummenspiel ist. Die Nachahmung des Konsumverhaltens, der Lebensweise, der kulturellen Formen und der politischen und finanziellen Institutionen der USA hat weltweit zum Prozess der unendlichen Kapitalakkumulation beigetragen. Es kann tatsächlich zu Situationen kommen, in denen das Bestreben, es jemandem gleichzutun, zu einer verschärften Konkurrenz führt (beispielsweise wenn Taiwan einen Produktionssektor der USA vollkommen übernimmt). Und dies kann in den USA starke Auswirkungen haben (wie die lange Geschichte des Rückbaus ganzer Industriezweige wie Stahl, Schiffsbau und Textilien innerhalb der USA illustriert). Aber ich halte es für wichtig, zwischen diesem und anderen Aspekten des Nacheiferns zu unterscheiden, die tatsächlich zur Bildung einer größeren kollektiven Macht beitragen.

Politische Macht konstituiert sich immer aus einer instabilen Mischung von Zwängen, Nachahmung und der Ausübung von Führungskraft durch die Herausbildung von Übereinstimmung. Das sind die Mittel. Aber was ist mit den Formen der Macht, die innerhalb der territorialen Logik, kummuliert werden müssen, um ihre Fähigkeit zur Verwirklichung ihrer Interessen sicherzustellen? Die Abstrakta Prestige, Status, Achtung, Autorität und diplomatische Schlagkraft müssen auf etwas Materiellem basieren. Geld, Produktionskapazitäten und militärische Macht sind die drei Standbeine der Hegemonie im Kapitalismus. Doch auch hier finden wir sich verschiebende und instabile Strukturen vor. Als Beispiel muss man nur an die sich verschiebende materielle Basis der US-amerikanischen Hegemonie seit dem Ende des 19. Jahrhunderts denken.



## Der Aufstieg des bürgerlichen Imperialismus 1870-1945

Arendt zufolge war der Imperialismus, der sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts bildete, nicht, wie vielfach behauptet, »das letzte Stadium des Kapitalismus«, sondern »das erste (und vielleicht zugleich auch das letzte) Stadium der politischen Herrschaft der Bourgeoisie«. <sup>26</sup> Dafür gibt es umfangreiche Belege. Die erste große Krise kapitalistischer Überakkumulation (hauptsächlich definiert als Überschuss an Kapital und Mangel an profitablen Möglichkeiten es einzusetzen – siehe aber auch die ausführlichere Darstellung in Kapitel 3) war der europaweite wirtschaftliche Zusammenbruch von 1846-50, der überall in Europa bürgerliche revolutionäre Bewegungen auslöste (mit mehr als einer Spur Beteiligung der Arbeiterklasse). Die anschließende partielle Integration der Bourgeoisie in den Staatsapparat wurde nicht gleichmäßig in ganz Europa vollzogen. Der Weg aus dieser ersten kapitalistischen Krise hinaus war eine doppelte Bewegung langfristiger Investitionen in die Infrastruktur (wie in der Theorie der »produktiven Staatsausgaben« dargelegt, die Hausmanns Umwandlung von Paris sowie der weitverbreiteten Aufmerksamkeit, die man dem Transportwesen, den Wasser- und Abwasserprogrammen und den Investitionen in den Wohnungsbau und öffentliche Einrichtungen in vielen anderen europäischen Ländern zollte, zugrunde lag) und geographischer Expansion, die sich insbesondere auf den transatlantischen Handel konzentrierte (mit den USA als Hauptabnehmer). Doch Mitte der 1860er Jahre waren die Möglichkeiten, Überschüsse an Kapital und Arbeitskraft durch diese Mittel zu absorbieren, erschöpft. Die Unterbrechung des Transatlantikhandels durch den US-amerikanischen Bürgerkrieg hatte ernsthafte Auswirkungen, und interne politische Bewegungen (wie diejenige, aus der die Pariser Kommune von 1871 entstand) sorgten überall in Europa für innenpolitischen Druck. In den Jahren nach dem Bürgerkrieg kamen auch in den USA proletarische Bewegungen auf.

Der Kapitalüberschuss in Europa, dessen interne Verwendung von der bestimmt auftretenden Macht der kapitalistischen Klasse immer

---

<sup>26</sup> Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, S. 316.

stärker blockiert wurde, wurde nach außen gedrängt und überschwemmte die Welt, insbesondere nach etwa 1870, mit einer gewaltigen Welle spekulativer Investitionen und Handelsbewegungen. Die kapitalistische Logik des Strebens nach dem, was ich in Kapitel 3 »raum-zeitliche Fixierungen« nennen werde, brach im globalen Maßstab hervor. Die Notwendigkeit, diese ausländischen Unternehmungen zu schützen und gar ihre Überschüsse auszugleichen, setzte Staaten unter Druck, auf diese expansionistische kapitalistische Logik zu reagieren. Dafür musste die Bourgeoisie, die in den USA bereits die Macht innehatte, ihre politische Macht gegenüber älteren Klassenformationen konsolidieren und ältere imperialistische Formen entweder auflösen (wie in Österreich-Ungarn oder dem Osmanischen Reich) oder zu einer charakteristisch kapitalistischen Logik bekehren (wie in Großbritannien). Die Konsolidierung bürgerlicher politischer Macht innerhalb der europäischen Staaten war daher eine notwendige Voraussetzung für eine Umorientierung der territorialen Politik auf die Erfordernisse der kapitalistischen Logik.

Die Bourgeoisie hatte jedoch bei ihrem Aufstieg zur Macht die Idee der Nation propagiert. Die Welle der Nationalstaatenbildung, zu der es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Europa kam (insbesondere in Deutschland und Italien), verwies rein logisch betrachtet eher in Richtung einer Politik der internen Konsolidierung als auf eine Politik der ausländischen Unternehmungen. Darüber hinaus konnte die politische Solidarität, die von der Idee der Nation vorausgesetzt wird, nicht leicht auf »andere« ausgedehnt werden, ohne das zu schwächen, wofür die Idee der Nation eigentlich steht. Der Nationalstaat bietet daher in sich keine kohärente Grundlage für den Imperialismus. Wie also konnte auf der Basis des Nationalstaats eine angemessene politische Reaktion auf das Problem der Überakkumulation und die Notwendigkeit einer globalen raum-zeitlichen Fixierung gefunden werden? Die Antwort lag in der Mobilisierung von Nationalismus, Chauvinismus, Patriotismus und vor allem Rassismus für ein imperialistisches Projekt, in dem nationales Kapital – und nun bestand eine überzeugende Kohärenz zwischen dem Maßstab kapitalistischen Unternehmungsgeists und der Ebene, auf der Nationalstaaten operieren – die Führung übernehmen konn-

te. Dies bedeutete, wie Arendt anmerkt, die zeitweilige Einstellung des internen Klassenkampfes und die Bildung eines Bündnisses innerhalb eines Nationalstaats zwischen dem, was sie »den Mob« nennt, und dem Kapital. »[F]ür den Marxismus war das neue Bündnis zwischen Mob und Kapital so unnatürlich«, stellt sie fest, »dass die unmittelbaren Gefahren des imperialistischen Experiments, sein Versuch, die Menschheit in Herren- und Sklavenrassen, in farbige und weiße Völker zu teilen und das in Klassen gespaltene Volk auf der Basis des Mobs zu einigen, gar nicht zur Kenntnis genommen wurde.« Theoretisch, sagt sie, seien »Nationalismus und Imperialismus ... durch einen Abgrund geschieden; in der Praxis ist dieser Abgrund immer wieder durch rassistisch oder völkisch orientierte Nationalismen überbrückt worden.«<sup>27</sup> Dass dies tatsächlich geschah, war natürlich nicht unvermeidlich. Doch der Kampf dagegen scheiterte letzten Endes, wie das Auseinanderbrechen der Zweiten Sozialistischen Internationale, als sich im Krieg von 1914-18 jeder Zweig auf nationaler Ebene unterstützend hinter sein Land stellte, äußerst dramatisch zeigte. Die Folgen waren entsetzlich. Eine Vielzahl auf Nationen basierender und daher rassistischer bürgerlicher Imperialismen entstand (britischer, französischer, niederländischer, deutscher und italienischer). Daneben kamen in Japan und Russland von der Industrie vorangetriebene, aber nichtbürgerliche Imperialismen auf. Sie alle traten für ihre ganz eigenen Doktrinen rassistischer Überlegenheit ein, denen man durch Sozialdarwinismus pseudowissenschaftliche Glaubwürdigkeit verlieh, und meistens begannen sie, sich selbst als in einen Überlebenskampf mit anderen Nationalstaaten verstrickte organische Einheiten zu begreifen. Nachdem er lange in den Kulissen gelauert hatte, trat der Rassismus nun in den Vordergrund politischen Denkens. Dies legitimierte praktischerweise die Wendung hin zu dem, was ich in Kapitel 4 die »Akkumulation durch Enteignung« (von Barbaren, Wilden und niedrigeren Völkern, die es versäumt hatten, ihre Arbeit angemessen an das Land zu knüpfen) nennen werde, und der Extraktion von Tributen aus den Kolonien in den repressivsten und am krassesten ausbeuterischen Formen von

---

<sup>27</sup> A.a.O., S. 341 und 343.

Imperialismus, die je erdacht wurden (wobei die belgische und die japanische vielleicht die brutalsten von allen waren). Es ist, wie Arendt argumentiert, auch wichtig, Nazismus und Holocaust als innerhalb dieser historisch-geographischen Zusammenhänge vollkommen verständlich anzusehen, wenn auch in keinster Weise durch sie vorherbestimmt.

Der zugrundeliegende Widerspruch zwischen bürgerlichem Nationalismus und Imperialismus konnte nicht aufgelöst werden, und gleichzeitig setzte die zunehmende Notwendigkeit, eine geographische Abflussmöglichkeit für überschüssiges Kapital zu finden, die politische Macht innerhalb jedes imperialistischen Staates auf alle möglichen Weisen unter Druck, ihren Kontrollbereich geographisch auszudehnen. Daraus resultierten, wie Lenin so treffend vorausgesagt hatte, fünfzig Jahre der zwischenimperialistischen Rivalität und des Krieges, in denen rivalisierende Nationalismen eine große Rolle spielten. Zu den wesentlichen Ereignissen dieser Zeitspanne zählten die Aufteilung der Erde in eindeutig zugeteilte Territorien des Kolonialbesitzes oder Verfügungsrechts (am dramatischsten im Griff nach Afrika 1885 und der Aufteilung des Mittleren Ostens in französische und britische Protektorate durch den Versailler Vertrag nach dem Ersten Weltkrieg), die Plünderung eines großen Teils der Ressourcen der Welt durch die Imperialmächte und der weitverbreitete Einsatz unheilvoller Doktrinen der rassistischen Überlegenheit; all dem entsprach die totale und vorhersehbare Erfolglosigkeit des Versuchs, das Problem des überschüssigen Kapitals innerhalb geschlossener Reichsgebiete in den Griff zu kriegen, die in der großen Depression der 1930er Jahre deutlich wurde. Dann kam die ultimative globale Feuersbrunst von 1939-45.

Ich schließe mich Arendts Sichtweise an, der zufolge den gesamten Zeitraum von 1870 bis 1945, wenn auch in der frühen Phase von britischer Hegemonie und zumindest ein wenig freiem Handel markiert, genau dieselben rivalisierenden, auf Nationen basierenden Imperialismen kennzeichnen, die nur durch die Mobilisierung von Rassismus und den Aufbau nationaler Solidarität funktionieren konnten und im Inland den Faschismus, im Ausland die Neigung zu gewalttätigen Auseinandersetzungen begünstigten.

Inmitten all dessen entwickelten die USA ihre eigene charakteristische Form des Imperialismus. In einem beachtlichen Spurt der kapitalistischen Entwicklung nach dem Bürgerkrieg wurden die USA technologisch und ökonomisch gegenüber der restlichen Welt dominant. Ihre Regierungsform, unbelastet von feudalen oder aristokratischen Überbleibseln, wie man sie in Europa vorfand, spiegelte stark die Klasseninteressen von Unternehmen und der Industrie wider und war schon seit der Unabhängigkeit bürgerlich bis ins Mark (wie in ihrer Verfassung formalisiert). Die politische Macht war im Inneren dem Individualismus ergeben und ein erbitterter Gegner jeglicher Bedrohung der unveräußerlichen Rechte auf Privatbesitz und der Profitrate. Es war eine multiethnische Einwanderergesellschaft, die einen engstirnigen ethnischen Nationalismus europäischen oder japanischen Einschlags unmöglich machte. Die USA waren auch darin außergewöhnlich, dass ihnen ein riesengroßes Gebiet für die interne Expansion zur Verfügung stand, in dem sowohl die kapitalistische als auch die politische Logik der Macht ausreichend Handlungsspielräume besaß. Ihre eigene internalisierte Form des Rassismus (gegenüber Schwarzen und Ureinwohnern) hielt gemeinsam mit einer allgemeineren Feindseligkeit gegenüber »Nicht-Kaukasiern«, die Versuchung in Schranken, Gebiete zu vereinnahmen, in denen nichtkaukasische Bevölkerungsgruppen dominierten (wie Mexiko oder Länder der Karibik). Die Theorie des »Manifest Destiny«<sup>28</sup> gab ihrem eigenen charakteristischen Rassismus und internationalen Idealismus neue Nahrung. Vom späten 19. Jahrhundert an lernten die USA allmählich, eindeutige territoriale Zugewinne und Besetzungen als unräumliche Universalisierung ihrer eigenen Werte zu maskieren und durch eine Rhetorik zu verschleiern, die letztlich, wie Neil Smith bemerkt, in dem kulminiert, was als »Globalisierung« bekannt wurde.<sup>29</sup> Die USA hatten Phasen, in denen sie den Europä-

---

<sup>28</sup> Vorstellung eines vom göttlichen Schicksal erteilten Auftrags an die Vereinigten Staaten zur Dominanz auf ihrem Kontinent und in der Welt. Zur Rechtfertigung expansiver Bestrebungen insbesondere gegenüber den Ureinwohnern griff man gern auf diese Idee vom »Schicksalsauftrag« zurück (Anm. d. Übers.).

<sup>29</sup> N. Smith, *American Empire: Roosevelt's Geographer and the Prelude to Globalization* (Berkeley: University of California Press, 2003).

ern nacheiferten, sie hatten episodenhafte Momente, in denen es schien, als sei geographische Expansion wirtschaftlich erforderlich, und sie hatten, in den diversen Formulierungen der Monroe-Doktrin, lange erklärt, dass die Amerikas in ihrer Gesamtheit frei von europäischer Kontrolle und damit de facto Teil der Sphäre ihrer eigenen Vorherrschaft sein sollten. Und es war Woodrow Wilsons Traum, die Monroe-Doktrin allgemein gültig zu machen. Doch in Südamerika stießen die USA auf Republiken, die sich, wie sie selbst, durch Unabhängigkeitskämpfe vom Joch des Kolonialismus befreit hatten. Daher mussten sie eine Methode imperialistischer Herrschaft entwickeln, die Unabhängigkeit solcher Länder nominell zu respektieren, sie aber dennoch durch eine Mischung aus privilegierten Handelsbeziehungen, Schirmherrschaft, Klientelpolitik und verdeckter Ausübung von Zwang zu dominieren. Die USA hielten zwar im Allgemeinen am Prinzip der »offenen Tür« in Bezug auf den Welthandel fest, hatten jedoch vor dem Zweiten Weltkrieg geringe Neigung oder echte Mittel es durchzusetzen. Sie beteiligten sich am Ersten Weltkrieg, spielten eine wichtige Rolle bei der Gestaltung des Versailler Vertrags, in dem das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung wenigstens erkennbar, wenn auch nicht praktiziert wurde (insbesondere in Bezug auf den Mittleren Osten), erlitten das Trauma der Großen Depression (mehr ein Ergebnis internen Scheiterns der Klassenherrschaft als eine Reflektion mangelnder Möglichkeiten für US-amerikanisches Kapital, geographisch zu expandieren) und wurden in die nachfolgenden, durch interimperialistische Rivalitäten hervorgerufenen, globalen Konflikte hineingezogen. Aber angesichts starker isolationistischer Strömungen sowohl innerhalb der Rechten als auch der Linken und einer lange bestehenden historischen Angst vor ausländischen Verwicklungen, die als Gefährdung der eigenen Regierungsform angesehen wurden, blieben imperiale Vorstöße selten und begrenzt, in der Regel eher verdeckt als offen und waren eher politisch als kapitalistisch motiviert, außer im Fall von individuellen Unternehmen mit bestimmten ausländischen Interessen, die zur Unterstützung ihrer speziellen Projekte, wann und wo immer es notwendig war, schamlos politische Macht mobilisierten. Die USA waren immer noch ebenso potenzieller Schwamm wie Produzent über-

schüssigen Kapitals, obwohl es ihnen in den 1930ern völlig misslang, ihre eigenen Möglichkeiten in dieser Hinsicht zu realisieren, zum großen Teil aufgrund der internen Struktur der Macht der Klassen, die sogar Roosevelts moderaten Versuchen während des New Deal widerstand, die Wirtschaft durch die Umverteilung des Wohlstands von ihren Widersprüchlichkeiten zu befreien. Die Schwierigkeit, in einer ethnisch gemischten Gesellschaft, die sich durch äußersten Individualismus und starke Trennlinien zwischen den Klassen auszeichnete, innere Geschlossenheit zu erreichen, produzierte das, was Hofstadter den »paranoiden Stil« der amerikanischen Politik nennt: die Angst vor einem »anderen« (dem Bolschewismus, dem Sozialismus, dem Anarchismus oder schlicht »Agitatoren von außen«) wurde entscheidend für das Entstehen politischer Solidarität an der Heimatfront.<sup>30</sup> Der Sowjetunion und dem Bolschewismus wurden immer mehr die Rollen der Hauptfeinde und Schurken zugewiesen (zusammen mit einer hinter den Kulissen lauernden Angst vor China, die die Einwanderung von Chinesen mit einschloss).

## **Die Nachkriegsgeschichte der amerikanischen Hegemonie 1945-1970**

Am Ende des Zweiten Weltkriegs waren die USA mit Abstand die dominanteste Macht. Sie dominierten in Technologie und Produktion. Der Dollar (mit dem größten Teil der weltweiten Goldvorräte im Rücken) war die Leitwährung und der Militärapparat der USA war allen anderen weit überlegen. Ihr einziger ernstzunehmender Gegner war die Sowjetunion, doch die hatte einen enormen Teil ihrer Bevölkerung verloren und im Vergleich zu den USA eine extreme Verringerung ihrer militärischen und industriellen Kapazitäten erlitten. Das Land hatte die Hauptlast des Kampfes gegen den Nazismus getragen, und die Belagerung Stalingrads und anschließende Zerstörung eines großen Teils der deutschen militärischen Kapazitäten an der Ostfront waren wohl entscheidend für den Sieg der Alliierten. Dass die zweite Front in Europa mit so viel Verzögerung er-

---

<sup>30</sup> R. Hofstadter, *The Paranoid Style in American Politics and Other Essays* (Cambridge Mass.: Harvard University Press, 1996 edn.).

öffnet wurde, machte Stalin rasend und geschah möglicherweise bereits aus Berechnung der USA und Großbritanniens, um die Sowjetunion die Hauptlast des Kampfs tragen zu lassen. Doch die Verzögerung hatte ernsthafte Folgen, da sie es der Sowjetunion gestattete, große Gebiete in Europa einzunehmen, aus denen zurückzuziehen sie sich später weigerte. Stattdessen errichtete sie überall in Osteuropa, sogar in Ostdeutschland, Satellitenstaaten. Für die Sowjetunion lief die Verteidigung ihrer Interessen auf die Verteidigung ihrer territorialen Kontrolle hinaus.

Während des Krieges entwarf eine Elite innerhalb der US-Regierung und des privaten Sektors den Plan für ein Nachkriegsabkommen, das Frieden, wirtschaftliches Wachstum und Stabilität garantieren würde. Eine Gebietsverweiterung wurde ausgeschlossen. In den USA war es lange Zeit, seit James Madison, ein einflussreiches Prinzip politischen Denkens und politischer Praxis gewesen, dass Verwicklungen im Ausland vermieden werden sollten, da sie die heimische Demokratie unterminierten. Die Schwierigkeit war, eine Brücke zu schlagen zwischen dieser Befürchtung und der offensichtlichen Tatsache globaler US-amerikanischer Dominanz. Ähnlich wie der europäische Imperialismus versucht hatte, die Spannung zwischen Nationalismus und Imperialismus mit Hilfe von Rassismus zu überbrücken, versuchten die USA, ihre imperialistischen Ambitionen hinter einem abstrakten Universalismus zu verbergen. Das hatte, wie Neil Smith feststellt, den Effekt, dass die Bedeutung von Territorium und Geographie für die Artikulation imperialistischer Macht vollkommen geleugnet wurde. Henry Luce vollzog diesen Schritt in seiner einflussreichen Titelgeschichte im Magazin *Life* von 1941 »Das amerikanische Jahrhundert«. Luce, ein Isolationist, war der Ansicht, die Geschichte hätte die USA mit weltweiter Führung betraut und diese Rolle müsse, auch wenn sie dem Land aufgedrängt wurde, aktiv übernommen werden. Die übertragene Macht war weltweit und universal statt auf ein bestimmtes Gebiet festgelegt, daher zog Luce es vor, von einem amerikanischen Jahrhundert zu sprechen statt von einem Imperium. Smith bemerkt: »Während die geographische Sprache von Imperien eine formbare Politik suggeriert – Imperien steigen auf, gehen unter und sind Angriffen ausgesetzt –



suggeriert das ›amerikanische Jahrhundert‹ ein unvermeidliches Schicksal. In Lucases Sprache war jede politische Krittellei an der amerikanischen Vorherrschaft ausgeschlossen. Wie greift man ein Jahrhundert an? Die weltweite Dominanz der USA wurde als natürliches Resultat des historischen Fortschritts präsentiert und damit implizit als Höhepunkt der europäischen Zivilisation statt als gegen Konkurrenz durchgesetztes Ergebnis der politisch-wirtschaftlichen Macht. Sie folgte so sicher wie ein Jahrhundert auf das andere. Soweit es frei von Geographie war, war das Amerikanische Jahrhundert frei von einer Imperialmacht und frei von Tadel.«<sup>31</sup>

Die Tatsache der territorialen Zugewinne und erblühenden Macht der Sowjetunion traf mit dem »paranoiden Stil« der US-amerikanischen Politik zusammen, was den Kalten Krieg auslöste. Intern führte dies zu den als »McCarthyismus« bekannten Repressionen, die die Meinungsfreiheit einschränkten und sich heftig gegen alles wandten, das auch nur entfernt kommunistisch oder sozialistisch klang. Die Gewerkschaften wurden von radikalen Einflüssen gesäubert und kommunistische und andere linke Parteien wurden effektiv verboten. Das FBI begann ernsthaft alles, was als oppositionell angesehen wurde, zu infiltrieren. Das alles wurde legitimiert als entscheidend für die interne Sicherheit der USA angesichts der sowjetischen Bedrohung. Resultat war politische Konformität und Solidarität im Land. Der Leviathan, wie Arendt vielleicht sagen würde, zwang dem potenziellen Chaos individueller Interessen Ordnung auf. Die Arbeiterschaft wurde zu einer allgemeinen Übereinkunft mit dem Kapital gedrängt und beschwatzt und die Löhne an Produktivitätszuwächse gekoppelt (ein fordistisches Modell, das man der Nachahmung für wert erachtete). Man sicherte sich die Unterstützung der Arbeiterklasse für eine US-amerikanische Außenpolitik im Namen des Antikommunismus und ökonomischen Interesses.

In äußeren Angelegenheiten präsentierten die USA sich als wichtigster Verteidiger der Freiheit (interpretiert als freie Märkte) und des Rechts auf Privateigentum. Die USA boten den besitzenden Klassen und politischen/militärischen Eliten, egal, wo sie sich befanden,

---

<sup>31</sup> Smith, *American Empire*, S. 20.

wirtschaftlichen und militärischen Schutz. Im Gegenzug legten diese besitzenden Klassen und Eliten sich typischerweise auf eine pro-amerikanische Politik fest, in welchem Land sie auch sein mochten. Das bedeutete militärische, politische und wirtschaftliche Eindämmung der Einflussosphäre der Sowjetunion.<sup>32</sup> Das Imperium der USA war negativ definiert als alles, was nicht direkt im sowjetischen Machtbereich lag (dieser schloss in den Augen der USA China ein, auch lange nachdem es seinen eigenen Weg gegangen war). Es war allgemein anerkannt, dass ein Frontalangriff auf das sowjetische Reich unmöglich war, doch wurde jede Gelegenheit wahrgenommen, es zu unterminieren – eine Politik, die zu einigen Fiaskos führte, etwa, als die USA den Aufstieg der Mudjahedin und des islamischen Fundamentalismus unterstützten, um die Sowjets in Afghanistan in Verlegenheit zu bringen, und den Einfluss der Mudjahedin später in einem Krieg gegen den von islamischen Fundamentalisten ausgehenden Terrorismus unterdrücken mussten. Jede Ausweitung des von Kommunisten kontrollierten Gebiets wurde als ernsthafter Verlust angesehen – daher die heftigen gegenseitigen Beschuldigungen in der Frage, wer »China an Mao verloren« hatte und der Gebrauch dieses Vorwurfs als Speerspitze der Angriffe McCarthys.

Zwei Hauptprinzipien der internen strategischen Praxis waren während des Zweiten Weltkriegs definiert worden, und sie blieben auch danach eherne Prinzipien: Die soziale Ordnung in den USA sollte stabil bleiben (man würde keine radikale Umverteilung von Reichtum oder Macht und keinen Angriff auf die Kontrolle durch die elitäre und/oder kapitalistische Klasse tolerieren) und die hiesige Kapitalakkumulation und der Konsum sollten sich kontinuierlich ausweiten, um Ruhe, Frieden und Wohlstand im Land zu sichern.<sup>33</sup> Ausländische Verpflichtungen sollten dem heimischen Konsumdenken nicht in die Quere kommen: daher die Vorliebe für das, was Ignatieff »Empire lite« nennt. Die USA setzten ihre überlegene Militärmacht überall auf der Welt zum Schutz von Satellitenstaaten ein,

---

<sup>32</sup> The Editors, »U.S. Imperial Ambitions and Iraq«, S. 3-13.

<sup>33</sup> Das ist die zentrale These in W. A. Williams, *Empire as a Way of Life*.

die die US-Interessen unterstützten. Der Sturz Mossadeghs, der die Ölfelder im Iran verstaatlicht hatte, sein Austausch gegen den Schah 1953 (alles mit Hilfe der CIA) und anschließend das Vertrauen darauf, dass dieser sich in der Golfregion für die Interessen der USA verwenden würde, waren typisch für diesen Ansatz. In geopolitischen Schlüsselarenen wie den an das sowjetische Einflussgebiet angrenzenden Staaten setzten die USA ihre wirtschaftliche Macht dafür ein, starke Ökonomien auf der Grundlage kapitalistischer Prinzipien aufzubauen (daher der Marshall-Plan für Europa und die starke Unterstützung Japans, Taiwans, Südkoreas und anderer durch sowjetische Macht verwundbarer Staaten). Der Zugang zum Mittleren Osten mit seinen Ölreserven war ebenfalls entscheidend (trotz seiner Krankheit machte Roosevelt nach der Jaltakonferenz noch Zwischenstation, um mit den Saudis und anderen Gespräche über die Bedeutung eines anhaltenden Ölnachschubs zu führen).

Die USA setzten sich an die Spitze kollektiver Sicherheitsvereinbarungen und nutzten die Vereinten Nationen und, noch wichtiger, Militärbündnisse wie die NATO, um die Möglichkeit interkapitalistischer Kriege einzuschränken und den Einfluss der Sowjetunion und später auch Chinas zu bekämpfen. Sie nutzten ihre eigene Militärmacht, verdeckte Operationen und diverse wirtschaftliche Druckmittel, um die Einsetzung freundlich gesinnter Regierungen oder deren Fortbestand zu sichern. Zu diesem Zweck waren sie bereit, den Sturz demokratisch gewählter Regierungen zu unterstützen und sich direkt oder indirekt an Taktiken zur Liquidierung solcher Regierungen zu beteiligen, von denen sie glaubten, sie stellten sich gegen US-Interessen. Das taten sie in Iran, Guatemala, Brasilien, im Kongo, der Dominikanischen Republik, in Indonesien, Chile und anderswo. Sie intervenierten in Dutzenden anderer Länder überall auf der Welt durch Wahlen und verdeckte Aktionen. Und doch zogen sie in China und Kuba den kürzeren und auch anderswo waren kommunistische Aufstände erfolgreich, da das sowjetische Modell einer zügigen Modernisierung ohne Herrschaft der kapitalistischen Klasse an Zugkraft gewann.

Innerhalb der »freien Welt« strebten die USA den Aufbau einer offenen, internationalen und auf ein kapitalistisches System abzie-

lenden Ordnung für Handel, wirtschaftliche Entwicklung und rasche Kapitalakkumulation an. Dies erforderte den Abbau der früheren auf Nationalstaaten basierenden Imperien. Die Entkolonialisierung brachte überall auf der Welt Staatenbildung und eigenständige Regierungen mit sich. Ihre Beziehungen zu diesen neuerdings unabhängigen Staaten gestalteten die USA auf Grundlage ihrer Erfahrungen im Umgang mit den unabhängigen Republiken Lateinamerikas in der Vorkriegszeit. Privilegierte Handelsbeziehungen, Klientelpolitik, Schirmherrschaft und die verdeckte Ausübung von Zwang waren, wie bereits erwähnt, die Hauptkontrollmechanismen. Und die USA setzten diese Waffen bilateral, bei jedem Land einzeln ein, und setzten sich so in die Position einer Nabe mit unzähligen verbindenden Speichen zu allen anderen Staaten auf der Welt. Jeder Androhung eines kollektiven Vorgehens gegen die überwältigende Macht der USA konnte mit einer Teile-und-herrsche-Strategie begegnet werden, indem man die Autonomie des Kollektivs durch die individuellen Verbindungen beschränkte, selbst wenn es, wie in Europa, Bewegungen gab, die auf einen Zusammenschluss hinwirkten.

Ein internationaler Rahmen für Handel und wirtschaftliche Entwicklung innerhalb und zwischen diesen unabhängigen Staaten wurde durch das Abkommen von Bretton Woods zur Stabilisierung des weltweiten Finanzsystems errichtet, begleitet von einer ganzen Batterie von Institutionen wie der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds, der in Basel ansässigen Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und der Gründung von Organisationen wie dem GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) und der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), die dazu vorgesehen waren, das Wirtschaftswachstum zwischen den fortgeschrittenen kapitalistischen Mächten zu koordinieren und in der restlichen nichtkommunistischen Welt für wirtschaftliche Entwicklung im kapitalistischen Stil zu sorgen. In dieser Sphäre waren die USA nicht nur vorherrschend, sondern auch hegemonial im dem Sinne, dass ihre Position als super-imperialistischer Staat sich auf die Führung der besitzenden Klassen und dominanten Eliten, egal wo sie sich befanden, gründete. Ja, sie förderten aktiv die Herausbildung und die Vormachtstellung solcher Eliten und Klassen

überall auf der Welt: Sie wurden zum Hauptprotagonisten der bürgerlichen Macht rund um den Globus. Ausgerüstet mit Rostows Stadientheorie ökonomischen Wachstums setzten sie sich ein für die Förderung des wirtschaftlichen Aufstiegs (Take-off) in eine Entwicklung, die nach und nach in jedem Land den Impuls zum Massenkonsum fördern würde, um die kommunistische Gefahr abzuwehren.<sup>34</sup>

Der Abbau der europäischen Imperialismen war jedoch auch mit der formellen Zurückweisung des Rassismus verbunden, der die Aussöhnung des Nationalismus mit dem Imperialismus ermöglicht hatte. Die UN-Menschenrechtserklärung und diverse UNESCO-Studien erklärten Rassismus für unzulässig und suchten, einen Universalismus des Privatbesitzes und der individuellen Rechte zu begründen, der für ein zweites Stadium bürgerlicher Herrschaft angemessen wäre. Dies machte es erforderlich, dass die USA sich als Gipfel der Zivilisation und Bastion individueller Rechte darstellten. Pro-amerikanismus musste kultiviert und im Ausland zur Geltung gebracht werden. Und so begann der gewaltige kulturelle Angriff auf die »dekadenten« europäischen Werte und die Werbekampagne für die Überlegenheit der amerikanischen Kultur und der »amerikanischen Werte«. Die Macht des Geldes wurde dazu benutzt, die kulturelle Produktion zu dominieren und kulturelle Werte zu beeinflussen (in dieser Ära »stahl« New York Paris die Idee der modernen Kunst<sup>35</sup>). Der kulturelle Imperialismus wurde zu einer wichtigen Waffe im Kampf, die Hegemonie insgesamt zu behaupten. Man bediente sich Hollywoods, der Popmusik, kultureller Formen und sogar ganzer politischer Bewegungen wie der Bürgerrechtsbewegung, um den Drang zu fördern, allem Amerikanischen nachzueifern. Die USA wurden als Leuchtfeuer der Freiheit konstruiert, das allein die Macht hatte, den Rest der Welt mit sich in eine dauerhafte, durch Frieden und Reichtum gekennzeichnete Zivilisation zu ziehen.

Doch die Vereinigten Staaten begannen auch als Hauptmotor der Kapitalakkumulation angesehen zu werden, der die übrige Welt auf

---

<sup>34</sup> W. W. Rostow, *Stadien wirtschaftlichen Wachstums: eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie* (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1967).

<sup>35</sup> S. Guilbaut, *Wie New York die Idee der modernen Kunst gestohlen hat* (Dresden/Basel: Verlag der Kunst, 1983).

seinem Weg mitziehen kann. Massive interne Umgestaltungen ihrer eigenen Wirtschaft (die während des New Deal der 1930er Jahre nur angedeutet worden waren) erhielten aufgrund der durch sie erzielten Marktchancen weltweit großes Gewicht. Investitionen in Bildung und Ausbildung, das landesweite Autobahnnetz, die um sich greifende Abwanderung in die Vororte und die Entwicklung des Südens und Westens schluckten in den 1950er und 1960er Jahren riesige Mengen Kapital und Erzeugnisse. In diesen Jahren wurden die USA, sehr zum Verdruss der Neoliberalen und Konservativen, ein interventionistischer Staat. Außer in einigen Schlüsselbereichen, wie etwa dem strategischer Ressourcen, waren die USA nicht allzu sehr auf die Extraktion von Wert aus der übrigen Welt angewiesen. Der Teil der Zunahme des Bruttoinlandsprodukts, der dem Handel mit dem Ausland zuzuschreiben ist, blieb bis in die 1970er Jahre hinein unter 10%. Es gab zwar einige im Ausland tätige Unternehmen wie ITT (International Telephone and Telegraph) in Chile (einer seiner Geschäftsführer war Leiter der CIA gewesen) oder United Fruit in Mittelamerika, die beträchtlichen Einfluss auf die Außenpolitik der USA in diesen Regionen ausübten, doch der wirtschaftliche Imperialismus der USA war, außer im Bezug auf strategisch bedeutsame Mineralien und Öl, eher verhalten. Soweit eine äußere Dialektik erforderlich war, deutete sie auf die bereits entwickelten Teile der kapitalistischen Welt. Direkte Auslandsinvestitionen flossen nach Europa, wodurch Europäer davon besessen wurden, das, was Servan-Schreiber »die amerikanische Herausforderung« nannte, abzuwehren.<sup>36</sup> Im Gegenzug öffneten die USA ihren Markt jedoch für andere und schufen eine effektive Nachfrage für Produkte aus Europa und Japan. Überall in der kapitalistischen Welt kam es zu einem starken Wachstum. Die Kapitalakkumulation schritt in Form der »erweiterten Reproduktion« geschwind voran. Profite wurden in Wachstum sowie in neue Technologien, fix(iert)es Kapital und ausgedehnte Verbesserungen der Infrastruktur reinvestiert.<sup>37</sup>

---

<sup>36</sup> J. J. Servan-Schreiber, *Die amerikanische Herausforderung* (Hamburg: Hoffmann und Campe, 1968).

<sup>37</sup> P. Armstrong, A. Glyn und J. Harrison, *Capitalism since World War II: The Making and Break Up of the Great Boom* (Oxford: Basil Blackwell, 1991).

Allerdings wurde die Kontrolle über das Abfließen von Kapital (im Gegensatz zu dem von Waren) insbesondere in Europa von der vorhergehenden Zeitspanne übernommen. Dies gab einzelnen Staaten beträchtliche Ermessensspielräume in der Geld- und Währungspolitik. Die Finanzspekulation blieb relativ verhalten und territorial begrenzt. Dieser »keynesianische« Kontext staatlicher Ausgaben hing mit einer Dynamik des Klassenkampfes um Verteilungsfragen innerhalb einzelner Nationalstaaten zusammen. Es war eine Zeit, in der die organisierte Arbeiterschaft ziemlich stark wurde und überall in Europa sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten entstanden. Der soziale Lohn wurde sogar innerhalb der USA zu einem umkämpften Thema und die organisierte Arbeiterschaft verzeichnete intern mehrere bedeutsame Siege im Bezug auf das Lohnniveau und den Lebensstandard.

Die Zeitspanne von 1945 bis 1970 war also die zweite Stufe der politischen Herrschaft der Bourgeoisie und fand unter der globalen Vorherrschaft und Hegemonie der USA statt. Den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern brachte sie eine Zeit des bemerkenswert starken Wirtschaftswachstums. Es bestand die stillschweigende globale Übereinkunft unter den großen kapitalistischen Mächten – wobei die USA eindeutig die Führungsrolle innehatten –, dass man gegenseitige Vernichtungskriege vermeiden wollte und alle an den Gewinnen aus der Intensivierung eines integrierten Kapitalismus in den Kernzonen beteiligt würden. Die geographische Ausdehnung der Kapitalakkumulation wurde durch Entkolonialisierung und »Interventionismus« als verallgemeinertes Ziel für den Rest der Welt sichergestellt. Die erweiterte Reproduktion schien sehr gut zu funktionieren und es waren sogar, wenn auch nur leichte und ungleichmäßig verteilte, Nebeneffekte in allen Teilen der nichtkommunistischen Welt zu verzeichnen. Intern bedeutete die zunehmende Macht der Arbeiterschaft im Pakt zwischen Kapital und Arbeiterschaft, dass die Gewinne aus dem Konsum auch auf die niedrigeren Schichten verteilt wurden, sogar auf manche Minderheiten (wenn auch nicht genug, wie die städtischen Unruhen der 1960er Jahre zeigten). Das Problem der Überakkumulation von Kapital war zwar stets eine Bedrohung, konnte aber bis in die späten 1960er Jahre hinein durch

eine Mischung aus internen Anpassungsprogrammen und raum-zeitlichen Fixierungen in den USA und außerhalb unter Kontrolle gehalten werden. Diese Strategien, so hoffte man, würden es dem System gestatten, die wirtschaftlichen Probleme, von denen die 1930er Jahre geplagt gewesen waren, zu überwinden und es vor der Bedrohung durch den Kommunismus zu schützen.

Doch diese zweite Stufe war nicht frei von Widersprüchen. Erstens warf die formelle internationale Zurückweisung des Rassismus innerhalb der USA, wo rassistische Diskriminierung grassierte, diverse Schwierigkeiten auf. Die Bürgerrechtsbewegung, die schließlich zum Modell für den größten Teil der übrigen Welt wurde, entstand ursprünglich, ebenso wie die von Schwarzen angeführten städtischen Unruhen, aus internen Dynamiken; aber sie hatte auch eine internationale Dimension, denn der Universalismus der Menschenrechte geriet mit internen Praktiken in Konflikt und »farbige« Diplomaten mussten auf dem Weg zwischen den Vereinten Nationen in New York und Washington D. C. feststellen, dass ihnen der Aufenthalt in Motels untersagt war. Die Rassenselektion der US-amerikanischen Einwanderungspolitik geriet ebenfalls unter Beschuss und die Zuwanderungsströme in die USA veränderten sich.

Zweitens machte die Politik des offenen Markts, wie wir in Kapitel 3 sehen werden, die USA im internationalen Wettbewerb verwundbar. Der Kapitalfluss war in dieser Zeitspanne stark auf das Gebiet innerhalb der fortgeschrittenen kapitalistischen Welt (grob gesagt die OECD-Länder) konzentriert. Insbesondere die BRD und Japan schraubten ihre wirtschaftliche Macht so weit herauf, dass sie die Vorherrschaft der USA in der Produktion während der 1960er Jahre in Frage stellten. Als die Fähigkeit der USA, überschüssiges Kapital intern zu absorbieren, in den späten 1960er Jahren zu erlahmen begann, entstand das Problem der Überakkumulation und die wirtschaftliche Konkurrenz verschärfte sich.

Drittens entschieden die USA bei jedem Konflikt zwischen Demokratie auf der einen und Ordnung und Stabilität im Interesse der Besitzenden auf der anderen Seite stets zugunsten des letzteren. Damit rückten sie von ihrem Standpunkt eines Förderers nationaler Befreiungsbewegungen ab und nahmen den eines Unterdrückers jeglicher



popularen oder demokratischer Bewegungen ein, die auch nur einen ansatzweise nichtkapitalistischen (geschweige denn sozialistischen oder kommunistischen) Weg zur Verbesserung des wirtschaftlichen Wohlstands anstrebten. Sozialdemokratische oder populäre Bestrebungen zur Veränderung des Kapitalismus wurden oft schonungslos niedergeschlagen (wie es Bosch in der Dominikanischen Republik geschah, Goulart in Brasilien und schließlich Allende in Chile). Selbst in Europa taten die USA alles in ihrer Macht Stehende, um den Sozialismus zu schwächen und gelegentlich sogar um die Sozialdemokratie zu unterminieren. Brutale diktatorische Regime wie in Argentinien in den 1970ern, die Saudis, der Schah von Persien und Suharto in Indonesien wurden dagegen von der US-amerikanischen Militär- und Wirtschaftsmacht bedingungslos unterstützt, weil sie den US-Interessen dienten. Der wachsende Groll darüber, auf eine raum-zeitliche Situation der ständigen Unterwürfigkeit gegenüber dem Zentrum festgelegt zu sein, löste auch überall in den Entwicklungsländern Antiabhängigkeitsbewegungen (*anti-dependency movements*) aus. Nationale Befreiungs- und Klassenkämpfe in den Entwicklungsländern wurden mehr und mehr in eine antiamerikanische Politik gedrängt. Antiabhängigkeit verschmolz mit Antikolonialismus zu Antiimperialismus. In all diesen Kämpfen war die Territorialität der politischen Macht genauso wichtig für die Aufrechterhaltung der US-Hegemonie, wie sie es für die europäischen Reiche früherer Zeiten gewesen war. Die USA erwarben den Status eines Imperiums nicht, wie Ignatieff beteuert, durch Selbstverleugnung: Sie nutzten schlicht das Leugnen der Geographie und die Rhetorik der Universalität, um ihr territoriales Engagement zu verbergen, mehr noch vor sich selbst als vor anderen.

Viertens gewann infolge des Kalten Krieges und dieser ausländischen Verwicklungen das an Macht, was Präsident Eisenhower in seiner Abschiedsrede kritisch als einen gefährlich mächtigen »militärisch-industriellen Komplex« bezeichnete. Dieser drohte, die Politik durch seinen allgegenwärtigen Einfluss zu dominieren und durch die übertriebene Darstellung von Bedrohungen und die Manipulation externer Krisen seine eigenen engen Interessen zu verfolgen, um so eine permanente Kriegswirtschaft aufzubauen, die ihn sogar noch

mächtiger machen würde. Um wirtschaftlich zu überleben, brauchte die Verteidigungsindustrie einen florierenden Exporthandel mit Waffen. Dieser erhielt eine tragende Rolle in der US-amerikanischen Kapitalakkumulation, zog jedoch auch die ausufernde Militarisierung der übrigen Welt nach sich.

Diese zweite Stufe der weltweiten Herrschaft der Bourgeoisie endete um 1970. Die Probleme waren vielfältig. Erstens bestand das klassische Problem aller imperialistischen Regime – ihre Überdehnung. Die Eindämmung des Kommunismus (und der Versuch seiner Unterminierung) erwies sich als etwas kostspieliger für die USA als erwartet. Die steigenden Kosten des militärischen Konflikts in Vietnam waren, in Verbindung mit der goldenen Regel des unendlichen heimischen Konsums – eine Kanonen-plus-Butter-Politik – auf Dauer nicht mehr zu tragen, da Militärausgaben nur kurzfristig Abflüsse für überschüssiges Kapital bieten und wenig langfristige Abhilfe für die internen Widersprüche der Kapitalakkumulation schaffen. Resultat war eine Finanzkrise des interventionistischen Staats in den USA. Die unmittelbare Reaktion bestand darin, das Recht auf Geldschöpfung auszunutzen und mehr Dollars zu drucken.<sup>38</sup> Das erzeugte weltweiten Inflationsdruck. In der Folge kam es, wie wir in Kapitel 3 sehen werden, zu einer explosionsartigen Vermehrung des im Umlauf befindlichen »fiktiven« Kapitals ohne jede Aussicht auf Einlösung, einer Konkurswelle (die sich anfangs auf Vermögenswerte in der Bauwesen konzentrierte), nicht mehr unter Kontrolle zu bringendem Inflationsdruck und dem Zusammenbruch der festen internationalen Vereinbarungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg den Super-Imperialismus der USA begründet hatten. Inzwischen trieb die wachsende Macht der organisierten Arbeiterschaft überall in den Kernstaaten des globalen Systems das Niveau der Sozialausgaben sowie die Lohnkosten in die Höhe und schmälerte beträchtlich die Profite. Die Folge war Stagflation. Die Profitchancen verschwanden

---

<sup>38</sup> Die Bedeutung des Rechts auf Geldschöpfung wird von G. Carchedi aufgenommen in »Imperialism, Dollarization and the Euro«, in: Leo Panitch/Colin Leys (Hrsg.), *Socialist Register* 2002 (London: Merlin Press, 2001), S. 153-74.

und es kam zu einer Krise der Überakkumulation des Kapitals. Der Schuldenüberhang vieler Regierungen aus enormen Investitionen in die physische und soziale Infrastruktur erzeugte eine finanzielle Staatskrise (die 1975 in dem spektakulären Konkurs der Stadt New York kulminierte). Um das Maß voll zu machen, stellte die Wettbewerbsfähigkeit der wiederbelebten Industrie Japans und der BRD die US-amerikanische Vorherrschaft in der Produktion in Frage und übertraf sie nun auf manchen Gebieten. Die Nachahmung der US-amerikanischen Herstellung beraubte die US-Hegemonie ihres Hauptstandbeins. Die wirtschaftliche Position der USA schien unhaltbar. Überschüssige Dollars überfluteten den Weltmarkt und die ganze finanzielle Architektur des Bretton-Woods-Systems brach zusammen.

### **Neoliberale Hegemonie, 1970-2000**

Nun entstand ein anderes System, größtenteils unter US-amerikanischer Leitung. Gold als materielle Basis für den Geldwert wurde aufgegeben und forthin musste die Welt mit einem entmaterialisierten Geldsystem leben. Ströme von Geldkapital, die sich über den Eurodollarmarkt (Guthaben in Dollar bei Banken außerhalb der USA, die von jedermann überall gehandelt werden können) bereits frei um die Welt bewegten, sollten vollkommen von staatlicher Kontrolle befreit werden. Die (heute belegte) Kollusion der Nixon-Regierung mit den Saudis und Iranern, um die Ölpreise in die Höhe zu treiben, schadete den europäischen und japanischen Ökonomien viel mehr als der US-amerikanischen (denn die USA waren damals nicht so sehr abhängig von den Vorräten im Mittleren Osten). Die US-Banken (statt des IWFs, der von den anderen kapitalistischen Mächten bevorzugte Vertreter) erhielten das Privileg des Monopols, die Petrodollar in die Weltwirtschaft zurückzuführen, was den Eurodollarmarkt ins Land zurückbrachte.<sup>39</sup> New York wurde zum Finanzzentrum der globalen Ökonomie (diese Tatsache in Verbindung mit der internen Deregulierung ihrer Finanzmärkte ermöglichte es der

---

<sup>39</sup> P. Gowan, *The Global Gamble: Washington's Faustian Bid for World Dominance* (London: Verso, 1999).

Stadt, sich von ihrer Krise zu erholen und in den 1990er Jahren in einem unglaublichen Reichtum und auffälligen Konsum zu erblühen).

Auf die Herausforderung im Produktionsbereich hatten die USA gekontert, indem sie ihre Hegemonie im Bereich Finanzen behaupteten. Aber damit dieses System effektiv funktionieren konnte, musste die Öffnung der Märkte im Allgemeinen und der Finanzmärkte im Besonderen für den internationalen Handel erzwungen werden (ein langsamer Prozess, der entschiedenen Druck der USA erforderte, unterstützt durch die Betätigung internationaler Hebel wie des IWFs und ein ebenso entschiedenes Bekenntnis zum Neoliberalismus als neuer wirtschaftlicher Konvention). Damit verbunden war auch eine Macht- und Interessenverschiebung innerhalb der Bourgeoisie von Produktionsaktivitäten zu Institutionen des Finanzkapitals. Finanzielle Macht konnte zur Disziplinierung von Arbeiterbewegungen eingesetzt werden. Es ergab sich die Möglichkeit, einen Frontalangriff auf die Macht der Arbeiterschaft zu starten und die Rolle ihrer Institutionen im politischen Prozess zu schmälern. Präsident Reagans erste Amtshandlung war, die starke kollektive Macht der Fluglotsen (PATCO) zu zerschlagen, was auch als Botschaft an die Gewerkschaftsbewegung diente, dass ihnen dasselbe Schicksal bevorstünde, sollte irgendeine andere Gruppe von Arbeitern streiken. Eine Welle der Arbeitermilitanz überschwemmte die fortgeschrittene kapitalistische Welt in den späten 1970ern und den 1980er Jahren (wobei die Bergleute in Großbritannien und den USA die Führung übernahmen), denn die Arbeiterbewegungen versuchten überall, das, was sie in den 1960er und frühen 1970er Jahren erkämpft hatten, zu erhalten. Im Rückblick können wir darin Rückzugsgefechte zur Verteidigung von Bedingungen und Privilegien sehen, die im Zusammenhang mit der erweiterten Reproduktion und dem Wohlfahrtsstaat erzielt worden waren, statt einer progressiven, eine Umgestaltung anstrebenden Bewegung. Zum größten Teil scheiterten diese Rückzugsgefechte. Parallel zu der anschließenden Abwertung von Arbeitskraft und der stetigen relativen Herabsetzung der Arbeiterklasse in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern bildete sich dann in fast allen Entwicklungsländern ein riesiges, amorphes und

unorganisiertes Proletariat. Dadurch entstand überall ein Druck auf die Tarifsätze und die Arbeitsbedingungen. Leicht auszubeutende Niedriglohn-Arbeiterschaften in Verbindung mit der zunehmenden Leichtigkeit der geographischen Mobilität der Produktion eröffneten neue Möglichkeiten für den profitablen Einsatz überschüssigen Kapitals. Doch dies verschärfte sofort das Problem der Entstehung überschüssigen Kapitals weltweit. Nichtsdestotrotz stieg die Arbeitslosigkeit und Lohnsätze und Militanz der Arbeiterklasse wurden in Schach gehalten. Der Schuldenüberhang des Staates eröffnete vielerlei Chancen für spekulative Aktivitäten, die wiederum die Staatsmacht verwundbarer für finanzielle Einflüsse machten. Kurz gesagt, das Finanzkapital rückte in dieser Phase der US-Hegemonie in den Mittelpunkt des Interesses und konnte sowohl auf Arbeiterbewegungen als auch auf Staatsaktionen eine gewisse disziplinierende Macht ausüben, insbesondere dann wenn und dort wo der Staat bedeutende Schulden machte.

Diese ganze Verlagerung hätte ohne eine Reihe von technologischen und organisatorischen Neuerungen, die eine viel größere Ungebundenheit und Flexibilität der Produktion ermöglichten, nicht so weitreichende Auswirkungen gehabt. Verringerungen der Transportkosten, verbunden mit politischen Veränderungen durch Regierungen auf allen Ebenen, um ein positives Geschäftsklima zu bieten und einige der festen Kosten eines Standortwechsels zu übernehmen, förderten eine geographische Mobilität des Produktionskapitals, durch die das zunehmend hypermobile Finanzkapital erstarkte. Der Wandel zur Finanzmacht brachte den USA zwar große direkte Gewinne ein, doch die Auswirkungen auf ihre eigene industrielle Struktur waren durchaus traumatisch, wenn nicht katastrophal. Offshore-Produktion wurde möglich und das Profitstreben machte sie wahrscheinlich. Die Wellen der Deindustrialisierung trafen einen Industriezweig nach dem anderen und eine US-amerikanische Region nach der anderen, angefangen bei Gütern mit geringer Wertsteigerung (wie Textilien), doch Schritt um Schritt die Wertsteigerungsskala hinaufsteigend über Sektoren wie Stahl und Schiffbau bis hin zu Hightech-Importen, insbesondere aus Ost- und Südostasien. Selbst Chrysler musste sich von der Bundesregierung aus der Pat-

sche helfen lassen (und wurde für kurze Zeit effektiv verstaatlicht), um eine Schließung zu vermeiden. Die USA waren Mittäter bei der Unterhöhnung ihrer Dominanz im Produktionssektor, indem sie die Finanzmächte rund um den Globus entfesselten. Der Nutzen bestand jedoch in immer billigeren Gütern aus dem Ausland, um den unendlichen Konsum, dem die USA sich verschrieben hatten, mit Nahrung zu versorgen. Die Abhängigkeit der USA vom Auslandshandel stieg und die Notwendigkeit, asymmetrische Handelsbeziehungen aufzubauen und zu schützen, trat als Schlüsselziel der politischen Macht in den Vordergrund.

Um 1980 herum wurde klar, dass die Herstellung in den USA inzwischen nicht mehr als ein Komplex unter vielen war, der in einem von starker Konkurrenz geprägten globalen Umfeld agierte, und dass sie nur durch (zumindest zeitweise) Überlegenheit in den Bereichen Produktivität, Produktdesign und Entwicklung überleben könnte. Kurz gesagt, sie war nicht mehr hegemonial. Sie benötigte die Hilfe der Regierung (wie das Plaza-Abkommen von 1985, eine Vereinbarung, den Dollar gegenüber dem Yen abzuwerten, um die US-amerikanischen Produkte im Export wettbewerbsfähiger zu machen – eine Taktik, die in den 1990er Jahren umgekehrt werden musste, weil die japanische Herstellung stagnierte). Einige spezielle Sektoren – beispielsweise das Agrobusiness und die Rüstungsindustrie – waren immun, aber der Rest war in allem zu radikalen Anpassungen gezwungen, von Produktionstechniken bis hin zu den Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft. In den Bereichen, in denen US-amerikanische Firmen stark blieben, verlagerte das Aufkommen der Offshore-Produktion von Komponenten oder sogar ganzen Produkten mehr und mehr Produktivkapazitäten außer Landes, auch wenn durch die Repatriierung der Profite immer noch reiche Erträge in die USA strömten. Auf anderen Gebieten boten die Privilegien von mit patentierten Technologien und Lizenzrechten zusammenhängenden Monopolen willkommene Entlastung vom Dahinschwinden der US-amerikanischen Dominanz im Produktionsbereich. Die USA bewegten sich mehr und mehr in Richtung einer Rentiergesellschaft gegenüber dem Rest der Welt und einer Dienstleistungsgesellschaft innerhalb des Landes. Doch es kam

genügend Wohlstand zusammen, um den Konsumgeist fortleben zu lassen, der schon immer die Grundlage für den sozialen Frieden gewesen war.

International erwies sich das Finanzkapital als immer unbeständiger und räuberischer. Diverse Runden der Entwertung und Zerstörung von Kapital wurden verhängt (gewöhnlich durch das Wohlwollen der strukturellen Anpassungsprogramme des IWF), weil es nicht gelang, die Kapitalakkumulation durch erweiterte Reproduktion weiterhin reibungslos ablaufen zu lassen. In einigen Fällen, zum Beispiel in Lateinamerika in den 1980er Jahren, wurden ganze Ökonomien geplündert und ihre Vermögenswerte durch das US-amerikanische Finanzkapital sichergestellt. In anderen fand schlicht ein Export der Abwertung statt. Der Angriff von Hedgefonds auf die thailändische und die indonesische Währung 1997, unterstützt durch die vom IWF geforderte brutale Deflationspolitik, trieb selbst rentable Unternehmen überall in Ost- und Südostasien in den Konkurs. Resultat waren Arbeitslosigkeit und Verarmung von Millionen Menschen. Diese Krise verursachte passenderweise auch eine Zufluchtssuche in den Dollar, was die Dominanz der Wall Street festigte und einen erstaunlichen Boom der Vermögenswerte für die Wohlhabenden in den USA nach sich zog. In den Klassenkampf mengten sich Streitpunkte wie die vom IWF auferlegten strukturellen Anpassungen, die räuberischen Aktivitäten des Finanzkapitals und der Verlust von Rechten durch Privatisierungen. Der Antiimperialismus nahm einen feindseligen Ton gegenüber den Hauptvertretern der Finanzialisierung an – wobei das Hauptaugenmerk sich häufig auf IWF und Weltbank richtete.

Schuldenkrisen innerhalb bestimmter Länder (zwei Drittel der IWF-Mitglieder machten nach 1980 eine finanzielle Krise durch, manche mehr als zwei Mal) konnten jedoch genutzt werden, um die internen gesellschaftlichen Beziehungen der Produktion überall dort neu zu organisieren, wo durch die Krisen die weitere Durchdringung mit externem Kapital gefördert wurde.<sup>40</sup> Einheimische Finanz-

---

<sup>40</sup> Siehe a.a.O., S. 49, zur Häufigkeit von Schuldenkrisen.

systeme, einheimische Produktmärkte und florierende einheimische Firmen wurden auf diese Weise aufgebrochen für die Übernahme durch US-amerikanische, japanische oder europäische Firmen. Niedrige Profite in den Kernzonen konnten dadurch aufge bessert werden, dass man sich von den im Ausland zu erzielenden höheren Profiten ein Stück abschnitt. Das, was ich »Akkumulation durch Enteignung« nenne (siehe Kapitel 4), erhielt für den globalen Kapitalismus eine zentrale Bedeutung (und Privatisierung wurde eines seiner Schlüsselemente). Der Widerstand auf diesem Gebiet wurde innerhalb der antikapitalistischen und antiimperialistischen Bewegung wichtiger als der in Arbeitskämpfen, wie sie durch erweiterte Reproduktion typischerweise hervorgerufen werden.

Kern des Systems war der Wall-Street-US-Finanzministerium-Komplex, doch hatte es viele multilaterale Aspekte. Die Finanzzentren von Tokio, London, Frankfurt und vielen anderen Orten waren Teil der Handlung, während die Finanzialisierung ihr Netz um die ganze Welt herum auswarf und sich dabei auf eine hierarchisch geordnete Reihe von Finanzzentren und eine transnationale Elite von Bankleuten, Börsenmaklern und Finanziers konzentrierte. In diesem Zusammenhang entstanden transnationale kapitalistische Unternehmen, die zwar in dem einen oder anderen Nationalstaat eine Basis haben mochten, sich aber in einer Weise über die Weltkarte ausbreiteten, die in früheren Phasen des Imperialismus undenkbar gewesen waren (die Trusts und Kartelle, die Lenin und Hilferding beschrieben, waren alle sehr eng an bestimmte Nationalstaaten gebunden). Das war die Welt, die das Weiße Haus unter Clinton mit einem allmächtigen, von der Spekulantenseite der Wall Street rekrutierten Finanzminister, Robert Rubin, durch einen zentralisierten Multilateralismus zu managen versuchte (verkörpert durch den so genannten Washington-Konsens aus der Mitte der 1990er Jahre). Der Multilateralismus war immer stärker um eine Regionalisierung der Weltwirtschaft herum organisiert, mit einer vorherrschenden Triaden-Struktur aus Nordamerika (NAFTA), Europa (der EU) und dem loserem, auf Handelsbeziehungen gegründeten Interessenbündnis in Ost- und Südostasien. Nach der Festigung der neoliberalen Grundregeln, offene Finanzmärkte und relativ freie Zugänglichkeit, schien



die Gefahr gering, dass diese regionalen Gebilde in die vom Wettkampf geprägte Autarkie zurückfallen würden, die sich in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg als so destruktiv erwiesen und eine wichtige Rolle dabei gespielt hatte, einem zwischenkapitalistischen Krieg den Boden zu bereiten. Innerhalb dieser Triaden-Struktur schien es jedoch klar, dass die USA, aufgrund ihres riesigen Verbrauchermarkts, ihrer überwältigenden Finanzkraft und ihrer Reserve unangefochtener Militärmacht, immer noch die Haupttrümpfe in der Hand hielten.

Und, um das Maß voll zu machen, schaffte das Ende des Kalten Krieges plötzlich eine lange bestehende Bedrohung des Gebiets der globalen Kapitalakkumulation aus dem Weg. Die Bourgeoisie hatte tatsächlich gemeinsam die Erde geerbt. Fukujama prophezeite das nahe bevorstehende Ende der Geschichte. Einen Moment lang schien es, als hätte Lenin Unrecht und Kautsky Recht gehabt – ein Ultraimperialismus auf der Grundlage einer »friedlichen« Zusammenarbeit aller großen kapitalistischen Mächte (jetzt symbolisiert durch die ehemals als G 7 bekannte Gruppierung, inzwischen zur G 8 erweitert, um Russland zu integrieren, wenn auch unter Führung der USA) war möglich – und der kosmopolitische Charakter des Finanzkapitals (symbolisiert durch die Zusammenkünfte des Weltwirtschaftsforums in Davos) sollte seine Gründungsideologie sein.<sup>41</sup>

Aber es wäre falsch zu glauben, diese finanzielle Macht, so ehrfurchtgebietend sie auch tatsächlich war, sei allmächtig und könne ihren Willen ohne Einschränkung durchsetzen. Es liegt gerade in der Natur der Finanzialisierung, dass sie ständig verwundbar ist durch ihre Beziehung zur Produktion von Werten durch industrielle und landwirtschaftliche Tätigkeit. Inmitten all der Plünderungen und Abwertungen bildeten sich neue und signifikante Komplexe der industriellen Produktion. In Ost- und Südostasien z.B. erwiesen sich regionale Komplexe wie das Perlflossdelta (Guangdong) in China oder politisch gelenkte Ökonomien wie Singapur und Taiwan nicht nur als Meister der Anpassung an finanziellen Druck, sondern waren

---

<sup>41</sup> P. Anderson, »Internationalism: A Breviary«, *New Left Review*, 14 (3/2002), 20, bemerkt, wie es zu »Kautskys Vision« kam, und dass liberale Theoretiker wie R. Keohane diesen Zusammenhang bereits festgestellt hatten.

sogar in der Lage, eine oppositionelle Kraft zu bilden, um die Verwundbarkeit des Finanzkapitals – das sich jetzt stark in den USA sowie in Europa und Japan konzentrierte – für die Produktion realer Werte zu demonstrieren. Die Tatsache, dass viele der industriellen Produktionskomplexe auf die Region eines Staates oder sogar mehrerer Staaten konzentriert waren, hat aus Gründen, die ich in Kapitel 3 ansprechen werde, erhebliche Bedeutung. Subtile Taktiken zum Gegenangriff auf die Hegemonie der USA im Bereich Finanzen entstanden in den Zwischenräumen der Produktionswelten. Das war ablesbar an den steigenden Handelsbilanzüberschüssen, insbesondere in Ost- und Südostasien. Die Rückführung dieser Überschüsse in das finanzielle System ließ es jedoch scheinen, als sei die Wall Street immer noch das maßgebliche Zentrum des Finanzuniversums. Daher hatte es zwar Phasen gegeben (wie in den 1980er Jahren), in denen die Hegemonie der USA sowohl intern als auch extern offen in Frage gestellt wurde, doch Ende der 1990er Jahre hatten diese Zweifel sich größtenteils zerstreut. Die Sicherheit der USA und ihre finanzielle Vorherrschaft in der Welt waren offenkundig. Der Boom in Vermögenswerten innerhalb der USA und der Aufstieg der »New Economy«, aufgebaut auf angeblich starken Produktivitätszuwachsen und einer ganzen Ansammlung von Internetfirmen, ließ die US-amerikanische Wirtschaft rasch genug wachsen, um den Rest der Welt in eine Kapitalakkumulation von respektabler Geschwindigkeit hineinzuziehen. Der Konsum, die goldene Regel des inneren Friedens der USA, schnellte in den Vereinigten Staaten und den anderen Zentren des fortgeschrittenen Kapitalismus in die Höhe.

Dieses System steht jetzt vor ernsthaften Schwierigkeiten. Wie 1973-75 sind die Ursachen vielfältig, aber diesmal machen es die Unbeständigkeit und chaotische Fragmentierung der Machtkonflikte innerhalb des politisch-wirtschaftlichen Lebens schwer zu erkennen, was hinter all dem Schall und Rauch (insbesondere des finanziellen Sektors) geschieht. Aber so wie die Krise von 1997/98 zeigte, dass das Hauptzentrum der überschüssigen produktiven Kapazität in Ost- und Südostasien lag (und man versuchte, die Abwertung auf diese Region zu beschränken), hat die rasche Erholung einiger Teile des ost- und südostasiatischen Kapitalismus (insbesondere von Südko-

rea) das allgemeine Problem der überschüssigen Kapazität (Überakkumulation) wieder in den Vordergrund der weltweiten Angelegenheiten gedrängt. Der Zusammenbruch der viel gefeierten »New Economy« zu einem Schutthaufen gescheiterter Internetfirmen in den USA, gefolgt von Buchführungsskandalen, die in dramatischer Weise zeigten, dass »fiktives« Kapital sich allzu leicht als uneinlösbar erweisen kann, unterhöhlte nicht nur die Glaubwürdigkeit der Wall Street, sondern stellte die ganze Beziehung zwischen Finanzkapital und Produktion in Frage. Die Drohung einer massiven Abwertung des Kapitals zeichnete sich ab und angesichts des Falls der Vermögenswerte existierten greifbare Zeichen dafür, dass diese Drohung bereits Wirklichkeit zu werden begann (am dramatischsten bei den Rentenfonds, die sich immer schwerer damit taten, ihren Obligationen nachzukommen).

Entweder müssen neue Arenen der profitablen Kapitalakkumulation eröffnet werden (wie etwa in China) oder es muss, sollte das misslingen, eine neue Runde der Kapitalabwertung eingeläutet werden. Es fragt sich: Wer wird die Hauptlast einer neuen Abwertungsrunde tragen? Wo wird die Axt fallen? Auch der Trend zur »Regionalisierung« innerhalb der Weltwirtschaft erweckt zunehmend Besorgnis. Man beginnt, einen Anklang an den geopolitischen Wettkampf zu hören, der in den 1930er Jahren so zerstörerisch wurde. Dass die USA 2002 die Regeln der WTO gegen Protektionismus durch die Auferlegung von Zöllen auf Stahlimporte vielleicht nicht dem Wortlaut, aber doch dem Grundgedanken nach fallen ließen, war ein besonders unheilvolles Zeichen. Das Platzen der Spekulationsblase enthüllte die Verwundbarkeit der USA durch Wertverluste. Die zunehmende Geschwindigkeit der Rezession, die schon früh im Jahr 2001 offensichtlich wurde, lieferte nach einem Jahrzehnt oder mehr der spektakulären (wenn auch »irrationalen«) Überschwinglichkeit und des eifrigen Konsums weitere Belege für diese Verwundbarkeit, lange vor dem Schock, den die Ereignisse des 11. September dem System versetzten. Sollte die goldene Regel der unablässigen Zunahme des Konsums in den USA bald gebrochen werden?

Eine wichtige Störungszone stellt die rasche Verschlechterung der Situation der US-amerikanischen Zahlungsbilanz dar. »Die gleichen

explodierenden Importe, die die Weltwirtschaft [in den 1990er Jahren] antrieben«, schreibt Brenner, »ließen das US-amerikanische Handels- und das Leistungsbilanzdefizit in Rekordhöhen steigen und führten zu Verbindlichkeiten gegenüber überseeischen Eigentümern in noch nie da gewesenen Höhen« und »der historisch beispiellosen Verwundbarkeit der US-Ökonomie für die Kapitalflucht und den Zusammenbruch des Dollars«. <sup>42</sup> Doch diese Verwundbarkeit besteht auf beiden Seiten. Wenn der US-Markt zusammenbricht, werden die Ökonomien, die auf diesen Markt als Abfluss für ihre überschüssigen Produktionskapazitäten zählen, mit ihm untergehen. Die Bereitwilligkeit, mit der die Verantwortlichen der Zentralbanken in Ländern wie China, Japan und Taiwan Geld verleihen, um die US-amerikanischen Defizite abzudecken, ist durchaus nicht ohne Eigeninteresse: So finanzieren sie den US-amerikanischen Konsum, der den Markt für ihre Produkte bildet. Jetzt stellen sie möglicherweise sogar fest, dass sie die Kriegsanstrengungen der USA finanzieren.

Aber die Hegemonie und Dominanz der USA ist, wieder einmal, bedroht, und dieses Mal scheint die Gefahr akuter zu sein. Ihre Wurzeln liegen darin, dass man sich einseitig auf das Finanzkapital als Mittel zur Behauptung der Hegemonie verlassen hat. Arrighi (der darin Braudel folgt) weist darauf hin, dass die Erweiterung des Finanzsektors »nicht nur die Reife eines bestimmten Entwicklungsstadiums der kapitalistischen Weltwirtschaft« anzeige, »sondern auch den Beginn eines neuen Stadiums«. <sup>43</sup> Wenn die Finanzialisierung ein möglicher Auftakt zum Übergang der Vorherrschaft von einem Hegemon auf einen anderen ist (wie es historisch der Fall war), scheint es, als sei die Wende der USA zur Finanzialisierung in den 1970er Jahren ein selbstzerstörerischer Zug gewesen. Das Defizit (sowohl intern als auch extern) kann sich nicht unendlich unkontrolliert in die Höhe schrauben, und die Fähigkeit und Bereitschaft anderer (vor allem in Asien), es zu finanzieren, sind nicht unerschöpflich. Das bloße Ausmaß der an die USA gezahlten Unterstützung ist erstaun-

---

<sup>42</sup> R. Brenner, *Boom & Bubble: Die USA in der Weltwirtschaft* (Hamburg: VSA-Verlag, 2003).

<sup>43</sup> Arrighi und Silver, *Chaos and Governance*, S. 31-33.

lich, Anfang 2003 stieg sie auf 2,3 Milliarden Dollar täglich. Jedes andere Land der Welt in einer solchen makroökonomischen Verfassung wäre längst schonungslosen Austeritäts- und Struktur Anpassungsprogrammen von Seiten des IWF unterworfen worden. Aber der IWF ist die USA. Wie Gowan bemerkt: »Washingtons Fähigkeit zur Manipulation des Dollarkurses und zur Ausnutzung der internationalen finanziellen Vorherrschaft der Wall Street versetzte die US-amerikanischen Behörden in die Lage, das zu vermeiden, was andere Staaten tun mussten: die Zahlungsbilanz im Auge behalten, die einheimische Wirtschaft so anpassen, dass im Land Einsparungen und Investitionen sichergestellt sind, die Höhe der öffentlichen und privaten Verschuldung beobachten, für ein effektives einheimisches System der Finanzintermediation sorgen, um die starke Entwicklung des einheimischen Produktionssektors sicherzustellen.« Die US-Ökonomie hatte »einen Fluchtweg aus all diesen Aufgaben« und ist infolgedessen »nach allen normalen Maßstäben kapitalistischer Staatsbilanzierung stark beeinträchtigt und instabil« geworden.<sup>44</sup>

Die Macht des Wall-Street-US-Finanzministerium-IWF-Komplexes ist sowohl symbiotisch mit als auch parasitär gegenüber einem durch Zwang auferlegten Finanzsystem, das auf dem so genannten Washington-Konsens fußt und später durch die Errichtung einer neuen internationalen Finanzarchitektur erweitert wurde. Diese ist, schreibt Soederberg, eindeutig »ein Anhang des Staates USA«, wenn sie auch ebenso den Interessen »der transnationalen Bourgeoisie insgesamt« dient.<sup>45</sup> Doch die Disziplinierung, sogar Zerstörung der in Ost- und Südostasien konzentrierten »interventionistischen« Staaten macht es verlockend, aus dem System Reißaus zu nehmen, ähnlich wie es Malaysia tat, als es plötzlich und recht erfolgreich die neoliberalen Spielregeln umstieß, die Disziplin des IWF verweigerte und Kapitalkontrollen verhängte, wie man sie seit den 1960er Jahren nicht mehr gesehen hatte. Es ist nicht klar, wie weit man gehen kann, ehe sich regionale Bündnisse bilden, abspringen und damit dem

---

<sup>44</sup> Gowan, *The Global Gamble*, S. 123.

<sup>45</sup> S. Soederberg, »The New International Financial Architecture: Imposed Leadership and »Emerging Markets«, in Panitch/Leys (Hrsg.), *Socialist Register* 2002, S. 175-192.

Washington-Konsens einen Pfahl ins Herz treiben und die Struktur der neuen Finanzarchitektur unterhöhlen, die bisher so vorteilhaft für die USA gewesen ist. Wie die Zölle auf den Stahlimport zeigen, ist ebenso wenig klar, dass die USA sich an die Spielregeln halten werden. Es ist an dieser Stelle sinnvoll, sich in Erinnerung zu rufen, dass die Verabschiedung der WTO-Vereinbarungen durch den US-Senat die Vorbehaltsklausel enthielt, dass die USA jeden WTO-Entscheid ignorieren und verweigern könnten, den sie für grundlegend unfair gegenüber den US-Interessen hielten (womit die USA die vertraute Haltung einnahmen, von ihrem Vorrecht auszugehen, sowohl Richter als auch Geschworene zu sein).

Um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, sind überall Widerstand und Ressentiments gegen die Macht des Wall-Street-US-Finanzministerium-IWF-Komplexes zu spüren. Eine weltweite globalisierungskritische Bewegung (deren Form sich ziemlich von derjenigen der Klassenkämpfe unterscheidet, die in den Prozessen der erweiterten Produktion verankert sind) formiert sich zu einer alternativen Globalisierungsbewegung mit viel Unterstützung von der Basis. Populäre Bewegungen gegen die US-Hegemonie von ehemals fügsamen untergeordneten Mächten, insbesondere in Asien (Südkorea ist ein einschlägiger Fall), aber jetzt auch in Lateinamerika, drohen, den Widerstand an der Basis in einen staatlich gelenkten, wenn nicht gar entschieden nationalistischen Widerstand gegen die US-Hegemonie umzuformen. Das sind die Bedingungen, unter denen der Antiimperialismus eine andere Färbung anzunehmen beginnt, die ihrerseits wiederum hilft, innerhalb der USA klarer zu definieren, wie das eigene imperialistische Projekt möglicherweise aussehen muss, wenn sie ihre hegemoniale Position erhalten wollen. Wenn die Hegemonie schwach wird, besteht die Gefahr einer Hinwendung zu viel stärker zwangbasierten Taktiken der Form, wie wir sie jetzt im Irak erleben.

## **Möglichkeiten**

Die Möglichkeiten für die USA sind begrenzt. Arrighi und seine Kollegen stellen sich zwar keine ernsthafte externe Herausforderung vor, kommen aber zu dem Schluss, dass die USA ein sogar noch größeres Potenzial haben als Großbritannien vor einem Jahrhundert,

ihre im Niedergang begriffene Hegemonie in eine ausbeuterische Vorherrschaft zu verwandeln. Wenn das System schließlich zusammenbricht, dann hauptsächlich aufgrund des Widerstands der USA gegen Anpassung und Übereinkünfte. Umgekehrt sind Übereinkünfte und Anpassung der USA an die aufsteigende Wirtschaftsmacht der ostasiatischen Region eine notwendige Bedingung für einen nicht-katastrophalen Übergang in eine neue Weltordnung.<sup>46</sup>

Dass sich die Bush-Regierung dem Unilateralismus zugewandt hat, mit Zwang statt Konsens, mit einer viel offener imperialistischen Vision und im Vertrauen in ihre unanfechtbare Militärmacht, deutet auf eine sehr risikobehaftete Herangehensweise an die Aufrechterhaltung der US-Vorherrschaft hin, die fast sicher durch militärische Befehlsgewalt über die weltweiten Ölvorräte erfolgen soll. Da sich gleichzeitig die Zeichen für den Verlust der Vorherrschaft im Produktions- und jetzt (wenn auch bislang weniger eindeutig) auch im Finanzsektor mehren, ist die Versuchung, eine ausbeuterische Vorherrschaft anzustreben, groß. Ob dies später zu einem katastrophalen Zerfall des Systems führen wird oder nicht (vielleicht durch eine Rückkehr zu Lenins Szenario der gewaltförmig ausgetragenen Konkurrenz zwischen kapitalistischen Machtblöcken) ist schwer abzuwägen und schon gar nicht vorherzusagen.

Die USA könnten jedoch den von ihnen avisierten Imperialismus wenn schon nicht aufgeben, dann doch herunterstufen durch eine massive Umverteilung des Wohlstands innerhalb ihrer Grenzen und eine Umadressierung von Kapitalströmen in die Produktion und die Erneuerung der physischen und sozialen Infrastruktur (dramatische Verbesserungen des staatlichen Bildungssystems und die Reparatur offensichtlich nicht mehr funktionierender Teile der Infrastruktur wären ein guter Anfang). Eine industrielle Strategie zur Neubelebung ihres immer noch beachtlichen Produktionssektors würde ebenfalls helfen. Wenn sie sehr weit gehen wollten, würde diese Strategie auch eine interne Umorganisation der Machtbeziehungen zwischen den Klassen und solche Maßnahmen zur Veränderung der sozialen

---

<sup>46</sup> Arrighi und Silver, *Chaos and Governance*, 288f.

Beziehungen einschließen, die zu erwägen die USA schon seit dem Bürgerkrieg systematisch ablehnen. Staatlich subventionierter Konsum müsste durch Projekte ersetzt werden, die am öffentlichen Wohl orientiert sind. Doch dies würde sogar noch mehr Defizitfinanzierung und/oder höhere Steuern erforderlich machen sowie eine starke staatliche Lenkung, und genau darüber auch nur nachzudenken weigern sich die Kräfte der vorherrschenden Klassen innerhalb der USA hartnäckig; jeder Politiker, der einen solchen Maßnahmenkatalog vorschlägt, wird ziemlich sicher von der kapitalistischen Presse und ihren Ideologen niedergeschrien und angesichts der überwältigenden Macht des Geldes ebenso sicher jede Wahl verlieren. Und doch könnte in der momentanen Situation ein massiver Angriff innerhalb der USA sowie anderer Kernländer des Kapitalismus (insbesondere in Europa) auf die Politik des Neoliberalismus und die Kürzungen der Staats- und Sozialausgaben paradoxerweise eine der wenigen Möglichkeiten sein, den Kapitalismus von innen vor seiner Neigung zur Selbstzerstörung und zu Krisen zu schützen. Ein neuer »New Deal« ist das absolute Minimum, aber es ist überhaupt nicht sicher, dass dies wirklich angesichts der überwältigenden Überschusskapazitäten innerhalb des globalen Systems funktionieren würde. Es ist lehrreich, sich der Lektionen der 1930er Jahre zu erinnern: Sehr wenig spricht dafür, dass Roosevelts »New Deal« das Problem der Depression löste. Die Mühen eines Krieges zwischen den kapitalistischen Staaten waren nötig, um die territorialen Strategien wieder zurechtzurücken, so dass die Wirtschaft wieder auf einen stabilen Pfad der anhaltenden und großflächigen Kapitalakkumulation gebracht werden konnte.

Noch mehr einem politischen Selbstmord innerhalb der USA käme es gleich, versuchte man durch Selbstdisziplin die Sorte Austeritätsprogramm durchzusetzen, die der IWF typischerweise über andere verhängt. Jeder Versuch externer Mächte, dies zu tun (beispielsweise durch Kapitalflucht und Zusammenbruch des Dollars), würde mit Sicherheit eine brutale politische, wirtschaftliche oder sogar militärische Reaktion der USA nach sich ziehen. Es ist schwer vorstellbar, dass die USA so etwas friedlich akzeptieren, sich auf das phänomenale Wachstum Ostasiens einstellen und, wie Arrighi vorschlägt, ein-



gestehen würden, dass wir uns mitten in einem großen Umschwung in Richtung Asien als dem hegemonialen Zentrum globaler Macht befinden. Es ist unwahrscheinlich, dass die Vereinigten Staaten still und leise abtreten werden.<sup>47</sup> Dies würde in jedem Fall eine radikale Umorientierung des ostasiatischen Kapitalismus – für die es bereits einige Anzeichen gibt (wie wir in Kapitel 3 sehen werden) – von der Abhängigkeit vom US-Markt zur Kultivierung eines Binnenmarkts innerhalb Asiens erforderlich machen. Das graduelle Abziehen von Geldmitteln aus den USA hätte katastrophale Folgen. Aber eine immer weiter wachsende Verschuldung ist ein gefährlicher Weg, den Konsum innerhalb der USA am Leben zu halten, von der Finanzierung eines Krieges ganz zu schweigen. Die Lektion aus der Krise von 1973-75 war, dass die kapitalistische Logik irgendwann auf den Urheber zurückfällt und die Unmöglichkeit einer immerwährenden Kanonen-plus-Butter-Strategie bloßlegt.

Das ist der Kontext, in dem die Bush-Regierung vor unseren Augen dazu übergeht, ihre militärischen Muskeln spielen zu lassen – die einzige eindeutig absolute Macht, die ihr noch geblieben ist. Das unverblümete Reden von einem Imperium als politische Option ist wohl der Versuch, die Extraktion eines Tributs vom Rest der Welt hinter einer Rhetorik zu verbergen, nach der die USA allen Frieden und Freiheit bringt. Die Kontrolle über die Ölvorkommen ist ein zweckmäßiges Mittel, um auf jede innerhalb der Weltwirtschaft drohende – wirtschaftliche oder militärische – Machtverschiebung zu antworten. Die gegenwärtige Situation stinkt nach einer Wiederholung der Vorfälle von 1973, da Europa und Japan ebenso wie Ost- und Südostasien (inzwischen, was ausschlaggebend ist, auch China) sogar noch stärker vom Golföl abhängig sind als die USA. Sollten die USA erfolgreich den Sturz sowohl Chavez' als auch Saddams einfädeln, sollte es ihnen gelingen, ein bis an die Zähne bewaffnetes

---

<sup>47</sup> Die schwer sinngebend zu übersetzende Formulierung lautet im Original: »It is unlikely that the U.S. will go quietly and peacefully into that goodnight.« Wahrscheinlich handelt es sich hierbei um eine literarische Referenz auf das Gedicht des amerikanischen Poeten Dylan Thomas (1914-1953): »Do Not Go Gentle Into That Good Night« (Anm. d. Red.).

saudi-arabisches Regime zu stabilisieren oder zu reformieren, das momentan auf dem losen Sand autoritärer Herrschaft basiert (und in unmittelbarer Gefahr schwebt, in die Hände des radikalisierten Islams zu fallen), sollten sie (was möglich scheint) in der Lage sein, vom Irak zum Iran weiterzugehen und ihre Position in der Türkei und Usbekistan als strategische Präsenz im Bezug auf die Ölvorräte im Kaspischen Becken zu konsolidieren (in die die Chinesen verzweifelt versuchen, sich einzukaufen), dann könnten die USA hoffen, durch die eiserne Kontrolle über den globalen Ölhahn effektiv die Kontrolle über die Weltwirtschaft zu behalten und ihre eigene Dominanz für die nächsten 50 Jahre zu sichern. Aber, wie Friedman in den in der Einleitung zitierten Passagen bemerkt, hängt viel davon ab, ob die USA die Welt davon überzeugen können, dass es ihnen bei der Ausübung ihrer Führungsrolle um die Entwicklung kollektiver Macht geht und sie selbst als Garant für die globale allgemeine Ölversorgung fungieren, oder ob sie aus Eigeninteresse handeln, um ihre Position auf Kosten anderer zu sichern. Verlegen sie sich, kurz gesagt, auf Vorherrschaft durch Zwang oder auf Führung durch Hegemonie? Am wahrscheinlichsten ist, dass sie versuchen werden, ersteres als Taktik zu verfolgen und sie mit letzterem zu verschleiern. Aber dass es nicht gelang, volle internationale Unterstützung für den Einmarsch im Irak zu erhalten, deutet darauf hin, dass ein Großteil der Welt den Motiven der USA misstrauisch gegenübersteht.

Die Gefahren dieser Strategie in der Golfregion sind immens. Es ist mit gewaltigem Widerstand zu rechnen, nicht zuletzt in Europa und Asien, und kaum weniger in Russland und China. Das Widerstreben in den UN, insbesondere Frankreichs, Russlands und Chinas (das in den 1990er Jahren Zugang zur irakischen Ölförderung erhielt), einer US-amerikanischen Militärintervention im Irak zuzustimmen, illustriert das. Und die interne Dynamik des antiamerikanischen Kampfs in der Golfregion ist so unvorhersagbar wie komplex. Es besteht ein beträchtliches Potenzial für die Destabilisierung der gesamten Region von Pakistan bis Ägypten. Die anmaßende Sicht, die ganze Struktur der politischen Macht und territorialen Organisation der Region – von den Briten und Franzosen willkürlich als

Zusatz zum Versailler Vertrag errichtet – könne unter der Führung der USA und ihrer Verbündeten umgestaltet und stabilisiert werden, ist schlicht zu weit hergeholt, um sie in Betracht zu ziehen (obgleich es innerhalb der US-Regierung Strategen gibt, die dies anscheinend für möglich halten).

Gerade hier sind die USA jedoch in der Lage, ihren höchsten Trumpf auszuspielen – militärische Dominanz – und dies wenn nötig mit Zwang durchzusetzen. Wir kennen die politische Strategie in diesem Bereich ganz genau aus den in den letzten etwa zehn Jahren herausgegebenen Dokumenten der Verteidigungspläne. Sie besteht darin, die militärische Vorrangstellung um jeden Preis aufrechtzuerhalten und die Entstehung jeglicher Konkurrenz-Supermacht zu verhindern und zu bekämpfen. Die Ausbreitung von Massenvernichtungswaffen jeder Art soll verhindert werden und die USA sollten bereit sein, zu diesem Zweck falls nötig präventive Gewalt anzuwenden. In den Clinton-Jahren wurde dies in die Fähigkeit übersetzt, aktiv zwei regionale Kriege gleichzeitig zu führen (und die Beispiele, die man 1995 zu Planungszwecken auswählte, waren bezeichnenderweise Irak und Nordkorea). Doch die Cheney-Wolfowitz-Doktrin, zuerst in den letzten Jahren der früheren Bush-Regierung aufgestellt und im »Projekt für das neue Amerikanische Jahrhundert« konsolidiert (das interessanterweise ebenso wie Luce damals die Territorialität einer Imperialmacht im begrifflichen Nebel eines »Jahrhunderts« verbirgt), ging noch weiter. Feste Bündnisse (wie die NATO) sollen aufgegeben werden (da diese zu stark einschränken), und man sollte von Fall zu Fall Ad-hoc-Koalitionen eingehen. Auf diese Weise wären die USA nicht mehr an die Standpunkte ihrer Verbündeten gebunden. Die USA behalten sich das Recht auf einen Alleingang mit überwältigender militärischer Feuerkraft vor, sollte dieser nötig sein. Sie erheben offen Anspruch auf das Recht eines Präventivschlages zur Abwehr atomarer, biologischer oder chemischer Angriffe, zur Sicherung des Zugangs zu strategischen Schlüsselrohstoffen (wie Öl) und zum Schutz gegen terroristische Angriffe oder andere Bedrohungen (wie wirtschaftliche Erdrosselung). An diesen Dokumenten zur Verteidigungsstrategie von 1991/92 ist besonders interessant, wie genau ihren Verordnun-

gen jetzt gefolgt wird. Armstrong kommt nach einer genauen Untersuchung dieser Dokumente zu dem Schluss: »Der Plan ist, dass die USA die Welt beherrschen. Das offen ausgesprochene Thema ist Unilateralismus, aber letztlich geht es um Vorherrschaft. Gefordert wird, dass die USA ihre überwältigende militärische Überlegenheit aufrechterhalten und verhindern, dass neue Rivalen aufsteigen und sie auf der Weltbühne herausfordern. Gefordert wird die Herrschaft über Freunde ebenso wie über Feinde. Der Plan lautet nicht, die USA müssten mächtiger oder am mächtigsten sein, sondern sie müssten absolut mächtig sein.«<sup>48</sup>

Das Paradoxe in all dem ist, wie Armstrong weiter bemerkt, dass die USA nun, nachdem sie geholfen hat, die Sowjetunion zu Fall zu bringen, genau die politische Strategie verfolgen, für die dieses »Reich des Bösen« verurteilt und bekämpft wurde. Die USA sollten, wie Colin Powell es plastisch ausdrückt, der »Schikanierer rund um den Block« (*»the bully on the block«*) sein. Der Rest der Welt würde dies gerne akzeptieren, beteuerte er des weiteren selbstbewusst, weil man den USA »vertrauen kann, dass sie diese Macht nicht missbrauchen«.

Darin liegt noch eine weitere mögliche Paradoxie: Wenn die Sowjetunion wirklich durch Überlastung ihrer Wirtschaft aufgrund des Rüstungswettrennens zu Fall gebracht wurde, werden dann die USA in ihrem blinden Streben nach militärischer Vorherrschaft die wirtschaftliche Grundlage ihrer eigenen Macht unterminieren? Ihre regionalen militärischen Engagements sind gewaltig und nehmen weiter zu. Die USA gaben schon vor der militärischen Massierung in der Golfregion 4 bis 5 Milliarden Dollar pro Jahr für die Patrouillen dort aus. Die Bush-Regierung hat bereits um fast 75 Milliarden Dollar für den Krieg ersucht, und das nur bis September 2003. Plausiblen Schätzungen zufolge ist es unwahrscheinlich, dass die Gesamtkosten weniger als 200 Milliarden Dollar betragen werden, und hierbei geht man davon aus, dass keine unvorhergesehenen Katastrophen wie regionale Zersplitterungen oder ein ausgedehnter Bürgerkrieg eintreten. Und die »normalen« von den USA eingeplan-

---

<sup>48</sup> D. Armstrong, »Dick Cheney's Song of America: Drafting a Plan for Global Dominance«, *Harper's Magazine*, 305 (Okt. 2002), S. 76-83.

ten Militärausgaben sind so hoch wie die der gesamten übrigen Welt. Die Gefahr der Überdehnung ist bedenklich, zumal sich das Defizit im Bundeshaushalt immer drohender in der Finanzlandschaft abzeichnet und Haushaltskrisen auf nationaler und lokaler Ebene sich bereits deutlich auf dem Gebiet der Bereitstellung von öffentlichen Diensten bemerkbar machen. Es ist zweifelhaft, ob die seit Roosevelt bestehende goldene Regel – dass die Ausgaben für imperialistische Zwecke im Ausland der endlosen Aufwärtsspirale des heimischen Konsums nicht in die Quere kommen sollten – weiter beibehalten werden kann. Die USA werden nicht nur kostbares Blut für Öl und den Erhalt einer kränkelnden Hegemonie opfern müssen; möglicherweise werden sie auch ihre ganze Lebensweise zu opfern haben. Die kapitalistische Logik der Macht wird die territoriale Logik, der man jetzt folgt, in Stücke reißen.

### **Regional- und Gegenhegemone**

Die triadische regionale Struktur innerhalb der Weltwirtschaft, bei der eine Spitzenstellung Nordamerikas unterstellt wird, ist nicht unbedingt ein stabiles Gefüge. Es hat den Anschein, als beinhalteten die formalen Übereinkünfte in der Europäischen Union die Möglichkeit einer integrierten europäischen Wirtschaft, die mindestens so groß und mächtig wäre wie die der Vereinigten Staaten. Das mindeste, was sich hier ankündigt, ist die Entstehung eines Regionalhegemons, möglicherweise auch eines echten Konkurrenten der USA.<sup>49</sup> Die kapitalistische Logik innerhalb der EU, wenn auch in keinsten Weise spektakulär, scheint recht gut zu funktionieren. Verkettungen und vernetzte Wirtschaftsbeziehungen breiten sich rasch über ganz Europa aus, und das Potenzial, den Dollar als Leitwährung der Wahl in Frage zu stellen, ist zwar schwach, aber nichtsdestotrotz real (Saddams Vorschlag, seine Ölverkäufe in Euros statt in Dollars abzuwickeln, könnte durchaus ein weiterer signifikanter Grund für die USA gewesen sein, im Irak auf einem Regimewechsel statt bloß einer Entwaffnung zu bestehen). Aber politisch besteht die EU aus Fragmen-

---

<sup>49</sup> Mittelman, *The Globalization Syndrome*.

ten und ihre allgemeine territoriale Logik bleibt vage. Die USA haben alle möglichen Hebel, um zu teilen und zu herrschen und dadurch die Entwicklung jeder klaren territorialen Logik auf europäischer Ebene zu durchkreuzen. Sie versuchen die Entstehung einer »Festung Europa« durch eine Doppelstrategie zu verhindern: (a) durch ihr Beharren auf den Regeln des Neoliberalismus als Basis für Austauschbeziehungen und Kapitalströme (daher die große Bedeutung der WTO) und (b) durch die Beibehaltung bestimmter politischer und militärischer Hebel, durch die sie die interne Politik der EU beeinflussen können. Dies beinhaltet die Aufnahme von Gesprächen mit einzelnen europäischen Staaten auf bilateraler Grundlage statt mit Europa als Ganzem und die Kultivierung spezieller Bündnisse (z.B. mit Großbritannien, Spanien und Italien sowie mit derjenigen Reihe von Ostblockstaaten, mit Polen in ihrem Zentrum, die bald beitreten werden). Obgleich die USA jetzt selbst beabsichtigen, feste Bündnisse aufzugeben und trotz deren allgemeiner Irrelevanz nach dem Ende des Kalten Krieges halten sie teilweise deswegen noch an der NATO fest, weil diese die europäische Militärplanung und -entwicklung unter US-amerikanischer Befehlsgewalt hält. Die USA unterstützen beispielsweise die Idee, dass Europa seine eigene militärische schnelle Einsatztruppe entwickelt, aber nur unter der Bedingung, dass sie unter Befehlsgewalt der NATO bleibt. Die Tatsache, dass NATO und EU nicht deckungsgleich sind, ist ein klarer Vorteil für die USA, denn sie macht den Ausbau der territorialen Logik der letzteren zu einer vereinten politischen und militärischen Kraft sogar noch schwerer.

Die Uneinigkeit innerhalb der EU, hauptsächlich zwischen pro-amerikanischen Ländern und denen, die eine unabhängige Politik durchsetzen wollen, ist momentan zu schwerwiegend, als dass eine gemeinsame außen- und militärpolitische Strategie vorstellbar wäre. Es ist unwahrscheinlich, dass die EU in sehr naher Zukunft eine vereinte Basis hervorbringen wird, mit deren Hilfe sie ihre eigene »territoriale Logik« in der Welt zur Geltung bringen könnte. Aber auf diesem Gebiet können sich die Dinge schnell ändern, insbesondere wenn die US-Regierung dem europäischen Standpunkt weiterhin mit solch einer vernichtenden Mischung aus Geringschätzung und har-

ter Nichtbeachtung begegnet. Die EU stellt mit Sicherheit einen Regionalhegemon dar, doch ihr Potenzial, mit der USA zu konkurrieren, ist gegenwärtig auf die Gebiete der Produktion und der Finanzen beschränkt.

Zu diesem Zeitpunkt erscheint die Infragestellung der US-amerikanischen Vorherrschaft durch Ost- und Südostasien viel schwerwiegender. Finanzielle und produktive Macht sind in der Region weiterhin akkumuliert worden, was zu einem Abfließen von Macht aus Nordamerika und in einem geringeren Maß aus Europa geführt hat. Im Gegensatz zu Europa lassen sich in der Region wenig Anzeichen für einen Versuch erkennen, eine formale Struktur politisch-militärischer Macht aufzubauen, und die Beziehungen zwischen den Staaten sind eher ein Netzwerk als eine formale Struktur, eher kapitalistisch als territorial. Jedenfalls üben die USA gegenwärtig in einem Maß politische und militärische Kontrolle über die Regierungen von Japan, Taiwan und Südkorea aus, das jede unabhängige politische Maßnahme dieser Länder unmöglich machen würde. Daher mutet es zwar unwahrscheinlich an, dass sich irgendeine vereinte territoriale Logik der Macht in der Region entwickeln wird, aber die Macht der kapitalistischen Logik wirkt immer überwältigender und ähnelt immer stärker der eines künftigen Hegemons in der Weltwirtschaft, insbesondere da das Schwergewicht China und, in einem geringeren Maße, Indien immer mehr Teil der Gleichung werden. Ich werde die wirtschaftlichen Folgen dieser Veränderungen in Kapitel 3 aufgreifen, aber eine politische und militärische Frage ergibt sich doch, weil China nicht in derselben Weise wie Japan von den USA dominiert wird und es die Fähigkeit und, wie es gelegentlich scheint, auch den Willen hat, eine territoriale Führungsrolle innerhalb der gesamten Region einzunehmen. Die politische und militärische Eindämmung Chinas wäre ebenso wesentlich für den Erhalt der globalen US-Hegemonie wie die Politik des Teilens und Herrschens in Europa. Und dabei wäre, wie ich in Kapitel 1 festgestellt habe, die Kontrolle über die Ölvorräte im Mittleren Osten den US-Interessen sehr förderlich, sollten die USA es je für nötig halten, die geopolitischen Ambitionen Chinas im Zaum zu halten. Bei all dem gilt es jedoch das empfindliche Gleichgewicht zu halten zwischen

einer so großen Offenheit der Welt, dass sich die kapitalistische Logik relativ frei von Beschränkungen entfalten kann, und einer so großen Stabilität und Einschränkung der territorialen Logik, dass sich jegliche groß angelegte Herausforderung der militärischen und politischen Vormacht der USA verhindern lässt.

Doch sind dies nicht die einzig vorstellbaren Formationen territorialer Macht. Die relative Festigkeit territorialer Übereinkünfte spricht zwar gegen Unbeständigkeit, aber im Wesen von Bündnissen sind schnelle Veränderungen möglich und treten auch tatsächlich ein. Als beispielsweise Anfang 2003 die US-amerikanische Politik gegenüber dem Irak ein sogar von China unterstütztes Übereinkommen zum Widerstand zwischen Frankreich, Deutschland und Russland schuf, ließen sich die blassen Umrisse eines eurasischen Machtblocks ausmachen, der, Halford Mackinders vor langer Zeit getätigten Vorhersage zufolge, die Welt mit Leichtigkeit geopolitisch dominieren könnte. Dass die USA schon lange vor einem solchen Machtblock Angst hatten, wurde in ihrer heftigen Reaktion auf de Gaulles Annäherung an die Sowjetunion in den 1960er Jahren und Willy Brandts Ostpolitik der 1970er Jahre offensichtlich. Henry Kissinger stellte klar, dass die USA immer noch viel von einer solchen Ausrichtung zu befürchten haben, als er bemerkte, diese neue Orientierung kündige die Rückkehr zu einem Gleichgewicht der Kräfte an, wie es für das 19. Jahrhundert typisch war, und reuevoll hinzufügte, es sei in diesem Fall »nicht offensichtlich, dass die USA verlieren werden«, womit er die sehr reale Möglichkeit eingestand, dass sie es könnten.<sup>50</sup> Die Tatsache, dass die Bush-Regierung ein so furchterregendes Gegenbündnis in weniger als einem Jahr provozieren konnte, illustriert, wie schnell es zu geopolitischen Umorientierungen kommen kann und wie leicht katastrophale Fehler Jahre der sorgfältigen Kultivierung diplomatischen und militärischen Schutzes zunichte machen können. Die US-Invasion im Irak nimmt damit eine noch weitergehende Bedeutung an. Sie stellt nicht nur einen Versuch dar, durch Dominanz im Mittleren Osten den globalen Öl-

---

<sup>50</sup> Zitiert in P. Tyler, »Threats and Responses. News Analysis: A Deepening Fissure«, *New York Times*, 6. März 2003, S. 1.



hahn und damit die Weltwirtschaft zu kontrollieren. Sie bildet auch einen mächtigen Brückenkopf für das US-Militär auf die eurasische Landmasse, der den USA, gemeinsam mit ihren sich versammelnden Verbündeten von Polen bis hinunter auf den Balkan, eine mächtige geostrategische Position in Eurasien einbringt. Dadurch hätten die USA zumindest das Potenzial, jede Konsolidierung von eurasischer Macht zu durchbrechen – denn diese könnte tatsächlich der nächste Schritt jener unendlichen Akkumulation politischer Macht sein, die die ebenso unendliche Kapitalakkumulation stets begleiten muss.

Das Ende des Kalten Krieges wies eindeutig auf bevorstehende große Veränderungen hin. Die territoriale Logik der Macht ist dabei sich zu verändern, aber das Ergebnis ist in keinster Weise sicher. Jetzt ist auch offensichtlich, dass die territoriale und die kapitalistische Logik in einem Zustand hoher Spannung existieren. Unter Bush ist die territoriale Logik deutlich geworden, was der Grund dafür ist, dass die Rede von imperialer Macht und neuem Imperialismus derzeit so stark auf die USA konzentriert ist. Aber das Gleichgewicht der wirkenden Kräfte innerhalb der kapitalistischen Logik weist in eine ganz andere Richtung. Wie sich das alles entwickeln wird, hängt daher stark von einem besseren Verständnis der Funktionsweise der kapitalistischen Logik der Macht ab. Das ist die Frage, die ich in Kapitel 3 aufgreifen werde.

# Kapitel 3

## Die Unterjochung des Kapitals

Dass der Kapitalismus so lange trotz diverser Krisen und Umorganisationen und unter beunruhigenden Voraussagen seines bevorstehenden Ablebens von Linken wie von Rechten überlebt hat, ist ein Rätsel, das der Erläuterung bedarf. Lefebvre zum Beispiel glaubte den Schlüssel in seinem berühmten Kommentar gefunden zu haben, der Kapitalismus überlebe durch die Produktion von Raum, aber leider erklärte er nicht genau, wie oder warum dies der Fall sein könnte.<sup>51</sup> Gewiss hielten sowohl Lenin als auch Luxemburg, wenn auch aus recht verschiedenen Gründen und unter Gebrauch recht verschiedener Argumentationsformen, den Imperialismus – eine bestimmte Form der Produktion und der Verwendung des globalen Raums – für des Rätsels Lösung, doch war diese Antwort in beiden Fällen begrenzt und daher voller eigener unüberwindbarer Widersprüche.

In diesem Kontext habe ich in einer Reihe von Publikationen, die vor mehr als zwanzig Jahren begann, eine Theorie der »räumlichen Fixierung« (genauer gesagt, der »raum-zeitlichen Fixierung«) zu den inneren Widersprüchen der krisenanfälligen Kapitalakkumulation vorgestellt.<sup>52</sup> Der zentrale Punkt dieser Argumentation betrifft eine chronische Tendenz des Kapitalismus, Krisen der Überakkumulation hervorzubringen, die ich theoretisch aus einer Umformulierung der Marxschen Theorie der Tendenz zum Fall der Profitrate gewon-

---

<sup>51</sup> H. Lefebvre, *Die Zukunft des Kapitalismus: die Reproduktion der Produktionsverhältnisse* (München: List 1974).

<sup>52</sup> Die meisten dieser Aufsätze aus den 1970er und 1980er Jahren wurden in D. Harvey, *Spaces of Capital: Towards a Critical Geography* (New York: Routledge, 2001) wiederveröffentlicht. Die Hauptargumentationslinie findet sich auch in D. Harvey, *The Limits to Capital* (Oxford: Basil Blackwell, 1982; repr. London: Verso Press, 1999).

nen habe.<sup>53</sup> Solche Krisen äußern sich typischerweise in Kapitalüberschüssen (in Waren-, Geld- oder Produktivkapazitätsform) und überschüssiger Arbeitskraft nebeneinander, ohne dass es allem Anschein nach die Möglichkeit gäbe, sie auf profitable Weise zusammenzubringen oder gesellschaftlich nützliche Aufgaben zu verrichten. Der offensichtlichste Fall war die weltweite Baisse in den 1930er Jahren, als sich die Ausnutzung der Kapazitäten auf dem tiefsten Stand aller Zeiten befand, überschüssige Waren nicht verkauft werden konnten und die Arbeitslosigkeit auf ihrem absoluten Höchststand war. Der Effekt war die Abwertung und in manchen Fällen sogar die Zerstörung der Kapitalüberschüsse und das Abrutschen der überschüssigen Arbeitskräfte in einen erbärmlichen Zustand. Da der Mangel an profitablen Verwendungsmöglichkeiten den Kern des Problems ausmacht, liegt das wirtschaftliche (im Gegensatz zum sozialen oder politischen) Hauptproblem beim Kapital. Wenn eine Abwertung verhindert werden soll, müssen profitable Wege gefunden werden, die Kapitalüberschüsse zu absorbieren. Geographische Ausdehnung und räumliche Umorganisation bieten eine solche Möglichkeit – diese kann aber nicht von den auftretenden zeitlichen Verschiebungen getrennt werden, wenn überschüssiges Kapital in langfristige Projekte verlagert wird, die viele Jahre brauchen, ehe sie ihren Wert durch die von ihnen unterstützte produktive Aktivität wieder in die Zirkulation zurückfließen lassen. Da geographische Ausdehnung oft Investitionen in langlebige physische und soziale Infrastruktur mit sich bringt (beispielsweise in Transport- und Kommunikationsnetzwerke, Bildung, Ausbildung und Forschung), stellt die Herstellung und Umstrukturierung von räumlichen Beziehungen eine wirksame Weise dar, die Neigung zur Ausbildung von Krisensituationen im Kapitalismus abzuschwächen, wenn nicht zu unterdrücken. Die US-Regierung versuchte in den 1930er Jahren auf das Problem der Überakkumulation zu reagieren, zum Beispiel, indem sie zukunftsorientierte Arbeitsprojekte an bis dahin nicht erschlossenen Standorten einrichtete, in der direkten Absicht, die damals verfügbaren Über-

---

<sup>53</sup> Meine eigene Version dieses theoretischen Arguments ist genauer ausgeführt in Harvey, *Limits to Capital*, Kap. 6 und 7.

schüsse an Kapital und Arbeitskraft aufzusaugen (nebenbei bemerkt bauten die Nazis die Autobahnen in diesen Jahren mit demselben Grundgedanken).

Die kapitalistische (im Gegensatz zur territorialen) Logik des Imperialismus ist, so meine ich, vor diesem Hintergrund des Ausfindigmachens »raum-zeitlicher Fixierungen« für das Problem des Überschusskapitals zu verstehen (und es ist, wie ich wiederholen muss, ein Überschuss an Kapital statt eines Überschusses an Arbeitskraft, was primär im Zentrum der analytischen Aufmerksamkeit stehen muss). Um zu verstehen, wie dies geschieht, werde ich zunächst beschreiben, wenn auch schematisch und sehr allgemein, wie das Kapital in Raum und Zeit zirkuliert und dabei seine eigene charakteristische historische Geographie hervorbringt. Dabei werde ich versuchen, die dialektische Beziehung zwischen der Politik des Staats und des Imperiums auf der einen Seite und den molekularen Bewegungen der Kapitalakkumulation in Raum und Zeit auf der anderen fest im Zentrum der Argumentation zu halten. Daher beginne ich mit einigen grundlegenden Bemerkungen über die große Bedeutung des Staats als territorialisierter Rahmenstruktur, innerhalb derer die molekularen Prozesse der Kapitalakkumulation ablaufen.

### **Staatsmacht und Kapitalakkumulation**

Die Kapitalakkumulation über die Realisierung des Werts durch den Austausch auf dem die Preise fixierenden Markt floriert am besten im Rahmen bestimmter institutioneller Strukturen des Rechts, des Privateigentums, der Verträge und der Sicherheit der Geldform. Ein starker Staat mit Polizeimacht und einem Gewaltmonopol kann einen solchen institutionellen Rahmen garantieren und ihn mit eindeutigen Verfassungsübereinkünften untermauern. Staatsbildung in Verbindung mit der Entstehung einer bürgerlichen Verfassungskonformität waren daher entscheidende Merkmale innerhalb der langen historischen Geographie des Kapitalismus.

Kapitalisten benötigen einen solchen Rahmen nicht unbedingt, um zu funktionieren, aber ohne ihn sehen sie sich größeren Risiken ausgesetzt. Sie müssen sich schützen in einer Umgebung, die ihre Regeln und ihre Art Geschäfte zu machen möglicherweise nicht an-

erkennt. Kaufleute und Händler können überleben, indem sie ihren eigenen Ehrenkodex und ihre eigenen Verfahrensregeln aufstellen (wie die Geldwechsler auf den Straßen in großen Teilen des Mittleren Ostens es noch immer tun). Sie entwickeln Netzwerke des Vertrauens untereinander (die manchmal auf Familienbanden – wie bei den Rothschilds im 19. Jahrhundert – oder Verwandtschaft beruhen) und setzen ihre eigene Gewalt ein (wie kapitalistische Kaufleute es oft getan haben) entweder innerhalb der Staatsmacht oder gegen diese, um ihr Eigentum und ihre Geschäftsaktivitäten gegen die Bedrohung durch feindliche Mächte oder die Staatsmacht zu schützen. Sie müssen sich möglicherweise gegen das Staatsrecht stellen, wenn die Staatsmacht ihren Aktivitäten entweder feindlich gesinnt (wie in vielen früheren kommunistischen Ländern) oder gleichgültig gegenübersteht.<sup>54</sup> Diese Gesetzlosigkeit kann selbst im Herzen starker prokapitalistischer Staaten perverse Formen annehmen, mit Mafias, Drogenkartellen und ähnlichem. In anderen Fällen können Kapitalisten sich geschützte Enklaven sichern. Das Stadtrecht des mittelalterlichen Europas schuf Inseln der Bürgerrechte inmitten feudaler Beziehungen. Die Handelsposten der Ost-Indien-Gesellschaft und der Hudson Bay Company und die heutigen Förderzonen für ausländische Investitionen, beispielsweise in China, sind weitere Beispiele. Die molekularen Prozesse der Kapitalakkumulation können ihre eigenen Netzwerke und Grundstrukturen der räumlichen Operation in unzähligen Weisen erschaffen und tun dies auch – mit Hilfe von Verwandtschaftsbeziehungen, Diasporen, religiösen und ethischen Bindungen und sprachlichen Codes stellen sie komplizierte, von den Grundstrukturen der Staatsmacht unabhängige, räumliche Netzwerke der kapitalistischen Aktivität her.

Nichtsdestotrotz ist die favorisierte Bedingung für kapitalistische Aktivität ein bürgerlicher Staat, in dem Marktinstitutionen und Vertragsregeln (einschließlich derer für Arbeitsverträge) rechtlich abgesichert sind und wo Grundstrukturen der Regulierung in Kraft sind,

---

<sup>54</sup> Ein faszinierender Fall findet sich in L. Zhang, *Strangers in the City: Reconfigurations of Space, Power and Social Networks within China's Floating Population* (Stanford: Stanford University Press, 2001).

um Klassenkonflikte in Schach zu halten und zwischen den Ansprüchen verschiedener Fraktionen des Kapitals zu schlichten (zum Beispiel zwischen den Interessen von Handel, Finanzsektor, produzierendem Sektor und Landwirtschafts- und Rentierinteressen). Die Politik in Bezug auf die Sicherheit des Geldliquidity, des Auslands-handels und die Außenbeziehungen muss ebenfalls zum Vorteil von Geschäftsaktivitäten strukturiert sein.

Natürlich handeln nicht alle Staaten angemessen, und selbst wenn sie das tun, weisen sie eine Vielzahl institutioneller Einrichtungen auf, die sich ganz verschieden auswirken können. Daher hing stets viel davon ab, wie der Staat eingerichtet ist und von wem, und was der Staat zu tun in der Lage oder bereit gewesen ist, die Prozesse der Kapitalakkumulation entweder zu unterstützen oder zu behindern. Der Staat spielte, wie wir in Kapitel 4 sehen werden, eine Schlüsselrolle bei der ursprünglichen Akkumulation, indem er seine Macht nicht nur dafür einsetzte, die Anpassung an oder Übernahme von kapitalistischen institutionellen Arrangements zu erzwingen, sondern auch um sich Vermögenswerte erst anzueignen und sie dann zu privatisieren, wodurch er die ursprüngliche Grundlage für die Akkumulation von Kapital legte (offensichtliche Beispiele hierfür sind die Beschlagnahme kirchlichen Eigentums in der Reformation und die Einhegung der Allmende durch den Staat in Großbritannien). Doch der Staat nimmt auch auf alle möglichen anderen Weisen Einfluss (eine davon ist die Besteuerung). Unterschiede in der Staatsbildung und der staatlichen Politik waren immer wichtig. Der britische Staat, der viel stärker durch kapitalistische Kaufleute beeinflusst war, spielte im Bezug auf die Akkumulation eine ganz andere Rolle als Frankreich, wo die Interessen der Großgrundbesitzer vorherrschten. Die beiden Länder brachten sogar ganz verschiedene ökonomische Theorien hervor, um ihre Haltungen zu erklären und zu rechtfertigen. Den Briten lag der Merkantilismus von Munns *Englands Schatz durch den Außenhandel* am Herzen, der sich auf die Akkumulation von Edelmetallen aus dem Handel konzentrierte, während die Franzosen der physiokratischen Ansicht anhängen, aller Reichtum (Wert) leite sich aus dem Land ab und Handel und Industrie seien daher sekundäre und parasitäre Formen der Reichtumsbildung.

Eine Staatsmacht, die der privaten Akkumulation von Wohlstand feindlich gegenübersteht, kann – wie es in China lange, bis in die jüngste Zeit der Fall war – die Entwicklung eines Landes behindern. Sozialdemokratische Staaten versuchen typischerweise, die übermäßige Ausbeutung der Arbeitskraft einzuschränken und sich hinter die Klasseninteressen der Arbeiterschaft zu stellen, ohne das Kapital abzuschaffen. Andererseits kann auch der Staat selbst zu einem Akteur der Kapitalakkumulation werden. Die interventionistischen Staaten Ost- und Südostasiens (wie Singapur, Taiwan und Südkorea) haben selbst die Dynamiken der Kapitalakkumulation durch ihr Handeln direkt beeinflusst (oft durch die Unterdrückung der Aspirationen der Arbeiterschaft). Doch existiert diese Art von staatlichem Interventionismus schon viel länger. Bismarcks Deutschland und das Japan der Meijireformen<sup>55</sup> stiegen gerade wegen der sehr unterstützenden, ja fast zwingenden Tätigkeit der Staatsmacht zu Kapitalakkumulationsräumen mit einer hohen Bedeutung auf. Und die Tradition des Dirigismus in Frankreich (veranschaulicht durch die Politik de Gaulles in den 1960er Jahren) gab der Akkumulation dort eine ganz bestimmte Qualität, die das Land von, beispielsweise, Großbritannien unterschied (wie jeder, der das Bahnsystem benutzt, erkennt). Und was die Kämpfe um Hegemonie, Kolonialismus und imperiale Politik sowie profanere Aspekte der Auslandsbeziehungen angeht, ist der Staat natürlich seit langem der wesentliche Akteur in der Dynamik des globalen Kapitalismus.

Staaten sind nicht die einzigen relevanten territorialen Akteure. Gruppen von Staaten (regionale Machtblöcke, die entweder aus einem informellen Netzwerk bestehen wie in Ost- und Südostasien oder formaler gebildet sein können wie die Europäische Union) können ebenso wenig übergangen werden wie subnationale Einheiten, etwa Regionalregierungen (Staaten der USA) und Metropolen samt

---

<sup>55</sup> »Meiji« (aufgeklärte Regierung) ist der Name der Regierungszeit von Kaiser Mutsuhito (1867/68-1912), der eine Reihe umfassender Reformen durchführte, u.a. Umwandlung des Feudalstaats in eine Monarchie; Umgestaltung von Heerwesen, Justiz und Verwaltung nach europäischem Muster; Übernahme von Technik und kapitalistischen Organisationsformen; Einführung einer Verfassung, die Japan zur konstitutionellen Monarchie machte (Anm. d. Übers.).

ihrem Umland (Barcelona plus Katalonien oder das Gebiet in der San Francisco Bay Area). Politische Macht, territorialisierte Staatsführung und Regierung konstituieren sich auf verschiedenen geographischen Ebenen und bilden eine hierarchisch geordnete Reihe von politisch aufgeladenen räumlichen Umgebungen, innerhalb derer die molekularen Prozesse der Kapitalakkumulation stattfinden.

Aber die Entwicklung des Kapitalismus nur als Ausdruck von Staatsmächten innerhalb eines zwischenstaatlichen, von Konkurrenzkämpfen um Position und Hegemonie geprägten Systems zu beschreiben – wie es häufig in der Weltsystemtheorie geschieht – ist viel zu eingeschränkt. Das ist genau so irrig wie die Darstellung der historisch-geographischen Entwicklung des Kapitalismus als vollkommen unberührt von der territorialen Logik der Macht. Arrighi wirft aber eine wichtige Frage auf: Wie passt die relative Fixiertheit und charakteristische Logik der territorialen Macht mit den im Fluss befindlichen Dynamiken der Kapitalakkumulation in Raum und Zeit zusammen?<sup>56</sup> Um das zu beantworten, muss ich zunächst den tatsächlichen Ablauf der molekularen Prozesse der Kapitalakkumulation in Raum und Zeit näher ausführen. Dabei werde ich der Einfachheit halber die Existenz angemessener und beständiger institutioneller Einrichtungen voraussetzen, abgesichert und arrangiert durch die Staatsmacht.

## Die Herstellung einer Raumökonomie

Ich habe in einer Anzahl früherer Publikationen eine detaillierte Theorie zu der Frage dargelegt, wie sich aus den Prozessen der Kapitalakkumulation eine Raumökonomie entwickelt.<sup>57</sup> An dieser Stelle greife ich zusammenfassend nur die Hauptpunkte dieser Argumentation auf.

Der Austausch von Gütern und Dienstleistungen (einschließlich der Arbeitskraft) bringt fast immer auch Ortswechsel mit sich. Diese definieren von vornherein eine Reihe sich überschneidender räum-

---

<sup>56</sup> Arrighi und Silver, *Chaos and Governance*, S. 48f.

<sup>57</sup> Harvey, *Limits to Capital*; ders., *Spaces of Capital*; ders., *The Urban Experience* (Baltimore: Johns Hopkins University Press, 1989).



licher Bewegungen, die eine charakteristische Geographie der menschlichen Interaktion bilden. Diese räumlichen Bewegungen werden durch die Reibung, die aus der Überwindung von Entfernungen entsteht, eingeschränkt und die Spuren, die sie auf dem Land hinterlassen, bringen unweigerlich die Auswirkungen dieser Reibung zum Ausdruck, daher ballen sich die räumlichen Aktivitäten meistens an bestimmten Orten, so dass diese Reibung minimiert wird. Aus diesen miteinander in Wechselwirkung stehenden räumlichen Austauschprozessen entstehen territoriale und räumliche Arbeitsteilung (eine der offensichtlichsten frühen Formen ist die Unterscheidung zwischen Stadt und Land). Kapitalistische Aktivität erzeugt damit eine ungleichmäßige geographische Entwicklung, auch ohne geographische Differenzierung durch Ressourcen und physikalische Möglichkeiten, die ihr Gewicht zur Logik der regionalen und räumlichen Differenzierung und Spezialisierung beisteuern. Vom Konkurrenzkampf getrieben streben individuelle Kapitalisten innerhalb dieser räumlichen Struktur Wettbewerbsvorteile an und daher zieht es oder drängt es sie gewöhnlich an Standorte mit niedrigeren Kosten oder höheren Profitraten. Das an einem Standort angehäuften überschüssige Kapital mag an einem anderen Standort Verwendung finden, wo die Möglichkeiten der Profitproduktion noch nicht ausgeschöpft sind. Standortvorteile erhalten für die individuellen Kapitalisten eine Funktion, wie sie aus technologischen Vorsprüngen entspringt, und in bestimmten Situationen kann die eine Funktion die andere ersetzen.

In gewisser Hinsicht gleicht diese Argumentationsweise der klassischen Standorttheorie (wie sie durch von Thünen, Alfred Weber und Lösch dargelegt und später von Isard synthetisiert worden ist).<sup>58</sup> Der Hauptunterschied liegt in der Tatsache, dass diese Werke typischerweise ein räumliches Gleichgewicht in der geographischen Landschaft kapitalistischer Aktivitäten festzustellen suchten, während hier die Prozesse der Kapitalakkumulation als ständig in Ausdehnung begriffen werden, weshalb sie jede Annäherung an einen

---

<sup>58</sup> W. Isard, *Location and the Space Economy* (Cambridge, Mass.: MIT Press, 1956).

Gleichgewichtszustand permanent zerstören. Darüber hinaus ging die klassische Standorttheorie von einer ökonomischen Rationalität aus, die wenig mit dem tatsächlichen Verhalten von Kapitalisten zu tun hat. Sie definierte beispielsweise das, was sie »die Reichweite von Gütern« nannte, in Bezug auf denjenigen Kreis um den Mittelpunkt eines gegebenen Produktionsstandortes, an dem der Marktpreis (gemessen an den Kosten für Produktion und Transport) jenseits dessen lag, was Konsumenten bereit oder in der Lage waren, dafür aufzubringen. Aber Güter tragen sich nicht selbst zu Märkte, das tun Kaufleute. Die historische Rolle von Handelskapitalisten ging einher mit der ständigen Sondierung und Zurückdrängung räumlicher Barrieren (oft weit hinter das, was als »rationell« zu bezeichnen wäre) und der Erschließung neuer Transportmittel und neuer Räume für den Handel. Konfrontiert mit den Grenzen der lokalen Märkte und hohen Transportkosten wurden mittelalterliche Kaufleute beispielsweise zu umherziehenden Hausierern, die ihre Waren unterwegs über riesige Gebiete hinweg verkauften. So wie das durch die Konkurrenz angetriebene individuelle kapitalistische Verhalten den kapitalistischen Ökonomien starke Impulse eines permanent umwälzenden technologischen Dynamismus aufzwingt (da individuelle Kapitalisten sich einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen suchen, indem sie eine überlegene Technologie anwenden), erzeugt es auch einen Zustand ständiger Bewegung und chronischer Instabilität in der räumlichen Verteilung kapitalistischer Aktivitäten, da Kapitalisten nach überlegenen (kostengünstigeren) Standorten suchen. Die geographische Landschaft einer kapitalistischen Produktionsweise und kapitalistischen Tauschs, der kapitalistischen Distribution und Konsumtion, existiert nie im Zustand des Gleichgewichts.

Der Wettbewerb innerhalb eines räumlichen Systems ist jedoch, wie die neoklassischen Theoretiker einer Ordnung des Raumes (Chamberlain, Hotelling und Lösch) richtig erkannten, eine Art von *monopolistischem* Wettbewerb.<sup>59</sup> Diese merkwürdige Mischform der Konkurrenz entsteht in der ersten Instanz aus den Ausschlussme-

---

<sup>59</sup> E. Chamberlin, *The Theory of Monopolistic Competition* (Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 1933); A. Lösch, *Die räumliche Ordnung der Wirtschaft* (Düsseldorf: Wirtschaft und Finanzen, 2001; Erstausgabe Jena, 1940).

chanismen, die sich aus der Einzigartigkeit eines gegebenen Standortes ergeben. Der Standort verleiht immer einen gewissen monopolistischen Vorteil. Das Privateigentum an Grund und Boden bringt ganz grundsätzlich eine gewisse monopolistische Macht mit sich: Niemand kann seine Fabrik dort hinstellen, wo meine bereits steht. Und wenn mit meinem Standort ganz spezielle Vorteile verbunden sind, gehören diese Vorteile allein mir. Das lässt der kapitalistischen Vorliebe für monopolistische Kontrolle statt offenem Wettbewerb innerhalb einer Raumökonomie freien Lauf. Obgleich die abstrakte Theorie des Kapitalismus (einschließlich ihrer neoliberalen Variante) sich ständig auf die Ideale des Wettbewerbs beruft, sind Kapitalisten begierig auf die Monopolmacht, da sie Sicherheit, Berechenbarkeit und eine allgemein etwas friedlichere Existenz bietet. Darüber hinaus ist das Endprodukt der Konkurrenz das Monopol oder das Oligopol, und je heftiger die Konkurrenz, desto schneller nähert sich das System einem solchen Zustand an: Man denke an den unglaublichen Anstieg von Oligopol- und Monopolsituationen in vielen Wirtschaftssektoren (von Fluglinien und dem Energiesektor bis hin zu den Medien und zur Unterhaltung) während der letzten dreißig Jahre der neoliberalen Hegemonie in der Wirtschaftspolitik der kapitalistischen Kernstaaten. Räumliche Strategien können und werden von Kapitalisten dazu verwendet, wo und wann immer sie können, die durch Monopole verliehene Macht zu erlangen und abzusichern. Die Kontrolle über strategisch wichtige Schlüsselstandorte oder Ressourcenkomplexe ist eine wichtige Waffe. In manchen Fällen wird die Macht des Monopols schließlich stark genug, um die Dynamik der kapitalistischen Geographie zu hemmen, womit sie starke geographische Unbeweglichkeits- und Stagnationstendenzen hervorruft. Der aus dem konkurrierenden Profitstreben resultierenden Tendenz zu einer erheblichen räumlichen Dynamik wird durch das räumliche Zusammenrücken von Monopolmächten entgegengesteuert. Gerade von solchen Zentren gehen typischerweise imperialistische Praktiken und Aufrufe zu einer imperialistischen Präsenz in der Welt aus. Daher hatten Lenin und Hilferding mit ihrer Betonung des bedeutenden Zusammenhangs zwischen der Monopolisierung und dem Imperialismus Recht.

Die Asymmetrien hinsichtlich der Tauschbeziehungen, die in Kapitel 2 als für das Verständnis der ökonomischen Logik des Imperialismus entscheidend herausgearbeitet worden sind, entstehen aus der monopolistischen Konkurrenz. Die resultierenden Ungleichheiten nehmen eine spezifische räumliche und geographische Gestalt an, gewöhnlich in Form der Konzentration von Privilegien und Macht an ganz bestimmten Orten. In der Vergangenheit bestanden durch hohe Transportkosten und andere Handelsbarrieren (wie Zölle, Straßennutzungsgebühren und Einfuhrkontingente) de facto viele lokale Monopole. Ich aß das einheimische Essen und trank das einheimische Bier, weil mir die große aus der Entfernung resultierende Reibung keine andere Wahl ließ. Protektionen dieser Art versagen jedoch, wenn die Transportkosten sich verringern und politische Barrieren durch Institutionen wie die WTO aufgehoben werden. In Paris esse ich nun Gemüse aus Kalifornien, und in Pittsburgh trinke ich importiertes Bier von überall auf der Welt. Sogar die Autohersteller von Detroit, in den 1960er Jahren als exemplarisch für die Art von Oligopolbedingungen angesehen, die für den von Baran und Sweezy so genannten Monopolkapitalismus<sup>60</sup> charakteristisch waren, standen plötzlich vor einer ernsthaften Herausforderung durch Importe aus dem Ausland, insbesondere aus Japan. Daher mussten Kapitalisten andere Methoden finden, ihre ersehnte Macht der Monopole aufzubauen und zu erhalten. Die beiden Hauptschritte, die sie seither unternehmen, bestehen in der massiven Zentralisierung des Kapitals, wobei die Dominanz durch die Finanzmacht, Skalenerträge und die Marktposition und die energische Absicherung der eigenen technologischen Vorsprünge (die, wie ich bereits angesprochen habe, immer ein möglicher Ersatz für Standortvorteile sind) durch Patentrechte, Lizenzgesetze und das Recht auf geistiges Eigentum angestrebt wird. Es ist kein Zufall, dass Letzteres im Mittelpunkt intensiver WTO-Verhandlungen stand, aus denen das so genannte TRIPS-Abkommen (Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums) hervorging.

---

<sup>60</sup> P. Baran und P. Sweezy, *Monopolkapital: ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Geschäftsordnung* (Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1967).

All das verdeutlicht, wie wichtig es ist, Waren, Produktivkapazitäten, Menschen und Geld im Raum bewegen zu können. Die innerhalb der Transport- und Kommunikationsindustrie vorherrschenden Bedingungen spielen dabei eine Schlüsselrolle. In der ganzen kapitalistischen Geschichte haben technologische Innovationen auf diesem Gebiet die Bedingungen der Räumlichkeit (die Reibung der Entfernung) dramatisch verändert und innerhalb der Raumökonomie des Kapitalismus alle möglichen Instabilitäten hervorgebracht. Die Gründe für die Tendenz zu dem, was Marx »die Vernichtung von Raum durch Zeit« genannt hat, sind woanders ausführlich dargelegt worden, und ich sehe keinen Sinn darin, sie hier zu wiederholen.<sup>61</sup> Aber was man theoretisch daraus ableiten kann – und dies stimmt mit der historisch-geographischen Bilanz des Kapitalismus überein – ist ein unablässiger Trieb zur Verringerung, wenn nicht gar Eliminierung räumlicher Barrieren, verbunden mit ebenso unablässigen Impulsen zur Beschleunigung des Kapitalumschlags. Die Verringerung von Kosten und Zeit für Bewegung durch den Raum hat sich als eine der zwingenden Notwendigkeiten einer kapitalistischen Produktionsweise erwiesen. Der Trend zur »Globalisierung« ist ihr immanent, und die Entwicklung der geographischen Landschaften durch die kapitalistischen Aktivitäten wird durch immer weitertreibende Raum-Zeit-Verdichtungen unbarmherzig vorange-  
trieben.

Eine der weiteren Auswirkungen dieses Prozesses ist ein ständiger Impuls zur Veränderung des geographischen Maßstabs, durch den kapitalistische Aktivität bestimmt wird. So wie das Aufkommen der Eisenbahn und des Telegraphen im 19. Jahrhundert regionale Spezialisierungen in Umfang und Vielfalt, und allgemeiner gesagt Urbanisierung und »Regionalität«, vollkommen neu organisiert hat, so hat die neuerliche Runde von Innovationen (vom Düsenantrieb und der Umstellung auf Container bis hin zum Internet) den Maßstab verändert, in dem wirtschaftliche Aktivität sich artikuliert. Ohne diese Impulse wäre der sich verändernde Maßstab der Hege-

---

<sup>61</sup> Siehe Harvey, *Limits to Capital*; ders., *The Condition of Postmodernity* (Oxford: Basil Blackwell, 1989), Teil III.

monialmacht, der in Kapitel 2 festgestellt wurde, materiell unmöglich und theoretisch unverständlich. Politische Re-Territorialisierungen wie die Europäische Union (erträumt während der Aufklärung und aktiv vorgeschlagen von utopischen Denkern wie Saint-Simon im frühen 19. Jahrhundert) werden nicht nur praktikabler, sondern mehr und mehr zu einer wirtschaftlichen Anforderung. Das soll natürlich nicht heißen, politischer Wandel sei schlicht eine Funktion dieser materiellen Veränderungen in Raumbeziehungen; die Dinge stellen sich viel komplizierter dar. Aber sich verändernde Raumbeziehungen wirken als notwendige Bedingungen auf die politischen Umstrukturierungen, die wir um uns her beobachten, ein. Dies ist, wie wir in Kürze sehen werden, einer der entscheidenden Punkte, an denen die territoriale und die kapitalistische Logik der Macht sich kreuzen.

Die besonderen Bedingungen in der Transport- und Kommunikationsindustrie illustrieren ein allgemeineres Problem. Flüssige Bewegung *durch* den Raum kann nur erzielt werden durch die Errichtung einer gewissen physischen Infrastruktur *im* Raum. Eisenbahnnetze, Straßensysteme, Flughäfen, Hafenanlagen, Kabelnetzwerke, faseroptische Systeme, Stromnetze, Wasser- und Abwassersysteme, Rohr- und Kanalanlagen usw. bilden das »im Land verankerte fixierte Kapital« (im Gegensatz zu den Formen fixen Kapitals, wie Flugzeuge und Maschinen, die mobil sind und von einem Standort zum andern verschoben werden können). Solch eine physische Infrastruktur absorbiert eine Menge Kapital, dessen Zurückgewinnung von ihrer Nutzung an der richtigen Stelle abhängt. Kapital, das in eine Hafenanlage investiert wurde, in der nie Schiffe anlegen, ist verloren. Während das in einem bestimmten Ort investierte fixierte Kapital die räumliche Mobilität für die anderen Formen von Kapital und Arbeitskraft erleichtert, erfordert die Realisierung seines Wertes allerdings, dass die räumlichen Interaktionen der festen geographischen Strukturierung seiner Investitionen folgen. Daher wirkt das im Land verankerte fixierte Kapital – und das schließt Fabriken, Büros, Wohnraum, Krankenhäuser und Schulen ebenso ein wie in Transport- und Kommunikationsinfrastruktur investiertes Kapital – als gewichtiger Hemmschuh für den geographischen Wandel und

die räumliche Verlagerung der kapitalistischen Aktivität. Auch hier erkennen wir also Kräfte, die eher die geographische Unbeweglichkeit anstatt eine dynamische Entwicklung begünstigen. Beträchtliche Mengen Kapital sind in die physische Infrastruktur von New York City, London oder Tokyo-Yokohama eingesperrt, und wie die kurze Unterbrechung in New York im Gefolge des 11. September zeigte, kann jede Unterbrechung der Kapitalströme in und durch solche Standorte katastrophale ökonomische Auswirkungen haben. Darüber hinaus eröffnet die charakteristische Strukturierung dieser Investitionen individuellen Kapitalisten weitere Möglichkeiten, die standortbedingten monopolistischen Privilegien zu erringen. Der Makler, der rein zufällig das Land kontrolliert, auf dem eine große Kreuzung von Überlandstraßen geplant ist, kann aus dem Wert des Landes einen riesigen Spekulationsgewinn ziehen, ebenso wie aus den Investitionen darauf (wie Büroblocks und Hotels).

Aus der bisherigen Schilderung sollte ersichtlich geworden sein, dass die geographische Landschaft kapitalistischer Aktivität durchsetzt ist von Widersprüchen und Spannungen und dass sie angesichts des vielfältigen auf sie einwirkenden technischen und wirtschaftlichen Drucks instabil bleibt. Die Spannungen zwischen Konkurrenz und Monopol, Konzentration und Zerstreuung, Zentralisierung und Dezentralisierung, Fixiertheit und Bewegung, Dynamik und Unbeweglichkeit, zwischen verschiedenen Ebenen der Aktivität, entstehen aus den molekularen Prozessen unendlicher Kapitalakkumulation in Raum und Zeit. Diese Spannungen werden in die allgemeine Expansionslogik eines kapitalistischen Systems gezogen, in dem die unendliche Akkumulation von Kapital und das nie endende Streben nach Profiten beherrschend sind. Als Gesamtergebnis, wie ich in der Vergangenheit oft Anlass hatte zu formulieren, strebt der Kapitalismus in seinem ständigen Durst nach unendlicher Kapitalakkumulation stets die Errichtung einer geographischen Landschaft an, die seine Aktivitäten zu einem gegebenen Zeitpunkt erleichtert, nur um sie zu einem späteren zerstören und eine ganz andere Landschaft aufbauen zu müssen. Solcherart ist die Geschichte der schöpferischen Zerstörung eingeschrieben in die Landschaft der tatsächlichen historischen Geographie der Kapitalakkumulation.

## Die politische/territoriale gegen die kapitalistische Logik der Macht

Die in Raum und Zeit ablaufenden molekularen Prozesse der Kapitalakkumulation erzeugen passive Revolutionen in der geographischen Strukturierung der Kapitalakkumulation. Aber die von mir herausgearbeiteten Spannungen und Widersprüche können auch geographische Konfigurationen hervorbringen, die, zumindest eine Zeit lang, Stabilität erzielen. Ich werde diese relativ stabilen Formen als »Regionen« bezeichnen, womit ich regionale Ökonomien meine, die ein gewisses Maß an strukturierter Geschlossenheit in Produktion, Distribution, Tausch und Konsum erreichen. Die molekularen Prozesse fließen sozusagen in der Produktion von »Regionalität« zusammen. Das ist natürlich kein einzigartiger Befund. Es ist ein sehr vertrautes Gebiet für viele Geschichts- und Wirtschaftsgeographen sowie für Wirtschaftshistoriker wie Sydney Pollard, die die regionale Entwicklung und die Entwicklung von Regionen als grundlegenden Zug in der britischen ökonomischen Entwicklung betonen. In der Wirtschaftstheorie besteht eine lange Tradition, angefangen bei Alfred Marshall (der die industriellen – jetzt »marshallsche« genannten – Distrikte hervorhebt) über Perroux (mit seiner Betonung von Wachstumspolen) bis hin zu Paul Krugman (mit seinem Interesse an »sich selbst organisierenden« regionalen Ökonomien), die die Entstehung einer regionalen Organisation als sowohl unvermeidliche Folge als auch grundlegende Bedingung für das Verständnis der Dynamik der Kapitalakkumulation ansieht.<sup>62</sup> Politikwissenschaftler wie Mittelman haben in letzter Zeit die Bedeutung regionaler Organisation sowohl auf supra- als auch auf subnationaler Ebene für das Verständnis der komplexen Gegenströmungen innerhalb der Weltwirtschaft betont.<sup>63</sup>

Die Grenzen von Regionen dieser Art sind immer verschwommen und durchlässig, doch die ineinandergreifenden Ströme innerhalb ihrer Territorien bringen ausreichend strukturierte Geschlos-

---

<sup>62</sup> P. Krugman, *Development, Geography and Economic Theory* (Cambridge, Mass.: MIT Press, 1995).

<sup>63</sup> Mittelman, *The Globalization Syndrome*.



senheit hervor, um ihr geographisches Gebiet in irgendeiner Weise als charakteristisch gegen alle anderen Gebiete innerhalb einer nationalen Ökonomie oder in einem größeren Rahmen abzugrenzen. Strukturierte Geschlossenheit geht gewöhnlich weit über den rein wirtschaftlichen Austausch hinaus, so grundlegend dieser auch sein mag; so umfasst sie typischerweise Einstellungen, kulturelle Werte, Überzeugungen und sogar religiöse und politische Gemeinsamkeiten zwischen Kapitalisten und den von ihnen Beschäftigten. Die Notwendigkeit, kollektive Güter zu produzieren und zu erhalten, macht es erforderlich, dass ein System der Steuerung eingerichtet und wenn möglich in Regierungssystemen innerhalb der Region formalisiert wird. Dominante Klassen und Bündnisse hegemonialer Klassen können sich innerhalb der Region bilden und der politischen und wirtschaftlichen Aktivität einen spezifischen Charakter verleihen. Ihnen müssen öffentliche Güter ein Anliegen sein und daher sehen sie sich vielleicht gezwungen, sich an deren Bereitstellung zu beteiligen. Die Bildung einer physischen und sozialen Infrastruktur zur Unterstützung der wirtschaftlichen Aktivitäten, aber auch zur Sicherung und Verbreitung kultureller und bildungsbezogener Werte und vieler anderer Aspekte des bürgerlichen Lebens verstärkt typischerweise die Geschlossenheit dessen, was sich innerhalb der Weltwirtschaft als regionale Einheit zu entwickeln beginnt. Bestimmte Handels- und Konkurrenzmuster sowie Spezialisierung und Konzentration auf Schlüsselindustrien oder einen bestimmten Technologiemix oder auf spezielle Unternehmer-Arbeiter-Beziehungen und Fertigkeiten verknüpfen regionale Ökonomien lose miteinander zu einem strukturierten Ganzen der ungleichmäßigen geographischen Entwicklung. Was an internen Dynamiken und externen Beziehungen genau abläuft, hängt von der entstehenden Klassenstruktur und den Formen der Klassenbündnisse ab, die sich um die Fragen der Steuerung herum und durch sie bilden.<sup>64</sup>

Was es jedoch grundsätzlich zu erkennen gilt, ist dass eine bestimmte informelle, durchlässige, aber nichtsdestotrotz identifizierbare territoriale Logik der Macht – »Regionalität« – notwendig und

---

<sup>64</sup> Harvey, *The Urban Experience*, Kapitel 5.

unvermeidlich aus den molekularen Prozessen der Kapitalakkumulation in Raum und Zeit entsteht, und dass interregionale Konkurrenz und Spezialisierung in und unter diesen regionalen Ökonomien folglich grundlegende Charakteristika für die Funktionsweise des Kapitalismus sind. Dies wirft dann die Schlüsselfrage auf: In welcher Beziehung steht diese sich herausbildende Regionalität, zu der es durch die in Raum und Zeit ablaufenden molekularen Prozesse der Kapitalakkumulation kommt, zur territorialen Logik der Macht, wie sie sich in der Politik des Staates und des Imperiums ausdrückt?

Die Antwort lautet zunächst, sie haben nicht notwendig direkt miteinander zu tun. Pollard zum Beispiel schätzt, dass die regionalen Ökonomien, die im Großbritannien des ausgehenden 18. Jahrhunderts eine Schlüsselrolle bei der Industriellen Revolution spielten, nicht größer waren als gut dreißig Kilometer im Längsschnitt – effektiv kleine Inseln in einer viel bedeutenderen britischen Politik, deren Grenzen mindestens zweihundert Jahre zuvor festgelegt worden waren.<sup>65</sup> Aber von diesen kleinen Inseln gingen Impulse aus, die letztlich die ganze Nation verschlingen sollten. Im Lauf der Zeit und mit der Veränderung der Transport- und Kommunikationssysteme wuchsen diese kleinen Inseln, schlossen sich zu viel größeren Regionen zusammen und ergriffen die Macht, beispielsweise in Birmingham und den ganzen Midlands, Manchester und dem ganzen südlichen Lancashire und dem Ballungsraum von West Yorkshire. Diese Regionen wurden so tonangebend, dass ihre Politik und ihre Interessen begannen, einen sehr großen, wenn nicht entscheidenden Einfluss darauf zu nehmen, wie die Nation insgesamt regiert wurde. Sie brachten sogar ihre eigenen ganz bestimmten Philosophien hervor. So gab die »Manchester-Partei« der Freihändler, angeführt von Cobden und Bright, ihre speziellen Interessen kühn als diejenigen der gesamten Nation aus. Birmingham, personifiziert in der Figur des »Radikalen Joe« Chamberlain, vertrat, wie wir noch sehen werden, einen ganz anderen Standpunkt. Nichtsdestotrotz kann man zu Recht sagen, dass die staatliche Politik Großbritanniens insgesamt von re-

---

<sup>65</sup> S. Pollard, *Essays on the Industrial Revolution in Britain*, Hrsg. Colin Holmes (Aldershot: Ashgate Variorum, 2000), S. 219-271.

gionalen Interessen vereinnahmt wurde, die nicht notwendigerweise denen des übrigen Landes entsprachen (selbst das arme Schottland hatte selten eine Chance). Die Achse von London durch Birmingham und die Midlands hinauf zu den Ballungsgebieten von Lancashire und Yorkshire dominierte die britische Politik den größten Teil eines Jahrhunderts hindurch und verfügt immer noch über hochkarätige Beziehungen und enorme Macht. Eine derartige Geschichte könnte man überall in Europa erzählen, und natürlich waren Regionen und Gebietsabschnitte in den USA historisch von sehr großer Bedeutung bei der Verlagerung der Macht aus dem Nordosten und mittleren Westen in den Süden, den Südwesten und an die Pazifikküste.<sup>66</sup> Das Perlfussdelta und der untere Jangtsekiang (Shanghai) umfassen dynamische Machtzentren innerhalb Chinas, die das übrige Land wirtschaftlich (wenn auch nicht unbedingt politisch) dominieren. Das Verhältnis territorialer Staat wird, kurz gesagt, oft von einem dominanten regionalen Interesse oder einer Koalition von Interessen in ihm eingenommen, das heißt bis eine andere Region aufkommt, die den Einfluss der ersten neutralisiert oder sie ablöst. Diese Verlagerungen des Einflusses von einer Region auf die andere, von einer Ebene auf die andere sind genau das, was die aus den molekularen Prozessen der unendlichen Kapitalakkumulation herrührenden passiven Revolutionen typischerweise leisten. Das allgemeine Prinzip ist klar: Regionalität kristallisiert sich ihrer eigenen Logik entsprechend aus den molekularen Prozessen der Kapitalakkumulation in Raum und Zeit heraus. Im Laufe der Zeit beginnen die so geformten Regionen eine entscheidende Rolle dabei zu spielen, wie die politische Körperschaft des Staates als Ganzes, allein nach einer territorialen Logik definiert, sich selbst positioniert.

Aber der Staat ist in diesem Prozess nicht unschuldig und auch nicht notwendigerweise passiv. Sobald er die Bedeutung der Förderung und Vereinnahmung regionaler Dynamiken als Quelle seiner

---

<sup>66</sup> A. Markusen, *Regions: The Economics and Politics of Territory* (Totowa, NJ: Rowman & Littlefield, 1987); ders., *Profit Cycles, Oligopoly and Regional Development* (Cambridge, Mass.: MIT Press, 1985); S.-M. Li und W.-S. Tang, *China's Regions, Polity and Economy: A Study of Spatial Transformation in the Post-Reform Era* (Hong Kong: Chinese University Press, 2000).

eigenen Macht erkennt, kann er versuchen, diese Dynamiken durch seine Politik und seine Handlungsweise zu beeinflussen. Zunächst geschieht dies vielleicht unversehens. Im 19. Jahrhundert beispielsweise bauten Staaten Straßen und Kommunikationssysteme hauptsächlich zu Zwecken der Verwaltung, der militärischen Kontrolle und des Schutzes des Gesamtgebietes. Doch sobald sie gebaut war, bot diese Infrastruktur Wege, die den Strom von Gütern, Arbeitskraft und Kapital erleichterten. In vielen Fällen entstanden die Ideen zu Investitionen aus mehreren Gründen. Es wird immer noch diskutiert, ob Haussmann die neuen Boulevards von Paris nach 1853 hauptsächlich baute, um eine aufrührerische Bevölkerung militärisch zu kontrollieren oder um die Zirkulation des Kapitals in einer Stadt zu erleichtern, die in der Zwangsjacke eines mittelalterlichen Gewirrs von Straßen und Gassen steckte.<sup>67</sup> Und obwohl das System der großen Highways in den USA mit Sicherheit hauptsächlich aus ökonomischen Gründen gebaut wurde, legitimierte man es der Öffentlichkeit gegenüber interessanterweise durch die nachdrückliche Berufung auf die nationale Sicherheit und die Verteidigung.

Doch der Staat kann nicht nur durch seine Entscheidungsbefugnis über infrastrukturelle Investitionen (insbesondere in den Bereichen Transport und Kommunikation, Bildung und Forschung) Einfluss auf die effektive Abstimmung regionaler Differenzierung und Dynamik nehmen, sondern auch dadurch, dass er selbst Planungsgesetze verabschiedet und Verwaltungsapparate einsetzt. Seine Macht, Reformen der für die Kapitalakkumulation wesentlichen Institutionen durchzuführen, kann ebenfalls weitreichende Auswirkungen haben (sowohl positive als auch negative). Als zum Beispiel das örtliche Bankwesen im Großbritannien und Frankreich des 19. Jahrhunderts durch Nationalbanken abgelöst wurde, veränderte der freie Strom von Geldkapital quer durch das Nationalgebiet die regionalen Dynamiken. Und in jüngerer Zeit veränderte die Aufhebung restriktiver örtlicher Bankgesetze in den USA, gefolgt von einer Welle von Übernahmen und Fusionierungen von Regionalbanken, das ganze Investitionsklima im Land, weg von örtlichen und hin zu offene-

---

<sup>67</sup> D. Harvey, *Paris, the Capital of Modernity* (New York: Routledge, 2003).

ren, stärker im Fluss befindlichen regionalen Strukturen. Und in bestimmten Fällen, für die Singapur das beste Beispiel ist, kann ein politischer Staat sich tatsächlich daranmachen, eine effektive und dynamische Regionalökonomie innerhalb seiner selbst aufzubauen, indem er die molekularen Prozesse der Kapitalakkumulation in Raum und Zeit innerhalb seiner Grenzen systematisch einbezieht. Wie inzwischen gut bekannt ist, ist ein attraktives Geschäftsklima höchstwahrscheinlich ein Magnet für den Kapitalstrom, und so scheuen Staaten keine Mühe, um ihre eigene Macht zu vergrößern, indem sie Zufluchtsstätten für Kapitalinvestitionen einrichten. Dabei nutzen sie, wie immer, die dem Raum inhärente Monopolmacht für den Versuch, das Privileg des Monopols jedem anzubieten, der einen Vorteil daraus ziehen kann.

Damit stehen wir vor dem letzten Problem, nämlich, was geschieht, wenn die molekularen Prozesse der Regionenbildung die Grenzen des politischen Staates überlappen oder aus irgendeinem Grund einen Abfluss außerhalb dieser Grenzen erforderlich machen. Es gibt natürlich einige faszinierende regionale Ökonomien, die sich auf beiden Seiten einer Staatsgrenze erstrecken – El Paso und Ciudad Juarez oder Detroit und Windsor sind interessante Beispiele. Und die Bildung supra-staatlicher Verwaltungsstrukturen wie die Europäische Union oder auch nur eines gemeinsamen Markts wie die Nordamerikanische Freihandelszone NAFTA oder der Gemeinsame Markt des Südens (MERCOSUR), können als Lösungen dieses Problems angesehen werden. Aber die entscheidende Frage ist, was mit dem innerhalb subnationaler regionaler Ökonomien erzeugten überschüssigen Kapital geschieht, wenn es nirgendwo innerhalb des Staates eine profitable Verwendung finden kann. Das ist natürlich der Kern des Problems, dem der Drang nach imperialistischen Praktiken im zwischenstaatlichen System entspringt.

Aus alledem folgt offensichtlich, dass die geopolitischen Konflikte fast notwendigerweise aus den molekularen Prozessen der Kapitalakkumulation entstehen, ganz egal, welche Ursache sie in den Augen der Staatsmacht haben, dass diese molekularen Bewegungen (insbesondere des Finanzkapitals) die Staatsmacht leicht unterminieren können und dass der politische Staat im fortgeschrittenen Kapitalis-

mus die molekularen Ströme mit viel Mühe und Besonnenheit zu seinem eigenen Vorteil lenken muss, sowohl intern als auch extern. Und was den externen Bereich angeht, wird er typischerweise große Aufmerksamkeit auf die Asymmetrien legen, die immer aus dem Handel zwischen Räumen entstehen, und versuchen, die Trümpfe der monopolistischen Kontrolle so stark zu machen, wie er kann. Er wird sich, kurz gesagt, notwendig am geopolitischen Kampf beteiligen und wo er kann auf imperialistische Praktiken zurückgreifen. Wir werden im Folgenden konkreter sehen, wie dies funktioniert.

## Die Kapitalkreisläufe

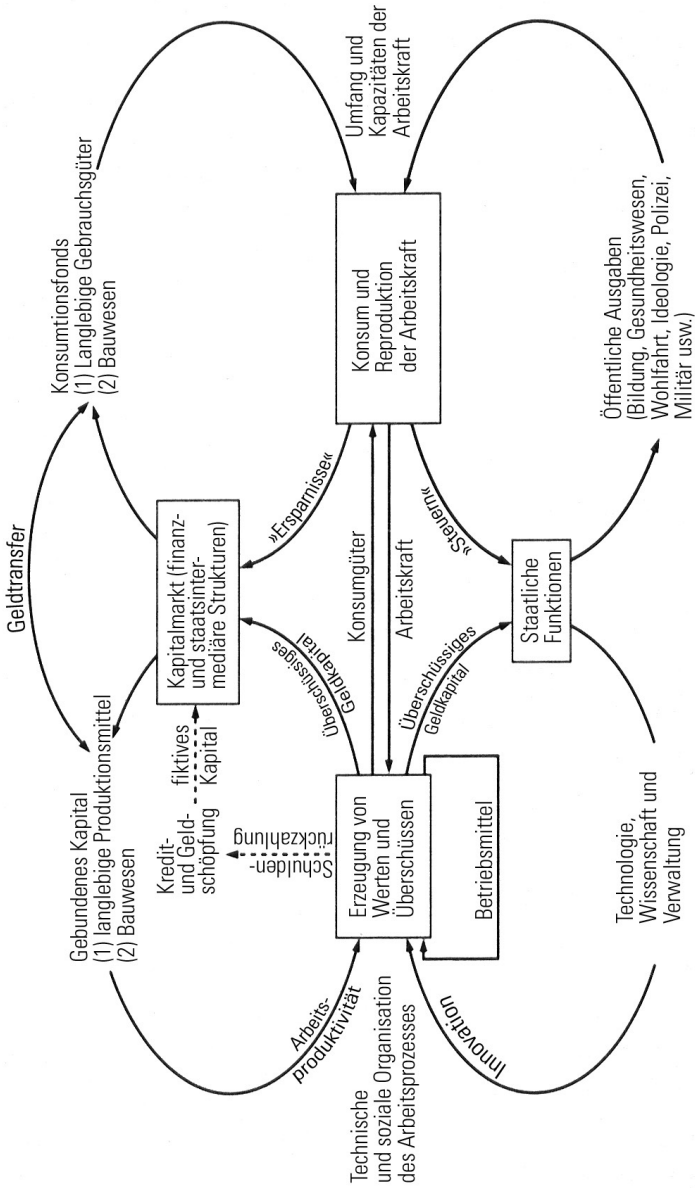
Die vorangegangene Analyse der raum-zeitlichen Dynamiken berücksichtigt zwar gebührend die allgemeinen Widersprüche und Instabilitäten, ignoriert aber die allgegenwärtige Tendenz des Kapitalismus, Überakkumulationskrisen zu erzeugen. Jetzt müssen wir genauer untersuchen, wie die allgemeinen Prozesse der Produktion von Raum mit den Prozessen der Krisenbildung und -lösung verknüpft sind. Da die Verwendung empirischer Beispiele im Folgenden nützlich sein wird, berufe ich mich auf den empirischen Nachweis von Brenner, dem zufolge der gesamte Kapitalismus seit den 1970er Jahren von einem chronischen und dauerhaften Problem der Überakkumulation durchzogen ist.<sup>68</sup> Damit lässt sich die Unbeständigkeit des internationalen Kapitalismus seit dieser Zeit als Serie temporärer raum-zeitlicher Fixierungen interpretieren, die nicht einmal auf mittlere Sicht die Probleme der Überakkumulation in den Griff bekamen.

Der grundlegende Gedanke der raum-zeitlichen Fixierung ist ziemlich einfach. Überakkumulation innerhalb eines gegebenen territorialen Systems bedeutet, es besteht ein Überschuss an Arbeit (steigende Arbeitslosigkeit) und an Kapital (in Form einer Schwemme von Waren auf dem Markt, die nicht ohne Verlust verkauft werden können, und in Form von nicht ausgelasteten Produktionskapazitäten und/oder Überschüssen an Geldkapital, für die keine Abflussmöglichkeiten in produktive und profitable Investitionen vorhan-

---

<sup>68</sup> Brenner, *Boom & Bubble*.

**Abbildung 1: Der Kapitalkreislauf**



den sind). Solche Überschüsse können potenziell absorbiert werden durch (a) zeitliche Verschiebung durch Investitionen in langfristige Kapitalprojekte oder soziale Ausgaben (wie für Bildung und Forschung), die den Rückfluss der Kapitalwerte in den Wirtschaftskreislauf in die Zukunft verlegen, (b) räumliche Verschiebung durch die Erschließung neuer Märkte, neuer Produktionskapazitäten und Ressourcen und neuer Chancen und Beschäftigungsmöglichkeiten an anderen Orten oder (c) eine Kombination von (a) und (b).

Letzteres ist der interessanteste Fall, aber ich greife zunächst die ausschließlich zeitliche Version auf, die in Abbildung 1 illustriert wird. Kapitalströme werden dem Bereich der unmittelbaren Produktion und des unmittelbaren Konsums (dem primären Kreislauf) entzogen und entweder in einen sekundären Kreislauf des fixierten Kapitals und der Bildung von Mitteln für den Konsum umgeleitet oder in einen tertiären der sozialen Ausgaben und Forschung und Entwicklung. Der sekundäre und der tertiäre Kreislauf absorbieren überschüssiges Kapital in langfristigen Investitionen. Innerhalb des sekundären Kreislaufs teilen sich die Ströme in gebundenes Kapital für die Produktion (Produktionsanlagen und Ausrüstung, Stromerzeugungskapazitäten, Schienenverbindungen, Häfen usw.) und die Schaffung der Mittel für den Konsum (beispielsweise Wohnungen). Oft ist eine gemeinsame Nutzung möglich (Autobahnen können sowohl für Aktivitäten der Produktion als auch des Konsums genutzt werden). Ein Teil des Kapitals, das in den sekundären Kreislauf fließt, ist im Land verankert und bildet eine Bank physischer Vermögenswerte an einem bestimmten Ort – eine gebaute Umgebung für Produktion und Konsum (von Industrieparks, Häfen und Flughäfen, Transport- und Kommunikationsnetzen bis hin zu Wasser- und Abwassersystemen, Wohnungen, Krankenhäusern und Schulen). Diese Investitionen bilden typischerweise den physischen Kern dessen, wofür eine Region steht. Sie spielen kurz gesagt eine grundlegende Rolle bei der Erzeugung von Regionalität und stellen bei weitem nicht nur einen unbedeutenden Sektor der Ökonomie dar. Sie können enorme Mengen Kapital und Arbeitskraft absorbieren und tun dies auch, insbesondere, wie wir sehen werden, unter Bedingungen der geographischen Expansion. Was in den tertiären Kreislauf des Kapitals



einfließt – definiert als langfristige Investitionen in soziale Infrastruktur – ist in ähnlicher Weise aufgeteilt in Investitionen, die direkt in die Produktion zurückgeleitet werden, etwa für Forschung und Entwicklung oder die Ausbildung von Fertigkeiten, und diejenigen, die an der Verbesserung der sozialen Bedingungen der Bevölkerung orientiert sind (zum Beispiel durch Bildung und Gesundheitswesen). In fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern absorbiert diese letzte Kategorie (zum Beispiel das Budget für das Gesundheitswesen) oft riesige Summen Kapital. Einen Teil dieser Investitionen kann man ebenfalls als geographisch unbeweglich ansehen. Ein Bildungssystem beispielsweise lässt sich nur schwer transportieren, wenn seine Verwaltung und Finanzen einmal in einem gegebenen Raum organisiert sind.

Heute erzeugte Überschüsse können im sekundären und tertiären Kapitalkreislauf absorbiert werden und werden dort absorbiert. Diese Investitionen können langfristig produktiv sein, wenn sie zur künftigen Produktivität des Kapitals beitragen. Dies tritt ein, wenn eine besser ausgebildete Arbeiterschaft, Investitionen in Forschung und Entwicklung oder ein effizienteres Transport- und Kommunikationssystem den Weg zu einer erhöhten Kapitalakkumulation ebnen. Ist das der Fall, fließt das überakkumulierte Kapital letztlich in den primären Kapitalkreislauf zurück, aber das kann viele Jahre dauern und bis dahin ist vielleicht eine neue Runde der Investitionen in physische und soziale Infrastruktur erforderlich. Investitionen dieser Art sorgen, zumindest eine Zeit lang, für Entlastung beim Problem der Überakkumulation. Doch es kann auch Überinvestition in den sekundären und tertiären Kapitalkreislauf auftreten, und dann kommt es zu einem Überschuss an Wohnraum, gewerblich genutzten Räumen und Fabrik- und Hafenanlagen sowie zur überschüssigen Kapazität etwa im Bildungssystem. In diesem Fall werden Vermögenswerte schließlich innerhalb des sekundären oder tertiären Kreislaufs selbst abgewertet.

Überakkumulation innerhalb des sekundären und tertiären Kreislaufs löst oft allgemeinere Krisen aus. Die Bedeutung all dessen wird in allgemeinen Darstellungen der Dynamiken der Kapitalakkumulation allzu oft vernachlässigt (Brenner zum Beispiel ignoriert es).

So war etwa der Ausgangspunkt der Krise von 1973-75 ein weltweiter Zusammenbruch der Immobilienmärkte und der Quasi-Konkurs New York Citys kurz darauf; der Anfang einer zehn Jahre währenden Stagnation in Japan 1990 war der Zusammenbruch des Spekulationsmarkts für Land, Immobilien und andere Vermögenswerte, der das gesamte Bankwesen gefährdete (interessanterweise versuchte die japanische Regierung regelmäßig durch enorme Ausgaben für staatliche Bauvorhaben für Ausgleich zu sorgen); der Beginn des asiatischen Zusammenbruchs von 1997 war das Platzen der Spekulationsblase in Thailand und Indonesien, und der wichtigste Halt der US-amerikanischen und britischen Wirtschaft nach dem Anbruch der allgemeinen Rezession in allen anderen Sektoren ab Mitte 2001 war die anhaltende spekulative Dynamik auf dem Immobilien- und Wohnungsmarkt und im Baubereich. In einem merkwürdigen Nachwirkungseffekt lässt sich feststellen, dass das Wachstum des US-amerikanischen BIPs von 2002 zu etwa 20% darauf zurückzuführen war, dass die Konsumenten ihre Hypothekenschuld für den überhöhten Wert ihres Hauses oder ihrer Wohnung neu finanzierten und das zusätzliche Geld, das sie so gewannen, für den direkten Konsum ausgaben (wodurch sie effektiv das überakkumulierte Kapital im primären Kreislauf aufnahmen). Die britischen Konsumenten nahmen im dritten Quartal von 2002 19 Milliarden Dollar allein als Hypotheken auf ihre Häuser auf, um ihren Konsum zu finanzieren. Was geschieht, wenn und falls diese Immobilienblase platzt, gibt Anlass zu echter Sorge.<sup>69</sup> Wir müssen auch die mögliche Auswirkung der gewaltigen staatlichen Bauvorhaben, über die die chinesische Regierung momentan nachdenkt, als einen möglichen zumindest partiellen Abfluss für die globale Überakkumulation in naher Zukunft bedenken (ganz ähnlich wie das System der großen Highways und seine Nebenwirkungen, die Entstehung von Vororten und die Entwicklung des Südens und Westens, in den USA der 1950er und 1960er Jahre zur Absorption überschüssigen Kapitals beitrug).

---

<sup>69</sup> C. de Acule, »Keeping a Wary Eye on the Housing Boom«, *International Herald Tribune*, 23. Januar 2003, S. 11.

Doch all dies hängt von der entscheidenden Rolle der Finanz- und/oder staatlichen Institutionen ab, den Kapitalstrom zwischen den drei Kapitalkreisläufen hin- und herzuleiten. Überschüssiges Kapital in Hemden und Schuhen kann nicht direkt in einen Flughafen oder ein Forschungsinstitut umgewandelt werden. Staats- und Finanzinstitutionen haben die ausschlaggebende Macht, Guthaben zu generieren und Kredite zu verteilen. Sie schöpfen effektiv eine gewisse Menge von – wie man es nennen könnte – »fiktivem Kapital« (Wertpapiere oder Schuldscheine, die keinen materiellen Gegenwert haben, aber wie Geld verwendet werden können).<sup>70</sup> Angenommen, sie schaffen fiktives Kapital, das in etwa dem in die Produktion von Hemden und Schuhen eingebundenen überschüssigen Kapital entspricht, leiten es in zukunftsorientierte Projekte um, sagen wir Autobahnbau oder Bildung und beleben so die Wirtschaft neu (was vielleicht auch die Nachfrage nach Hemden und Schuhen durch Lehrer und Bauarbeiter erhöht). Wenn sich die Ausgaben für die gebaute Umgebung oder sozialen Verbesserungen als produktiv erweisen (wenn sie also in Zukunft effektivere Formen der Kapitalakkumulation ermöglichen), werden die fiktiven Werte eingelöst (entweder direkt durch Schuldentrückzahlung oder indirekt, etwa in Form von höheren Steuereinnahmen, mit denen Staatsschulden abbezahlt werden können). Die Theorie der produktiven Staatsausgaben, die sich durch Wachstum und höhere Steuererträge auszahlen, ist häufig in die Praxis umgesetzt worden, wie im Fall der Umgestaltung von Paris während des Zweiten Reiches.<sup>71</sup> Aber die Theorie funktioniert nicht immer und Überinvestitionen in gebaute Umgebungen oder in Sozialausgaben können die Entwertung dieser Vermögen oder Schwierigkeiten bei der Tilgung von Staatsschulden nach sich ziehen. In den 1960er Jahren glaubte man beispielsweise in den USA, enorme Investitionen in Bildung würden sich langfristig bezahlt machen und eine neue Basis für eine erhöhte Akkumulation schaffen. Dies geschah im Allgemeinen nicht, und ein Teil der Ursachen für die Fi-

---

<sup>70</sup> Ich führe Marx' Kategorie des »fiktiven Kapitals« näher aus in Harvey, *Limits to Capital*, Kapitel 10. Siehe auch S. Strange, *Mad Money: When Markets Outgrow Governments* (Ann Arbor: University of Michigan Press, 1998).

<sup>71</sup> Harvey, *Paris, the Capital of Modernity*.

nanzkrise des US-amerikanischen Staats (einschließlich derer New York Citys), die in den 1970er Jahren ihren Höhepunkt erreichte, war die Überinvestition in den Aufbau einer physischen und sozialen Infrastruktur dieser Art (den anderen Teil des Problems bildeten die Kosten des Vietnamkrieges).

Selbst bei finanziellem Scheitern können sich solche Investitionen letztlich als unschätzbar wertvoll erweisen, denn viele von ihnen bleiben als physische Nutzwerte erhalten. Größtenteils aus den USA (insbesondere aus Baltimore) stammendes überschüssiges Kapital floss zu Beginn des 20. Jahrhunderts in den Bau eines großen Teils des Londoner U-Bahn-Systems, das dabei prompt bankrott ging, die Tunnel aber für die Verwendung künftiger Generationen stehen ließ. Die klassische Geschichte ist die Immobiliengesellschaft Olympia & York, die ein Vermögen machte, indem sie bankrotte Immobilien zu Schleuderpreisen aufkaufte und in ein funktionierendes Geschäft umwandelte. Olympia & York scheiterten, als sie ihr eigenes Projekt am Canary Wharf starteten, und wurden von Banken übernommen, weil das Projekt keine angemessene Rendite abwarf. Die Banken nahmen eine Wertberichtigung der Immobilien vor und verkauften sie an Investoren, die seitdem offenbar recht ordentlich an dem Projekt verdienen (Olympia & York erkannten diese Möglichkeit und wurden Teil eines Konsortiums, um die Immobilie zu einem niedrigeren Preis zurückzukaufen!). Wie Marx vorausschauend bemerkte, geht die erste Welle von Investoren bei solchen Bestrebungen häufig bankrott und das profitable Geschäft bleibt denen überlassen, die die entwerteten Vermögenswerte zu Tiefstpreisen aufkaufen. Die Entwertung von Aktiva, insbesondere im sekundären Kapitalkreislauf, kann daher eine wichtige Rolle bei der Schaffung einer frischen Grundlage für die Kapitalakkumulation spielen.

### **Die raum-zeitliche Fixierung**

Der Ausdruck »Fixierung« hat in meiner Argumentation eine doppelte Bedeutung. Ein bestimmter Teil des Gesamtkapitals ist buchstäblich in physischer Form für eine relativ lange Zeitspanne (abhängig von seiner ökonomischen und physischen Lebenszeit) in und

an das Land fixiert. Manche Sozialausgaben (wie das öffentliche Bildungswesen oder das Gesundheitssystem) sind durch staatliches Engagement ebenfalls territorialisiert und geographisch unbeweglich. Andererseits ist die raum-zeitliche »Fixierung« die Metapher für eine bestimmte Art von Reparatur und der Lösung der kapitalistischen Krisen durch die zeitliche Verschiebung und die geographische Ausdehnung.<sup>72</sup> Wo und wann also kommen die materielle und die metaphorische Bedeutung zusammen?

Die Produktion von Raum, die Organisation ganz neuer territorialer Arbeitsteilungen, die Erschließung neuer und billigerer Ressourcenkomplexe und neuer Regionen als dynamische Räume der Kapitalakkumulation sowie die Durchdringung bereits bestehender gesellschaftlicher Formationen mit kapitalistischen Sozialbeziehungen und institutionellen Übereinkommen (wie Vertragsregeln und Privateigentumsvereinbarungen) stellen wichtige Arten und Weisen der Absorption von Kapital und überschüssiger Arbeitskraft dar. Solche geographischen Ausdehnungen, Umstrukturierungen und Neuorganisierungen bedrohen jedoch die Werte, die bereits an einen bestimmten Ort fixiert (im Land verankert) wurden, aber noch nicht realisiert worden sind. Dieser Widerspruch ist unausweichlich und unendlichen Wiederholungen ausgesetzt, denn neue Regionen benötigen ebenfalls fixiertes Kapital in physikalischen Infrastrukturen und bebauten Umgebungen, wenn sie effektiv funktionieren sollen. Die enormen Mengen des an einen bestimmten Ort fixierten Kapitals wirken als Hemmschuh auf die Fähigkeit, eine räumliche Fixierung anderswo zu verwirklichen. Die Vermögenswerte, die New York City ausmachen, waren und sind nicht belanglos, und die Drohung ihrer Entwertung 1975 (und erneut 2003) wurde (und wird) zu Recht als Bedrohung nicht nur der Stadt, sondern der ganzen Zukunft des Kapitalismus angesehen. Wenn Kapital tatsächlich abge-

---

<sup>72</sup> Der Begriff »spatio-temporal fix« erklärt sich somit aus der doppelten Bedeutung von »to fix« als »fixieren/binden/immobil machen« (»fix[iert]es Kapital«) und »to fix« im Sinne von »reparieren/in Ordnung bringen«, mit anderen Worten: durch die »Fixierung« von Überschusskapital und überschüssiger Arbeitskraft wird die chronische Überakkumulationsproblematik zeitweilig »repariert« bzw. abgewendet. (Anm. d. Red.)

zogen wird, hinterlässt es eine Spur der Zerstörung und Entwertung; die Deindustrialisierungen im Kernland des Kapitalismus (wie in Pittsburgh, Sheffield und an der Ruhr) sowie in vielen anderen Teilen der Welt (zum Beispiel in Bombay) in den 1970er und 1980er Jahren sind einschlägige Fälle. Andererseits, wenn Kapital sich nicht bewegen kann und nicht bewegt, läuft überakkumuliertes Kapital Gefahr, direkt durch das Einsetzen einer deflationären Rezession oder Depression entwertet zu werden.

Innerhalb der Dynamik raum-zeitlicher Transformationen ergeben sich jedoch Widersprüche. Wenn die Überschüsse an Kapital und Arbeitskraft innerhalb eines gegebenen Territoriums (etwa eines Nationalstaats oder einer Region) bestehen und nicht intern (durch geographische Anpassungen oder Sozialausgaben) absorbiert werden können, müssen sie, um nicht abgewertet zu werden, woanders hingeschickt werden, um ein neues Gebiet für ihre profitable Realisierung zu finden. Dies kann auf viele Arten und Weisen geschehen. Märkte für Warenüberschüsse lassen sich an anderen Orten finden. Aber diejenigen Gebiete, in die die Überschüsse verschoben werden, müssen über Zahlungsmittel wie Gold oder Devisenrücklagen (z.B. Dollar) oder über handelbare Waren verfügen. Überschüssige Waren werden verschickt und Geld oder Waren fließen zurück. Das Problem der Überakkumulation wird nur kurzfristig gelindert (es vertauscht den Überschuss lediglich von einer Ware in Geld- oder in andere Warenformen; handelt es sich bei letzteren allerdings, wie es oft der Fall ist, um billigere Rohmaterialien oder andere Produktionsmittel, können sie neue Möglichkeiten für das Erzielen von Profiten eröffnen). Wenn das Gebiet keine Rücklagen oder Waren besitzt, mit denen es handeln kann, muss es sie entweder auftreiben (etwa als Großbritannien Indien im 19. Jahrhundert dazu zwang, den Opiumhandel mit China zu eröffnen, um so über das in Indien angebaute Opium an chinesisches Silber zu kommen) oder Kredit oder Hilfsmittel erhalten. In letzterem Fall wird dem anderen Land Geld geliehen oder gespendet, mit dem es die heimischen überschüssigen Erzeugnisse kaufen kann. Das taten die Briten mit Argentinien im 19. Jahrhundert und die japanischen Handelsüberschüsse in den 1990er Jahren wurden größtenteils dadurch absor-

biert, dass man Geld an die USA verlieh, um den dortigen Konsum auch der japanischen Güter zu unterstützen (obgleich die USA in diesem Fall auch den Vorteil hatten, dass sie den Dollar als Zahlungsmittel drucken und daher die Rechte der Geldschöpfung besitzen; wenn sie dies wünschen, können sie den internationalen Wert des Dollars so regulieren, dass sie die Japaner in abgewerteter Währung ausbezahlen). Eine der Taktiken der US-amerikanischen Waffenindustrie ist es, die Regierung aus Gründen der »Sicherheit« dazu zu bringen, einer fremden Regierung Geld zu leihen (in jüngster Zeit Polen), um in den USA hergestellte militärische Ausrüstung zu kaufen. Markt- und Kredittransaktionen dieser Art können die Probleme der Überakkumulation in einem bestimmten Gebiet lindern, zumindest kurzfristig. Sie funktionieren gut unter Bedingungen ungleichmäßiger geographischer Entwicklung, in denen den Überschüssen in einem Gebiet Angebotslücken und Marktzugänge anderswo entsprechen.

Aber auf das Kreditsystem zurückzugreifen macht Gebiete gleichzeitig verwundbar für Ströme spekulativen und fiktiven Kapitals, die die kapitalistische Entwicklung sowohl stimulieren als auch unterminieren und sogar, wie in den letzten Jahren, dazu verwendet werden können, ihnen brutale Entwertungen aufzuzwingen. Die Staatsverschuldung wurde ab etwa 1980 mehr und mehr zu einem globalen Problem und vielen der ärmeren Länder (und sogar einigen Großmächten wie Russland 1998 und Argentinien nach 2001) war es unmöglich, ihre Schulden zu bezahlen, und es drohte ihr Zahlungsver säumnis. Um diesen Schwierigkeiten zu begegnen, richtete man die als Pariser Klub bekannt gewordene ständige Organisation aus 19 Gläubigerländern ein, um Regeln für neue Tilgungspläne für Länder aufzustellen, die nicht in der Lage sind, ihre Gläubiger auszahlten. Seit 2000 waren 37 Länder gezwungen, diesen Weg einzuschlagen, und der Druck auf den Pariser Klub, einigen der ärmsten Länder ihre Schulden ganz zu erlassen, ist gewachsen. Was Cheryl Payer die »Schuldenfalle« nennt, muss jedoch als Prozess der »Ver-einnahmung« selbst der ärmsten Länder durch das System des Kapitalkreislaufs gesehen werden, so dass sie als »Abfluss« für überschüssiges Kapital zur Verfügung stehen, für das man sie dann haftbar

macht.<sup>73</sup> Es ist das Empfängerland, das jegliche Kapitalabwertung ausgleichen muss, und das Gläubigerland, das vor einer Entwertung geschützt ist. Die Ressourcen der Empfängerländer können dann leicht unter den drakonischen Regeln der Schuldenzurückzahlung geplündert werden.

Der Kapitalexport, insbesondere wenn er von einem Export von Arbeitskräften begleitet ist, funktioniert ganz anders und hat typischerweise längerfristige Auswirkungen. In diesem Fall werden Überschüsse an Kapital und Arbeitskraft an einen anderen Ort verschoben, um in der neuen Region die Kapitalakkumulation in Gang zu setzen. Überschüsse an Kapital und Arbeitskraft, die im 19. Jahrhundert in Großbritannien entstanden, fanden ihren Weg in die Vereinigten Staaten und die Siedlerkolonien wie Südafrika, Australien und Kanada, was in diesen Gebieten neue und dynamische Zentren der Akkumulation schuf, in denen eine Nachfrage nach Gütern aus Großbritannien entstand. Die Auslandshilfe in den USA war in letzter Zeit fast immer an den Kauf US-amerikanischer Güter und Dienstleistungen geknüpft und wirkte dadurch de facto als Stütze der US-Wirtschaft. Da der Kapitalismus in diesen neuen Gebieten viele Jahre brauchen kann, um so weit heranzureifen (wenn er das jemals tut), dass es auch hier zur Überakkumulation von Kapital kommt, kann das Ursprungsland hoffen, für eine nicht unbeträchtliche Zeitspanne von diesem Prozess zu profitieren. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn die Güter, die anderswo nachgefragt werden, als fixiertes Kapital im Land verankert werden sollen. Portfolioinvestitionen können den Bau von Schienenverkehr, Autobahnen, Häfen, Dämmen und anderer Infrastruktur unterstützen, die als Basis für eine stabile künftige Kapitalakkumulation erforderlich ist. Aber die Ertragsrate dieser langfristigen Investitionen in die gebaute Umgebung hängt letztlich von der Entwicklung einer starken Akkumulationsdynamik im Empfängerland ab (es sei denn, die Ertragsrate auf das verliehene Kapital wird, wie es oft der Fall ist, durch das Emp-

---

<sup>73</sup> C. Payer, *The Debt Trap: The IMF and the Third World* (New York: Monthly Review Press, 1974).



fängerland garantiert). Großbritannien vergab auf diese Weise Ende des 19. Jahrhunderts Kredite an Argentinien. Die Vereinigten Staaten sahen klar, dass ihre eigene wirtschaftliche Sicherheit (wenn man den militärischen Aspekt des Kalten Krieges außer Acht lässt) auf der aktiven Wiederbelebung kapitalistischer Aktivitäten durch den Marshallplan für Europa (insbesondere Deutschland) und Japan beruhte.

Widersprüche entstehen, wie dieser letzte Fall überdeutlich illustriert, dadurch, dass die neuen dynamischen Räume der Kapitalakkumulation letztlich Überschüsse hervorbringen und Möglichkeiten suchen werden, diese durch geographische Expansion zu absorbieren. Japan und Deutschland wurden ab den 1960er Jahren zu ernsthaften Konkurrenten des US-Kapitals, ganz ähnlich, wie die USA zu Beginn des 20. Jahrhunderts das britische Kapital überwältigten (und dazu beitrugen, das britische Empire zu Fall zu bringen). Es ist immer interessant, den Punkt festzustellen, an dem eine starke interne Entwicklung in die Suche nach einer räumlichen Fixierung übergeht. In Japan geschah dies in den 1960er Jahren, zunächst durch den Handel, dann durch den Kapitalexport in Form von Direktinvestitionen, zuerst in die Europäische Union und die Vereinigten Staaten, in jüngerer Zeit durch riesige (sowohl Direkt- als auch Portfolio-)Investitionen in Süd- und Südostasien im Allgemeinen und China im Besonderen und schließlich durch Kreditvergabe an das Ausland (insbesondere zur Finanzierung des derzeitigen US-Leistungsbilanzdefizits). Südkorea schaltete in den 1980er Jahren plötzlich um, gefolgt von Taiwan in den späten 1980er Jahren, und beide Länder exportierten nicht nur Finanzkapital, sondern als Subunternehmer für das multinationale Kapital überall auf der Welt (in Mittelamerika und Afrika sowie überall im restlichen Ost- und Südostasien) auch ein paar der übelsten Praktiken der Arbeitsorganisation, die man sich vorstellen kann. Selbst wer noch in jüngster Zeit erfolgreich an der kapitalistischen Entwicklung festgehalten hatte, sah sich schnell gezwungen, eine raum-zeitliche Fixierung für sein überakkumulierendes Kapital zu finden. Die Geschwindigkeit, mit der Länder wie Südkorea, Singapur und Taiwan sich in jüngster Zeit von Import- in Exportindustrien verwandelt haben, war im Vergleich zu

dem für frühere Zeitabschnitte charakteristischen langsameren Rhythmus erstaunlich. Diese erfolgreichen Gebiete müssen sich aber auch schneller auf die Rückschläge aus ihren eigenen raum-zeitlichen Fixierungen einstellen. China, das in Form von ausländischen Direktinvestitionen Überschüsse aus Japan, Korea und Taiwan absorbiert, verdrängt diese Länder immer mehr aus vielen Produktions- und Exportzweigen.

Die allgemeine Überkapazität, die Brenner insbesondere seit 1980 feststellt, zerfällt auf diese Weise in ein hegemoniales wirtschaftliches Zentrum (die Triade aus USA, Japan und Europa) und eine rasch anwachsende Flut raum-zeitlicher Fixierungen insbesondere überall in Ost- und Südostasien, aber mit weiteren Elementen in Lateinamerika (insbesondere Brasilien, Mexiko und Chile) und seit dem Ende des Kalten Krieges mit schnellen Vorstößen nach Osteuropa. Diese Fluten von raum-zeitlichen Fixierungen mögen zwar unter den Begriff der territorialen zwischenstaatlichen Beziehungen gefasst werden, in Wirklichkeit sind sie aber materielle und gesellschaftliche Beziehungen zwischen Regionen, aufgebaut durch die molekularen Prozesse der Kapitalakkumulation in Raum und Zeit. Die formalen territorialen Schwierigkeiten zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland wirken vor dem Hintergrund der wachsenden Integration der industriellen Regionen von Taipei und Shanghai vollkommen anachronistisch.

Dieser Prozess hat zwei mögliche allgemeine Ergebnisse. Bei dem ersten öffnen sich immer wieder neue raum-zeitliche Fixierungen und überschüssiges Kapital wird in Episoden absorbiert. Das, was ich »Umschaltkrisen« nenne, hat den Effekt, den Kapitalfluss von einem Ort an einen anderen umzuleiten. Das kapitalistische System insgesamt bleibt relativ stabil, selbst wenn seine Teile periodische Schwierigkeiten haben (Deindustrialisierung hier, partielle Entwertungen dort). Der Gesamteffekt dieser interregionalen Unbeständigkeit ist, die Gefahren der Überakkumulation und Entwertung in ihrer Gesamtheit zeitweilig zu verringern, auch wenn die Not an einzelnen Orten von Zeit zu Zeit bitter sein mag. In gewissem Sinne scheint die seit etwa 1980 erlebte Unbeständigkeit größtenteils von diesem Typ zu sein, obgleich sie eindeutig durch den Wall-Street-

US-Finanzministerium-IWF-Komplex zum Vorteil des Finanzkapitals, der Wall Street und der US-Ökonomie manipuliert, wenn nicht gelenkt wurde. Bei jedem Schritt kommt natürlich die Frage auf, was das nächste Gebiet sein wird, in das profitables Kapital fließen kann, und warum.

In der momentanen Situation ist ein offensichtlicher Kandidat für die Absorption überschüssigen Kapitals China, und es lohnt sich, hierauf kurz näher einzugehen, denn es illustriert nicht nur die Möglichkeiten einer zeitweiligen raum-zeitlichen Fixierung für das Überakkumulationsproblem, sondern ist auch relevant für die Frage der sich verschiebenden Hegemonie innerhalb des globalen Systems. China ist natürlich einer der Hauptempfänger ausländischer Direktinvestitionen geworden. Die Direktbeteiligungen aus dem Ausland stiegen netto von 5 Milliarden Dollar 1991 auf rund 50 Milliarden Dollar 2002. Doch der chinesische Markt wächst auch sehr schnell: In letzter Zeit stiegen die städtischen Einkommen jährlich um 11%, die auf dem Land um 6%. Der interne Markt wächst, ebenso wie der Markt für ausländische Güter. Nicht wenige multinationale Konzerne, wie etwa General Motors, erzielten in den Jahren 2001 und 2002 den größten Teil ihres Profits durch Verkäufe nach China. Das riesige Potenzial des internen Markts in China darf daher nicht ignoriert werden, und ein Teil der ausländischen Direktinvestitionen in, sagen wir, Mikroelektronik, ist ebenso sehr am internen Verkauf orientiert wie am Export in die übrige Welt. Doch noch dramatischer sind die Aussichten für langfristige Investitionen in die Infrastruktur. Seit 1998 versucht man in China durch schuldenfinanzierte Investitionen in riesige Megaprojekte, die den bereits riesigen Dreischluchten-Damm noch in den Schatten stellen, die enormen Überschüsse an Arbeitskraft zu absorbieren (und die Drohung sozialer Unruhen im Zaum zu halten). Man beabsichtigt ein viel ehrgeizigeres Projekt (das mindestens 60 Milliarden Dollar kosten wird), um Wasser aus dem Jagtsekiang in den Gelben Fluss umzuleiten. In den großen Städten werden neue U-Bahn-Systeme und Autobahnen gebaut und knapp 14.000 Kilometer neuer Schienenwege sind geplant, um das Binnenland mit den wirtschaftlich dynamischen Küstenregionen zu verbinden, darunter eine Hochgeschwindigkeitsverbindung

zwischen Shanghai und Beijing und eine Verbindung nach Tibet. Die städtische Infrastruktur wird überall ausgebaut. Die Olympischen Spiele geben zu großen Investitionen in Beijing Anlass. Diese Anstrengungen sind im Ganzen viel größer als das, was die USA in den 1950er und 1960er Jahren unternommen haben, und bergen das Potenzial, über Jahre hinweg überschüssiges Kapital zu absorbieren. Sie sind jedoch schuldenfinanziert und das bringt hohe Risiken mit sich, denn wenn die Investitionen ihren Wert nicht zu gegebener Zeit in den Akkumulationsprozess einbringen, wird eine staatliche Finanzkrise China verschlingen, mit ernsthaften Konsequenzen für die wirtschaftliche Entwicklung und die soziale Stabilität.<sup>74</sup> Nichtsdestotrotz verspricht dies eine bemerkenswerte Version einer raum-zeitlichen Fixierung zu werden, mit weltweiten Implikationen, nicht nur für die Absorption überakkumulierten Kapitals, sondern auch für die Verschiebung des wirtschaftlichen und politischen Machtgleichgewichts auf China als dem regionalen Hegemon, was die Region Asien, unter chinesischer Führung, vielleicht in eine viel konkurrenzfähigere Position gegenüber den Vereinigten Staaten bringt. Um so mehr ein Grund für die USA, die Ölvorräte im Kaspischen Becken und dem Mittleren Osten, die China immer stärker braucht, unter ihre Kontrolle zu bringen.

Ein zweites mögliches Ergebnis ist jedoch ein immer heftigerer internationaler Konkurrenzkampf, da angesichts der starken Überakkumulationsströme mehrere dynamische Zentren der Kapitalakkumulation auf der Weltbühne miteinander konkurrieren. Da sie nicht alle langfristig Erfolg haben können, erliegen entweder die Schwächsten und geraten in ernsthafte Krisen lokaler Entwertung oder es kommt zu geopolitischen Kämpfen zwischen den Regionen.

---

<sup>74</sup> J. Kahn, »China Gambles on Big Projects for its Stability«, *New York Times*, 13. Januar 2003, S. A 1 und A 8; »Made in China, Bought in China«, *New York Times*, 5. Januar 2003, Business section, S. 1 und 10; D. Altman, »China: Partner, Rival or Both«, *New York Times*, 2. März 2003, Money and Business section, S. 1 und 11; T. Crampton, »A Strong China May Give Boost to its Neighbors«, *International Herald Tribune*, Economic Outlook, 23. Januar 2003, S. 16-17.

Letztere können sich über die territoriale Logik der Macht in Konfrontationen zwischen Staaten in Form von Handels- und Währungskriegen verwandeln, wobei die stets gegenwärtige Gefahr militärischer Konfrontationen (der Sorte, die uns im 20. Jahrhundert zwei Weltkriege zwischen kapitalistischen Mächten beschert hat) im Hintergrund lauert. In diesem Fall nimmt die raum-zeitliche Fixierung durch ihre Verwandlung in den Export örtlicher und regionaler Entwertungen und Kapitalzerstörungen (der Sorte, die 1997/98 in großem Maßstab in Ost- und Südostasien und Russland auftrat) eine viel unheilverkündendere Form an. Wie und wann es dazu kommt, hängt jedoch ebenso sehr von den expliziten Formen politischen Handelns auf Seiten der Staatsmacht ab wie von den molekularen Prozessen der Kapitalakkumulation in Raum und Zeit. Die Dialektik zwischen der territorialen und der kapitalistischen Logik greift nun vollständig ineinander. Zu diesem Prozess gibt es jedoch noch einiges anzumerken, um besser zu verstehen, wie er tatsächlich funktioniert.

### **Innere Widersprüche**

In den *Grundlinien der Philosophie des Rechts* bemerkt Hegel, wie die inneren Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft, die auf der einen Seite Reichtümer im Übermaß anhäuft und auf der anderen Seite eine Masse an Verarmten hervorbringt, diese dazu drängen, Lösungen im Außenhandel und kolonialen bzw. imperialen Praktiken zu suchen.<sup>75</sup> Damit lehnt er die Vorstellung ab, es könnte die Möglichkeit bestehen, das Problem der sozialen Ungleichheit und Instabilität durch interne Umverteilungsmechanismen zu lösen. Lenin zitiert Cecil Rhodes, dem zufolge Kolonialismus und Imperialismus im Ausland die einzige Möglichkeit darstellten, einen Bürgerkrieg im Inneren zu vermeiden.<sup>76</sup> Klassenbeziehungen und -kämp-

---

<sup>75</sup> G. W. Hegel, *Grundlagen der Philosophie des Rechts* (Frankfurt a.M.: Lang, 1999).

<sup>76</sup> W. I. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus: gemeinverständlicher Abriss* (Berlin: Verlag Neuer Weg, 1945).

fe innerhalb einer territorial begrenzten Gesellschaftsformation sind eindeutig ein Anstoß für raum-zeitliche Fixierungen.

Die Lage am Ende des 19. Jahrhunderts liefert hier interessante Belege, etwa wenn man an eine Figur wie Joseph Chamberlain (bekannt unter dem Namen »*Radical Joe*«) denkt. Er wurde eng mit den Interessen der liberalen Manufakturbesitzer in Birmingham in Verbindung gebracht, opponierte ursprünglich entschieden gegen den Imperialismus (beispielsweise die Afghanistankriege der 1850er Jahre) und widmete einen Großteil seiner Zeit Bildungsreformen und generell der Verbesserung der sozialen und materiellen Infrastruktur zur Produktion und zum Konsum in seiner Heimatstadt Birmingham. Er war davon überzeugt, dass hierdurch eine produktive Abflussmöglichkeit für Überschüsse entstünde, die sich langfristig auszahlen würde. Als wichtige Persönlichkeit innerhalb der liberal-konservativen Bewegung sah er das Aufkommen der Klassenkämpfe in Großbritannien mit eigenen Augen und hielt 1885 eine viel gefeierte Rede, in der er die besitzenden Klassen dazu aufrief, ihre Verantwortung und Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft anzuerkennen (beispielsweise die Lebensbedingungen der Ärmsten zu verbessern und im nationalen Interesse in die soziale und materielle Infrastruktur zu investieren) statt bloß ihre individuellen Interessen als Privateigentümer zu verfolgen. Die Aufregung, mit der die besitzenden Klassen auf diese Rede reagierten, zwang ihn zum Widerruf und von diesem Moment an wurde er zu einem der leidenschaftlichsten Verfechter des Imperialismus (und endete als Kolonialsekretär, der Großbritannien in die Katastrophe der Burenkriege in Südafrika führte). Eine solche Karriere war für diese Zeit nichts ungewöhnliches. In Frankreich wurde Jules Ferry, in den 1860er Jahren ein begeisterter Fürsprecher innerer Reformen (insbesondere im Bildungsbereich), nach der Pariser Commune von 1871 zu einem Befürworter des Kolonialismus (der Frankreich in die Sümpfe Südostasiens führte und 1954 in der Niederlage bei Dien Bien-Phu gipfelte), und in den USA begann sogar Theodore Roosevelt, nach der berühmten Erklärung Frederic Jackson Turners, der Vorstoß in den Süden und Westen Amerika sei nun abgeschlossen (wenn diese Gebiete auch bei weitem nicht für neue Investitionsmöglichkeiten er-

geschlossen waren), für imperiale Praktiken statt innerer Reformen einzutreten.<sup>77</sup>

In all diesen Fällen resultierte die Wendung zu einer liberalen Form des Imperialismus (und einer, die diesen mit einer Fortschrittsideologie und einer Zivilisierungsmission verknüpfte) nicht aus absoluten ökonomischen Zwängen, sondern aus dem selbst noch angesichts wachsender Ansprüche der Arbeiterbewegungen aufrechterhaltenen politischen Unwillen der Bourgeoisie, auf irgendwelche Klassenprivilegien zu verzichten und die Überakkumulation intern durch innere soziale Reformen zu absorbieren. Hobson beispielsweise erkannte darin das Schlüsselproblem und strebte eine sozialdemokratische Politik an, die dem entgegenwirken würde.<sup>78</sup> Daher ist es von entscheidender Bedeutung, bei der Beurteilung des Anstoßes zu imperialistischen Bestrebungen und dem Drang, äußere raum-zeitliche Fixierungen zu finden, die interne Rolle der Klassenbeziehungen und des Klassenkampfes zu berücksichtigen sowie die spezielle Struktur der Klassenbündnisse innerhalb des betreffenden Staates (einschließlich eines Bündnisses von Arbeitern und Kapitalisten in kapitalistischen Bestrebungen). Innenpolitische Spannungen dieser Art waren es, die viele europäische Mächte von 1884 bis 1945 dazu zwangen, eine Lösung für ihre Probleme im Außenraum zu suchen, und dadurch nahm der europäische Imperialismus in diesen Jahren eine spezielle Färbung an. Es ist zum Beispiel überraschend festzustellen, wie viele liberale und sogar radikale Figuren zu stolzen Imperialisten wurden und was für ein großer Teil der Arbeiterbewegung mit dem imperialistischen Projekt kollaborierte. Dafür war es allerdings vonnöten, dass die Politik des Staates und die militärische Ge-

---

<sup>77</sup> Diese ganze Geschichte einer radikalen Verschiebung von inneren zu äußeren Lösungen politisch-wirtschaftlicher Probleme in Reaktion auf die Dynamiken der Klassenkämpfe in vielen kapitalistischen Staaten wird in der folgenden, kaum bekannten, aber recht faszinierenden Sammlung erzählt: C.-A. Julien, J. Bruhat, C. Bourgin, M. Crouzet und P. Renouvin, *Les Politiques d'expansion impérialiste* (Paris: Presses Universitaires de France, 1949). Ferry, Chamberlain, Roosevelt, Crispi und andere werden alle vergleichend im Detail untersucht.

<sup>78</sup> P. Cain, *Hobson and Imperialism: Radicalism, New Liberalism and Finance, 1887-1938* (Oxford: Oxford University Press, 2003).

walt vollständig unter der Kontrolle bürgerlicher Interessen standen. Wie ich schon in Kapitel 2 vertreten habe, glaube ich daher, dass Arendt diesen Imperialismus, der sich am Ende des 19. Jahrhunderts herausbildete, richtig interpretiert als »das erste ... Stadium der politischen Herrschaft der Bourgeoisie« und eben nicht als »das letzte Stadium des Kapitalismus«, als das er bei Lenin dargestellt wurde.<sup>79</sup> Darauf werde ich jedoch in Kapitel 5 zurückkommen.

### **Die Macht der vermittelnden Institutionen**

Es ist wichtig, die entscheidende vermittelnde Rolle finanzieller und institutioneller Rahmenvorgaben und Mächte (insbesondere die des Staates) bei den Prozessen der Kapitalakkumulation zur Kenntnis zu nehmen. Dazu ist jedoch eine sorgfältige Untersuchung der unterschiedlichen Formen nötig, die solche vermittelnden Institutionen annehmen können, sowie der sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die molekularen Prozesse der Kapitalakkumulation in Raum und Zeit. In seiner Studie zum Verlauf der Krise von 1997/98 in Ost- und Südostasien zeigt Henderson beispielsweise, dass der Unterschied zwischen Taiwan und Singapur (die abgesehen von der Abwertung ihrer Währungen beide relativ unbeschadet daraus hervorgingen) und Thailand und Indonesien (die beinahe einen totalen ökonomischen und politischen Kollaps erlitten) aus den Unterschieden in der Staats- und Finanzpolitik herrührt.<sup>80</sup> Taiwan und Singapur waren durch starke staatliche Kontrollen und geschützte Finanzmärkte gegen Spekulationsströme abgeschirmt, wohingegen Thailand und Indonesien das aufgrund ihrer liberalisierten Kapitalmärkte nicht waren. Unterschiede dieser Art sind offensichtlich von großer Bedeutung. In diesem Fall legten sie fest, wer von einer brutalen Entwertung betroffen war und wer nicht.

An diesem Punkt kann ich nicht viel mehr tun, als die politische Bedeutung dieser Frage zur Kenntnis zu nehmen. Das ganze Muster der Turbulenzen in den Beziehungen zwischen Staat, Suprastaat und

---

<sup>79</sup> Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, S. 316.

<sup>80</sup> J. Henderson, »Uneven Crises: Institutional Foundations of East Asian Economic Turmoil«, *Economy and Society*, 28/3 (1999) S. 327-68.



Finanzmächten auf der einen und der allgemeineren Dynamik der Kapitalakkumulation (durch Produktion und selektive Entwertungen) auf der anderen Seite gehört eindeutig zu den beachtlichsten und komplexesten Elementen der Erzählung von der ungleichmäßigen geographischen Entwicklung und der imperialistischen Politik in der Epoche seit 1973. Ich denke, dass Gowan Recht darin hat, die radikale Umstrukturierung des internationalen Kapitalismus seit 1973 als eine Reihe von verzweifelten Spielzügen von Seiten der USA zu verstehen, ihre hegemoniale Position in der Weltwirtschaft gegenüber Europa und Japan – und später allgemeiner Ost- und Südostasien – zu behaupten. Das begann während der Krise von 1973 mit Nixons Doppelstrategie der hohen Ölpreise und der finanziellen Deregulierung. Den US-Banken wurde damals das ausschließliche Recht eingeräumt, die riesigen Mengen an in der Golfregion akkumulierten Petrodollars in den Geldkreislauf zurückzuführen.<sup>81</sup> Dies ließ die USA erneut zum Mittelpunkt der globalen Finanzaktivitäten werden und half, im Zusammenhang mit den internen Reformen des Finanzsystems innerhalb der USA, nebenbei New York aus seiner eigenen ökonomischen Krise. Aus all dem entstand ein mächtiges Finanzregime aus der Wall Street und dem US-amerikanischen Finanzministerium, das über kontrollierenden Einfluss auf weltweite Finanzinstitutionen (wie den IWF) verfügte und durch Kreditmanipulationen und Praktiken der Schuldenverwaltung das Schicksal zahlreicher schwächerer ausländischer Volkswirtschaften in der Hand hielt. Gowan spricht im weiteren davon, dass dieses Währungs- und Finanzregime von nachfolgenden US-Regierungen »als ein gewaltiges Instrument ökonomischer Staatsmacht« genutzt wurde, »um sowohl den Globalisierungsprozess als auch die damit verbundenen neoliberalen Transformationen im Inneren voranzutreiben.« Krisen hätten das Regime erst zur vollen Entfaltung gebracht: »Der IWF deckt die Risiken ab und stellt sicher, dass die US-Banken keine Verluste erleiden (Länder kommen dafür durch Strukturanpassungen u.ä. auf) und dass die Kapitalflucht vor einer anderswo aufgetre-

---

<sup>81</sup> Gowan, *The Global Gamble*, S. 21.

nen Krise die Stärke der Wall Street letztlich vergrößert...«<sup>82</sup> Im Ergebnis wurden die ökonomische Macht der USA (wann immer möglich in Zusammenarbeit mit anderen) nach außen gerichtet, die Öffnung der Märkte, insbesondere für Kapital- und Finanzströme (mittlerweile eine Bedingung für die Mitgliedschaft im IWF), forciert und dem größten Teil der übrigen Welt andere (in der WTO kulminierende) neoliberale Praktiken aufgezwungen.

Zu diesem System sind zwei wichtige Anmerkungen zu machen. Erstens wird der freie Handel von Waren häufig als die Erschließung der Welt für freien und offenen Wettbewerb dargestellt. Doch haben wir bereits gesehen, dass er, wenn im Raum gegründet ist, notwendig monopolistischen Wettbewerb verursacht und damit selbst unter den bestmöglichen Bedingungen Asymmetrien des Tausches hervorbringt. Das ganze Argument versagt, worauf Lenin vor langer Zeit hinwies, angesichts monopolistischer oder oligopolistischer Macht (entweder in der Produktion oder im Konsum). Die Vereinigten Staaten beispielsweise haben wiederholt die Waffe der Zugangsverweigerung zum riesigen US-Markt benutzt, um andere Nationen dazu zu zwingen, ihren Wünschen nachzukommen. Dies ist eine gewaltige Version der Asymmetrie des Tauschs, die immer mit Raumbeziehungen einhergeht. Das jüngste (und krasseste) Beispiel für diese Argumentation stammt vom US-Handelsbeauftragten Robert Zoellick, der sinngemäß sagte, wenn Lula, der 1998 gewählte brasilianische Präsident aus der Arbeiterpartei, mit den US-Plänen für freie Märkte auf dem gesamten amerikanischen Kontinent nicht einverstanden sei, sich wohl gezwungen sehen würde, »in die Antarktis zu exportieren«.<sup>83</sup> Taiwan und Singapur wurden (ebenso wie früher Korea als Teil des IWF-Ausstiegs auf Geheiß des US-Finanzministeriums) gegen ihren eigenen Willen dazu gezwungen, ihre Finanzmärkte für spekulatives Kapital zu öffnen, obgleich sie früher vor Entwertungen geschützt gewesen waren, indem sie ihre Märkte geschlossen gehalten hatten. Sie wurden mit der Drohung, ihnen den Zugang zum US-Markt zu verweigern, gezwungen, der

---

<sup>82</sup> A.a.O., Kapitel 4.

<sup>83</sup> Leitartikel *Buenos Aires Herald*, 31. Dezember 2002, S. 4.

WTO beizutreten. Gegenwärtig planen die USA, das Modell der »Millennium Challenge Grants«, der Auslandshilfe an arme Länder, an die Bedingung des freien Marktzugangs zu knüpfen. Im Gegenzug für finanzielle Hilfe müssen diese Länder mit denen der USA vereinbare institutionelle Rahmenvorgaben erlassen und sich damit für alles öffnen, was auch immer die überlegenen Mächte des monopolisierten Kapitals vorhaben. Was die Produktion betrifft, kontrollieren weitgehend in den kapitalistischen Kernzonen angesiedelte Oligopole effektiv die Produktion von Saatgut, Düngemitteln, Elektrogeräten, Computersoftware, pharmazeutischen Produkten, Erdölprodukten usw. Unter diesen Bedingungen erwächst aus der Schaffung neuer Marktchancen kein offener Wettbewerb, sondern die starke Vermehrung monopolistischer Macht – mit allen denkbaren sozialen, ökologischen, ökonomischen und politischen Konsequenzen. Dies gilt ebenso sehr für den Export multinationalen Kapitals zur Produktion von Schuhen und Hemden in Südostasien und Lateinamerika wie für das Marketing von Coca-Cola. Selbst die scheinbar so wohltätige Grüne Revolution hat, wie die meisten Beobachter übereinstimmend berichten, überall in Süd- und Südostasien dazu geführt, dass die gestiegenen landwirtschaftlichen Erträge mit einer beträchtlichen Reichstumskonzentration im Agrarsektor und einer größeren Abhängigkeit von monopolistischen Produktionsmitteln einhergehen. Das Eindringen US-amerikanischer Tabakkonzerne in den chinesischen Markt soll deren Verluste auf dem amerikanischen Markt kompensieren, wird aber in China in den kommenden Jahrzehnten mit Sicherheit eine öffentliche Gesundheitskrise hervorrufen.

In all diesen Fällen erweist sich die allgemein vorgebrachte Behauptung, es handle sich beim Neoliberalismus um freien Wettbewerb statt um monopolistische Kontrolle, um fairen und freien Handel, als Lüge, was wie üblich durch den Marktfetischismus verschleiert wird.

Darüber hinaus besteht ein großer Unterschied zwischen freiem Warenhandel und der Bewegungsfreiheit des Finanzkapitals, was sogar die Befürworter des freien Handels eingestehen. Das wirft unmittelbar die Frage auf, von welcher Marktfreiheit man spricht.

Manche, wie etwa Bhagwati, verteidigen die Freiheit des Warenhandels vehement, wehren sich aber gegen die Vorstellung, dies sei notwendigerweise auch für Finanzströme gut.<sup>84</sup> Die Problematik ist folgende: Einerseits sind Kreditströme für produktive Investitionen und Umschichtungen von Kapital von einem Produktionszweig oder -ort zum anderen lebensnotwendig. Sie spielen auch eine wichtige Rolle dabei, in einer in räumliche Einheiten zerlegten Welt, die von Überschüssen in dem einen und Mangel in einem anderen Raum gekennzeichnet ist, die Konsumbedürfnisse (z.B. nach Wohnraum) in ein potenziell ausgeglichenes Verhältnis mit den Produktionsaktivitäten zu bringen. In all diesen Hinsichten ist das Finanzsystem (mit oder ohne staatliche Beteiligung) von entscheidender Bedeutung für die Koordinierung der Dynamik der Kapitalakkumulation. Das Finanzkapital ist aber auch an vielen unproduktiven Aktivitäten beteiligt, bei denen Geld lediglich dazu benutzt wird, es durch Spekulationen auf die künftige Entwicklung von Warenmärkten, Währungskursen, Schulden usw. zu vermehren. Wenn riesige Kapitalmengen für solche Zwecke verfügbar werden, verwandeln sich offene Kapitalmärkte in Vehikel für spekulative Aktivitäten, von denen einige, wie wir es während der 1990er Jahre sowohl bei Internetfirmen als auch bei Spekulationsblasen gesehen haben, zu sich selbst bewahrheitenden Voraussagen werden, ebenso wie die mit Milliardenbeträgen an ausländischem Kapital ausgerüsteten Hedgefonds in der Lage waren, Indonesien und sogar Korea trotz der Stärke der diesen Ländern zugrundeliegenden Ökonomien in den Ruin zu treiben. Vieles von dem, was an der Wall Street vor sich geht, hat nichts mit der Vereinfachung der Investition in produktive Aktivitäten zu tun. Es ist rein spekulativ (daher die Beschreibung als »Casino-« oder »Blut-saugerkapitalismus«). Doch diese Aktivitäten haben tiefgehende Auswirkungen auf die allgemeine Dynamik der Kapitalakkumulation und insbesondere darauf, die politisch-ökonomische Macht erneut in erster Linie in den USA zu zentrieren, aber auch innerhalb der Finanzmärkte anderer Kernländer (Tokio, London, Frankfurt).

---

<sup>84</sup> J. Bhagwati, »The Capital Myth: The Difference between Trade in Widgets and Dollars«, *Foreign Affairs*, 77/3 (1998), S. 7-12.

## Der Staat greift wieder ein

Dies ist der Punkt, an dem die territorialisierte Politik von Staat und Imperium wieder ins Spiel kommt, um eine Führungsrolle im fortlaufenden Drama der unendlichen Kapitalakkumulation und Überakkumulation zu beanspruchen. Der Staat ist die politische Einheit, die politische Körperschaft, die am besten in der Lage ist, institutionelle Rahmenvorgaben effektiv aufeinander abzustimmen und die molekularen Kräfte der Kapitalakkumulation so zu manipulieren, dass die Struktur der Asymmetrien des Tauschs erhalten bleibt, die für die innerhalb seiner Rahmenstruktur wirkenden dominanten kapitalistischen Interessen den größten Vorteil bedeutet. Es sollte uns beispielsweise nicht überraschen festzustellen, dass die WTO den Freihandel proklamiert, in Wirklichkeit aber unfairen Handel fördert, durch den die reicheren Länder ihren kollektiven Vorteil gegenüber den ärmeren aufrechterhalten. Das ist typisch für imperialistische Praktiken. Großbritannien bestand im 19. Jahrhundert, als dies zu seinem eigenen Vorteil war, auf freiem (und unfaiREM) Handel und Laissez-faire, gab diese Haltung jedoch auf, sobald es andere waren, die davon profitierten. Anschließend setzten die USA sich zunächst für eine Politik der »offenen Tür« ein und dann für freien Handel, bis zu dem Punkt, an dem die gegenwärtige Rhetorik der Bush-Regierung Freiheit mit freiem Handel gleichsetzt, ohne die Andeutung jeglicher möglichen Unvereinbarkeit der Freiheit der Selbstbestimmung auf der einen Seite und der aufgezwungenen Disziplin freier Märkte und unfairen Handels auf der anderen. In diesem Bereich läuft Imperialismus darauf hinaus, anderen institutionelle Rahmenvorgaben und Bedingungen aufzudrängen, gewöhnlich im Namen des allgemeinen Wohlbefindens.

Das ist die zentrale Stoßrichtung der gegenwärtigen Politik der Bush-Regierung, wie ich in Kapitel 1 bemerkt habe. »Wir streben«, sagt Präsident Bush, während er einen Krieg beginnt, »einen gerechten Frieden an, in dem Unterdrückung, Ressentiments und Armut von der Hoffnung auf Demokratie, Entwicklung, freien Märkten und freiem Handel abgelöst werden.« Diese letzten beiden hätten »ihre Fähigkeit, ganze Gesellschaften aus der Armut zu ziehen«, unter Beweis gestellt. Die Vereinigten Staaten werden der Welt dieses Ge-

schenk der Freiheit (des Marktes) machen, ob ihr das gefällt oder nicht.

Wie all dies tatsächlich geschieht, hängt entscheidend vom Wesen der Regierungsführung und der dominanten Form der Klassenbündnisse ab, insbesondere innerhalb der Kernländer, die das überschüssige Kapital ursprünglich erzeugen und anschließend seine Ausschüttung kontrollieren. Diese Länder haben einen überproportionalen Einfluss auf die Finanzarchitektur, durch die raum-zeitliche Fixierungen überwiegend angestrebt werden, und sind daher in der Position, die unvermeidlichen Asymmetrien, die im räumlichen Tausch existieren, so auszutarieren, dass der Vorteil bei ihnen selbst liegt. Die Entstehung eines »Wall-Street-Finanzministerium«-Komplexes innerhalb der Vereinigten Staaten, der mit Hilfe eines Netzwerks aus anderen Finanz- und Regierungsorganisationen in der Lage ist, globale Institutionen wie den IWF zu kontrollieren und eine gewaltige Finanzmacht auf die ganze Welt auszuüben, hat die Dynamiken des globalen Kapitalismus der letzten Jahre enorm beeinflusst. Dieses Machtzentrum kann aber nur deshalb so operieren, weil die übrige Welt in eine strukturierte Rahmenkonstruktion ineinandergreifender Finanz- und Regierungsinstitutionen (einschließlich supranationaler Institutionen) eingebunden und erfolgreich mit ihr verhakt ist (und effektiv am Angelhaken hängt, zumeist durch Kreditvorgaben).

Die sich daraus ergebende Gesamtsituation ist die einer miteinander verflochtenen raum-zeitlichen Welt der Finanzströme aus überschüssigem Kapital mit Ansammlungen politischer und wirtschaftlicher Macht an Hauptknotenpunkten (New York, London, Tokio), die entweder versuchen, die Überschüsse in einer produktiven Richtung anzulegen und zu absorbieren, meistens in langfristige Projekte an einer ganzen Reihe von Orten (von Bangladesch bis Brasilien oder China), oder ihre spekulative Macht dazu zu verwenden, das System durch Entwertungskrisen in verwundbaren Gebieten von der Überakkumulation zu befreien. Dann ist es natürlich die Bevölkerung dieser verwundbaren Gebiete, die den unvermeidlichen Preis bezahlen muss, durch Verlust von Vermögen, Arbeitsstellen und wirtschaftlicher Sicherheit, ganz zu schweigen von verlorener Wür-

de und Hoffnung. Und nach derselben Logik, die dazu führt, dass die verwundbaren Territorien zuerst getroffen werden, ist es typischerweise die verwundbarste Bevölkerung innerhalb dieser Gebiete, die die Hauptlast trägt. Es war die arme Landbevölkerung von Mexiko, Thailand und Brasilien, die am stärksten unter den Verwüstungen nach den finanziellen Krisen der 1980er und 1990er Jahre litt. Der Kapitalismus überlebt also nicht nur durch eine Reihe von raum-zeitlichen Bindungen, die die Kapitalüberschüsse auf produktive und konstruktive Weise absorbieren, sondern auch durch die Entwertung und Zerstörung, die dem als korrigierende Medizin zugefügt wird, was üblicherweise als finanzpolitische Verschwendungssucht der Kreditnehmer dargestellt wird. Schon die Vorstellung, dass diejenigen, die unverantwortlich Geld verleihen, möglicherweise auch zur Verantwortung gezogen werden, wird natürlich von den herrschenden Eliten leichtfertig abgetan. Dazu wäre es erforderlich, die wohlhabenden, besitzenden Klassen überall zur Rechenschaft zu ziehen und darauf zu bestehen, dass sie ihre Verantwortung übernehmen, statt sich auf ihr unveräußerliches Recht auf Privateigentum zu berufen und sich nur für eine zufriedenstellende Profitrate zu interessieren. Doch, wie Joseph Chamberlain feststellte, es ist politisch viel leichter, eine weit entfernt lebende Bevölkerung (insbesondere wenn sie einer anderen Rasse, Ethnie oder Kultur angehört) auszuplündern und zu erniedrigen, als sich der überwältigenden Macht der kapitalistischen Klasse vor der eigenen Tür zu stellen. Die finstere und destruktive Seite raum-zeitlicher Fixierungen zur Lösung des Überakkumulationsproblems wird zu einem ebenso entscheidenden Element innerhalb der historischen Geographie des Kapitalismus wie ihre konstruktive Gegenspielerin beim Aufbau neuer Landschaften im Dienste sowohl der unendlichen Akkumulation von Kapital als auch der unendlichen Akkumulation politischer Macht.

Wenn man der offiziellen Rhetorik glauben darf, sollte der Komplex institutioneller Rahmenvorgaben, die jetzt Kapitalströme um die Welt herum vermitteln, auf den Erhalt und die Unterstützung erweiterter Reproduktion (Wachstum) ausgerichtet sein, um jede Neigung zur Krise abzuwehren und das Problem der Armutsbe-

kämpfung ernsthaft anzugehen. Doch wenn das Projekt scheitert, kann es mit anderen Mitteln Akkumulation anstreben. Wie der Krieg im Verhältnis zur Diplomatie kann eine staatlich gestützte Intervention des Finanzkapitals sich häufig in eine Akkumulation mit anderen Mitteln verwandeln. Eine unheilige Allianz zwischen staatlichen Mächten und den raubtierhaften Aspekten des Finanzkapitals bildet den Übergang zu einem »Blutsaugerkapitalismus«, dem es ebenso sehr um kannibalistische Praktiken und erzwungene Entwertungen geht wie um das Erreichen einer harmonischen weltweiten Entwicklung. Aber wie sind diese »anderen Mittel« der Akkumulation zu interpretieren?



# Kapitel 4

## Akkumulation durch Enteignung

Nach Rosa Luxemburg ist die Kapitalakkumulation durch einen Doppelcharakter gekennzeichnet: »Die kapitalistische Akkumulation hat somit als Ganzes, als konkreter geschichtlicher Prozess, zwei verschiedene Seiten. Die eine vollzieht sich in der Produktionsstätte des Mehrwerts – in der Fabrik, im Bergwerk, auf dem landwirtschaftlichen Gut – und auf dem Warenmarkt. Die Akkumulation ist, von dieser Seite allein betrachtet, ein rein ökonomischer Prozess, dessen wichtigste Phase zwischen dem Kapitalisten und dem Lohnarbeiter sich abspielt .... Friede, Eigentum und Gleichheit herrschen hier als Form, und es bedurfte der scharfen Dialektik einer wissenschaftlichen Analyse, um zu enthüllen, wie bei der Akkumulation Eigentumsrecht in Aneignung fremden Eigentums, Warenaustausch in Ausbeutung, Gleichheit in Klassenherrschaft umschlagen. Die andere Seite der Kapitalakkumulation vollzieht sich zwischen dem Kapital und nichtkapitalistischen Produktionsformen. Ihr Schauplatz ist die Weltbühne. Hier herrschen als Methoden Kolonialpolitik, internationales Anleihesystem, Politik der Interessensphären, Kriege. Hier treten ganz unverhüllt und offen Gewalt, Betrug, Bedrückung, Plünderung zutage, und es kostet Mühe, unter diesem Wust der politischen Gewaltakte und Kraftproben die strengen Gesetze des ökonomischen Prozesses aufzufinden.«

Diese beiden Aspekte der Akkumulation sind, so Luxemburg, »organisch miteinander verknüpft« und »erst zusammen ergeben sie die geschichtliche Laufbahn des Kapitals«. <sup>85</sup>

---

<sup>85</sup> R. Luxemburg (1913), *Die Akkumulation des Kapitals*. Neuauflage im Archiv sozialistischer Literatur, Band 1 (Frankfurt a.M.: Verlag Neue Kritik, 1970), S. 366f.

## Unterkonsumtion oder Überakkumulation?

Luxemburg baut ihre Analyse auf einem bestimmten Verständnis der Krisentendenzen des Kapitalismus auf. Das Problem, so meint sie, sei die Unterkonsumtion, ein allgemeiner Mangel an ausreichender effektiver Nachfrage, um das Wachstum der kapitalistischen Produktion aufzunehmen. Zu dieser Schwierigkeit kommt es, weil Arbeiter ausgebeutet werden und per definitionem viel weniger Wert, den sie ausgeben könnten, erhalten, als sie produzieren, und Kapitalisten zumindest teilweise verpflichtet sind zu reinvestieren statt zu konsumieren. Nach reiflicher Abwägung diverser Möglichkeiten, wie die angenommene Lücke zwischen Angebot und effektiver Nachfrage überbrückt werden könnte, kommt sie zu dem Schluss, dass der Handel mit nichtkapitalistischen Gesellschaften die einzige systematische Weise bietet, das System zu stabilisieren. Wenn diese Gesellschaften oder Staaten sich dem Handel verweigern, müssen sie durch Waffengewalt dazu gezwungen werden (wie China im Opiumkrieg). Dies ist in ihren Augen der Kern der Funktionsweise des Imperialismus. Eine mögliche Folgerung aus dieser Argumentation (auch wenn Luxemburg sie nicht direkt ausspricht) ist, dass die nichtkapitalistischen Staaten, wenn das System eine gewisse Zeit bestehen soll, in einem nichtkapitalistischen Zustand gehalten werden müssen (wenn nötig mit Gewalt). Das könnte den stark repressiven Charakter vieler Kolonialregime erklären, die sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelten.

Heute würden nur wenige Luxemburgs Unterkonsumtionstheorie als Krisenerklärung akzeptieren.<sup>86</sup> Im Gegensatz zu ihr erkennt die Theorie der Überakkumulation den Mangel an profitablen Investitionsmöglichkeiten als das grundlegende Problem. Gelegentlich mag ein Mangel an ausreichender effektiver Konsumentennachfrage ein Teil des Problems sein – daher das starke Angewiesensein heutzutage auf das sogenannte »Kundenvertrauen« (ansonsten bekannt als die Unfähigkeit zwanghafter Käufer, ihre Kreditkarte im Porte-

---

<sup>86</sup> Siehe z.B. M. Bleaney, *Underconsumption Theories* (London: Methuen, 1976); A. Brewer, *Marxist Theories of Imperialism* (London: Routledge & Kegan Paul, 1980).

monnaie zu behalten) als Indikator für die Stärke und Stabilität der Wirtschaft. Die Lücke, die Luxemburg zu sehen glaubte, kann leicht mit Reinvestitionen geschlossen werden, die ihre eigene Nachfrage nach Kapitalgütern und anderen Produktionsmitteln hervorbringen. Und die geographische Expansion des Kapitalismus, die vielen imperialistischen Aktivitäten zugrunde liegt, trägt, wie wir im Fall der raum-zeitlichen Fixierungen gesehen haben, gerade weil sie an anderen Orten Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern schafft, sehr zur Stabilisierung des Systems bei. Unausgewogenheiten zwischen Sektoren und Regionen können natürlich entstehen und daraus können Konjunkturschwankungen und lokal begrenzte Rezessionen resultieren. Aber es ist ebenfalls möglich, bei stagnierender effektiver Nachfrage zu akkumulieren, wenn die Kosten für Produktionsmittel (Land, Rohstoffe, Betriebsmittel, Arbeitskraft) signifikant zurückgehen. Um sich profitable Möglichkeiten offen zu halten, ist der Zugang zu billigeren Produktionsmitteln daher ebenso wichtig wie der Zugang zu erweiterten Märkten. Dies impliziert, dass nichtkapitalistische Gebiete durch Zwang nicht nur für den Handel geöffnet werden sollten (was Abhilfe schaffen könnte), sondern auch für die Investition von Kapital in profitable Unternehmen, indem man billigere Arbeitskraft und Rohmaterialien, kostengünstiges Land und ähnliches ausnutzt. Die allgemeine Stoßrichtung jeder kapitalistischen Machtlogik ist nicht, die kapitalistische Entwicklung bestimmter Gebiete möglichst zu verhindern, sondern diese kontinuierlich für jene zu öffnen. Von diesem Standpunkt aus müssen koloniale Repressionen der Art, wie sie im späten 19. Jahrhundert ohne Zweifel vorkamen, als unsinnig interpretiert werden, ein Beispiel für die Behinderung der kapitalistischen Logik durch die territoriale. Die Angst vor einer Nacheiferung brachte Großbritannien beispielsweise dazu, Indien an der Entwicklung einer kraftvollen kapitalistischen Dynamik, zu hindern, und machte so die Möglichkeiten raum-zeitlicher Fixierungen in dieser Region zunichte. Die offene Dynamik der transatlantischen Wirtschaft brachte Großbritannien viel mehr als das unterdrückte Kolonialreich in Indien, aus dem Großbritannien natürlich Überschüsse extrahieren konnte, das aber nie als großes Feld für den Einsatz britischen Überschusskapi-

tals fungierte. Doch es war auch die offene Dynamik des Transatlantikhandels, die die Möglichkeit für Großbritanniens Ablösung durch die Vereinigten Staaten als globale Hegemonialmacht eröffnete. Wenn Arendt Recht hat und unendliche Kapitalakkumulation die unendliche Akkumulation politischer Macht erfordert, ist die Vermeidung solcher Verlagerungen unmöglich, und jeder Versuch dazu wird in einer Katastrophe enden. Die Bildung geschlossener Imperien nach dem Ersten Weltkrieg trug fast mit Sicherheit zu dem Unvermögen bei, das Überakkumulationsproblem der 1930er Jahre zu lösen und leistete die wirtschaftliche Vorarbeit für die territorialen Konflikte des Zweiten Weltkriegs. Die territoriale Logik dominierte und machte die kapitalistische Logik zunichte, wodurch sie letztere durch territoriale Konflikte in eine fast unheilbare Krise zwang.

Der Großteil der historisch-geographischen Belege aus dem 20. Jahrhundert steht weitgehend mit dem Überakkumulationsargument im Einklang. Dennoch ist an Luxemburgs Formulierung vieles interessant. Zunächst ist der Gedanke, der Kapitalismus müsse ständig etwas »außerhalb seiner selbst« haben, um sich zu stabilisieren, wert überprüft zu werden, insbesondere, da darin Hegels in Kapitel 3 angesprochene Vorstellung von einer inneren Dialektik des Kapitalismus anklingt, die ihn zwingt, ihm äußere Lösungen zu suchen. Nehmen wir zum Beispiel Marx' Argumentation zur Schaffung einer industriellen Reservearmee.<sup>87</sup> Kapitalakkumulation ohne einen starken Trend zu arbeitssparenden technologischen Neuerungen erfordert eine Vergrößerung der Arbeiterschaft. Diese kann auf mehrere Weisen erzielt werden. Die Vergrößerung der Bevölkerung ist wichtig (und die meisten Kommentatoren vergessen bequemerweise Marx' eigene scharfe Kritik zu diesem Thema). Ebenso kann das Kapital »latente Reserven« aus der Bauernschaft plündern oder durch Expansion billige Arbeitskräfte aus Kolonien oder anderen externen Orten mobilisieren. Sollte dies scheitern, kann der Kapitalismus seine Kräfte der technologischen Neuerungen und Investitionen dazu nutzen, Arbeitslosigkeit (Entlassungen) herbeizuführen und so di-

---

<sup>87</sup> K. Marx, *Das Kapital*, 1. Buch, 23. Kapitel, Marx-Engels-Werke Band 23 (Berlin: Dietz Verlag, 1972).

rekt eine industrielle Reservearmee aus Arbeitslosen schaffen. Diese Arbeitslosigkeit drückt normalerweise das Lohnniveau herab und eröffnet damit neue Möglichkeiten für den profitablen Einsatz von Kapital. Nun benötigt in all diesen Fällen der Kapitalismus tatsächlich etwas »außerhalb seiner selbst«, um zu akkumulieren, aber im letzten Fall wirft er Arbeiter zu einem bestimmten Zeitpunkt kurzerhand aus dem System heraus, um sie zu Zwecken der Akkumulation zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung zu haben. In die Sprache zeitgenössischer postmoderner politischer Theorie übersetzt, könnten wir sagen, dass der Kapitalismus sich notwendigerweise und stets sein eigenes »Anderes« schafft. Der Gedanke, dass eine Form des »Außen« zur Stabilisierung des Kapitalismus notwendig ist, ist also relevant. Doch der Kapitalismus kann entweder ein bereits bestehendes Außen nutzen (nichtkapitalistische Gesellschaften oder ein bestimmtes Gebiet innerhalb des Kapitalismus – wie etwa die Bildung –, das noch nicht proletarisiert worden ist) oder ein solches aktiv herstellen. Diese »Innen-Außen-Dialektik« möchte ich im Folgenden im Blick behalten. Ich werde untersuchen, wie die »organische Beziehung« zwischen der erweiterten Reproduktion einerseits und den oft gewaltsamen Prozessen der Enteignung andererseits die historische Geographie des Kapitalismus geformt haben. Das hilft uns, besser zu verstehen, worum es bei der kapitalistischen Form des Imperialismus geht.

Arendt argumentiert interessanterweise in einer ähnlichen Richtung. Die Depressionen der 1860er und 1870er Jahre in Großbritannien, so erklärt sie, gaben den Anstoß zu einer neuen Form von Imperialismus: »Der imperialistischen Expansion war eine merkwürdige Art wirtschaftlicher Krise vorangegangen, die in der Überproduktion von Kapital bestand hatte, das, da es produktiv innerhalb der nationalen Grenzen nicht zu investieren war, einfach überflüssiges Geld darstellte. Dieses Geld musste exportiert werden, und so kam es, dass zum ersten Mal die politischen Machtmittel des Staates den Weg gingen, der ihnen vom exportierten Geld vorgewiesen war, anstatt dass umgekehrt Gewalt und Eroberung den Weg freilegten, auf dem finanzielle Investitionen folgten. Die Machtmittel des Staates waren beansprucht worden, weil Investitionen in fernen Län-

dern völlig unkontrollierbar waren, und so große Schichten der Gesellschaft sehr gegen ihren Willen in Spekulanten und Spieler verwandelt hatten, was wiederum drohte, die einheimische Wirtschaft aus einem System kapitalistischer Produktion in einen Schwindel finanzieller Spekulation zu verwandeln und Produktionsprofite durch Kommissionsgewinne zu ersetzen. Das Jahrzehnt, das dem imperialistischen unmittelbar vorangeht, die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, sah mehr Finanzskandale, Börsen- und Gründungsschwindel, als man je zuvor gekannt hatte.«<sup>88</sup>

Dieses Szenario klingt nur allzu bekannt angesichts der Erfahrungen der 1980er und 1990er Jahre. Aber Arendts Beschreibung der Reaktionen der Bourgeoisie ist sogar noch bemerkenswerter. Man erkannte »zum ersten Mal ..., dass jene ›ursprüngliche Akkumulation des Kapitals‹ (Karl Marx), deren einfache und von keinerlei ›eisernen Gesetzen‹ der Ökonomie selbst noch gehinderte Räuberei den Akkumulationsprozess allererst ermöglicht hatte, nicht für immer genügen würde, um den Akkumulationsmotor weiterlaufen zu lassen.« Ja, ohne eine »Wiederholung dieses ›Sündenfalls‹ ... war offenbar ein Zusammenbruch dieser Wirtschaft unvermeidlich.«<sup>89</sup>

Die Prozesse, die Marx Adam Smith folgend die »primitive« oder »ursprüngliche« Akkumulation nannte, machen in Arendts Sicht eine wichtige und anhaltende Kraft in der historischen Geographie der Kapitalakkumulation durch Imperialismus aus. Wie im Fall der Versorgung mit Arbeitskräften benötigt der Kapitalismus stets einen Vorrat an Vermögenswerten außerhalb seiner selbst, um dem Druck der Überakkumulation zu begegnen und ihn zu umgehen. Stehen diese Vermögenswerte, wie unbebautes oder ungenutztes Land oder neue Quellen für Rohstoffe, nicht zur Verfügung, muss der Kapitalismus sie auf irgendeine Art und Weise produzieren. Marx zieht diese Möglichkeit jedoch nicht in Betracht, außer im Fall der Schaffung einer industriellen Reservearmee durch technologisch herbeigeführte Arbeitslosigkeit. Es ist interessant, sich darüber Gedanken zu machen, warum er das nicht tat.

---

<sup>88</sup> Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, S. 308.

<sup>89</sup> A.a.O., S. 335.

## Marx' Zurückhaltung

Marx' allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation fußt auf einigen maßgeblichen Grundannahmen, die sich im Großen und Ganzen mit denen der klassischen politischen Ökonomie decken. Diese Annahmen sind: ungehindert funktionierende Wettbewerbsmärkte mit einer institutionellen Garantie des Privateigentums, individuelle Rechte, Vertragsfreiheit und zweckdienliche Strukturen des Rechts und der Staatsführung, garantiert durch einen »nicht-interventionistischen« Staat, der auch die Funktion des Geldes als Wertmaßstab und Zirkulationsmittel sicherstellt. Die Rolle des Kapitalisten als Warenproduzent und Händler ist bereits gefestigt, und die Arbeitskraft hat sich in eine Ware verwandelt, die im Allgemeinen zu ihrem angemessenen Wert getauscht wird. Die »primitive« oder »ursprüngliche« Akkumulation ist bereits vollzogen und die Akkumulation findet nun als erweiterte Reproduktion (wenn auch durch die Ausbeutung lebendiger Arbeitskraft in der Produktion) unter den Bedingungen von »Frieden, Eigentum und Gleichheit« statt. Diese Annahmen gestatten uns einen Einblick in das, was passieren wird, wenn das liberale Projekt der klassischen politischen Ökonomen oder heute das neoliberale Projekt der Wirtschaftswissenschaftler realisiert ist. Die Brillanz der Marxschen dialektischen Methode, wie beispielsweise Luxemburg klar erkennt, liegt in der Beweisführung, dass die Liberalisierung des Marktes – das Credo der Liberalen und Neoliberalen – keinen harmonischen Zustand hervorbringt, in dem es allen besser geht. Statt dessen erzeugt sie soziale Ungleichheit in immer größerem Ausmaße (wie es in der Tat seit dreißig Jahren Neoliberalismus der globale Trend ist, insbesondere in Ländern wie Großbritannien und den USA, die sich besonders dieser politischen Richtung verschrieben haben). Marx prophezeite auch, dass die Liberalisierung des Marktes zu ernststen und wachsenden Instabilitäten führen und schließlich (wie es heute zu beobachten ist) in chronischen Überakkumulationskrisen enden wird.

Der Nachteil dieser Annahmen ist, dass sie die auf Raub basierende Akkumulation, den Betrug und die Gewalt auf eine »ursprüngliche Stufe« verlegen, die als nicht mehr relevant betrachtet wird, oder, um es mit Luxemburg zu sagen, als quasi »außerhalb« des geschlosse-

nen Systems Kapitalismus liegend. Daher ist, wie mehrere Kommentatoren kürzlich bemerkten, eine grundsätzliche Neubewertung der fortdauernden Bedeutung und Beständigkeit der räuberischen Praktiken der »primitiven« oder »ursprünglichen« Akkumulation innerhalb der langen historischen Geographie der Kapitalakkumulation unbedingt notwendig.<sup>90</sup> Da es etwas merkwürdig klingt, einen anhaltenden Prozess »primitiv« oder »ursprünglich« zu nennen, werde ich diese Bezeichnungen im Folgenden durch den Begriff »Akkumulation durch Enteignung« ersetzen.

### **Akkumulation durch Enteignung**

Eine genauere Betrachtung von Marx' Beschreibung der primitiven Akkumulation lässt eine große Spannweite von Prozessen erkennen.<sup>91</sup> Darunter die Kommodifizierung und Privatisierung des Bodens und die gewaltsame Vertreibung der bäuerlichen Landbevölkerung; die Umwandlung verschiedener Formen von Eigentumsrechten (öffentlich, kollektiv, staatlich usw.) in exklusive Privateigentumsrechte; die Unterdrückung des Rechtes auf Nutzung des Gemeinlandes; die Kommodifizierung der Arbeitskraft und die Unterdrückung alternativer (traditioneller) Formen der Produktion und des Konsums; koloniale, neokoloniale und imperialistische Prozesse der Aneignung von Vermögenswerten (einschließlich natürlicher Ressourcen); die Monetarisierung des Tausches und der Besteuerung, insbesondere von Land; der Sklavenhandel; Wucher, die Staatsverschuldung und schließlich das Kreditwesen als radikales Mittel der primitiven Akkumulation. Der Staat mit seinem Gewaltmonopol und seiner Definitionsmacht über die Legalität spielt eine entscheidende Rolle sowohl bei der Absicherung als auch bei der Förderung dieser

---

<sup>90</sup> M. Perelman, *The Invention of Capitalism: Classical Political Economy and the Secret History of Primitive Accumulation* (Durham, NC: Duke University Press, 2000). Darüber hinaus findet sich in *The Commoner* ([www.thecommoner.org](http://www.thecommoner.org)) eine ausführliche Diskussion über die neuen Gesichtspunkte und darüber, ob primitive Akkumulation als rein historischer oder als fortdauernder Prozess verstanden werden sollte. DeAngelis <http://homepages.uel.ac.uk/M.DeAngelis> gibt eine gute Zusammenfassung.

<sup>91</sup> Marx, *Das Kapital*, 1. Buch, 24. Kapitel; MEW Bd. 23.



Prozesse, und wie ich in Kapitel 3 vertreten habe, gibt es schlüssige Belege dafür, dass der Übergang zur kapitalistischen Entwicklung sehr stark von der Haltung des Staates abhängig war und ist. Die interventionistische Rolle des Staates hat eine lange Geschichte. Durch ihn bleiben die territoriale und kapitalistische Logik der Macht immer verwoben, wenn sie auch nicht zwangsläufig in Übereinstimmung verlaufen.

Alle von Marx erwähnten Merkmale der ursprünglichen Akkumulation sind in der historischen Geographie des Kapitalismus bis heute stark präsent. Die Vertreibung der bäuerlichen Landbevölkerung und die Herausbildung eines landlosen Proletariats hat sich in Ländern wie Mexiko und Indien in den letzten dreißig Jahren beschleunigt, viele ehemals im Gemeinschaftsbesitz befindliche Ressourcen wie Wasser sind privatisiert (oft auf Drängen der Weltbank) und in die kapitalistische Logik der Akkumulation einverleibt worden, alternative (traditionelle und im Fall der USA sogar die kleinbürgerlichen Waren-)Produktions- und Konsumformen werden unterdrückt. Staatliche Industrien sind privatisiert, landwirtschaftliche Familienbetriebe vom Agribusiness übernommen worden. Und Sklaverei gibt es immer noch (insbesondere im Sexgeschäft).

Die jahrelange kritische Auseinandersetzung mit Marx' Darstellung der ursprünglichen Akkumulation – die ohnehin eher eine Skizze ist als eine systematische Untersuchung – zeigt einige Lücken auf, die es auszufüllen gilt. Der Prozess der Proletarisierung beispielsweise ist für diejenigen, die proletarisiert werden, verbunden mit einer Mischung aus Zwängen und der Vereinnahmung von vorkapitalistischen Fähigkeiten, sozialen Beziehungen, Kenntnissen, Denkgewohnheiten und Überzeugungen. Verwandtschaftsstrukturen, familiäre und häusliche Arrangements, Geschlechter- und Autoritätsbeziehungen (einschließlich derer innerhalb der Religion und ihrer Institutionen) haben alle ihre Rolle zu spielen. In einigen Fällen müssen die zuvor bestehenden Strukturen gewaltsam unterdrückt werden, da sie zur Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen im Widerspruch stehen, doch inzwischen existieren vielerlei Darstellungen, nach denen ebenso wahrscheinlich ist, dass sie kooptiert werden, um möglichst eine konsensorientierte statt einer durch Zwang bestehen-

den Basis für die Bildung der Arbeiterklasse zu schaffen. Kurz gesagt, die ursprüngliche Akkumulation bringt die Vereinnahmung und Kooptation bestehender kultureller und sozialer Errungenschaften ebenso mit sich wie deren Konfrontation und Verdrängung. Die Bedingungen des Kampfes und der Herausbildung der Arbeiterklasse variieren stark und so lässt sich in gewisser Hinsicht sagen, wie Thompson unter anderen betonte, dass eine Arbeiterklasse »sich selbst macht«, wenn auch natürlich nie unter selbstgewählten Bedingungen.<sup>92</sup> Das Resultat ist oft das Weiterbestehen einer Spur der vorkapitalistischen sozialen Beziehungen bei der Bildung der Arbeiterklasse und die Herausbildung charakteristischer geographischer, historischer und anthropologischer Unterscheidungen in der Definition einer Arbeiterklasse. Wie universell der Prozess der Proletarisierung auch sein mag, das Ergebnis ist nicht die Schaffung eines homogenen Proletariats.<sup>93</sup>

Einige der von Marx betonten Mechanismen der ursprünglichen Akkumulation wurden verfeinert und spielen heute eine noch bedeutendere Rolle als in der Vergangenheit. Wie Lenin, Hilferding und Luxemburg zu Beginn des 20. Jahrhunderts bemerkten, wurden das Kreditwesen und das Finanzkapital zu Hauptdruckmitteln für den Raub, den Betrug und den Diebstahl. Die seit 1973 bestehende starke Welle der Finanzialisierung ist aufgrund ihres spekulativen und räuberischen Stils ganz genau so spektakulär. Börsengänge, Ponzisysteme,<sup>94</sup> gezielte Entwertung durch Inflation, Neuaufteilung der Unternehmenswerte durch Fusionen und Aufkäufe, die zunehmen-

---

<sup>92</sup> E. P. Thompson, *The Making of the English Working Class* (Harmondsworth: Penguin, 1968).

<sup>93</sup> Heutige Ethnographien der Proletarisierung, von denen viele die Bedeutung von Geschlechterfragen betonen, illustrieren diese Vielfalt sehr gut. Siehe z.B. A. Ong, *Spirits of Resistance and Capitalist Discipline: Factory Women in Malaysia* (Albany: State University of New York Press, 1987); C. Freeman, *High Tech and High Heels in the Global Economy* (Durham, NC: Duke University Press, 2000); C. K. Lee, *Gender and the South China Miracle: Two Worlds of Factory Women* (Berkeley: University of California Press, 1998).

<sup>94</sup> Das Ponzisystem ist ein Investmentschema, bei dem eine unendliche Zahl von Investoren angegangen wird und die vorhergehenden Anleger durch die neu eintretenden Investitionen ausbezahlt werden. Es ist ein Schneeballsystem und läuft so lange, wie die versprochenen Gewinne der Anleger durch immer

de Schuldenbelastung, die ganze Bevölkerungen, sogar in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern in die Schuldknechtschaft treiben, von Betrügereien der Konzerne und der Enteignung von Vermögenswerten (Plünderung der Rentenfonds und ihre Dezimierung durch Börsen- und Konzernzusammenbrüche) durch Kredit- und Aktienmanipulation ganz zu schweigen – all dies sind zentrale Merkmale des heutigen Kapitalismus. Der Enron-Zusammenbruch enteignete viele Menschen ihres Lebensunterhaltes und ihrer Rentenansprüche. Aber vor allem müssen wir die spekulative Plünderung durch Hedgefonds und andere wichtige Institutionen des Finanzkapitals als neueste Errungenschaften der heutigen Akkumulation durch Enteignung betrachten.

Darüber hinaus haben sich ganz neue Mechanismen der Akkumulation durch Enteignung ergeben. Die Bedeutung der geistigen Eigentumsrechte in den Verhandlungen der WTO (das so genannte TRIPS-Abkommen) ist ein Hinweis auf Methoden, mit denen die Patentierung und Lizenzierung genetischen Materials, veränderten Saatgutes und aller möglichen anderen Produkte jetzt gegen ganze Bevölkerungen eingesetzt werden können, deren Praktiken eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung dieser Materialien gespielt hatten. Die Biopiraterie greift um sich und das Ausrauben des Weltvorrats an genetischen Ressourcen zum Nutzen weniger pharmazeutischer Großkonzerne ist in vollem Gange. Weitere Resultate der umfassenden Kommodifizierung der Natur in all ihren Formen sind der eskalierende Raubbau an der im Allgemeinbesitz befindlichen Umwelt (Land, Luft und Wasser) und die um sich greifende Zerstörung von Lebensräumen, die alles außer kapitalintensiven landwirt-

---

mehr neue »Dumme« aufgefangen werden können. Als Ponzi-Spiel bezeichnet man die Finanzierung von Auszahlungen über die Aufnahme von Krediten, deren Rückzahlung man wieder durch die Aufnahme neuer Kredite leistet. Eine Ponzi-Finanzierung hat Hyman Minsky wie folgt definiert: »Eine Verbindlichkeitsstruktur mit Ponzi-Charakter liegt vor, wenn die erwarteten Erträge nicht einmal mehr die laufenden Zinsausgaben decken und fällig werdende Kredite durch teurere Kredite ersetzt werden müssen. Im Falle von Ponzi Finance ist mithin eine steigende Verschuldung zu verzeichnen und längerfristig mit der Zahlungsunfähigkeit des Schuldners zu rechnen.« (Anm. d. Übers.)

schaftlichen Produktionsweisen ausschließt. Wenn kulturelle Ausdrucksformen, Geschichte und intellektuelle Kreativität zu Waren werden, bringt dies Massenteignungen mit sich (die Musikindustrie ist berüchtigt für die Aneignung und Ausbeutung der *grassroots*-Kultur und ihrer Kreativität). Die Umwandlung in Unternehmen und Privatisierung bisher öffentlicher Einrichtungen (wie etwa Universitäten) – von der Privatisierungswelle (des Trinkwassers und anderer öffentlicher Versorgungsbetriebe), die die Welt überschwemmt hat, ganz zu schweigen – sind Anzeichen für eine neue Welle der »Einhegung der Allgemeingüter«. Wie bereits in der Vergangenheit wird die Macht des Staates häufig instrumentalisiert, um solche Prozesse auch gegen den Willen der Allgemeinheit durchzusetzen. Das Zurückschrauben der regulierenden Rahmenstruktur, die Arbeitnehmer und Umwelt vor zu großer Ausbeutung schützen sollte, brachte den Verlust von Rechten mit sich. Die Privatisierung von einst in harten Klassenkämpfen erzielten allgemeinen Eigentumsrechten (das Recht auf staatliche Rente, Sozialhilfe und staatliche Gesundheitsfürsorge) ist eine der schockierendsten Enteignungspolitiken, die im Namen der neoliberalen Orthodoxie verfolgt wird.

Der Kapitalismus vereinigt in sich sowohl kannibalistische als auch räuberische und betrügerische Praktiken. Doch es ist, wie Luxemburg stichhaltig bemerkte, oft schwer, »unter diesem Wust der politischen Gewaltakte und Kraftproben die strengen Gesetze des ökonomischen Prozesses aufzufinden.« Die Akkumulation durch Enteignung kann auf vielfältige Weise ablaufen und vieles an ihrem *Modus operandi* ist zufällig und geschieht aufs Geratewohl.

Wie also trägt die Akkumulation durch Enteignung zur Lösung des Problems der Überakkumulation bei? Die Überakkumulation ist, wie wir uns erinnern, ein Zustand, in dem die Kapitalüberschüsse (möglicherweise verbunden mit überschüssiger Arbeitskraft) ungenutzt herumliegen, ohne dass profitable Abflussmöglichkeiten in Sicht wären. Der entscheidende Begriff ist hier jedoch der Kapitalüberschuss. Was die Akkumulation durch Enteignung tut, ist eine Reihe von Vermögenswerten (darunter auch die Arbeitskraft) zu sehr niedrigen (und in manchen Fällen ganz ohne) Kosten freizusetzen. Das überakkumulierte Kapital kann sich solcher Vermögenswerte

bemächtigen und sie unmittelbar in einen profitbringenden Nutzen verwandeln. Im Fall der ursprünglichen Akkumulation, wie Marx sie beschrieb, war dies verbunden mit der Landnahme, etwa durch seine Einhegung, und der Vertreibung der dort angesiedelten Bevölkerung zur Schaffung eines landlosen Proletariats sowie der anschließenden Eröffnung des Landes für die private Kapitalakkumulation. Die Privatisierung (von Sozialwohnungen, dem Telekommunikations- und Transportnetzwerk, der Wasserversorgung usw. beispielsweise in Großbritannien) hat in den letzten Jahren riesige Felder eröffnet, auf die das überakkumulierte Kapital sich stürzen kann. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und später die Öffnung Chinas brachte eine gewaltige Eröffnung bis dato unzugänglicher Vermögenswerte für die Kapitalakkumulation mit sich. Was wäre in den letzten 30 Jahren mit dem überakkumulierten Kapital geschehen, hätten sich diese neuen Gebiete der Akkumulation nicht eröffnet? Anders gesagt, da der Kapitalismus seit 1973 chronisch unter dem Problem der Überakkumulation leidet, ergibt das neoliberale Projekt der allumfassenden Privatisierung Sinn als eine Möglichkeit, das Problem zu lösen. Eine andere Möglichkeit wäre, billige Rohstoffe (wie etwa Öl) in das System abzugeben. Das würde die Investitionskosten senken und dadurch die Profite erhöhen. Wie der Zeitungsmagnat Rupert Murdoch bemerkte, wäre die Lösung für unsere momentane wirtschaftliche Not ein Ölpreis von 20 statt 30 oder mehr Dollar pro Barrel. Kein Wunder, dass Murdochs Zeitungen den Krieg gegen den Irak allesamt so begeistert befürwortet haben.<sup>95</sup> Dasselbe Ziel kann jedoch durch die Entwertung von existierenden Kapitalvermögen und Arbeitskraft erreicht werden. Entwertete Kapitalvermögen können zu Schleuderpreisen aufgekauft und mit Hilfe von überakkumuliertem Kapital in profitabler Weise in den Geldkreislauf zurückgeführt werden. Doch dies erfordert eine vorangegangene Welle der Entwertung, also eine Krise. Zur Rationalisierung des Systems kann man Krisen effektiv abstimmen, lenken und kontrollieren. Genau dazu werden staatlich verordnete Austeritätsprogram-

---

<sup>95</sup> D. Kirkpatrick, »Mr Murdoch's War«, *New York Times*, 7.4.2003, S. C1.

me, die sich dabei die Hauptdruckmittel Zinsraten und Kreditsystem zunutze machen, häufig eingesetzt. Begrenzte Krisen können durch externe Gewalt einem Sektor, einem Gebiet oder einem ganzen Komplex von Gebieten der kapitalistischen Aktivität aufgedrängt werden. Genau darauf versteht sich das internationale Finanzsystem (unter Führung des IWF), gestützt durch die Macht eines übermächtigen Staates (etwa der USA), so meisterhaft. Resultat ist die regelmäßige Schaffung eines Bestandes an entwertetem – und in vielen Fällen unterbewertetem – Vermögen irgendwo auf der Welt, das durch die Kapitalüberschüsse, für die es woanders keine Anlagemöglichkeiten gibt, profitabel genutzt werden kann. Wade und Veneroso erfassen das Wesentliche an diesen Vorgängen, wenn sie über die Asienkrise von 1997/98 schreiben: »Finanzkrisen bewirken seit jeher den Übergang von Eigentum und Macht auf diejenigen, die ihre eigenen Vermögenswerte schützen können und in der Position sind ein Guthaben aufzubauen, und die Asienkrise ist keine Ausnahme ... zweifellos sind die westlichen und japanischen Unternehmen die großen Gewinner. ... Die Kombination aus gewaltigen Entwertungen, der vom IWF vorangetriebenen finanziellen Liberalisierung und der durch den IWF ermöglichten Erholung könnte den weltweit größten in Friedenszeiten aufgetretenen Vermögenstransfer der letzten 50 Jahre von heimischen auf ausländische Eigentümer, der den Transfer von heimischen auf US-amerikanische Eigentümer in Lateinamerika in den 1980er Jahren oder in Mexiko nach 1994 noch in den Schatten stellt, sogar beschleunigen. Man fühlt sich an die Andrew Mellon zugeschriebene Feststellung erinnert: ›In einer Depression kehren Vermögenswerte zu ihren rechtmäßigen Eigentümern zurück.«<sup>96</sup>

Regionale Krisen und stark lokal begrenzte Entwertungen entstehen als Hauptmittel des Kapitalismus, selbst sein »anderes« zu schaffen, um sich daran gütlich zu tun. Die finanziellen Krisen Ost-

---

<sup>96</sup> R. Wade und F. Veneroso, »The Asian Crisis: The High Debt Model versus the Wall Street-Treasury-IMF Complex«, *New Left Review*, (1998) S. 3-23.

und Südostasiens von 1997/98 waren ein klassischer Fall.<sup>97</sup> Die Analogie zur Schaffung einer industriellen Reservearmee durch den Ausschluss von Menschen aus dem Arbeitsprozess ist exakt. Erhebliche Vermögenswerte werden aus der Zirkulation herausgeworfen und entwertet. Sie liegen brach und schlummern, bis das überschüssige Kapital sich auf sie stürzt und der Kapitalakkumulation neues Leben einhaucht. Es besteht jedoch die Gefahr, dass solche Krisen außer Kontrolle geraten und zu allgemeinen Krisen werden oder dass die Schaffung des »anderen« eine Revolte gegen das System provoziert, das dieses hervorbringt. Eine der Hauptfunktionen staatlicher Interventionen und internationaler Institutionen ist die effektive Abstimmung der Entwertungen, so dass die Akkumulation durch Enteignung stattfinden kann, ohne einen allgemeinen Zusammenbruch auszulösen. Das ist der Kern dessen, worum es bei einem vom IWF auferlegten Strukturanpassungsprogramm geht. Für die kapitalistischen Hauptmächte wie die USA bedeutet dies, dass sie diese Prozesse speziell zu ihrem Vorteil abstimmen und sich dabei selbst zum edelmütigen Anführer erklären, der »Rettungsaktionen« organisiert (wie 1994 in Mexiko), um die globale Kapitalakkumulation auf Kurs zu halten. Aber wie bei jedem spekulativen Glücksspiel besteht die Gefahr, dass man verliert: Die plötzliche offensichtliche Panik der US-Finanzbehörden und des IWF im Dezember 1998, als Russland, das nichts mehr zu verlieren hatte, schlicht Konkurs anmeldete und die südkoreanische Wirtschaft (nach mehreren Monaten harter Verhandlungen) anscheinend kurz vor dem Zusammenbruch stand, der möglicherweise eine weltweite Kettenreaktion auslösen würde, veranschaulicht, wie leicht diese Formen der Kalkulation ins Kippen geraten können.<sup>98</sup>

---

<sup>97</sup> A.a.O. Andere Darstellungen dieser Krise finden sich in Henderson, »Uneven Crises«; Johnson, *Blowback*, Kapitel 9; und der Sonderausgabe von *Historical Materialism*, 8 (2001), »Focus on East Asia after the Crisis«, insbesondere P. Burkett und M. Mart-Landsberg, »Crisis and Recovery in East Asia: The Limits of Capitalist Development«, S. 3-48.

<sup>98</sup> Gowan, *The Global Gamble*, liefert eine überzeugende Darstellung.

Die Anteile von Zwang und Konsens in solchen Verhandlungsaktivitäten variieren beträchtlich, aber wir können jetzt klarer sehen, wie Hegemonie durch finanzielle Mechanismen konstruiert wird, so dass der Hegemon profitiert und die untergeordneten Staaten auf den angeblich goldenen Weg der kapitalistischen Entwicklung geführt werden. Die Nabelschnur, die die Akkumulation durch Enteignung mit der erweiterten Reproduktion verbindet, besteht aus dem Finanzkapital und den Kreditinstitutionen, wie immer gestützt durch die staatlichen Mächte.

### **Die Kontingenz all dessen**

Wie können wir nun die ehernen Gesetze innerhalb der Zufälligkeiten der Akkumulation durch Enteignung erkennen? Wir wissen natürlich, dass sie bis zu einem gewissen Grad die ganze Zeit stattfindet, und dass sie viele Formen annehmen kann, legale wie illegale. Betrachten wir beispielsweise einen Vorgang auf dem US-amerikanischen Wohnungsmarkt, den man das »Flipping« nennt. Man kauft ein Haus in schlechtem Zustand für wenig Geld, nimmt ein paar kosmetische Verbesserungen vor und verkauft es mit Hilfe eines vom Verkäufer arrangierten Hypothekenspakets zu einem exorbitanten Preis an eine einkommensschwache Familie, die glaubt, damit ihren Traum vom Eigenheim zu verwirklichen. Wenn die Familie Schwierigkeiten mit den Zahlungen oder den ernsthaften Instandhaltungsproblemen hat, die sich fast mit Sicherheit ergeben, wird das Haus wieder in Besitz genommen. Das ist nicht direkt illegal (Vorsicht, Käufer!), aber dabei sucht man sich effektiv Familien mit niedrigem Einkommen als Opfer aus und bringt sie um die geringen Ersparnisse, die sie haben. Das ist Akkumulation durch Enteignung. Es gibt unzählige (legale und illegale) Aktivitäten dieser Art, die mit der Kontrolle der Vermögenswerte durch eine Klasse statt durch eine andere zu tun haben.

Aber wie, wo und warum tritt Akkumulation durch Enteignung aus diesem Hintergrunddasein hervor, um gegenüber der erweiterten Reproduktion die vorherrschende Form der Akkumulation zu werden? Teilweise hat dies damit zu tun, wie und wann es in der erweiterten Reproduktion zu Krisen kommt. Aber es kann auch die



Versuche von entschlossenen Unternehmern und interventionistischen Staaten widerspiegeln, »Teil des Systems zu werden« und die Nutzen der Kapitalakkumulation direkt anzustreben.

Jeder gesellschaftliche Verband und jedes Land, die unter die Logik der kapitalistischen Entwicklung gebracht werden oder sich selbst in sie einfügen, müssen weitreichende strukturelle, institutionelle und rechtliche Veränderungen der Art durchmachen, die Marx unter der Rubrik ursprüngliche Akkumulation beschreibt. Der Zusammenbruch der Sowjetunion warf genau dieses Problem auf. Resultat war eine brutale Episode der ursprünglichen Akkumulation unter der Überschrift »Schocktherapie«, wie von den kapitalistischen Mächten und internationalen Institutionen geraten. Die soziale Not war immens, aber die Verteilung der Vermögenswerte, die aus Privatisierung und Marktreform resultierte, war einseitig und den Investitionsaktivitäten, die typischerweise mit der erweiterten Reproduktion entstehen, auch nicht sehr förderlich. In noch jüngerer Zeit brachte die Wende zum staatlich gelenkten Kapitalismus in China eine Welle der ursprünglichen Akkumulation nach der anderen mit sich. Bis dahin erfolgreiche staatliche oder städtische bzw. dörfliche Unternehmen rund um Shanghai (die Bauteile an große Industrien im Stadtgebiet lieferten) waren in letzter Zeit entweder gezwungen zu schließen oder sie wurden privatisiert, was sie ihrer Sozialversicherungs- und Rentenverpflichtungen entband, und so entstand eine riesige Reserve an beschäftigungs- und besitzlosen Arbeitern. Infolgedessen wurden die verbleibenden chinesischen Unternehmen auf dem Weltmarkt extrem wettbewerbsfähig, allerdings auf Kosten der Entwertung und Zerstörung ehemals brauchbarer Lebensgrundlagen. Die Berichte bleiben skizzenhaft, doch das Ergebnis ist anscheinend ein hohes Maß an lokal ausgebrochener Not und Episoden heftiger, manchmal sogar gewalttätiger Klassenkämpfe in Gegenden, die durch diesen Prozess verwüstet wurden.<sup>99</sup>

---

<sup>99</sup> E. Eckholm, »Where Workers, Too, Rust, Bitterness Boils Over«, *New York Times*, 20. März 2002, S. A4; E. Rosenthal, »Workers' Plight Brings New Militancy to China«, *New York Times*, 10. März 2003, S. A8.

Akkumulation durch Enteignung kann hier als der notwendige Preis für einen erfolgreichen Durchbruch in die kapitalistische Entwicklung mit der starken Unterstützung der Staatsmacht interpretiert werden. Dabei kann die Motivation aus einem internen Antrieb bestehen (wie im Fall Chinas) oder im extern ausgeübten Zwang (wie im Fall der neokolonialistischen Entwicklung in den exportorientierten Regionen in Südostasien oder den Strukturanpassungsmaßnahmen, die nach den Vorstellungen der Bush-Regierung jetzt zur Bedingung für Auslandshilfen an die armen Nationen werden sollen). In den meisten Fällen steht eine Kombination interner Motivation und externen Drucks hinter einem solchen Wandel. Mexiko beispielsweise gab seinen bereits schwächer gewordenen Schutz der bäuerlichen und einheimischen Bevölkerung in den 1980er Jahren teilweise unter dem Druck seines nördlichen Nachbarn auf und führte im Gegenzug für finanzielle Hilfen und die Öffnung des US-Marktes für den Handel im Rahmen des NAFTA-Abkommens Privatisierungen durch und die neoliberale Praxis bei sich ein. Und selbst wenn die Motivation allem Anschein nach überwiegend intern ist, spielen die externen Bedingungen eine Rolle. Die Gründung der WTO macht es China heute leichter, in das globale kapitalistische System einzudringen, als es in den 1930er Jahren der Fall gewesen wäre, als Autarkie innerhalb geschlossener Reiche vorherrschte, oder selbst noch als in den 1960er Jahren, als das staatliche dominierte Bretton-Woods-System die Kapitalströme stärker kontrollierte. Die Bedingungen nach 1973 – und das ist das Gegenteil dessen, was der Druck der USA, die Märkte zu öffnen, bewirken sollte – waren viel günstiger für jedes Land oder für jeden regionalen Komplex, der Teil des weltweiten kapitalistischen Systems werden wollte; daher der rapide Aufstieg von Ländern wie Singapur, Taiwan und Südkorea sowie mehreren anderen sich nachholend industrialisierenden Regionen und Staaten. Diese offenstehenden Möglichkeiten lösten in einem großen Teil der fortgeschrittenen kapitalistischen Welt (und sogar darüber hinaus, wie wir in Kapitel 3 gesehen haben) Deindustrialisierungswellen aus und machten die sich nachholend industrialisierenden Länder, wie in der Krise von 1997/98, gleichzeitig verwundbarer für die Bewegungen des spekulativen Kapitals, die raum-zeit-

liche Konkurrenz und weitere Wellen der Akkumulation durch Enteignung. So hat sich die konstruierte Volatilität des internationalen Kapitalismus ausgedrückt.

Die im Laufe von Krisen auferlegten Entwertungen sind oft zerstörerisch für das gesellschaftliche Wohlergehen und, allgemeiner, die sozialen Institutionen. Das ist typischerweise der Fall, wenn das Kreditsystem die Daumenschrauben ansetzt, wenn die Liquidität versiegt und Unternehmen in den Konkurs gezwungen werden. Dann können Eigentümer ihre Vermögenswerte nicht mehr erhalten und müssen sie zu einem sehr niedrigen Preis Kapitalisten mit der nötigen Liquidität zu ihrer Übernahme überlassen. Doch variieren die genauen Umstände vielfach. Die Vertreibung, zu der es in der »Dust Bowl«<sup>100</sup> in den 1930er Jahren kam, und die Massenabwanderung der »Okies«, der Menschen aus Oklahoma, nach Kalifornien (dramatisch beschrieben in Steinbecks *Früchte des Zorns*), waren krasse Vorboten eines langen Prozesses der graduellen Verdrängung landwirtschaftlicher Familienbetriebe in den USA durch das Agribusiness. Das zentrale Druckmittel für diesen Wandel war stets das Kreditsystem, aber der interessanteste Aspekt daran ist vielleicht, wie eine ganze Reihe staatlicher Institutionen, die angeblich als Hilfe für den Erhalt landwirtschaftlicher Familienbetriebe eingerichtet worden waren, eine subversive Rolle dabei spielten, den Wandel, den sie eigentlich verhindern sollten, erst zu ermöglichen.

Die Akkumulation durch Enteignung erhielt nach 1973 eine immer herausragendere Bedeutung, teilweise als Kompensation für die in der erweiterten Reproduktion entstehenden chronischen Probleme der Überakkumulation. Hauptvehikel dieser Entwicklung war die Finanzialisierung und die effektive Abstimmung eines internati-

---

<sup>100</sup> In der flachgewellten Grassteppe der Great Plains herrschte in den dreißiger Jahren für längere Zeit extreme Trockenheit, die zu Bodenerosion und großen Ernteverlusten führte. Weite Landstriche wurden immer wieder von verheerenden Sandstürmen heimgesucht, so dass für das Sandsturm- und Dürregebiet in Oklahoma schnell der Begriff der Dust Bowl geprägt wurde. Viele Landarbeiter und Farmer mussten ihre Farmen aufgeben, verloren ihren Besitz und mussten zwangsläufig diese Region verlassen. Viele zogen weiter nach Westen, größtenteils nach Kalifornien. (Anm. d. Übers.)

onalen Finanzsystems – größtenteils auf Geheiß der USA –, das bestimmten Gebieten oder auch ganzen Ländern von Zeit zu Zeit alles von leichten bis hin zu brutalen Entwertungsrunden und der Akkumulation durch Enteignung auferlegen konnte. Doch auch die Öffnung neuer Länder für die kapitalistische Entwicklung und kapitalistische Formen des Marktverhaltens spielte eine Rolle, ebenso wie die ursprüngliche Akkumulation in den Ländern, die sich anschickten, aktiv im globalen Kapitalismus mitzuspielen (Südkorea, Taiwan und jetzt, noch dramatischer, China). All das erforderte nicht nur die Finanzialisierung und einen freizügigeren Handel, sondern auch eine radikal neue Herangehensweise beim Einsatz der Staatsmacht, die ja immer ein zentraler Akteur bei der Akkumulation durch Enteignung ist. Das Aufkommen der neoliberalen Theorie und der mit ihr verbundenen Politik der Privatisierung symbolisierte einen großen Teil dieser Verlagerung.

### **Privatisierung: Die Waffe der Akkumulation durch Enteignung**

Der Neoliberalismus als wirtschaftspolitische Doktrin reicht zurück bis in die späten 1930er Jahre. In seiner radikalen Einstellung gegen den Kommunismus, den Sozialismus und jegliche Form einer aktiven Regierungsintervention, die über das hinausgeht, was nötig ist, um die privaten Eigentumsrechte, die Institutionen des Marktes und die unternehmerischen Aktivitäten zu gewährleisten, war dieses in den 1940er Jahren von Denkern wie Friedrich August von Hayek, Ludwig von Mises, Milton Friedman und – zumindest zeitweilig – Karl Popper entwickelte Denksystem zunächst isoliert und weitgehend ignoriert. Es sollte, wie von Hayek richtig vorhergesagt hatte, mindestens eine Generation dauern, bis neoliberale Ansichten mehrheitsfähig werden konnten. Mit Hilfe der Finanzierung durch sympathisierende Unternehmen und der Gründung exklusiver Think-Tanks produzierte die Bewegung während der 1960er und 1970er Jahre einen kontinuierlichen und stetig anschwellenden Strom von Analysen, Schriften, Polemiken und politischen Positionspapieren. Doch vom Mainstream wurden sie immer noch als größtenteils irrelevant abgetan und sogar mit verächtlichen Äußerungen bedacht. Erst

nachdem die allgemeine Krise der Überakkumulation in den 1970er Jahren so offensichtlich geworden war, wurde die Bewegung als Alternative zum Keynesianismus und anderen mehr auf den Staat konzentrierten Rahmenrichtlinien der Politik ernst genommen. Und es war Margaret Thatcher, die auf der Suche nach einem besseren Rahmen für den Umgang mit den ökonomischen Problemen ihrer Zeit die Bewegung politisch entdeckte und sich nach ihrer Wahl 1979 für Inspiration und Rat an deren Think-Tanks wandte.<sup>101</sup> Zusammen mit Reagan transformierte sie die Grundrichtung der staatlichen Maßnahmen weg vom Wohlfahrtsstaat und hin zur aktiven Unterstützung für die Bedingungen auf der »Angebotsseite« der Kapitalakkumulation. Der IWF und die Weltbank veränderten ihre Rahmenrichtlinien fast über Nacht und innerhalb weniger Jahre war der neoliberalen Doktrin ein sehr kurzer und siegreicher Marsch durch die Institutionen zur Beherrschung der Politik gelungen, zuerst in der angloamerikanischen Welt, aber anschließend auch in großen Teilen des übrigen Europas und der Welt. Da die Privatisierung und die Liberalisierung des Marktes das Mantra der neoliberalen Bewegung war, konnte dies nur zur Folge haben, dass ein Ziel der staatlichen Politik gerade in einer neuen Runde der »Einhegung des Allgemeinbesitzes« bestand. In Staats- oder Kollektiveigentum befindliche Vermögenswerte wurden auf den Markt freigesetzt, wo überakkumulierendes Kapital in sie investieren, sie aufwerten und mit ihnen spekulieren konnte. Neue Gebiete profitabler Aktivität wurden eröffnet, und dies trug zur Linderung des Überakkumulationsproblems bei, zumindest für eine Weile. Einmal in Gang gebracht, erzeugte diese Bewegung jedoch ungeheuren Druck, im In- oder Ausland mehr und mehr Arenen für mögliche Privatisierungen zu finden.

In Thatchers Fall war der große Bestand an Sozialwohnungen unter den ersten Vermögenswerten, die privatisiert wurden. Auf den ersten Blick wirkte dies wie ein Geschenk an die unteren Schichten, die nun zu relativ niedrigen Preisen von Mietern zu Eigentümern werden, die Kontrolle über einen großen Vermögenswert erlangen

---

<sup>101</sup> D. Yergin und J. Stanislaw, *Staat oder Markt: die Schlüsselfrage unseres Jahrhunderts* (Frankfurt a.M.: Campus, 1999).

und ihren Wohlstand vergrößern konnten. Doch sobald die Umwandlung vollzogen war, machte sich Immobilienspekulation breit, insbesondere in erstklassigen zentralen Lagen, was letztlich zur Folge hatte, dass in Städten wie London Bevölkerungsschichten mit niedrigem Einkommen zum Auszug in die Peripherie bestochen, beschwartz oder gezwungen wurden und ehemalige Arbeiterwohnsiedlungen sich in Zentren intensiver Gentrifizierung verwandelten. Der Verlust von bezahlbarem Wohnraum verursachte Obdachlosigkeit und soziale Anomie in vielen Stadtvierteln. In Großbritannien bedeutete die anschließende Privatisierung der Versorgungsbetriebe (Wasserwerke, Telekommunikation, Strom- und Energielieferanten, Transport), der Verkauf aller Firmen in öffentlichem Besitz und die einer unternehmerischen Logik entsprechende Umformung vieler anderer öffentlicher Einrichtungen (etwa der Universitäten) einen radikalen Wandel des vorherrschenden Modells sozialer Beziehungen und eine Umverteilung der Vermögenswerte, die immer stärker die oberen statt die unteren Schichten begünstigte.

Dasselbe Muster der Vermögensumverteilung lässt sich fast überall feststellen, wo es zu Privatisierungen kam. Für die Weltbank stellte das Post-Apartheids-Südafrika das Vorzeigemodell für eine größere Effizienz durch Privatisierung und Marktliberalisierung dar. Sie warb beispielsweise dafür, die Wasserversorgung entweder zu privatisieren oder städtische bzw. kommunale Versorgungsbetriebe nach dem Prinzip der »totalen Kostendeckung« zu führen. Die Konsumenten sollten für das von ihnen verbrauchte Wasser bezahlen, statt es als freies Gut zu erhalten. Durch höhere Einnahmen würden die Versorgungsbetriebe, so die Theorie, Profite erzielen und ihren Service erweitern. Aber da sie sich die Gebühren nicht leisten konnten, wurden mehr und mehr Menschen die Leistungen eingestellt und aufgrund geringerer Einnahmen erhöhten die Firmen die Preise und machten Wasser für die Bevölkerungsschichten mit niedrigem Einkommen noch weniger bezahlbar. Viele Menschen waren gezwungen, sich ihr Wasser woanders zu besorgen, was zu einer Choleraepidemie führte, an der viele Menschen starben. Das erklärte Ziel (fließendes Wasser für alle) konnte mit den Mitteln, auf die man bestand, nicht erreicht werden. So zeigen McDonald et al. in umfang-

reichen Untersuchungen über Südafrika, dass »Kostendeckung in städtischen Betrieben Familien mit niedrigem Einkommen in enormes Elend stürzt, eine riesige Zahl von Menschen von der Versorgung abschneidet und vertreibt und die Chance auf ein gesundes und produktives Leben für Millionen von Familien mit niedrigem Einkommen gefährdet.«<sup>102</sup>

Dieselbe Logik brachte Argentinien eine außerordentliche Welle der Privatisierung (der Wasser- und Energieversorgung, der Telekommunikations- und Transportdienste) ein, die einen enormen Zustrom überakkumulierten Kapitals und eine solide Hochkonjunktur der Vermögenswerte bewirkte, gefolgt von einem Rückfall in gewaltige Verarmung (jetzt ausgedehnt auf mehr als die Hälfte der Bevölkerung), als das Kapital abzog und woanders hinwanderte. Ein weiteres Beispiel sind die mexikanischen Landrechte. Die mexikanische Revolutionsverfassung von 1917 schützte die Rechte der einheimischen Völker und bewahrte diese Rechte im *Ejido*-System, das den kollektiven Besitz und die kollektive Nutzung des Bodens zuließ. 1991 verabschiedete die Salinas-Regierung ein Reformgesetz, das die Privatisierung von *Ejido*-Land nicht nur gestattete, sondern noch förderte. Da das *Ejido* die Basis für die kollektive Sicherheit der einheimischen Bevölkerungsgruppen bildete, entledigte die Regierung sich damit letztlich ihrer Verantwortung für den Erhalt dieser Sicherheitsgrundlage. Darüber hinaus war dies nur ein Punkt in einem allgemeineren Paket von Privatisierungsmaßnahmen unter Salinas, die den Schutz der Sozialsysteme im Allgemeinen demontierten und vorhersehbare und dramatische Auswirkungen auf die Einkommens- und Reichtumsverteilung hatten.<sup>103</sup> Der Widerstand gegen die *Ejido*-Reform war weit verbreitet und die lautstärksten der Campesino-Gruppen unterstützten letztlich den Aufstand der Zapatisten, der in Chiapas genau an dem Tag im Januar 1994 ausbrach, an dem die NAFTA-Vereinbarung in Kraft trat. Die anschließende Herabsetzung der Importbarrieren war ein weiterer Schlag,

---

<sup>102</sup> D. McDonald und J. Pape, *Cost Recovery and the Crisis of Service Delivery in South Africa* (London: Zed Books, 2002) S. 162.

<sup>103</sup> J. Nash, *Mayan Visions: The Quest for Autonomy in an Age of Globalization* (New York: Routledge, 2001) S. 81-84.

da nun billige Importe des effizienten, aber auch (mit bis zu 20% der Kosten) stark subventionierten Agribusiness in den USA den Preis für Mais und andere Produkte so stark senkten, dass kleine landwirtschaftliche Produzenten nicht mithalten konnten. Seitdem werden viele dieser Produzenten dem Verhungern nahe von ihrem Land vertrieben und vergrößern die Reserve der Arbeitslosen in den überfüllten Städten. Ähnliche Auswirkungen auf die ländliche Bevölkerung sind weltweit zu spüren. Billigimporte von Gemüse aus Kalifornien und Reis aus Louisiana, die nach den Spielregeln der WTO erzielt wurden, vertreiben zum Beispiel jetzt die ländliche Bevölkerung in Japan und Taiwan. Unter der Herrschaft der WTO vernichtet ausländische Konkurrenz das ländliche Leben in Indien. Faktisch wird, wie Roy berichtet, »Indiens ländliche Ökonomie, von der siebenhundert Millionen Menschen leben, stranguliert. Bauern, die zuviel produzieren, sind in Not, Bauern, die zu wenig produzieren, sind in Not, und landlose Landarbeiter sind arbeitslos, weil große Güter und Höfe ihre Arbeiter entlassen. Sie alle drängen in die Städte auf der Suche nach Arbeit.«<sup>104</sup> In China gehen Schätzungen davon aus, dass eine halbe Milliarde Menschen im Lauf der nächsten zehn Jahre von der wachsenden Verstädterung aufgenommen werden müssen, wenn Chaos und Revolte auf dem Lande vermieden werden sollen. Was sie in den Städten tun werden, bleibt unklar, allerdings werden, wie wir gesehen haben, die gewaltigen materiellen Infrastrukturpläne ein wenig zur Abfederung der sozialen Not beitragen.

Roy kommt zu dem Schluss, Privatisierung sei im Grunde genommen »der Transfer produktiver öffentlicher Vermögenswerte vom Staat auf private Firmen. Produktive Vermögenswerte schließen natürliche Ressourcen ein: Erde, Wald, Wasser, Luft. Das sind die Vermögenswerte, die der Staat für die Menschen, die er repräsentiert, treuhänderisch verwaltet. ... Diese dem Volk zu entreißen und als Aktienkapital an Privatfirmen zu verkaufen, ist ein Prozess der barbarischen Enteignung in einem historisch nie gekannten Ausmaß.«<sup>105</sup>

---

<sup>104</sup> A. Roy, *Power Politics* (Cambridge, Mass.: South End Press, 2001), S. 16.

<sup>105</sup> A.a.O., S. 43.



Dass der Aufstand der Zapatisten im mexikanischen Chiapas viel mit dem Schutz der Rechte einheimischer Völker zu tun hatte, war offensichtlich. Ebenso offensichtlich war der Auslöser für diese Bewegung die Verbindung von Initiativen zur Privatisierung des Allgemeinbesitzes und der Eröffnung des freien Handels durch die NAFTA. Dies wirft jedoch die allgemeine Frage nach dem Widerstand gegen die Akkumulation durch Enteignung auf.

### **Kämpfe um die Akkumulation durch Enteignung**

Die ursprüngliche Akkumulation, wie Marx sie darstellt, brachte eine ganze Reihe gewaltsamer und episodischer Kämpfe mit sich. Die Geburt des Kapitals war keine friedliche Angelegenheit. Sie wurde in die Annalen der Welt eingeschrieben, wie Marx es formuliert, »mit Zügen von Blut und Feuer«. Christopher Hill berichtet in *The World Turned Upside Down* detailliert, wie sich diese Kämpfe im Großbritannien des 17. Jahrhunderts entspannen, als die Kräfte der privaten Macht und des Grundbesitzes wiederholt mit diversen unterschiedlichen Volksbewegungen zusammenprallten, die vom Kapitalismus und der Privatisierung weg auf radikal andere Formen der sozialen und kommunalen Organisation abzielten.<sup>106</sup> In unserer Zeit hat die Akkumulation durch Enteignung in ähnlicher Weise politische und soziale Kämpfe ausgelöst und Scharen von Widerstandsgruppen erzeugt. Viele davon bilden jetzt den Kern einer vielfältigen und scheinbar formlosen, aber weit verbreiteten Anti- oder alternativen Globalisierungsbewegung. Der Gärstoff an alternativen Ideen innerhalb dieser Bewegungen kann es mit der Fruchtbarkeit der Ideen aus anderen historischen Phasen vergleichbarer Störungen von Lebensweisen und sozialen Beziehungen aufnehmen (etwa 1640 bis 80 in Großbritannien und 1830 bis 48 in Frankreich). Die Betonung des Themas »Zurückforderung des Allgemeinbesitzes« innerhalb dieser Bewegungen zeigt jedoch die weitreichenden Kontinuitäten mit den Kämpfen von vor langer Zeit.

---

<sup>106</sup> C. Hill, *The World Turned Upside Down* (Harmondsworth: Penguin, 1984).

Der Interpretation und Analyse bereiten diese Kämpfe jedoch ernsthafte Schwierigkeiten. Man kann kein Omelette machen, ohne Eier zu zerbrechen, lautet ein altes Sprichwort, und die Geburt des Kapitalismus brachte heftige und oft gewaltsame Episoden der schöpferischen Zerstörung mit sich. Die Klassengewalt war zwar abscheulich, doch auf der positiven Seite wurden die feudalen Verhältnisse abgeschafft, kreative Energien freigesetzt, die Gesellschaft für starke Strömungen technologischer und organisatorischer Veränderungen geöffnet und eine auf Aberglauben und Unwissenheit gegründete Welt überwunden und ersetzt durch eine Welt der wissenschaftlichen Aufklärung mit dem Potenzial, die Menschen von materiellem Mangel und materieller Not zu befreien. Aus dieser Perspektive, könnte man sagen, war die ursprüngliche Akkumulation ein notwendiges, wenn auch hässliches Stadium, durch das die soziale Ordnung hindurchgehen musste, um in einen Zustand zu gelangen, in dem sowohl der Kapitalismus als auch eine sozialistische Alternative möglich sein könnten. Marx maß (im Gegensatz zu Anarchisten wie Reclus und Kropotkin und den Anhängern der William-Morrischen Strömung des Sozialismus) den durch die ursprüngliche Akkumulation zerstörten Gesellschaftsformen, wenn überhaupt, wenig Wert bei. Und er trat auch nicht für die Aufrechterhaltung des Status quo ein und ganz gewiss nicht für eine Rückkehr zu den vor-kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnissen und Produktionsweisen. In seinen Augen beinhaltete die kapitalistische Entwicklung, und sogar der britische Imperialismus in Indien, durchaus auch progressive Elemente (eine Position, die den antiimperialistischen Bewegungen der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nicht viel Respekt abnötigte, wie die eisige Rezeption von Bill Warrens Werk über den Imperialismus als dem Wegbereiter des Kapitalismus zeigte).<sup>107</sup>

Dieser Punkt ist von entscheidender Bedeutung in jeder politischen Evaluation von gegenwärtigen imperialistischen Praktiken.

---

<sup>107</sup> Zu Marx' Haltung zu Indien siehe K. Marx, »Die britische Herrschaft in Indien« (MEW Bd. 6), und »Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien« (MEW Bd. 9); B. Warren, *Imperialism: Pioneer of Capitalism* (London: Verso, 1981).

Zwar ist der Ausbeutungsgrad von Arbeitskraft in Entwicklungsländern zweifellos hoch und es können zahlreiche Fälle von Missbrauch ausgemacht werden, doch die ethnographischen Berichte über den sozialen Wandel, der in vielen Teilen der Welt durch die ausländischen Direktinvestitionen, die industrielle Entwicklung und die Offshore-Produktionssysteme ausgelöst wird, erzählen eine kompliziertere Geschichte. In manchen Fällen hat sich die Position von Frauen, die das Gros der Arbeitskraft stellen, signifikant verändert, wenn nicht verbessert. Vor die Wahl gestellt, bei der industriellen Arbeit zu bleiben oder in die ländliche Verarmung zurückzukehren, ziehen offenbar viele Menschen innerhalb des neuen Proletariats das erstere vor. In anderen Fällen konnte die neue Klasse ausreichende Macht erringen, um echte materielle Gewinne und einen den erniedrigenden Umständen einer früheren ländlichen Existenz weit überlegenen Lebensstandard zu erreichen. Demnach ist es fraglich, ob beispielsweise das indonesische Problem in der Auswirkung der rapiden kapitalistischen Industrialisierung zwischen den 1980er und den 1990er Jahren auf die Lebenschancen bestand oder in der Entwertung und Deindustrialisierung durch die finanzielle Krise von 1997/98, die vieles von dem, was durch die Industrialisierung erreicht worden war, wieder zerstörte. Was also war das schwerwiegendere Problem: der Import und Einlass der Kapitalakkumulation durch die erweiterte Reproduktion in die indonesische Wirtschaft oder der völlige Abbruch dieser Aktivität durch die Akkumulation durch Enteignung? Zwar war die letztere ganz offensichtlich eine logische Folge der ersteren und die wahre Tragödie besteht natürlich darin, dass ganze Bevölkerungen (manchmal zwangsweise) zu einem Teil des Proletariats gemacht wurden, nur um sie unmittelbar darauf als überflüssige Arbeitskraft wieder fallen zu lassen, aber ich halte es dennoch für plausibel, dass der zweite Schritt den langfristigen Hoffnungen, Zielen und Möglichkeiten der Masse der verarmten Bevölkerung sehr viel größeren Schaden zufügte als der erste. Das impliziert, dass die ursprüngliche Akkumulation, die einen Weg in die erweiterte Reproduktion eröffnet, die eine Sache ist, die Akkumulation durch Enteignung, die einen bereits eröffneten Weg abschneidet und zerstört, eine andere.

Die Erkenntnis, dass die ursprüngliche Akkumulation ein notwendiger Vorläufer positiverer Veränderungen sein mag, führt zu der umfassenden Fragestellung der Enteignungspolitik im Sozialismus. Sie wurde innerhalb der marxistisch-kommunistischen revolutionären Tradition oft für notwendig gehalten, um das Äquivalent einer ursprünglichen Akkumulation zu organisieren, damit in den Ländern, in denen die kapitalistische Entwicklung noch nicht eingesetzt hatte, Modernisierungsprogramme durchgeführt werden konnten. Dies bedeutete manchmal entsetzliche Gewalt in einem ähnlichen Ausmaß wie bei der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion (der Liquidierung der Kulaken), in China und in Osteuropa. Diese Politik war wohl kaum eine große Erfolgsgeschichte und führte zu politischem Widerstand, der in manchen Fällen schonungslos niedergeschlagen wurde. Diese Methode schuf, wo immer sie angewandt wurde, ihre eigenen Schwierigkeiten. Die Schwierigkeiten, die die Sandinisten in Nicaragua mit den Mesquito-Indios von der Atlantikküste hatten, als sie eine sozialistische Entwicklung der Region planten, schufen ein trojanisches Pferd, durch das die CIA ihre erfolgreiche Contra-Offensive gegen die Revolution inszenieren konnte.

Während also die Kämpfe gegen die ursprüngliche Akkumulation den Boden für aufständische Bewegungen, einschließlich der bäuerlichen Bevölkerung, bereiten konnte, lag der springende Punkt in der sozialistischen Politik nicht in der Bewahrung der alten Ordnung, sondern darin, die Klassenverhältnisse und die Formen der Staatsmacht, denen es um eine Umgestaltung dieser Ordnung ging, direkt anzugreifen und so eine völlig andere Struktur der Klassenbeziehungen und Staatsmacht zu erzielen. Dieser Gedanke war für viele der revolutionären Bewegungen, die in der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg die Entwicklungsländer überschwemmten, zentral. Sie bekämpften den kapitalistischen Imperialismus, taten dies jedoch im Namen einer alternativen Modernität statt in der Verteidigung der Tradition. Dabei stellten sie oft fest, dass ihre Gegner diejenigen waren, die die Bewahrung, wenn nicht die Wiederbelebung traditioneller Produktions-, kultureller Normen- und sozialer Beziehungssysteme anstrebten.

Aufständische Bewegungen gegen die Akkumulation durch Enteignung schätzten es nicht unbedingt, vom sozialistischen Interventionismus vereinnahmt zu werden. Die gemischte Erfolgsbilanz der sozialistischen Alternative (anfänglich waren die frühen Errungenschaften Kubas eine Quelle der Gesundheitsfürsorge, der Bildung und der Agronomie Inspiration, ehe sie ins Stocken gerieten) und das größtenteils durch die Politik des Kalten Krieges bestimmte repressive politische Klima machten es zunehmend schwierig für die traditionelle Linke, im Verhältnis zu diesen sozialen Bewegungen eine Führungsposition zu behaupten statt eine auf Zwang basierende Vorherrschaft.

Die aufständischen Bewegungen gegen die Akkumulation durch Enteignung nahmen im Allgemeinen einen anderen politischen Weg und standen der sozialistischen Politik unter manchen Umständen recht feindselig gegenüber. Dies hatte manchmal ideologische, in anderen Fällen auch schlicht pragmatische und organisatorische Gründe, die sich aus dem ergaben, worum es in diesen Kämpfen genau ging und geht. Zunächst einmal war und ist die Vielfältigkeit solcher Kämpfe schlicht überwältigend. Es ist sogar schwierig, sie miteinander in Verbindung zu bringen. Die Kämpfe des Volkes der Ogoni gegen die Verwüstung ihres Landes durch Shell, die langen Kämpfe gegen die von der Weltbank unterstützten Dammbauprojekte in Indien und Lateinamerika, Bauernbewegungen gegen die Biopiraterie, Kämpfe gegen genetisch veränderte Nahrungsmittel und für die Bewahrung örtlicher Produktionssysteme, das Eintreten für den Erhalt des Zugangs einheimischer Völker zu Waldreservaten und die gleichzeitige Behinderung der Aktivitäten der Holzfirmen, politische Kämpfe gegen Privatisierungsmaßnahmen, Bewegungen für Arbeiter- oder Frauenrechte in Entwicklungsländern, Kampagnen zum Schutz der Artenvielfalt und zur Verhinderung der Zerstörung von Lebensräumen, Bauernbewegungen für Bodennutzungsrechte, Proteste gegen den Bau von Überlandstraßen und Flughäfen, buchstäblich Hunderte von Protesten gegen vom IWF auferlegte Austeritätsprogramme – all das ist Teil einer unbeständigen Mischung von Protestbewegungen, die sich in der Welt ausbreitete und in den 1980er Jahren und danach zunehmend die Schlagzeilen für sich beanspruchte.

te.<sup>108</sup> Diese Bewegungen und Revolten wurden regelmäßig mit immenser Gewalt niedergeschlagen, größtenteils durch die Staatsmacht, die im Namen von »Ordnung und Stabilität« agierte. Satellitenstaaten, unterstützt durch das Militär oder in manchen Fällen durch von großen Militärapparaten ausgebildete Spezialeinheiten (angeführt durch die USA, in Nebenrollen Großbritannien und Frankreich), taten sich in einem System der Repressionen und Liquidierungen besonders darin hervor, Aktivistenbewegungen, die die Akkumulation durch Enteignung ablehnen, rücksichtslos zu unterdrücken.

Diesem komplizierten Bild muss die, insbesondere nach etwa 1970, außerordentliche Vermehrung internationaler Nichtregierungsorganisationen (NGOs) hinzugefügt werden, von denen die meisten sich politischen Einzelfragen widmen (der Umwelt, der Stellung von Frauen, den Bürgerrechten, den Arbeitsrechten, der Armutsbekämpfung u.ä.). Einige dieser NGOs sind aus religiösen und humanistischen Traditionen des Westens hervorgegangen, andere wurden im Namen der Armutsbekämpfung gegründet, aber finanziert von Gruppen, die beharrlich das Ziel der Ausbreitung des Markthandels verfolgen. Es ist schwer, sich nicht überwältigen zu lassen durch die Menge und Vielfalt der Themen oder die Spannbreite der Ziele. Eine Aktivistin wie Roy formuliert es so: »Was mit unserer Welt geschieht, ist fast zu gewaltig, als dass der menschliche Verstand es fassen könnte. Aber es ist etwas sehr, sehr Schreckliches. Es in seiner Gesamtheit zu reflektieren, zu versuchen, es zu definieren, alles gleichzeitig bekämpfen zu wollen, ist unmöglich. Der einzige Weg, dagegen zu kämpfen ist, spezielle Kriege in spezieller Weise zu führen.«<sup>109</sup>

Aber die Bewegungen sind nicht nur formlos. Sie weisen oft interne Widersprüche auf, beispielsweise wenn einheimische Volksgruppen das Recht auf Gebiete zurückfordern, deren Einzäunung Umweltschützer zum Schutz der Artenvielfalt und dem Erhalt von Lebensräumen für entscheidend halten. Und teilweise weicht, auf-

---

<sup>108</sup> B. Gills (Hrsg.), *Globalization and the Politics of Resistance* (Basingstoke, Hampshire: Macmillan, 2000) ist eine hervorragende Sammlung, die einen Teil dieser Vielfalt widerspiegelt.

<sup>109</sup> Roy, *Power Politics*, S. 86.

grund der ganz eigenen Umstände, die solche Bewegungen entstehen lassen, ihre politische Orientierung und Organisationsweise auch merklich von denen ab, die sich typischerweise im Umfeld der erweiterten Reproduktion bildeten. Der Zapatistenaufstand beispielsweise strebte nicht die Übernahme der Staatsmacht oder eine politische Revolution an. Vielmehr ging es ihm darum, dass eine Politik der stärkeren Inklusion die gesamte Zivilgesellschaft durchwirken sollte, in einer offeneren und mehr im Fluss befindlichen Suche nach Alternativen, die die spezifischen Bedürfnisse verschiedener Gesellschaftsgruppen berücksichtigen und ihnen gestatten würden, ihr Los zu verbessern. Organisatorisch neigten sie dazu, Avantgardismus zu vermeiden, und sie weigerten sich, die Form einer politischen Partei anzunehmen. Statt dessen zogen sie es vor, eine soziale Bewegung innerhalb des Staates zu bleiben, in dem Versuch, einen politischen Machtblock zu bilden, in dem einheimische Kulturen zentral wären statt peripher. So strebten sie so etwas wie eine passive Revolution innerhalb der territorialen Logik der Macht an, über die der mexikanische Staatsapparat gebietet.<sup>110</sup>

Die Auswirkung all dieser Bewegungen insgesamt war, das Terrain der politischen Organisation weg von traditionellen politischen Parteien und Arbeiterorganisationen auf etwas zu verlagern, was in seiner Gesamtheit eine weniger konzentrierte politische Dynamik gesellschaftlichen Agierens quer durch das ganze Spektrum der Zivilgesellschaft sein musste. Was diese Bewegung an Konzentration verlor, gewann sie in Bezug auf die Relevanz für und Verankerung in die Politik des Alltagslebens. Aus dieser Verankerung zog sie ihre Stärke, hatte jedoch gerade dadurch häufig Schwierigkeiten, sich vom Lokalen und Besonderen freizumachen, um die Makropolitik der Akkumulation durch Enteignung zu verstehen.

Es ist jedoch eine Gefahr, all diese Kämpfe gegen Enteignung als per definitionem »progressiv« zu betrachten oder, noch schlimmer, sie unter eine homogenisierende Überschrift zu fassen wie der von

---

<sup>110</sup> Nash, *Mayan Visions*; A. Morton, »Mexico, Neoliberal Restructuring and the EZLN: A Neo-Gramscian Analysis«, in: Gills (Hrsg.), *Globalization*, S. 255-79.

Hardt und Negris »Multitude«, die sich auf eine wunderbare Weise erheben wird, um die Erde zu erben.<sup>111</sup> Das ist in meinen Augen der Punkt, an dem die echten politischen Schwierigkeiten liegen. Denn wenn Marx auch nur teilweise Recht hat mit der Behauptung, die ursprüngliche Akkumulation könne manchmal etwas Progressives beinhalten, dass man, um ein Omelette zu machen, ein paar Eier zerbrechen müsse, dann müssen wir schwierige Entscheidungen direkt angehen. Und zwar die Entscheidungen, vor denen die Anti- oder alternativen Globalisierungsbewegungen jetzt stehen und die drohen, eine Bewegung zu zersprengen, die für den antikapitalistischen und antiimperialistischen Kampf so vielversprechend zu sein scheint. Das möchte ich gern näher ausführen.

### **Der doppelte Raum des antikapitalistischen und antiimperialistischen Kampfes**

Es war die klassische Haltung der marxistisch-sozialistischen Linken, dass das Proletariat, definiert als Lohnarbeiter ohne Zugang zu oder Eigentum an den Produktionsmitteln, der Schlüsselakteur in historischen Veränderungen sei. Der zentrale Widerspruch bestand zwischen Kapital und Arbeit, und zwar innerhalb und rund um die Produktion. Das Hauptinstrument der Organisation der Arbeiterklasse waren die Gewerkschaften und politische Parteien, deren Ziel darin bestand, die Staatsmacht zu übernehmen, um die Vorherrschaft der kapitalistischen Klasse entweder zu regulieren oder abzulösen. Im Mittelpunkt standen daher die Klassenverhältnisse und die Klassenkämpfe auf dem Gebiet der Kapitalakkumulation, verstanden als erweiterte Reproduktion. Alle anderen Formen von Kämpfen wurden als nebensächlich und sekundär angesehen oder sogar als peripher oder irrelevant abgetan. Dieses Thema existierte natürlich in vielen Nuancen und Variationen, doch in ihrem gemeinsamen Kern herrschte die Ansicht vor, das Proletariat sei der einzige Akteur des historischen Wandels. Die diesem Rezept entsprechend geführten Kämpfe trugen einen großen Teil des 20. Jahrhunderts hindurch be-

---

<sup>111</sup> Hardt und Negri, *Empire*.



merkwürdige Früchte, insbesondere in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern. Zwar kam es nicht zu revolutionären Veränderungen, aber die wachsende Macht der Organisationen und politischen Parteien der Arbeiterklasse errang ansehnliche Verbesserungen des materiellen Lebensstandards, verbunden mit der Institutionalisierung einer breiten Spanne sozialer Absicherungen. Die sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten, die insbesondere in Westeuropa und Skandinavien entstanden, konnten trotz der ihnen innewohnenden Probleme und Schwierigkeiten als Modell einer progressiven Entwicklung angesehen werden. Und ohne die sehr zielstrebigsten proletarischen Organisationen im Rahmen der erweiterten Reproduktion, wie man sie im Nationalstaat kannte, wären sie nicht zustande gekommen. Ich halte es für wichtig, die Bedeutung dieser Leistung anzuerkennen.

Während diese einseitige Orientierung nun aber produktive Ergebnisse vorzuweisen hat, wurden diese jedoch um den Preis zahlloser Ausschlüsse erkauft. So scheiterte etwa die versuchte Integration von städtischen sozialen Bewegungen in das Programm der Linken zumeist, außer natürlich in den Teilen der Welt, in denen eine kommunitaristische Politik vorherrschte. Die vom Arbeitsplatz und dem Produktionsort abgeleitete Politik dominierte die Politik des Lebensraums. Soziale Bewegungen wie der Feminismus und die Umweltbewegung gehörten nicht in das Ressort der traditionellen Linken. Und das Verhältnis zwischen den internen Kämpfen für soziale Verbesserungen und den für den Imperialismus charakteristischen externen Verdrängungen wurde gewöhnlich ignoriert (mit dem Resultat, dass ein großer Teil der Arbeiterbewegung in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern in die Falle ging, als Arbeiteraristokratie nur am Erhalt ihrer eigenen Privilegien interessiert zu sein, wenn nötig auch durch den Imperialismus). Kämpfe gegen die Akkumulation durch Enteignung galten als irrelevant. Diese zielgerichtete Konzentration eines großen Teils der marxistisch und kommunistisch inspirierten Linken auf proletarische Kämpfe unter Ausschluss aller anderen war ein verhängnisvoller Fehler. Denn aufgrund der organischen Verbindung dieser beiden Formen des Kampfes innerhalb der historischen Geographie des Kapitalismus entmachtete die

Linke sich damit nicht nur selbst, sondern lähmte auch ihre analytischen und programmatischen Kräfte, indem sie die eine Seite dieser Dualität vollkommen ignorierte.

In der gebremsten Dynamik des Klassenkampfes nach der Krise von 1973 gerieten die Bewegungen der Arbeiterklasse überall in die Defensive. Diese Kämpfe entwickelten sich zwar sehr ungleichmäßig (abhängig von der Stärke des Widerstands), sie bewirkten jedoch eine allgemeine Schwächung der Macht dieser Bewegungen, die Marschroute der globalen kapitalistischen Entwicklung zu beeinflussen. Die rapide Erweiterung der Produktion in Ost- und Südostasien fand in einer Welt statt, in der, mit der einzigen Ausnahme Südkoreas, unabhängige (im Gegensatz zu unternehmerischen) Gewerkschaftsbewegungen entweder nicht existierten oder massiv unterdrückt wurden und Kommunismus und Sozialismus als politische Bewegungen gewaltsam niedergeschlagen wurden (das indonesische Blutbad von 1965, als Suharto Sukarno stürzte und bis zu einer Million Menschen getötet wurden, war der brutalste Fall). Woanders, in Lateinamerika, in Europa und Nordamerika, waren die traditionellen Formen der Arbeiterorganisation durch die Zunahme des Finanzkapitals, den freieren Handel und die Disziplinierung des Staats durch grenzüberschreitende Geldströme, die in liberalisierte Kapitalmärkte flossen, nicht mehr so angemessen und infolgedessen weniger erfolgreich. Revolutionäre und sogar reformistische Bewegungen (wie in Chile unter Allende) wurden gewaltsam durch militärische Macht unterdrückt.

Doch die immense Schwierigkeit, die erweiterte Reproduktion aufrechtzuerhalten, führte auch zu einer viel nachdrücklicheren Politik der Akkumulation durch Enteignung. Die für die Bekämpfung der ersteren entwickelten Organisationsformen ließen sich nicht gut übertragen, als es darum ging, sich der letzteren zu stellen. Grob verallgemeinert lässt sich sagen, die während des Aufstiegs der erweiterten Reproduktion in der Zeit von 1945 bis 73 etablierten Formen der linken politischen Organisation wurden in der Welt nach 1973, als Akkumulation durch Enteignung innerhalb der imperialistischen Organisation der Kapitalakkumulation als Hauptwiderspruch zutage trat, unangemessen. Resultat war das Aufkommen einer neu-

artigen Politik des Widerstands, die sich schließlich mit einer alternativen Vision, die vom Sozialismus und Kommunismus abwich, ausüstete. Dieser Unterschied wurde früh erkannt, beispielsweise von Samir Amin, speziell im Hinblick auf die Kämpfe in den Gebieten, die er die peripheren Zonen des Kapitalismus nannte: »Die der kapitalistischen Expansion innewohnende ungleiche Entwicklung hat eine andere Art von Revolution auf die Tagesordnung der Geschichte gesetzt, die der Völker (d. h. nicht spezieller Klassen) der Peripherie. Diese Revolution ist antikapitalistisch in dem Sinne, dass sie sich gegen kapitalistische Entwicklung in ihrer tatsächlichen Existenzform wendet, denn diese ist für die Völker unerträglich. Aber das bedeutet nicht, dass diese antikapitalistischen Revolutionen sozialistisch sind. ... Aufgrund des Zwangs der Verhältnisse haben sie eine komplexe Natur. Der Ausdruck ihrer spezifischen und neuen Widersprüche, der in der klassischen Perspektive des sozialistischen Wandels, wie Marx ihn sich vorstellte, nicht berücksichtigt wurde, gibt postkapitalistischen Regimes ihren wahren Gehalt, nämlich den einer populären nationalen Konstruktion, in der sich die drei Tendenzen von Sozialismus, Kapitalismus und Staatsverbundenheit verbinden und einander widersprechen.« Leider, so argumentiert Amin weiter, leben heute viele Bewegungen »von der spontanen Revolte des Volks gegen die inakzeptablen Zustände, die der periphere Kapitalismus hervorbringt; es ist ihnen jedoch bislang nicht gelungen, Forderungen nach derjenigen doppelten Revolution zu stellen, in der Modernisierung und Demokratie zusammenkommen müssen; infolgedessen drückt sich ihre fundamentale Dimension, die sich vom rückwärtsgerichteten Mythos nährt, weiterhin in einer Sprache aus, in der die ganze soziale Vision ausschließlich unter metaphysischem Einfluss steht.«<sup>112</sup>

Ich glaube zwar nicht, dass die Akkumulation durch Enteignung ausschließlich der Peripherie vorbehalten ist, doch sicherlich stimmt es, dass einige ihrer brutalsten und unmenschlichsten Manifestatio-

---

<sup>112</sup> S. Amin, »Social Movements at the Periphery«, in P. Wignaraja (Hrsg.), *New Social Movements in the South: Empowering the People* (London: Zed Books, 1993), S. 95.

nen durch die ungleiche geographische Entwicklung in den verwundbarsten und am stärksten verwüsteten Regionen liegen.

Kämpfe um die Enteignung finden jedoch auf diversen Ebenen statt. Viele sind lokal, andere regional und wieder andere global, so dass die Relevanz der Beherrschung des Staatsapparats – das vorrangige Ziel traditioneller sozialistischer und kommunistischer Bewegungen – offenbar immer weiter abnimmt. Wenn diese Verlagerung mit einer wachsenden Desillusion über das, was der sozialistische Interventionismus bisher erreichen konnte, einhergeht, treten die Gründe für die Suche nach einer alternativen Politik noch stärker hervor. Die Ziele und Zielvorstellungen solcher Kämpfe sind, wie Amin bemerkt, ebenfalls diffus und hängen in hohem Maße von den unstrukturierten, fragmentarischen und kontingenten Formen ab, die die Akkumulation durch Enteignung annimmt. Zerstörung des Lebensraums hier, Privatisierung von Versorgungsdiensten dort, woanders Vertreibung aus dem Land und in wiederum einem anderen Gebiet Biopiraterie – jede Form schafft ihre eigene Dynamik. Die Tendenz geht daher dahin, sich auf die ad hoc gebildeten, aber flexibleren Organisationsformen zu verlassen, die man innerhalb der Zivilgesellschaft aufbauen kann, um auf solche Angriffe zu reagieren. Der ganze Bereich der antikapitalistischen, antiimperialistischen und Antiglobalisierungskämpfe ist infolgedessen umstrukturiert und eine sehr andere politische Dynamik in Gang gebracht worden.

Für viele Kommentatoren verdienen diese neuen Bewegungen mit ihren speziellen Qualitäten die Bezeichnung »postmodern«. Der Aufstand der Zapatisten wurde häufig so bezeichnet. Nun war die Beschreibung solcher Bewegungen zweifellos treffend, doch die Bezeichnung »postmodern« ist unglücklich gewählt. Es mag albern erscheinen, sich um ein Wort zu streiten, aber die starken Konnotationen sind wichtig. Zunächst besteht eine gewisse Schwierigkeit in der der Vorsilbe »post« unvermeidlich zugeschriebenen und innewohnenden Periodisierung und Historisierung. Es hat, wie ich bereits angedeutet habe, bis heute viele Episoden der ursprünglichen Akkumulation und der Akkumulation durch Enteignung innerhalb der historischen Geographie des Kapitalismus gegeben. Eric Wolfs Studie *Peasant Wars of the Twentieth Century* betrachtet eine Di-

mension solcher Kämpfe in vergleichender Perspektive, ohne auf irgendeine Weise auf die Idee der Postmoderität zurückzugreifen. Daher ist es ein wenig überraschend festzustellen, dass June Nash, deren Darstellung der sich wandelnden Verhältnisse in Chiapas sich in so vorbildlicher Weise auf Beweise stützt, der Bezeichnung »postmodern« als Beschreibung für die Zapatisten zustimmt, obgleich es sicherlich mehr Sinn ergibt, diesen Kampf vor dem Hintergrund einer langen Geschichte solcher Kämpfe seitens der einheimischen und bäuerlichen Bevölkerungen gegen die Übergriffe des kapitalistischen Imperialismus und die ständige Drohung der Enteignung dessen, was sie an Vermögenswerten kontrollieren, durch Eingriffe der Staatsmacht zu sehen. Im Fall der Zapatisten ist es meiner Meinung nach von ganz besonderer Bedeutung, dass der Kampf zuerst in den Wäldern des Flachlands ausbrach, wo versprengte vertriebene Einheimische ein Bündnis mit Mestizen schlossen, und zwar auf der Grundlage ihrer vergleichbaren Verarmung und der systematischen Verweigerung jeglicher Profite aus dem Abbau von Ressourcen (hauptsächlich Öl und Bauholz) aus der von ihnen bewohnten Region. Die anschließende Darstellung dieser Bewegung als eine, in der es ausschließlich um »einheimische Völker« ging, mag mehr mit dem Anspruch auf Legitimität unter Berufung auf die mexikanische Verfassung, die die Rechte der einheimischen Völker schützt, zu tun gehabt haben als mit einer tatsächlichen Beschreibung der Ursprünge.<sup>113</sup>

Doch so wie die Absage an eine »organische Verknüpfung« zwischen Akkumulation durch Enteignung und erweiterter Reproduktion die Vision der traditionellen Linken ihrer Macht beraubte und sie beschränkte, hat der Rückgriff auf die Vorstellung des postmodernen Kampfes dieselbe Auswirkung auf die neu entstehenden Bewegungen gegen die Akkumulation durch Enteignung. Zwischen den beiden Denkweisen und Organisationsstilen innerhalb der Antiglobalisierungsbewegung ist bereits deutlich eine Form von Feindselig-

---

<sup>113</sup> E. Wolf, *Peasant Wars of the Twentieth Century* (New York: Harper Collins, 1969); Nash, *Mayan Visions*; Morton, »Mexico«.

keit in Erscheinung getreten. Ein ganzer Flügel der Bewegung betrachtet den Kampf um die Kontrolle des Staatsapparats nicht nur als irrelevant, sondern als einen illusorischen Irrweg. Die Antwort liegt, sagen sie, in der Lokalisierung von allem.<sup>114</sup> Dieser Flügel tut auch die Gewerkschaftsbewegung zumeist als geschlossen modernistische, reaktionäre und repressive Organisationsform ab, die abgelöst werden müsse durch die mehr im Fluss befindlichen und offeneren postmodernen Formen der sozialen Bewegung. So sehen sich die aufkommenden Gewerkschaftsbewegungen, etwa in Indonesien und Thailand, die genau dieselben neoliberalen Kräfte der Unterdrückung bekämpfen wie die Zapatisten, wenn auch unter ganz anderen Umständen und auf einer ganz anderen sozialen und kulturellen Grundlage, ausgeschlossen. Andererseits betrachten viele traditionelle Sozialisten die neuen Bewegungen als naiv und selbstzerstörerisch, als könne man absolut nichts Interessantes von ihnen lernen. Abgründe dieser Art schaffen Uneinigkeit, wie einige der Debatten bei den letzten Weltsozialforen in Porto Alegre erkennen ließen. Die Übernahme der Staatsmacht durch die brasilianische Arbeiterpartei, die offensichtlich eine »Arbeiter-Basis« hat und sich teilweise mit Hilfe der Mittel der traditionellen Linken um Unterstützung bemüht, macht die Diskussion sowohl schärfer als auch dringlicher.

Aber die Unterschiede können auch nicht unter dem nebulösen Begriff der sich in ständiger Bewegung befindlichen »Multitude« begraben werden. Sie müssen sowohl politisch als auch analytisch angegangen werden. Auf der letzteren Ebene erweist sich Luxemburgs Formulierung als extrem hilfreich. Die kapitalistische Akkumulation hat tatsächlich einen Doppelcharakter. Doch die beiden Aspekte der erweiterten Reproduktion und der Akkumulation durch Enteignung sind ursprünglich verbunden und dialektisch verwoben. Daraus folgt, dass die Kämpfe auf dem Gebiet der erweiterten Reproduktion (die die traditionelle Linke so stark betonte) in einer dialektischen Beziehung zu den Kämpfen gegen die Akkumulation

---

<sup>114</sup> Eine besonders starke Version dieser Argumentationsweise findet sich in C. Hines, *Localization, A Global Manifesto* (London: Earthscan, 2000). Siehe auch Wignaraja (Hrsg.), *New Social Movements*.

durch Enteignung gesehen werden müssen, auf die sich die sozialen Bewegungen der Anti- und alternativen Globalisierungsbewegung hauptsächlich konzentrieren. Wenn in der heutigen Zeit eine Gewichtsverlagerung von der Akkumulation durch erweiterte Reproduktion zur Akkumulation durch Enteignung stattgefunden hat, und wenn letztere den Kern imperialistischer Praktiken ausmacht, folgt daraus, dass das Gleichgewicht der Interessen innerhalb der Anti- und alternativen Globalisierungsbewegung die Akkumulation durch Enteignung als den in erster Linie anzugehenden Widerspruch anerkennen muss. Doch sollte sie dies nie tun, indem sie das dialektische Verhältnis zu den Kämpfen auf dem Gebiet der erweiterten Reproduktion ignoriert.

Dies wirft nun erneut das Problem auf, dass nicht alle Kämpfe gegen die Enteignung gleichermaßen progressiv sind. Man denke nur an die Bürgerwehrebewegung in den USA oder Ressentiments gegen Immigranten in ethnischen Enklaven, die »ausländisches« Eindringen in ein Land bekämpfen, auf das sie uralte und ehrwürdige Rechte zu haben glauben. Es besteht die Gefahr, dass eine Politik der nostalgischen Sehnsucht nach dem Verlorengegangenen an die Stelle der Suche nach einem Weg zur besseren Erfüllung der materiellen Bedürfnisse der verarmten und unterdrückten Bevölkerungen treten könnte; dass die ausschließende Lokalpolitik das Bedürfnis, eine alternative Globalisierung auf einer Vielzahl geographischer Ebenen aufzubauen, dominieren wird; dass der Rückfall in ältere Muster der sozialen Verhältnisse und Produktionssysteme als Lösung postuliert wird in einer Welt, die sich längst weiterentwickelt hat. Anscheinend gibt es auf solche Fragen keine leichten Antworten.

Und doch ist es oft relativ leicht, ein gewisses Maß der Aussöhnung zu erreichen. Beispielsweise wenn man an Roys Argumente gegen die enormen Investitionen in den Dammbau im indischen Narmada-Tal denkt. Roy begrüßt die Versorgung der verarmten Stadtbevölkerung mit billigem Strom. Sie ist nicht antimodern. Ihre Argumente gegen die Dämme sind: (a) der Strom ist teuer im Vergleich zu anderen Formen seiner Erzeugung, und der (selten untersuchte) landwirtschaftliche Nutzen durch Bewässerung ist allem Anschein nach minimal; (b) der Preis der Umweltschäden scheint

riesig zu sein (auch hier gab es keine ernsthaften Versuche, diese zu schätzen, von Untersuchungen ganz zu schweigen); (c) von der enormen Geldsumme, die in das Projekt fließt, profitiert eine kleine Elite von Beratern, Ingenieuren, Baugesellschaften, Turbinenproduzenten etc. (von denen viele aus dem Ausland kommen, darunter auch das berüchtigte Enron), und dieses Geld könnte woanders viel besser angelegt werden; (d) das gesamte Risiko trägt der Staat, denn die beteiligten Firmen erhalten eine garantierte Ertragsrate; (e) Hunderttausende von Menschen, die von ihrem Land, ihrer Geschichte und ihrer Lebensgrundlage vertrieben wurden, sind größtenteils entweder einheimische Völker oder marginalisierte Bevölkerungsgruppen (Dalits), die absolut keine Kompensation und keinen Nutzen aus dem Projekt erhalten. Sie wurden nicht einmal gefragt oder informiert und standen schließlich in ihren Dörfern bis zur Hüfte im Wasser, als die Regierung den Damm während eines Monsuns plötzlich füllte. Dies ist eindeutig ein spezieller Krieg an einem bestimmten Ort, der auf spezielle Weise geführt werden muss, doch treten sein allgemeines Wesen als Klassenkonflikt sowie der »barbarische« Prozess der Enteignung hier recht deutlich hervor.<sup>115</sup> Dass 30 Millionen Menschen durch Dammprojekte in Indien allein während der letzten 50 Jahre vertrieben wurden, bezeugt sowohl das Ausmaß als auch die Brutalität des Prozesses. Doch die Aussöhnung hängt wesentlich von der Anerkennung der fundamentalen politischen Rolle der Akkumulation durch Enteignung als Dreh- und Angelpunkt dessen ab, worum es im Klassenkampf geht bzw. wie man das, worum es darin geht, auffassen sollte.

Meine eigene bescheidene Meinung ist, dass die politischen Bewegungen, wenn sie irgendeine größere und langfristige Wirkung haben wollen, über die nostalgische Sehnsucht nach dem Verlorengegangenen hinauswachsen und ebenso bereit sein müssen, die positiven Gewinne anzuerkennen, die sich aus dem Vermögenstransfer durch begrenzte Formen der Enteignung (beispielsweise durch Bodenreform oder neue Strukturen der Entscheidungsfindung wie gemeinschaftliches Waldmanagement) ziehen lassen. Außerdem müs-

---

<sup>115</sup> Roy, *Power Politics*.



sen sie bestrebt sein, zwischen progressiven und regressiven Aspekten der Akkumulation durch Enteignung zu unterscheiden und zu versuchen, erstere einem allgemeineren politischen Ziel zuzuleiten, das mehr universelles Gewicht hat als die vielen lokalen Bewegungen, die sich oft weigern, ihre speziellen Eigenheiten abzulegen. Dabei müssen jedoch Möglichkeiten gefunden werden, die Signifikanz der vielerlei innerhalb der Bevölkerungen existierenden Identifikationen (aufgrund von Klasse, Geschlecht, Lokalität, Kultur etc.), ebenso anzuerkennen wie die Spuren von Geschichte und Tradition, die aus ihrer speziellen Art der Reaktion auf das Eindringen des Kapitalismus entstanden sind und aus ihrem Selbstbildnis als soziale Wesen mit charakteristischen und oft widersprüchlichen Eigenschaften und Zielen. Sonst besteht die Gefahr, die Leerstellen in Marx' Darstellung der ursprünglichen Akkumulation wiederzubeleben und das schöpferische Potenzial dessen zu übersehen, was zum Teil wegwerfend als »traditionelle« und nichtkapitalistische gesellschaftliche Verhältnisse und Produktionssysteme betrachtet wird. Es muss eine Möglichkeit gefunden werden, sowohl theoretisch als auch politisch über den amorphen Begriff der »Multitude« hinauszugelangen, ohne in die Falle der Einstellung zu gehen: »meine Gemeinschaft, Gegend oder gesellschaftliche Gruppe, ob sie im Recht ist oder nicht«. Vor allem muss das Bewusstsein der Verbundenheit der Kämpfe innerhalb der erweiterten Reproduktion mit denen gegen die Akkumulation durch Enteignung gewissenhaft kultiviert werden. Glücklicherweise ist dabei die Nabelschnur zwischen den beiden Kampfformen, die von den Staatsmächten unterstützten Rahmenvorgaben der Finanzinstitutionen (verankert in und symbolisiert durch den IWF und die WTO), klar erkannt worden. Sie stehen ganz zu Recht im Hauptfokus der Protestbewegungen. Dadurch, dass der Kern des politischen Problems so klar erkannt wurde, sollte es möglich sein, übergreifend in eine breite Politik der schöpferischen Zerstörung gegen gegen das vorherrschende Regime des neoliberalen Imperialismus, das der Welt durch die hegemonialen kapitalistischen Mächte aufgedrängt wurde, überzugehen.

## **Der Imperialismus als Akkumulation durch Enteignung**

Als Joseph Chamberlain Großbritannien zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch die Annexion von Witwatersrand in den Burenkrieg führte, waren die dortigen Gold- und Diamantenvorkommen eindeutig die Hauptmotivation. Doch wie wir bereits gesehen haben, ergab sich seine Bekehrung zur imperialistischen Logik aus dem Unvermögen, interne Lösungen für das chronische Problem der Überakkumulation des Kapitals innerhalb Großbritanniens zu finden. Dieses Unvermögen hatte ausschließlich mit der internen Klassenstruktur zu tun, die jegliche Verwertung überschüssigen Kapitals für soziale Reformen und Investitionen in die Infrastruktur im Land blockierte. Genauso hat der Impuls der Bush-Regierung, im Mittleren Osten militärisch zu intervenieren, viel mit der Herbeiführung einer stärkeren Kontrolle über die dortigen Ölvorkommen zu tun. Das Bedürfnis nach der Ausübung dieser Kontrolle hat sich stetig heraufgeschraubt, seit Präsident Carter zum ersten Mal die Doktrin artikuliert, die USA seien bereit, militärische Mittel zur Sicherung des ununterbrochenen Ölzuflusses aus dem Mittleren Osten in die Weltwirtschaft einzusetzen. Da Rezessionen der Weltwirtschaft Ölpreiserhöhungen entsprechen, kann die allgemeine Senkung der Ölpreise als eine Taktik angesehen werden, zu versuchen, den im Laufe der letzten 30 Jahre entstandenen chronischen Problemen der Überakkumulation zu begegnen. Wie in Großbritannien am Ende des 19. Jahrhunderts spielte auch bei der Bekehrung der US-Politik zu einer immer offeneren Hinwendung zum Imperialismus die Blockade von internen Reformen und Investitionen in die Infrastruktur durch die Formation der Klasseninteressen in diesen Jahren eine entscheidende Rolle. Daher ist es verlockend, die US-Invasion im Irak als Äquivalent der britischen Gefechte im Burenkrieg zu sehen, beide am Anfang vom Ende der Hegemonie.

Doch militärische Interventionen sind die Spitze des imperialistischen Eisberges. Hegemoniale Staatsmacht wird typischerweise eingesetzt, um die externen und internen institutionellen Rahmenvorgaben zu sichern und zu fördern, durch die die Asymmetrie der Tauschbeziehungen sich zum Nutzen der Hegemonialmacht auswirken kann. Das sind die Mittel, mit denen faktisch Tribut aus der Welt

extrahiert wird. Freier Handel und offene Kapitalmärkte sind zu den Hauptmitteln geworden, mit denen die Monopolmächte in den fortgeschrittenen Ländern, die bereits Handel, Produktion, Dienstleistungen und Finanzen innerhalb der kapitalistischen Welt dominieren, sich Vorteile verschaffen. Das Hauptvehikel der Akkumulation durch Enteignung ist daher die erzwungene Öffnung der Märkte überall auf der Welt durch den institutionellen Druck von IWF und WTO, unterstützt durch die Macht der USA (und in geringerem Maße Europas), den Ländern, die sich weigern, ihren Schutz abzubauen, den Zugang zu ihren eigenen riesigen Märkten zu verweigern.

Nichts von alledem hätte jedoch seine heutige Bedeutung erlangt, wären nicht durch die erweiterte Reproduktion in Verbindung mit einer politischen Weigerung, eine Lösung dieser Probleme durch interne Reformen anzustreben, chronische Probleme der Überakkumulation von Kapital entstanden. Die größere Bedeutung der Akkumulation durch Enteignung als Antwort, symbolisiert durch das Aufkommen einer internationalistischen Politik des Neoliberalismus und der Privatisierung, korreliert mit Runden der räuberischen Entwertung von Vermögen, die periodisch über den einen oder anderen Teil der Welt verhängt werden. Und das ist anscheinend der Kern der heutigen imperialistischen Praktiken. Die amerikanische Bourgeoisie hat, kurz gesagt, wiederentdeckt, was die britische Bourgeoisie in den letzten dreißig Jahren des 19. Jahrhunderts entdeckte, dass, wie Arendt sagt, »der ursprüngliche ›Sündenfall‹«, der die ursprüngliche Kapitalakkumulation möglich machte, letztlich wiederholt werden müsse, »um den Akkumulationsmotor weiterlaufen zu lassen«. <sup>116</sup> Wenn dem so ist, scheint der »neue Imperialismus« nichts weiter zu sein als eine Rückkehr des alten, wenn auch an einem anderen Ort und zu einer anderen Zeit. Ob dies eine angemessene Auffassung der Dinge ist oder nicht, bleibt noch zu untersuchen.

---

<sup>116</sup> Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, S. 335.

# Kapitel 5

## Vom Konsens zum Zwang

Der Imperialismus kapitalistischer Prägung entsteht aus einer dialektischen Beziehung zwischen der territorialen und der kapitalistischen Logik der Macht. Diese Logiken sind unverwechselbar und in keinster Weise aufeinander reduzierbar, aber eng miteinander verwoben. Sie lassen sich als interne Beziehungen voneinander analysieren, doch die Ergebnisse können in Raum und Zeit stark variieren. Jede Logik bringt Widersprüche hervor, die von der anderen eingedämmt werden müssen. Die unendliche Kapitalakkumulation beispielsweise erzeugt aufgrund der Notwendigkeit einer parallelen Akkumulation politischer/militärischer Macht periodische Krisen innerhalb der territorialen Logik. Wenn die politische Kontrolle sich innerhalb der territorialen Logik verlagert, müssen Kapitalströme sich anpassen und sich ebenfalls verlagern. Staaten ordnen ihre Angelegenheiten entsprechend ihrer eigenen charakteristischen Regeln und Traditionen und entwickeln so unverwechselbare Führungsstile. Hier wird eine Basis geschaffen für die ungleiche geographische Entwicklung, geopolitische Kämpfe und verschiedene Formen der imperialistischen Politik. Der Imperialismus lässt sich daher nicht verstehen, ohne dass man zunächst die Theorie des kapitalistischen Staates in all ihren vielfältigen Formen durchgeht. Verschiedene Staaten bringen verschiedene Imperialismen hervor, wie sich an den britischen, französischen, niederländischen, belgischen etc. Imperialismen von 1870 bis 1945 klar ablesen lässt. Imperialismen können, wie Imperien, viele verschiedene Gestalten und Formen annehmen. Vieles mag kontingent und zufällig sein – ja, es könnte gar nicht anders sein, angesichts der politischen Kämpfe innerhalb der territorialen Logik der Macht –, aber ich glaube, wir können mit dem Erstellen eines soliden Interpretationsrahmens für die charakteristisch kapitalistischen Formen des Imperialismus ein gutes Stück vorankommen, indem wir uns auf eine doppelte Dialektik berufen – er-

stens der territorialen und der kapitalistischen Logik der Macht und zweitens den inneren und äußeren Beziehungen des kapitalistischen Staats.

Betrachten wir in diesem Licht den Fall des in jüngerer Zeit aufgetretenen Formenwandels vom neoliberalen zum neokonservativen Imperialismus in den USA. Die globale Ökonomie des Kapitalismus durchlief in Reaktion auf die Überakkumulationskrise von 1973 bis 75 eine radikale Umstrukturierung. Finanzströme wurden zum Hauptartikulationsmittel der kapitalistischen Logik der Macht. Doch sobald die Büchse der Pandora des Finanzkapitals geöffnet war, nahm auch der Druck zur adaptiven Umgestaltung des Staatsapparats zu. Schritt für Schritt begannen viele Staaten, unter der Führung der USA und Großbritanniens, die neoliberale Politik zu übernehmen. Andere eiferten den führenden kapitalistischen Mächten entweder von selbst nach oder sie wurden mit Hilfe einer durch den IWF auferlegten Strukturangepassungspolitik dazu gezwungen. Der neoliberale Staat war typischerweise bestrebt, den Allgemeinbesitz zu erschließen, zu privatisieren und einen Rahmen für offene Waren- und Kapitalmärkte zu schaffen. Er musste die Arbeitsdisziplin aufrechterhalten und »ein gutes Geschäftsklima« fördern. Wenn ein einzelner Staat dies versäumte oder sich weigerte, dies zu tun, riskierte er seine Klassifizierung als »Schurkenstaat« oder von »Staatszerfall« betroffener Staat. Resultat war das Aufkommen der charakteristischen neoliberalen Formen des Imperialismus. Die Akkumulation durch Enteignung trat wieder aus ihrem vor 1970 geführten Schattendasein heraus und wurde zu einem der Hauptphänomene innerhalb der kapitalistischen Logik. Damit erfüllte sie eine doppelte Aufgabe. Einerseits bot die Freisetzung kostengünstiger Vermögenswerte riesige Felder für die Absorption von überschüssigem Kapital. Andererseits gab sie ein Mittel an die Hand, um die Kosten der Entwertung von überschüssigem Kapital den schwächsten und am stärksten verwundbaren Ländern und Bevölkerungen aufzuerlegen. Wenn Volatilität und unzählige Kredit- und Liquiditätskrisen Züge der Weltwirtschaft sein sollten, musste es dem Imperialismus darum gehen, diese durch Institutionen wie den IWF effektiv abzustimmen, um die Hauptzentren der Kapitalakkumulation vor Entwer-

tung zu schützen. Und das ist genau das, worin sich der Wall-Street-US-Finanzministerium-IWF-Komplex im Bündnis mit den europäischen und japanischen Behörden über 20 Jahre lang so erfolgreich betätigt hat.

Doch die Wende zur Finanzialisierung hatte intern einen hohen Preis, der z.B. in der Deindustrialisierung, Phasen der rapiden Inflation gefolgt von Vertrauenskrisen und der chronischen strukturellen Arbeitslosigkeit bestand. Die USA beispielsweise verloren ihre Vorherrschaft in der Produktion, mit Ausnahme von Sektoren wie der Verteidigung, der Energie und dem Agribusiness. Die Öffnung der globalen Märkte sowohl für Waren als auch für Kapital gab anderen Staaten die Möglichkeit, zu einem Teil der Weltwirtschaft zu werden, zuerst als Kapitalschwamm, doch dann auch als Produzenten von überschüssigem Kapital. Damit wurden sie zu Konkurrenten auf der Weltbühne. Es entstand etwas, das man »Subimperialismen« nennen könnte, nicht nur in Europa, sondern auch in Ost- und Südostasien, da jedes sich entwickelnde Zentrum der Kapitalakkumulation durch die Festlegung territorialer Einflussphären systematisch raum-zeitliche Fixierungen für sein eigenes Überschusskapital ausfindig machte. Doch diese Einflussphären waren nicht exklusiv, sondern überschritten und durchdrangen einander, was die Leichtigkeit und Fluidität der Mobilität des Kapitals im Raum und durch die Netzwerke räumlicher Interdependenz widerspiegelte, die Staatsgrenzen immer mehr ignorierte.

Der Nutzen aus diesem System war jedoch stark konzentriert auf eine begrenzte Klasse multinationaler Generaldirektoren, Finanziers und Rentiers. Eine Art transnationale kapitalistische Klasse entstand, die sich nichtsdestotrotz auf die Wall Street und andere Zentren wie London und Frankfurt als sichere Orte der Kapitalanlageplätze konzentrierte. Diese Klasse verließ sich zum Schutz ihrer Vermögenswerte und des Rechts auf Besitz und Eigentum überall auf dem Globus, wie immer, auf die Vereinigten Staaten. Während die wirtschaftliche Macht offenbar stark in den USA konzentriert war, konnten andere territoriale Konzentrationen finanzieller Macht entstehen. Das auf europäischen und japanischen Märkten konzentrierte Kapital konnte sich seinen Teil sichern, ebenso wie fast jede Klasse von Ren-

tiers, die sich innerhalb der Matrix der kapitalistischen Institutionen richtig positionierte. Schuldenkrisen mochten Brasilien und Mexiko erschüttern, Liquiditätskrisen mochten die Ökonomien von Thailand und Indonesien zerstören, doch die Rentiers innerhalb all dieser Länder konnten ihr Kapital nicht nur erhalten, sondern ihre eigene interne Klassenposition sogar verbessern. Die privilegierten Klassen konnten sich in vergoldete abgeriegelte Paläste in Bombay, São Paulo und Kuwait zurückziehen und die Früchte ihrer Investitionen an der Wall Street genießen. Nur weil die Wall Street von Geld überschwemmt war, gehörte dieses Geld also noch lange nicht den US-Amerikanern. Das Problem der Wall Street war, profitable Verwendung für all das überschüssige Geld zu finden, über das sie verfügte, ob in der Hand von US-Amerikanern oder von Ausländern.

Diese geographische Verteilung der Macht der kapitalistischen Klasse galt nicht nur für Rentiers und Vertreter finanzieller Interessen; das Produktionskapital zog einen Vorteil aus der räumlichen Volatilität und der sich verlagernden territorialen Logik. Die großen multinationalen Konzerne in der Elektro-, Schuh- und Hemdenbranche verzeichneten bemerkenswerte Gewinne durch die geographische Mobilität. Doch andererseits taten das auch bestimmte andere soziale Gruppen. Die chinesische Businessdiaspora beispielsweise verbesserte ihre Position gerade weil sie über die Mittel und den Willen verfügte, mit der Mobilität Gewinn zu machen. Taiwanische und südkoreanische Subunternehmer gingen nach Lateinamerika und Südafrika und standen sich damit außerordentlich gut, während ihre Beschäftigten entsetzlich litten.<sup>117</sup>

Doch es war ein dieser Welt eigentümlicher Zug, dass eine immer stärker transnationale kapitalistische Klasse von Finanziers, Generaldirektoren und Rentiers sich auf den territorialen Hegemon verließ, um ihre Interessen zu schützen und die Art von institutioneller Architektur aufzubauen, innerhalb derer sie den Wohlstand der Welt auf sich vereinigen konnte. Diese Klasse schenkte ortsgebundenen oder nationalen Loyalitäten oder Traditionen sehr wenig Beachtung.

---

<sup>117</sup> G. Hart, *Disabling Globalization: Places of Power in Post-Apartheid South Africa* (Berkeley: University of California Press, 2002).

Sie konnte multirassisch, multiethnisch, multikulturell und kosmopolitisch sein. Wenn finanzielle Erfordernisse und das Profitstreben die Schließung von Fabriken und die Verringerung der Produktionskapazitäten in ihrem eigenen Hinterhof nötig machten, gab sie ihnen statt. Vertreter US-amerikanischer Finanzinteressen unterminierten beispielsweise seelenruhig die US-amerikanische Hegemonie in der Produktion. Dieses System erreichte seinen Höhepunkt während der Clinton-Jahre, als das Rubin-Summers-Finanzministerium die internationalen Angelegenheiten sehr zum Vorteil der Rentiersinteressen an der Wall Street abstimmte, auch wenn sie dabei oft enorme Risiken eingingen. Die Kulminationspunkt war 1997/98 die Disziplinierung der Konkurrenz aus Ost- und Südostasien in einer Weise, die es den Finanzzentren von Japan und Europa, aber vor allem der USA, ermöglichte, Vermögenswerte praktisch zum Nulltarif zu ergattern und damit ihre eigenen Gewinne auf Kosten massiver Entwertungen und der Zerstörung von Lebensgrundlagen woanders zu erhöhen. Das war jedoch nur ein Beispiel für die unzähligen Schulden- und Finanzkrisen, die viele Entwicklungsländer nach etwa 1980 heimsuchten.

Der neoliberale Imperialismus im Ausland erzeugte im Inland zumeist chronische Unsicherheit. Viele Mitglieder der Mittelschicht flüchteten sich in die Verteidigung von Territorium, Nation und Tradition als Methode, sich gegen einen räuberischen neoliberalen Kapitalismus zu wappnen. Sie waren bestrebt, die territoriale Logik der Macht zu mobilisieren, um sich vor den Auswirkungen des räuberischen Kapitals abzuschirmen. Rassismus und Nationalismus, einst das Band zwischen Nationalstaat und Imperium, tauchten als Waffe im Kleinbürgertum und der Arbeiterklasse wieder auf, um sich gegen das kosmopolitische Finanzkapital zu organisieren. Da es für die Interessen der Eliten eine bequeme Ablenkung war, wenn die Schuld an den Problemen Immigranten zugewiesen wurde, florierte eine Politik des Ausschlusses auf der Grundlage von Rasse, Ethnizität und Religion, insbesondere in Europa, wo es zu beträchtlicher Unterstützung neofaschistischer Bewegungen aus dem Volk kam. Die Unternehmens- und Finanzeliten, die sich 1996 in Davos versammelten, sorgten sich damals, dass eine »sich organisierende Ge-



genreaktion« auf die Globalisierung in den industriellen Demokratien eine »störende Auswirkung auf die wirtschaftliche Aktivität und soziale Stabilität in vielen Ländern« haben könnte. Die vorherrschende Stimmung der »Hilflosigkeit und Besorgnis« sei dem »Aufstieg einer neuen Sorte von populistischem Politiker« förderlich und dies könne »sich leicht in eine Revolte verwandeln«. <sup>118</sup>

Doch inzwischen begann die globalisierungskritische Bewegung zu entstehen, die die Mächte des Finanzkapitals und ihre Hauptinstitutionen (den IWF und die Weltbank) angriff, die neuerliche Aneignung des Allgemeinbesitzes anstrebte und Raum für nationale, regionale und lokale Unterschiede forderte. Da der Staat sich dabei eindeutig auf die Seite der Finanziere stellte und jedenfalls als Hauptagent einer Politik der Akkumulation durch Enteignung auftrat, zählte diese Bewegung auf die Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft für die Umwandlung der territorialen Logik der Macht auf einer Vielzahl von Ebenen, von stark lokal begrenzten bis hin zu globalen (wie im Fall der Umweltbewegung). Das Vorherrschen von Betrug, Plünderung und Gewalt rief viele gewalttätige Reaktionen hervor. Von der angeblich mit gut funktionierenden Märkten verbundenen oberflächlichen Höflichkeit war wenig zu sehen. Die Protestbewegungen, die sich überall auf der Welt formierten, wurden von den Staatsmächten zum größten Teil schonungslos niedergeschlagen. Ein Krieg niedriger Intensität tobte überall auf der Welt, oft mit verdeckter Beteiligung und militärischer Hilfe der USA.

Diese oppositionellen Bewegungen mieden traditionelle Formen der Arbeiterorganisation wie Gewerkschaften, politische Parteien und sogar das Anstreben der Staatsmacht (die sie jetzt als hoffnungslos kompromittiert betrachteten), verließen sich auf ihre eigenen autonomen Formen der sozialen Organisation und entwickelten häufig (wie die Zapatisten) ihre eigene inoffizielle territoriale Logik der Macht, die daran orientiert war, ihr Los zu verbessern oder sie gegen einen räuberischen Kapitalismus zu verteidigen. Eine aufkeimende Bewegung von (teilweise durch Regierungen finanzierten) Nichtre-

---

<sup>118</sup> Klaus Schwab und Claude Smadja, zitiert in D. Harvey, *Spaces of Hope* (Edinburgh: Edinburgh University Press, 2000), S. 70.

gierungsorganisationen suchte, diese sozialen Bewegungen zu kontrollieren und sie in bestimmte Richtungen zu kanalisieren, teils in revolutionäre, teils aber auch in auf ein Übereinkommen mit dem neoliberalen Machtregime abzielende. Doch das Ergebnis war ein Gärstoff aus lokalen, zersplitterten und hochgradig differenzierten sozialen Bewegungen, die sich entweder frontal gegen die von Finanzkapital und neoliberalen Staaten abgestimmten neoliberalen Praktiken des Imperialismus stellten oder darum rangen, diese abzuwehren.

Die dem Neoliberalismus eigene Unbeständigkeit fiel letztlich auf das Kernland der USA selbst zurück. Der ökonomische Zusammenbruch, der 1999 in der High-Tech-Internetbranche begann, breitete sich schon bald aus und enthüllte, dass vieles von dem, was als Finanzkapital durchging, in Wirklichkeit uneinlösbares fiktives Kapital war, gestützt durch skandalöse Buchhaltungspraktiken und vollkommen leere Vermögenswerte. Auch schon vor den Ereignissen des 11. Septembers war klar, dass der neoliberale Imperialismus innerlich erlahmte, selbst die Vermögenswerte an der Wall Street nicht geschützt werden konnten und die Tage des Neoliberalismus und seiner speziellen Form des Imperialismus gezählt waren. Die große Frage war, welche Art von Verhältnis zwischen der territorialen und der kapitalistischen Logik der Macht jetzt entstehen und welche Art von Imperialismus es hervorbringen würde.

Die 2000 per Zufallsentscheid erfolgte Wahl George W. Bushs, eines »wiedergeborenen Christen«, zum US-Präsidenten rückte eine neokonservative Gruppe von Denkern in die Nähe der Macht. Die Neokonservativen, wie die Neoliberalen vor ihnen gut ausgestattet und in diversen Think-Tanks organisiert, hatten lange versucht, der Regierung ihr Programm aufzudrängen. Und dieses unterscheidet sich vom Programm des Neoliberalismus. Hauptziele darin sind die Errichtung von und der Respekt vor einer Ordnung, sowohl innenpolitisch als auch auf der Weltbühne. Das impliziert eine starke Führung an der Spitze und unerschütterliche Loyalität an der Basis, verbunden mit dem Aufbau einer ebenso sicheren wie eindeutigen Machthierarchie. Außerdem ist das Festhalten an moralischen Prinzipien für die neokonservative Bewegung äußerst wichtig. Darauf

gründet sich ihr Rückgrat und die Basis ihrer Wählerschaft der fundamentalistischen Christen mit ihren ganz besonderen Überzeugungen. Im Gefolge des 11. Septembers äußerten beispielsweise Jerry Falwell und Pat Robertson (zwei der Hauptanführer der Bewegung) die Ansicht, das Ereignis sei ein Zeichen für den Zorn Gottes über die Nachsichtigkeit einer Gesellschaft, die Abtreibung und Homosexualität toleriere. Später erklärte Falwell in einer der am meisten gesehenen tagespolitischen Sendungen im US-Fernsehen, Mohammed sei der erste große Terrorist gewesen, während andere ihre Unterstützung für den Zionismus und Scharons Gewalt gegen die Palästinenser ausdrückten, da diese zu Armageddon und der Wiederankunft des Herrn führen würden. Der Glaube an die biblische Offenbarungsgeschichte und Armageddon (Götterdämmerung) ist weit verbreitet (Reagan beispielsweise trat dafür ein). Besonders für Europäer ist schwer zu verstehen, dass etwa ein Drittel der US-Bevölkerung strikt an solchen Überzeugungen festhält (darunter eine auf der wörtlichen Interpretation der Bibel basierende Weltentstehungslehre anstelle der Evolutionstheorie), die die Akzeptanz von Kriegsschrecken (insbesondere im Mittleren Osten) als Auftakt zur Durchsetzung von Gottes Willen auf Erden implizieren. Ein großer Teil des US-Militärs wird inzwischen aus dem Süden rekrutiert, wo diese Ansichten weit verbreitet sind.

Die Neokonservativen wissen, dass sie nicht an der Macht bleiben können, wenn sie an einer solchen Plattform festhalten, doch man darf den Einfluss der christlichen Rechten nicht unterschätzen. Das Versäumnis, Scharons gewaltsamer Unterdrückung der Palästinenser (von Fundamentalisten als positiver Schritt in Richtung Armageddon interpretiert) Schranken aufzuerlegen, ist ein einschlägiger Fall. Und im Konflikt mit der arabischen Welt ist es schwer, diese Haltungen nicht zur Rhetorik eines christlichen Kreuzzuges gegen einen islamischen Dihad werden zu lassen und damit Huntingtons wenig überzeugende These von einem bevorstehenden Kampf der Kulturen zu einer geopolitischen Tatsache zu machen.<sup>119</sup>

---

<sup>119</sup> S. Huntington, *Der Kampf der Kulturen: die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert* (München: Europa-Verlag, 1997).

Das neokonservative außenpolitische Programm ist in dem 1997 gegründeten »Projekt für das Neue Amerikanische Jahrhundert« dargelegt.<sup>120</sup> Der Titel spricht, wie Luce schon 1941, von einem Jahrhundert statt von territorialer Kontrolle. Damit wiederholt er bewusst all die Ausflüchte, die Smith in Luces Darlegung aufdeckt.<sup>121</sup> Das Projekt ist »ein paar grundlegenden Aussagen gewidmet: dass amerikanische Führung sowohl für Amerika als auch für die Welt gut ist, dass diese Führung militärische Stärke, diplomatische Energie und die Verpflichtung zu moralischen Prinzipien erfordert und dass zu wenige der heutigen politischen Köpfe für eine weltweite Führung eintreten«. Um welche Prinzipien es dabei geht, wurde in Bushs Stellungnahme zum Jahrestag des 11. Septembers klar dargelegt (zitiert in Kapitel 1). Obgleich man in ihnen charakteristisch amerikanische Werte erkennt, werden diese Prinzipien als universelle präsentiert, und Begriffe wie Freiheit, Demokratie und Respekt für Privateigentum, Individuum und Gesetz zu einem Verhaltenskodex für die ganze Welt verschnürt. Das Projekt versucht auch, »Unterstützung für eine energische und prinzipientreue Politik des internationalen Engagements Amerikas zu gewinnen«. Das bedeutet Export, wenn nötig per Zwang, eines angemessenen Verhaltenskodexes in die übrige Welt. Der innere Kern der Mitglieder des Projekts kam jedoch größtenteils aus den Verteidigungsinstitutionen der früheren Regierungen Reagan und Bush. Sie sind die Hauptvertreter des »militärisch-industriellen Komplexes«, vor dessen Macht Eisenhower vor langer Zeit so deutlich gewarnt hatte und der in den Jahren der Reagan-Regierung so viel mächtiger geworden war. Die meisten von ihnen wurden Teil der neuen Bush-Regierung. Während die Schlüsselpositionen der Clinton-Regierung im Finanzministerium lagen (wo Rubin und Summers unangefochten herrschten), überlässt die Bush-Regierung die Gestaltung ihrer internationalen Politik ihren Verteidigungsexperten – Cheney, Rumsfeld, Wolfowitz und Powell – und zählt darauf, dass ein christlicher Konservativer – Ashcroft – als Justizminister im Land für Ordnung sorgt.

---

<sup>120</sup> Die Webseite ist: [www.newamericancentury.org](http://www.newamericancentury.org).

<sup>121</sup> Siehe Smith, *American Empire*.

Damit wird die Bush-Regierung von Neokonservativen dominiert, steht in der Schuld des militärisch-industriellen Komplexes (und einiger anderer Hauptsektoren der amerikanischen Industrie, wie Energie und Agribusiness) und wird in ihren moralischen Urteilen von fundamentalen Christen unterstützt. Ihre Aufgabe war es, die Macht hinter einem von einer Minderheit vertretenen politischen Programm innerhalb der territorialen Logik der Macht zu konsolidieren. Darin verstanden sie sehr gut die Verbindung zwischen innerer und äußerer Ordnung. Sie akzeptierten intuitiv Arendts Ansicht, ein Imperium im Ausland mache im eigenen Land Tyrannei erforderlich, drücken dies jedoch anders aus: Militärische Aktivität im Ausland erfordert paramilitärische Disziplin im Land.

Der Irak war den Neokonservativen lange ein zentrales Anliegen gewesen, doch sie hatten das Problem, dass sich öffentliche Unterstützung für einen Militäreinsatz ohne ein katastrophales Ereignis »vom Ausmaß Pearl Harbors« kaum gewinnen ließe, wie sie es formulierten. Der 11. September bot in einem Moment der Solidarität und des Patriotismus der ganzen Gesellschaft eine erstklassige Gelegenheit. Diese wurde beim Schopf gepackt, um einen amerikanischen Nationalismus zu konstruieren, der die Basis für eine andere Form imperialistischen Strebens und interner Kontrolle bilden konnte. Auch wenn sie den imperialistischen Praktiken der USA früher kritisch gegenübergestanden hatten, unterstützten die meisten Liberalen die Regierung darin, ihren Krieg gegen den Terror zu starten und waren bereit, für die Sache der nationalen Sicherheit einen Teil der bürgerlichen Freiheiten zu opfern. Der Vorwurf, unpatriotisch zu sein, wurde benutzt, um kritisches Engagement und sinnvollen Diszens zu unterdrücken. Die Medien und die politischen Parteien gingen damit konform. So konnte die politische Führung praktisch ohne Opposition repressive Gesetze verabschieden – am bemerkenswertesten der Patriot Act und der Homeland Security Act. Drakonische Einschnitte in die Bürgerrechte wurden vorgenommen. Gefangene wurden illegal und ohne rechtliche Vertretung in Guantanamo Bay festgehalten, es kam mehrfach zu wahllosen Massenfestnahmen von »Verdächtigen« und viele wurden ohne Zugang zu Rechtsbeistand monatelang festgehalten, von einem Prozess ganz zu schweigen. Die

Polizei konnte willkürlich jeden des »Terrorismus« Verdächtigen verhaften, was, wie sich bald herausstellte, sogar Globalisierungsgegner einschloss. Drakonische Überwachungstechniken wurden eingeführt (das FBI sollte Einblick nehmen können in die Aufzeichnungen zum Verleih aus Bibliotheken, Buchverkäufen und Internetverbindungen, in Immatrikulationsunterlagen von Studierenden, Mitgliedschaften in Tauchklubs etc.). Die Regierung nahm auch die Gelegenheit wahr, alle möglichen Programme für Arme zu kürzen (unter Berufung auf das Opfer für die nationale Sache). Sie verhängte ein Steuersenkungsprogramm, das das reichste Hundertstel der Bevölkerung extrem begünstigte (unter Berufung auf die Stimulierung der Wirtschaft), und schlug sogar vor, die Besteuerung von Dividenden abzuschaffen, in der vergeblichen Hoffnung, dadurch die Vermögenswerte an der Wall Street zu stützen. Doch diese Politik, verbunden mit eklatanten Verstößen gegen die Bill of Rights und die US-amerikanische Verfassung, konnte, wie Washington, Madison und viele andere schon vor langer Zeit erkannt und befürchtet hatten, nur durch ausländische Verwicklungen imperialistischer Art aufrechterhalten werden. Angesichts der in den Ereignissen vom 11. September enthaltenen Drohung und des Klimas der Unterdrückung von Dissens schlug sogar die liberale Meinung in die Befürwortung einer Invasion in Afghanistan, der Vertreibung der Taliban und der weltweiten Jagd auf Al-Qaida um.

Um den Impuls aufrechtzuerhalten und ihre ehrgeizigen Pläne zu verwirklichen, mussten die Neokonservativen den paranoiden Stil in der amerikanischen Politik kultivieren. Sie hatten sich lange mit der Drohung befasst, die Irak, Iran, Nordkorea und diverse andere so genannte Schurkenstaaten für die Weltordnung darstellten. Dahinter lauerte jedoch stets die Gestalt Chinas, lange gefürchtet als ebenso unberechenbarer wie potenziell mächtiger Konkurrent auf der Weltbühne. Das Bündnis zwischen den Neokonservativen und dem militärisch-industriellen Komplex hatte Clinton in den 1990er Jahren unter Druck gesetzt, die Militärausgaben zu erhöhen und Vorbereitungen für zwei regionale Kriege zur gleichen Zeit zu treffen – z.B. gegen »Schurkenstaaten« wie den Irak und Nordkorea. Der Irak spielte eine zentrale Rolle, teils aufgrund seiner geopolitischen Lage

und seines diktatorischen Regimes, das durch seinen Ölreichtum gegen finanzielle Disziplinarmaßnahmen immun war, aber auch weil er drohte, eine weltliche panarabische Bewegung anzuführen, die möglicherweise die gesamte Region des Mittleren Ostens dominieren und in der Lage sein könnte, die Weltwirtschaft durch ihre Macht über den Ölfluss zu erpressen. Präsident Carter hatte, man erinnere sich, beharrt, ein Versuch, das Öl zu diesem Zweck zu benutzen, könnte nicht toleriert werden, und das direkte militärische Engagement der USA in der Region besteht mindestens seit 1980. Der erste Golfkrieg führte nicht zu einem Regierungswechsel in Bagdad, teilweise weil es damals kein UN-Mandat dafür gab. Das Übereinkommen, das dem Irak aufgezwungen wurde, war für beide Seiten nicht befriedigend. Die Iraker stellten sich stur und man verhängte Sanktionen, schickte Waffeninspektoren ins Land, die dann ausgewiesen wurden, schützte die Kurden unter militärischen Drohungen in einer autonomen Zone im Norden und setzte in den gemeinsamen Patrouillen der USA und Großbritanniens in den Flugverbotszonen im Norden und im Süden des Landes den Krieg am Himmel über dem Irak auf kleiner Flamme fort. Clinton bezeichnete den Irak als »Schurkenstaat« und übernahm das politische Ziel eines Regierungswechsels in Bagdad, beschränkte sich aber auf verdeckte Aktionen und offene Wirtschaftssanktionen, was, wie die Neokonservativen lautstark einwandten, nicht funktionieren würde.

Mit dem 11. September bekamen die Neokonservativen ihr »Pearl Harbor«. Schwierigkeiten bereitete aber, dass es schlicht keine Verbindung zwischen dem Irak und Al-Qaida gab und der Kampf gegen den Terrorismus Vorrang haben musste. Bei der Invasion Afghanistans testete das Militär viele seiner neuen Waffen im Feld, fast wie bei einer Generalprobe für das, was sie im Irak und woanders tun könnten. Dabei sicherten sie sich eine militärische Präsenz in Usbekistan und Kirgisien, in auffälliger Nähe zu den Ölfeldern im Kaspischen Becken (wo das Ausmaß der Vorkommen immer noch ein Rätsel ist und wo China verbissen um einen guten Stand kämpft, um seine eigene Versorgung und die Deckung seines schnell steigenden internen Bedarfes sicherzustellen). Innerhalb von sechs Monaten und nach der Niederlage der Taliban in Afghanistan begann die

US-Regierung, ihre Aufmerksamkeit auf den Irak zu richten. Im Sommer 2002 waren die Vereinigten Staaten unverkennbar entschlossen, ohne Rücksicht auf die möglichen Konsequenzen einen Regimewechsel in Bagdad zu erzwingen. Die einzig interessante Frage war, wie man dies vor der US-amerikanischen Öffentlichkeit und international rechtfertigen würde. Von diesem Zeitpunkt an griff die Regierung auf alle möglichen Vorwände zurück, änderte täglich die Rhetorik und äußerte unbelegte Behauptungen, als seien es erwiesene Tatsachen (wie in Kapitel 1 beschrieben). Sie versuchte eine Koalition der Willigen aufzubauen, in der Großbritannien, da es bereits stark in die alltäglichen Militäraktionen im Irak eingebunden war (aus denen es sich auch nur unter größten Schwierigkeiten hätte herausziehen können), eine Führungsrolle übernehmen sollte. Zunächst verweigerten die USA der UN jede Mitwirkung und behaupteten sogar, sie bräuchten nicht die Zustimmung des Kongresses. In diesen Punkten mussten sie dem internen und internationalen politischen Druck nachgeben. Doch sie kultivierten den nach dem 11. September neu entstandenen Nationalismus und machten ihn für das imperialistische Projekt des – angeblich für die innere Sicherheit entscheidenden – Regimewechsels im Irak nutzbar, ebenso wie sie das imperialistische Projekt dazu benutzten, noch engere interne Kontrollen zu etablieren (wobei Terroralarm und andere Ängste um die Sicherheit an der Heimatfront nachhelfen). Leider kann, wie Arendt wiederum scharfsinnig bemerkt, eine Verbindung von Nationalismus und Imperialismus nur durch den Rückgriff auf Rassismus erreicht werden, und das verbreitete Zerrbild von Arabern und dem Islam sowie die offizielle Politik gegenüber Besuchern und Einwanderern aus arabischen Ländern sind bezeichnend für eine wachsende Flut des Rassismus in den USA, die sowohl intern als auch international in Zukunft unermesslichen Schaden anrichten könnte.

Momentan kommt es zu rapiden Veränderungen, begleitet von der üblichen Undurchsichtigkeit öffentlicher Erklärungen, doch ist es nichtsdestotrotz möglich, ungefähr auszumachen, worauf das neokonservative imperialistische Projekt zusteuert. Daher schließe ich mit einer Zusammenfassung dieser Richtung und einer Einschätzung der Kräfte, die sich dem entgegenstellen.



Die Neokonservativen zählen auf den Wiederaufbau des Iraks nach dem Vorbild Japans und Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Irak wird für eine offene kapitalistische Entwicklung liberalisiert, mit dem Ziel, letztlich als Modell für den übrigen Mittleren Osten eine dem Westen ähnliche wohlhabende Konsumgesellschaft zu schaffen. Die notwendige soziale, institutionelle und politische Infrastruktur wird unter US-Verwaltung aufgebaut, doch allmählich durch eine irakische Regierung von Schützlingen abgelöst werden (vorzugsweise so schwach wie die japanische liberale Partei). Der Irak wird weiterhin entmilitarisiert sein, aber von US-Truppen geschützt, die in der Golfregion bleiben werden.<sup>122</sup> Das irakische Öl wird zur Finanzierung des Wiederaufbaus und zur Bezahlung einiger Kriegskosten verwendet und, wie man hoffen darf, dem Weltmarkt zu einem so niedrigen Preis zugeführt werden (günstigerweise in Dollars statt in Euros notiert), dass sich eine gewisse Erholung der Weltwirtschaft einstellt.

Damit sind die imperialistischen Ambitionen der Neokonservativen jedoch noch nicht zuende. Man spricht bereits vom Iran (der nach der Besetzung des Iraks völlig von US-Militär eingeschlossen und eindeutig bedroht ist) und hat Vorwürfe gegen Syrien erhoben, in denen von »Konsequenzen« die Rede war. Diese Bemerkungen sind so offensichtlich geworden, dass es dem britischen Außenminister wichtig schien zu erklären, Großbritannien lehne jegliche Beteiligung an Militäraktionen gegen Syrien oder den Iran kategorisch ab. Doch die neokonservative Position, wie von Verteidigungsminister Rumsfeld schon vor langer Zeit dargelegt, ist, dass die USA Großbritannien nicht brauchen, um ihre Ziele zu erreichen, und dass sie, wenn nötig, alleine handeln werden. Der Druck auf Syrien und den Iran nimmt zu, während die USA auch auf interne Reformen in Saudi-Arabien zählen, sowohl zur Vereitelung jedes Versuchs einer Übernahme durch Islamisten (dies war schließlich bin Ladens Hauptziel) als auch aufgrund der Tatsache, dass die fundamentalistischen Lehren, die die Opposition gegen die USA vorantreiben, zum großen Teil von den Saudis unterstützt werden. Inzwischen haben die

---

<sup>122</sup> Diese Formel ist gut beschrieben in Johnson, *Blowback*.

USA eine »Shock and Awe« (»Schock und Lähmung«) genannte militärische Kapazität ausgefeilt und im Irak mit ihr experimentiert, durch die es möglich wäre, gleichzeitig die Hunderte von Nordkorea auf Seoul gerichteten Langstreckenraketen zu zerstören. Wenn sie wollen, können sie die gesamte militärische Macht und nukleare Kapazität Nordkoreas in einem Zwölf-Stunden-Schlag vernichten.

Hinter all dem liegt offenbar eine bestimmte geopolitische Vision. Mit der Besetzung des Iraks, einer möglichen Reform Saudi-Arabiens und einer Art von Unterwerfung Syriens und des Irans unter die überlegene US-amerikanische Militärmacht und -präsenz, werden die USA sich, wie in Kapitel 2 dargelegt, einen äußerst wichtigen strategischen Brückenkopf auf die eurasische Landmasse gesichert haben, der rein zufällig das Zentrum der Ölgewinnung ist, also des heutigen (und noch mindestens 50 Jahre vorhaltenden) Brennstoffs nicht nur der Weltwirtschaft, sondern auch jeder großen Militärmaschinerie, die es wagt, sich der US-amerikanischen entgegenzustellen. Das sollte die anhaltende globale Vorherrschaft der USA für die nächsten fünfzig Jahre sichern. Wenn die USA ihre Bündnisse mit osteuropäischen Ländern wie Polen und Bulgarien und auch (was sehr problematisch ist) mit der Türkei konsolidieren können, bis hinunter zum Irak und in einen befriedeten Mittleren Osten, werden sie eine wirkungsvolle Präsenz haben, die die eurasische Landmasse durchschneidet und Westeuropa von Russland und China trennt. Dann wären die USA militärisch und geostrategisch in der Position, den ganzen Globus militärisch und, durch das Öl, wirtschaftlich zu kontrollieren. Dies erschiene besonders bedeutsam im Bezug auf eine potenzielle Herausforderung durch die Europäische Union oder, noch wichtiger, China, dessen Wiederaufleben als wirtschaftliche und militärische Macht und Potenzial für die Führung in Asien den Neokonservativen eine ernsthafte Bedrohung zu sein scheint. Die Neokonservativen sind offenbar zu nichts geringerem entschlossen als zu einem Plan für die totale Beherrschung des Globus.<sup>123</sup> In einer so geordneten Welt der Pax Americana hofft man, dass alle Segmente unter dem Schirm des Kapitalismus des freien

---

<sup>123</sup> Armstrong, «Dick Cheney's Song of America».

Markts florieren können. Nach Ansicht der Neokonservativen sollte und wird die übrige Welt (oder zumindest alle besitzenden Klassen) dankbar sein für den Raum, den der Kapitalismus des freien Marktes der wirtschaftlichen Entwicklung überall einräumt.

Die große und offene Frage ist natürlich, kann oder wird ein solches Projekt funktionieren? Zweifellos gibt es sogar in der Bush-Regierung und dem US-Militär Menschen, die nicht nur nicht von seiner Durchführbarkeit überzeugt sind, sondern ihm auch durchaus aktiven Widerstand entgegensetzen könnten. Momentan hat der neokonservative Block im Kräfteverhältnis innerhalb der Regierung die Nase vorn, doch bleibt dies möglicherweise nicht so. Vieles wird beispielsweise davon abhängen, ob das Ansehen der Neokonservativen nach der Militäration im Irak vergrößert oder besudelt sein wird. Eine in die Länge gezogene und unschöne Besetzung Bagdads wird beispielsweise ernsthafte Konsequenzen für die Doktrin haben, bei dieser Schlacht gehe es um die Befreiung des Iraks und nicht etwa um seine Besetzung. Doch die externen Kräfte, die dem neokonservativen Imperialismus entgegenstehen, sind gewaltig. Erstens wird dieses Projekt, wenn es deutlicher zutage tritt, fast mit Sicherheit ein immer stärkeres Bündnis zwischen Deutschland, Frankreich, Russland, China und anderen schmieden, das keineswegs machtlos ist. Ein relativ vereinter eurasischer Block wird, wie beispielsweise Kissinger befürchtet (siehe oben), einen Kampf gegen die USA nicht notwendigerweise verlieren. Außerdem werden die Briten, sollten die USA tatsächlich in den Iran oder nach Syrien vordringen, fast sicher ihre Unterstützung für das aufgeben müssen, was dann eindeutig als selbstsüchtiger US-Imperialismus zu erkennen sein wird. Europäische Regierungen, die wie Spanien und Italien die USA eindeutig entgegen den Wünschen ihrer Bevölkerung unterstützt haben, werden fast mit Sicherheit fallen und Europa damit zu einem viel geeinteren, den US-Plänen entgegenstehenden Machtblock machen, als es momentan der Fall ist. Und der weltweite Widerstand innerhalb der Vereinten Nationen wird ebenfalls stark zunehmen, während die USA immer isolierter sein werden.

Die Neokonservativen haben von der Befähigung der USA zur moralischen Führungsinstanz viel vergeudet, und ihre Fähigkeit,

durch echten Konsens zu führen, ist bereits stark vermindert. Selbst ihr kultureller Einfluss scheint nachzulassen. Die USA mussten faktisch versuchen, sich in den Vereinten Nationen Konsens zu erkau- fen (wobei sie die UN fast behandelten, als seien diese eine Art ma- fiöser Vereinigung). Doch dass sich die Türkei, ein Mitgliedsstaat der NATO, nicht bestechen ließ, nicht einmal angesichts schlimmer wirtschaftlicher Not und der Drohung von Vergeltungsmaßnahmen, verdeutlicht ein tiefer liegendes Problem. Nirgends in der Welt ist sehr viel echter Konsens zu finden, am nächsten kommt dem noch die Haltung der Briten, die in den Augen ihrer eigenen Öffentlich- keit sehr wackelig ist. Die USA haben die Hegemonie durch Kon- sens aufgegeben und greifen mehr und mehr auf Vorherrschaft durch Zwang zurück. Sie hatten lange den Ehrgeiz, wie Colin Powell es formulierte, der große »Schikanierer um den Block« zu sein (siehe oben), aber seiner Behauptung, dies sei akzeptabel, weil man darauf vertraue, dass die USA das Richtige täten, mangelt es inzwischen an Glaubwürdigkeit. Die wachsende Flut allgemein verbreiteten, glo- balen Widerstands, symbolisiert durch das bemerkenswerte massen- hafte Erscheinen bei den weltweiten Antikriegsdemonstrationen am 15. Februar 2003, ist eine Kraft, mit der man rechnen muss.

Die Neokonservativen hoffen inständig, der Widerstand gegen ihren Militarismus in den Bevölkerungen sowie auf Regierungsebe- ne werde sich weltweit größtenteils auflösen, sobald sie überall auf der Welt Ordnung geschaffen und seinen Nutzen demonstriert hät- ten. Diese Vision enthält mehr als nur ein bisschen Utopismus, doch selbst ihre teilweise Erfüllung hängt entscheidend von der Natur der entstehenden Nutzen sowie deren Verteilung ab. Der Neokonser- vatismus überschneidet sich jedoch in dem Glauben mit dem Neoli- beralismus, dass freie Märkte für Waren sowie für Kapital alles Not- wendige enthalten, um allen und jedem Freiheit und Wohlbefinden zu bringen. Obwohl sich dies bereits als völlig falsch erwiesen hat, haben die Neokonservativen nichts weiter getan, als den vom Neo- liberalismus begonnenen Krieg niedriger Intensität zu einer drama- tischen Konfrontation zu steigern, die angeblich die Probleme ein für alle mal lösen wird. Sie werden eine politische Ökonomie wei- terführen, die auf der Akkumulation durch Enteignung beruht (und

die Enteignung des irakischen Öls wird der eklatanteste mögliche Ausgangspunkt dafür sein), und absolut nichts tun, um den wachsenden Ungleichheiten, die die zeitgenössischen Formen des Kapitalismus hervorbringen, entgegenzuwirken. Ja, nach ihrer Steuerpolitik zu urteilen, werden die Neokonservativen tun, was sie können, um diese Ungleichheiten auszubauen, vermutlich mit der Begründung, eine solche Belohnung für Initiative und Talent werde langfristig das Leben aller verbessern. Daher können wir eher eine Zunahme als ein Nachlassen der weltweiten Kämpfe gegen die Enteignung erwarten und eher eine Zunahme als ein Nachlassen des Gärstoffs, der die Anti- und alternativen Globalisierungsbewegungen sogar bis hin zur Wahl von Regierungen wie Lula in Brasilien angetrieben hat, die versuchen, die Handlungsräume für den Neoliberalismus zu begrenzen, wenn nicht gar zu verringern. Darüber hinaus gibt es hier nichts, was das Abrutschen in Nationalismus und ausschließende Politik als Mittel zur Verteidigung gegen den voranschreitenden Neoliberalismus aufhalten könnte. Je stärker die USA selbst mehr und mehr auf Rassismus als Mittel zum Brückenschlag zwischen Nationalismus und Imperialismus zurückgreifen, desto schwerer wird diese Art von Zerfall zu beherrschen sein.

Darüber hinaus besteht die entscheidende Frage, wie das neokonservative imperialistische Projekt innerhalb der arabischen und noch weiter innerhalb der islamischen Welt aufgenommen werden wird. In dieser Hinsicht betreten die Neokonservativen besonders dünnes Eis. Erstens wird jede Annäherung an die arabische Welt auf einer akzeptablen Lösung des arabisch-israelischen Konflikts beruhen müssen, zu dem die Bush-Regierung – mit Ausnahme von gelegentlichen Willensbekundungen in Reaktion auf externen Druck (insbesondere von Großbritannien) – praktisch völlig geschwiegen hat. Der Grund für diese scheinbare Gleichgültigkeit und die Ablehnung jedes Versuchs, Scharons Politik in Israel in die Schranken zu weisen, liegt in der unheiligen Allianz zionistischer Einflüsse innerhalb der USA, kräftig unterstützt von den fundamentalistischen Christen, die ihre eigenen eschatologischen Gründe dafür haben. Wenn es trotz des Einsatzes US-amerikanischer imperialistischer Macht nicht gelingt, ein Palästinenserabkommen in der Region hervorzuzaubern,

wird dies ein dauerhafter Schlag gegen die USA innerhalb der arabischen Welt und sogar jenseits davon sein. Zweifellos läge darin eine Quelle des Widerstands, die sich in sporadischer Gewalt gegen Israel und die USA äußerten und vielleicht interne Revolutionen innerhalb der moslemischen Welt auslösen könnte. Zweitens beruht die Vorstellung, der Irak könne als Vorzeigeprojekt dienen, um die islamische Welt von ihren eigenen Spielarten des Fundamentalismus und ihren undemokratischen Staatsformen abzubringen, auf der weit hergeholten, wenn nicht absurden Annahme, der Irak könne über Nacht in einen florierenden, kapitalistischen und demokratischen Staat unter US-amerikanischer Vormundschaft verwandelt werden. Zu diesem Zweck ergibt die Wahl des Iraks tatsächlich einen gewissen Sinn, da er nicht nur Reichtum besitzt, sondern auch eine Menge wissenschaftliche Talente und technisches Know-how; bevor die USA und Saddam es gemeinsam zerstörten, hatte das Land auch eine signifikante Basis in der Produktion und der Landwirtschaft. Überschüssiges Kapital würde wahrscheinlich eine Abflussmöglichkeit darin finden, vieles davon wieder aufzubauen, doch angesichts der neoliberalen Regeln, die die Handels- und Finanzströme immer noch größtenteils regulieren, und des allgemeinen Zustands der Überakkumulation kann man sich schwerlich vorstellen, dass der Irak in den kommenden Jahren zum Äquivalent Südkoreas wird. Und selbst wenn er anfinke, dazu zu werden, ist angesichts der vielen Fehlschläge der Entwicklung von Staaten, die, wie Pakistan und Ägypten, im Lauf der vergangenen 20 Jahre mit einem Gutteil Unterstützung durch die USA einen Weg in die wirtschaftliche Entwicklung im kapitalistischen Stil gesucht haben, überhaupt nicht gesagt, dass irgendwelche Vorzeigewirkungen eintreten würden. Der einzige Umstand, auf dem eine gewisse Hoffnung für die irakische wirtschaftliche Entwicklung unter der Besatzung beruhen könnte, wäre eine Erholung der Weltwirtschaft in einem noch größeren Ausmaß als in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg.

Das bringt uns zu der entscheidenderen Frage nach den heute vorherrschenden wirtschaftlichen Bedingungen und danach, inwieweit die skizzierten Prozesse auf eine kapitalistische Logik der Macht hindeuten, die mit der spezifischen durch den neokonservativen

Imperialismus angestrebten territorialen Logik irgendwie vereinbar oder an diese anzupassen ist. Das ist zwar wie immer schwer mit Sicherheit vorherzusagen, doch offenbar besteht eine weitreichende Inkonsistenz, wenn nicht ein ausgemachter Widerspruch zwischen den beiden Logiken. Wenn das so ist, wird entweder die territoriale oder die kapitalistische Logik nachgeben oder mit katastrophalen Folgen rechnen müssen. Was also sind die Hauptmerkmale dieser Unvereinbarkeit?

Erstens einmal sind da die Kosten des Krieges selbst. Sie können nicht weniger als 200 Milliarden Dollar betragen und werden möglicherweise viel höher liegen. Sicherlich existiert reichlich überschüssiges Kapital, um ihn zu finanzieren, aber dieses wird seine Rendite fordern: entweder Profite der Auftragnehmer von Abwehrmaßnahmen oder dem Wiederaufbau und/oder Zinszahlungen auf Staatsschulden. Bomben abzuwerfen ist keine produktive Investition und bringt keinen Wert in den Kreislauf und Akkumulationsprozess ein, es sei denn, wir betrachteten die Senkung des Ölpreises auf 20 Dollar/Barrel als Teil einer Ertragsrate der Militäraktion im Irak. Irakisches Öl könnte natürlich beschlagnahmt werden, um den Krieg zu bezahlen, doch das würde seinen Gebrauch für die internationale Neuentwicklung weitgehend ausschließen und dadurch die Möglichkeit zunichte machen, dass der Irak die Rolle eines Vorzeigeprojekts für die kapitalistische Entwicklung spielt. Es wird nach allem, was man hört, mehrere Jahre brauchen, die irakische Ölproduktion auf ein Niveau zu heben, auf dem denkbar ist, dass sie beides finanziert. Und in jedem Fall hat der Irak aus der Vergangenheit Schulden von etwa 200 Mrd. US-Dollar (64 Mrd. Dollar allein bei Russland) sowie außerordentliche Obligationen aufgrund von Entschädigungszahlungen für den Einmarsch nach Kuwait, die sich auf über 100 Mrd. Dollar belaufen. Sollte der Irak unter der US-Vormundschaft diese Schulden nicht begleichen, käme es zu einem beträchtlichen internationalen Aufruhr (mit Russland allen voran).

Daher haben die USA praktisch keine andere Wahl, als sich hoch zu verschulden, um den Krieg zu finanzieren. Die allgemeinen Auswirkungen eines in die Höhe schnellenden Haushaltsdefizites der USA wären selbst unter den bestmöglichen Bedingungen nicht milde.

Unter den momentanen Bedingungen der wirtschaftlichen Stagnation, der sich verringernden Vermögenswerte und des schwindenden Steueraufkommens werden solche Defizit Ausgaben für militärische Zwecke die Wirtschaft vermutlich eher noch tiefer in die Rezession drängen als zu ihrer Wiederbelebung von innen beizutragen. Militärausgaben werden manchmal (zum Beispiel von Luxemburg) als ökonomischer Ansporn analysiert (was auch »militärischer Keynesianismus« genannt wird), doch sie können bestenfalls sehr kurzfristig wirken (etwa so lange, wie man braucht, um abgenutzte Ausrüstung und verbrauchtes Material zu ersetzen). Und in der momentanen Situation wird jede kurzfristige Anregung aus dieser Richtung vollkommen durch sinkendes Kundenvertrauen und ein (von der Regierung unmittelbar für ihre eigenen Zwecke genutztes) Klima der Angst wettgemacht, das die Menschen vom Reisen oder irgendwelchen riskant erscheinenden Aktivitäten abhält. Daher stehen Fluglinien entweder kurz vor dem Konkurs oder mussten ihn bereits anmelden und Tourismus und Freizeitaktivitäten stecken tief in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Der Verlust von Arbeitsplätzen und Sozialversicherungen (wie Krankenversicherung und sogar Rentenfonds) hallt überall in der US-Ökonomie wider. Die Wirtschaft New York Citys beispielsweise befindet sich heute in einem sogar noch prekäreren Zustand als in der Krise von 1973/75 und das Haushaltsdefizit der Stadt scheint dazu eingerichtet zu sein, sie innerhalb weniger Jahre in den technischen Konkurs zu drängen.

Dieses Problem wird durch die prekäre internationale Lage der US-Ökonomie verschärft. Ausländer halten inzwischen über ein Drittel der US-amerikanischen Staatsschulden und 18% der Unternehmensschulden (womit die Anteile sich seit etwa 1980 mehr als verdoppelt haben), und die USA sind inzwischen von netto mehr als 2 Milliarden US-Dollar an täglichen Investitionsströmen aus dem Ausland abhängig, um ihr ständig wachsendes derzeitiges Defizit gegenüber dem Rest der Welt zu decken.<sup>124</sup> Wie bereits dargelegt,

---

<sup>124</sup> A. Krueger, »Economic Scene«, *New York Times*, 3. April 2003, S. C2; J. Madrick, »The Iraqi Time Bomb«, *New York Times*, 6. April 2003, Sonntagsmagazin, S. 48.



macht dies die US-Ökonomie außerordentlich verwundbar für Kapitalflucht, für die mit dem Fall des relativen Dollarwertes auf den Weltmärkten bereits erste Zeichen sichtbar sind. Es besteht die Gefahr, dass der Spieß umgedreht wird im Hinblick auf die Macht des Finanzkapitals, die USA selbst zu stützen statt ihnen ernsthaft zu schaden. Die kapitalistische Logik deutet ohne das wirksame Eingreifen des Staates, zu dem die Bush-Regierung anscheinend nicht in der Lage ist, eher auf ein Abfließen der wirtschaftlichen Macht aus den USA hin als auf die mächtige Bewegung nach innen, die man während des Wirtschaftsbooms der 1990er Jahre so effektiv lenkte. Ebenso wie das spekulative Kapital nach Thailand, Indonesien und Argentinien floss, um eine Hochkonjunktur zu finanzieren, die plötzlich in Kapitalflucht und wirtschaftliche Katastrophen kollabierte, erzeugte die Flucht des spekulativen Kapitals an die Wall Street in den 1990er Jahren einen Boom, der genauso leicht umgekehrt werden kann (und bis zu einem gewissen Grad bereits umgekehrt wird). Die Umstände sind natürlich ein wenig andere, weil der Dollar immer der sichere Hafen für das weltweite Kapital gewesen ist und die Macht zur Geldschöpfung immer noch bei den USA liegt. Doch viel hängt von dem Vertrauen in die US-Regierung ab, und je mehr erkannt wird, dass sie momentan von einer Koalition aus dem militärisch-industriellen Komplex, Neokonservativen und, noch besorgniserregender, fundamentalistischen Christen dominiert wird, desto stärker wird die Logik des Kapitals auf einen Regierungswechsel in Washington als Notwendigkeit für ihr eigenes Überleben hinarbeiten. Das hätte den Effekt, die neokonservative Version des Imperialismus mit einem Knall zum Stillstand zu bringen. Sollte dies nicht geschehen, könnte die enorme Belastung durch eine noch stärkere Hinwendung zu einer ständigen Kriegswirtschaft auf eine Art wirtschaftlichen Selbstmord der Vereinigten Staaten hinauslaufen. Der Drang zum Militarismus würde dann als ein letzter verzweifelter Zug der USA erscheinen, ihre globale Vorherrschaft um jeden Preis zu erhalten.

Aber der potenziell durch das neokonservative imperialistische Projekt angerichtete Schaden hat noch einen anderen Aspekt. Bei der unilateralen Behauptung der US-amerikanischen Imperialmacht

erkennt man überhaupt nicht das hohe Maß an Integration über Ländergrenzen hinweg, das heute innerhalb der kapitalistischen Organisation des Kreislaufs und der Akkumulation von Kapital besteht. Die US-amerikanischen Drohungen, Produkte aus Frankreich und Deutschland zu boykottieren, und andersherum Boykottandrohungen durch die Europäer ergeben schwerlich einen Sinn, wenn der Anteil ausländischer Güter in jeder Ökonomie typischerweise zwischen einem Drittel und der Hälfte ihres Wertes liegt. Doch der wachsende Nationalismus, heute so sehr durch den Krieg gefördert wie durch die Widerstandsbewegungen gegen den Neoliberalismus, kann dem internationalen Kapitalstrom und den Dynamiken der Akkumulation tatsächlich Beschränkungen auferlegen. Der Rückzug in regionale Strukturen des Kapitalkreislaufs und der -akkumulation, für den die Zeichen sich bereits häufen, kann durch jeden wachsenden Trend des Nationalismus und Rassismus verschlimmert werden, ganz zu schweigen davon, wie der Gedanke eines Kampfs der Kulturen an Boden gewinnt. Doch der Rückzug in regionale Machtblöcke, die ausschließende Praktiken ausüben, während sie am Wettbewerb zwischen den Blöcken teilnehmen, ist genau die Struktur, die die Krisen des globalen Kapitalismus in den 1930er und 1940er Jahren hervorbrachte. Lenin wird Recht behalten. Und vermutlich will niemand das noch einmal erleben, was die langsame, aber wahrnehmbare Tendenz zu einer solchen Lösung noch beunruhigender macht.

Die Fortführung der neoliberalen Politik auf wirtschaftlicher Ebene bringt, wie ich bereits angedeutet habe, eine Fortführung, wenn nicht Eskalation, der Akkumulation mit anderen Mitteln mit sich, d. h. die Akkumulation durch Enteignung. Die äußere logische Folge muss sicherlich eine stetig wachsende Flut des weltweiten Widerstands sein, auf den die einzige Antwort die Unterdrückung populärer Bewegungen durch die Staatsmacht sein kann. Das impliziert die Fortsetzung des Krieges niedriger Intensität, der die Weltwirtschaft seit 20 Jahren oder mehr kennzeichnet, es sei denn, es gelänge, das globale Überakkumulationsproblem zu mildern. Die einzige Möglichkeit hierfür ist, wie ich vertreten habe, das hemmende, gewaltsame und riesige Programm dessen, was im Wesentlichen eine wahrhaft primitive Form der Akkumulation in China ist. Sie wird ein

Wirtschaftswachstum und eine Entwicklung der öffentlichen Infrastruktur nach sich ziehen, die künftig einen großen Teil des weltweiten Kapitalüberschusses absorbieren könnten. Vorausgesetzt, dieser Prozess führt nicht zu einer Konterrevolution innerhalb Chinas. Doch wenn er Erfolg hat, wird das Abfließen des Überschusskapitals nach China katastrophal für die US-Ökonomie sein, die momentan von Kapitalzuströmen unterhalten wird, um ihren eigenen unproduktiven Konsum im militärischen wie im privaten Sektor zu stützen. Das Ergebnis wäre das Äquivalent einer »strukturellen Anpassung« in der US-Ökonomie und damit verbunden ein bislang ungekanntes Maß an Entbehrungen, wie man sie seit der Großen Depression der 1930er Jahre nicht mehr erlebt hat. In solch einer Situation wären die USA sehr in Versuchung, ihre Macht über das Öl als Bremsklotz China in den Weg zu stellen, was zumindest zu einem geopolitischen Konflikt in Zentralasien führen und sich möglicherweise zu einem globaleren Konflikt auswachsen würde.

Die einzig mögliche, wenn auch befristete Antwort auf dieses Problem innerhalb der Regeln einer kapitalistischen Produktionsweise ist eine Art von neuem »New Deal« mit weltweitem Einflussbereich. Das würde bedeuten, die Logik der Kapitalzirkulation und -akkumulation von ihren neoliberalen Ketten zu befreien, die Staatsmacht in die Richtung erweiterter Eingriffs- und Umverteilungsmöglichkeiten umzuformulieren, die Spekulationsmacht des Finanzkapitals einzuschränken und die überwältigende Macht von Oligopolen und Monopolen (insbesondere den ruchlosen Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes), alles von den Bedingungen des internationalen Handels bis hin zu dem, was wir in den Medien sehen, lesen und hören, zu diktieren, zu dezentralisieren oder demokratisch zu kontrollieren. Der Effekt wäre die Rückkehr zu einem abgemilderten »New Deal«-Imperialismus, die zustande kommen würde durch die Art von Koalition kapitalistischer Mächte, die Kautsky sich vor langer Zeit vorstellte.

Ein Ultraimperialismus der Sorte, die man jetzt in Europa vorzieht, hat jedoch seine eigenen negativen Konnotationen und Konsequenzen. Wenn man dem Blair-Berater Robert Cooper glauben darf, favorisiert dieser Imperialismus die Wiedereinführung der aus

dem 19. Jahrhundert stammenden Unterscheidungen zwischen zivilisierten, barbarischen und wilden Staaten unter den Bezeichnungen postmoderner, moderner und prämoderner Staaten, wobei die postmodernen als Hüter von Zivilisation und Zusammenarbeit durch direkte oder indirekte Mittel die Huldigung universeller (sprich: »westlicher« und »bürgerlicher«) Normen und humanistischer (sprich: »kapitalistischer«) Praktiken rund um den Globus herbeiführen sollen. Die postmodernen, hauptsächlich europäischen Staaten sind, aus dieser Perspektive, nicht im Geringsten ein »altes Europa«, sondern den USA weit voraus, die ihrerseits offenbar gewisse Schwierigkeiten haben, ihre modernistische Art abzulegen. Das Problem ist, dass es Klassifikationen dieser Art waren, die es Liberalen des 19. Jahrhunderts wie John Stuart Mill gestatteten, die Vormundschaft über Indien und die Extraktion von Tributen aus dem Ausland zu rechtfertigen und gleichzeitig die Prinzipien der repräsentativen Regierung in »zivilisierten« Ländern wie dem eigenen zu rühmen. In Abwesenheit einer starken Wiederbelebung anhaltender Akkumulation durch erweiterte Reproduktion kann diese europäische Version des liberalen Imperialismus sich nur immer tiefer in den neoliberalen Morast einer weltweiten Politik der Akkumulation durch Enteignung bewegen, um den Motor der Akkumulation weiterlaufen zu lassen. Eine solche alternative Form des kollektiven Imperialismus wird für weite Teile der Weltbevölkerung schwerlich akzeptabel sein, die die Akkumulation durch Enteignung und die mit ihr verbundenen räuberischen Formen des Kapitalismus durchgemacht und in manchen Fällen zu bekämpfen begonnen haben. Die liberale List, die jemand wie Cooper vorschlägt, ist jedenfalls den postkolonialen Autoren zu vertraut, um Zugkraft zu haben.<sup>125</sup>

---

<sup>125</sup> R. Cooper, »The New Liberal Imperialism«, Observer, 7. 4. 2002. Die in U. Mehta, *Liberalism and Empire* (Chicago: University of Chicago Press, 1999), ausgeführte Kritik ist schlicht vernichtend, wenn man sie gegen Coopers Formulierungen vorbringt. Ich konnte in diesem Punkt, wie woanders auch, großen Nutzen ziehen aus der Analyse in J. Anderson, »American Hegemony after September 11: Allies, Rivals and Contradictions«, unveröffentl. Manuskript, Centre for International Borders Research, Queen's University, Belfast, 2002.

Natürlich warten noch viel radikalere Lösungen hinter den Kulissen, aber die Entwicklung eines neuen »New Deal«, innenpolitisch wie international angeführt von den USA und Europa, ist angesichts der dagegen in Anschlag gebrachten überwältigenden Kräfte der Klassen und speziellen Interessen in der momentanen Situation sicherlich ein ausreichend harter Brocken. Und der Gedanke, er könnte durch das angemessene Anstreben einer langfristigen raumzeitlichen Fixierung tatsächlich die Probleme der Überakkumulation zumindest für einige Jahre lindern und die Notwendigkeit der Akkumulation durch Enteignung verringern, könnte demokratische, progressive und humane Kräfte dazu ermutigen, sich hinter ihn zu stellen und ihn zu einer Art von praktischer Realität zu machen. Dies scheint tatsächlich auf eine viel weniger gewaltsame und mildere imperialistische Marschroute abzielen als der rohe militaristische Imperialismus, für den die neokonservative Bewegung in den Vereinigten Staaten momentan steht.

Das wirkliche Schlachtfeld, auf dem dies ausgefochten werden muss, liegt natürlich innerhalb der USA. In dem Punkt gibt es einigen Anlass für schwache Hoffnung, da die schweren Einschnitte in bürgerliche Freiheiten und die schon lange bestehende Erkenntnis, dass Imperialismus im Ausland um den Preis von Tyrannei zu Hause erkaufte wird, eine echte Grundlage für politischen Widerstand bilden, zumindest unter denjenigen, die wirklich an die Bill of Rights glauben und deren Vorstellung von Verfassungskonformität eine andere ist als die der heutzutage den Obersten Gerichtshof dominierenden neokonservativen Mehrheit. Diese Menschen sind mindestens so zahlreich wie die christlichen Fundamentalisten, die jetzt so einen unheilverkündenden Einfluss in der Regierung ausüben. Und es gibt innerhalb der christlichen Mehrheit, insbesondere in ihrer Führung (die größtenteils eine Antikriegshaltung zum Ausdruck gebracht hat), Anzeichen für einen moralischen Imperativ, die christlichen Fundamentalisten zu isolieren und eine andere Art von Christentum durchzusetzen, das für religiöse Toleranz und die friedliche Koexistenz mit anderen eintritt. Es gibt eine Antikriegs- und Anti-imperialismusbewegung, die bemüht ist, sich zu artikulieren, doch das Klima des Nationalismus, Patriotismus und der Unterdrückung

von Dissens auf allen Ebenen, insbesondere in den Medien, bedeutet, dass intern ein unerbitterlicher Kampf gegen die neokonservative Version des Imperialismus sowie gegen die Fortführung des Neoliberalismus auf wirtschaftlicher Ebene geführt werden muss. Die Klassenmacht hinter dem Neoliberalismus beispielsweise ist furchterregend, aber je problematischer die neokonservative Form der Staatsführung innenpolitisch wie international erscheint, desto wahrscheinlicher wird es selbst innerhalb der elitären Klassen zu Uneinigkeit und Meinungsverschiedenheiten über die von der territorialen Logik der Macht einzuschlagende Richtung kommen. Die momentanen Schwierigkeiten innerhalb des neoliberalen Modells und die Bedrohung, die es jetzt für die Vereinigten Staaten selbst darstellt, könnten sogar Forderungen nach der Entwicklung einer alternativen Logik der territorialen Macht herbeiführen. Ob dies geschieht oder nicht, hängt entscheidend von den politischen Kräfteverhältnissen innerhalb der USA ab. Dies ist zwar vielleicht nicht ausschlaggebend, wird aber eine große Rolle für unsere individuelle und kollektive Zukunft spielen. Im Hinblick darauf kann die übrige Welt nur zusehen, warten und hoffen. Aber eines kann mit Sicherheit festgestellt werden. Ein pauschaler Antiamerikanismus der übrigen Welt wird und kann nicht helfen. Diejenigen in den USA, die sich um die Entwicklung einer Alternative bemühen, sowohl intern als auch im Hinblick auf ausländische Verpflichtungen, brauchen alle Sympathien und Unterstützung, die sie bekommen können. Ebenso wie die Dialektik von innen und außen solch eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung des neokonservativen Imperialismus spielt, kommt einer Umkehr dieser Dialektik eine entscheidende Rolle in der antiimperialistischen Politik zu.

# Nachwort

Um zu erreichen, was ich mir vorgenommen hatte, nämlich zu erklären, warum es den Irak getroffen hatte und warum zu diesem Zeitpunkt, musste ich vorläufig beschreiben, wie es zu dem Krieg kam, auch wenn vieles noch unklar war. Manches hat sich inzwischen geklärt. Die Massenvernichtungswaffen (angeblich der Hauptgrund für einen Präventivschlag) waren keine Bedrohung und es wurden keine nennenswerten gefunden. Die angenommene Verbindung von Saddam zu Al Qaida und dem 11. September existierte nicht. Es gab ernsthafte Probleme mit den Geheimdiensten. Die Anhörungen und Berichte der Kommission zum 11. September sowie der Geheimdienstbericht des US-Senats zusammen mit den Hutton- und Butler-Untersuchungen in Großbritannien dokumentieren, wie unaufbereitete, dürftige und oft nicht bestätigte Informationen verwendet wurden, um die Entscheidung für einen Krieg zu rechtfertigen. Der von Regierungen ausgeübte politische Druck spielte offensichtlich eine Rolle, aber die politische Entscheidungsfindung wurde nicht so eingehend überprüft wie Fehler in der Informationsweitergabe. Die systematischen Ausflüchte zu diesem Punkt sowohl in Großbritannien als auch in den USA lassen vermuten, dass es eine Menge zu verbergen gibt.

Auf alle Fälle schickten nicht die Geheimdienste ihre Länder in den Krieg – sondern die Politiker. Und die Neokonservativen in den USA hatten schon lange in den Irak einmarschieren wollen. Die weitergehenden Behauptungen – das Ziel sei, die ganze Region zu demokratisieren, Gefälligkeiten für undemokratische Regime wie in der Vergangenheit würden aufhören, und man sei zutiefst um die Menschenrechte besorgt – stehen im Widerspruch zur anhaltenden (und durch Militärpräsenz verstärkten) US-amerikanischen Unterstützung gewaltsam repressiver Regime in anderen Teilen der Welt sowie der bedingungslosen Unterstützung einer brutalen israelischen Militärpolitik gegenüber den Palästinensern.

Mit der Zeit griffen Bush und Blair auf das Argument zurück, die Welt gewaltsam von einem brutalen Diktator zu befreien, sei moralisch korrekt und »die Geschichte« würde ihnen letztlich Recht geben. Insbesondere Bush betonte, das Geschenk der Freiheit an den Irak sei Rechtfertigung genug. »Freiheit«, so beteuerte er, »ist das Geschenk des Allmächtigen an jeden Mann und jede Frau auf dieser Welt«, und »als die größte Macht der Erde sind wir verpflichtet, zur Ausbreitung der Freiheit beizutragen.«<sup>126</sup> Nähme man ihn beim Wort, würde das eine Reihe von präventiven Befreiungskriegen erforderlich machen, von Saudi-Arabien über Zimbabwe und Pakistan bis nach China.

Aber, wie Matthew Arnold vor langer Zeit bemerkte, »Freiheit ist ein sehr gutes Pferd zum Reiten, aber um es irgendwohin zu reiten.«<sup>127</sup> Wohin also sollten die Iraker ihr Pferd der Freiheit reiten? Die US-amerikanische Antwort auf diese Frage wurde am 19. September 2003 gegeben, als Paul Bremer, Chef der zivilen Übergangsverwaltung, eine Reihe von Verfügungen erließ, darunter die »völlige Privatisierung staatlicher Unternehmen, volle Besitzrechte ausländischer Firmen an irakischen Betrieben, völlige Repatriierung ausländischer Profite ..., die Öffnung irakischer Banken für ausländische Kontrollen, die Behandlung ausländischer Firmen wie inländische und ... der Abbau praktisch aller Handelsbarrieren.«<sup>128</sup> Diese Anordnungen sollten auf alle wirtschaftlichen Bereiche angewendet werden. Nur Öl war davon befreit (vermutlich aufgrund seines Sonderstatus und seiner geopolitischen Bedeutung). Ein Einheitssteuersatz wurde verhängt (ein regressives Besteuerungssystem, das bei bestimmten Neokonservativen in den USA sehr beliebt ist). Streiks wurden verboten und das Recht auf gewerkschaftliche Organisation stark eingeschränkt.

---

<sup>126</sup> G. W. Bush, »President Addresses the Nation in Prime Time Press Conference«, 13. April 2004; <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2004/0420040413-20.html>.

<sup>127</sup> Matthew Arnold wird zitiert in: R. Williams, *Culture and Society, 1780-1850* (London: Chatto & Windus, 1958), S. 118.

<sup>128</sup> A. Juhasz, »Ambitions of Empire: The Bush Administration Economic Plan for Iraq (and Beyond)«, *Left Turn Magazine*, 12 (Feb./März 2004).



Diese Auferlegung eines Systems, das der Londoner *Economist* den »Traum jedes Kapitalisten« nannte, rief durchaus Kritik hervor. Der irakische Übergangshandelsminister attackierte die Verhängung eines »Fundamentalismus des freien Marktes« und bezeichnete ihn als »fehlerhafte Logik, die die Geschichte ignoriert«. Die Einschätzung, die USA seien darauf aus, »den Irak zu plündern« (ein brutaler Fall von Akkumulation durch Enteignung, wenn es je einen gegeben hat), gewann an Glaubwürdigkeit, während die »Goldgrube Wiederaufbau Irak« ins Rollen kam und US-amerikanischen Unternehmen erhebliche Vorteile einbrachte. Nationale Vermögenswerte des Irak wurden faktisch zum Schleuderpreis an Ausländer versteigert. Bremers Verfügungen verstießen gegen die Genfer und Den Haager Konventionen zur Rolle einer Besatzungsmacht.<sup>129</sup> Einer der Gründe für die US-amerikanische Ablehnung direkter Wahlen im Irak war der Wunsch der USA nach einer ernannten Übergangsregierung, die diese Reformen des freien Marktes in das Rechtssystem einbinden würde, ehe eine direkte Demokratie (die sie wahrscheinlich ablehnen würde) errichtet werden könnte. Während der handverlesenen Übergangsregierung, die Ende Juni 2004 die Macht übernahm, als Preis für eine unterstützende UN-Resolution nominell die »volle Souveränität« gewährt wurde, geht aus der Übergangsvereinbarung hervor, dass sie keine wesentlichen neuen Gesetze verabschieden, nur bestehende Verordnungen bestätigen kann. Dass die neue Führung mit ihren langjährigen Verbindungen zur CIA den von den USA verhängten Fundamentalismus des freien Marktes in Frage stellen wird, ist unwahrscheinlich.<sup>130</sup>

Bremers Verordnungen waren faktisch der Auftrag, einen perfektionierten »neoliberalen Staat« im Irak aufzubauen. Man erinnere sich, das erste große Experiment im Aufbau eines neoliberalen Staats war Chile nach Pinochets gewaltsamem, von den USA unterstütz-

---

<sup>129</sup> N. Klein, »Of Course the White House Fears Free Elections in Iraq«, *Guardian*, 24. Januar 2004, S. 18; Editorial, »The Iraq Reconstruction Bonanza«, *New York Times*, 1. Oktober 2003, S. A22.

<sup>130</sup> A. Juhasz, »The Handover That Wasn't: How the Occupation of Iraq Continues«, *Foreign Policy in Focus Policy Report*, [www.fpf.org](http://www.fpf.org).

ten Putsch des »kleinen 11. September« 1973 gegen den demokratisch gewählten Salvador Allende. Neoliberale Wirtschaftsexperten aus den USA halfen dabei, die chilenische Wirtschaft in Richtung eines vollkommen privatisierten und unregulierten freien Markts und freien Handels wieder aufzubauen. In den dreißig Jahren zwischen der gewaltsamen Verhängung des Neoliberalismus in Chile und im Irak wandten sich alle möglichen Staaten, angefangen bei Thatcher in Großbritannien und Reagan in den USA, von dem Streben nach Vollbeschäftigung und Wohlergehen aller Bürger ab und schlugen den Weg des Neoliberalismus ein, der sich allein darauf konzentriert, die Inflation in Grenzen zu halten, ein gutes Geschäftsklima zu schaffen und die Freiheiten des Markts zu befördern. Bremers Anordnungen tun faktisch durch rohe Gewalt das, was die USA (mit Hilfe des IWF und seiner strukturellen Anpassungsprogramme sowie durch die WTO) weltweit versuchen, und decken sich genau mit den Anforderungen, die die Bush-Regierung mit ihren Zahlungen der Auslandshilfe aus den »Millennium Challenge Grants« verknüpft hat.<sup>131</sup>

Eines der großen Fragezeichen zur Zeit der Invasion war, ob man darin eine Befreiung oder eine Besetzung sehen würde. Es wurde schnell klar, dass sie hauptsächlich als Besetzung begriffen wurde. In den Augen ernsthafter Historiker war der Einmarsch durch die elementare Kenntnis der ganzen Kolonialgeschichte und ihrer Nachwirkungen im Mittleren Osten von vornherein dazu verurteilt, so angesehen zu werden. Jede ausländische Macht, die in die Region vorstieß, erklärte Befreiung zu ihrem Ziel und trat dann als brutale Besatzungsmacht auf.<sup>132</sup> Viel mehr US-Soldaten sind gestorben, seit

---

<sup>131</sup> N. Klein, »White House Fears Elections«; T. Crampton, »Iraqi Official Urges Caution on Imposing Free Market«, *New York Times*, 14. Oktober 2003, S. C5; S. Soederberg, »American Empire and ›Excluded States‹: The Millennium Challenge Account and the Shift to Pre-emptive Development«, unveröffentlichtes Manuskript, Department of Political Science, University of Alberta, 2003.

<sup>132</sup> D. Gregory, *The Colonial Present* (Oxford: Basil Blackwell, 2004); R. Khalidi, *Resurrecting Empire: Western Footprints and America's Perilous Path in the Middle East* (Boston: Beacon Press, 2004).

Bush am 1. Mai 2003 unter dem Spruchband »mission accomplished« – Mission vollendet – auf einem Flugzeugträger landete. Die Hinwendung der USA zu brutaleren repressiven Taktiken im Irak (Taktiken, in denen sich die der Israelis gegen die Palästinenser widerspiegeln) erzeugten immer größere Wellen des Widerstands. »Ich glaube, mit einer kräftigen Dosis Angst und Gewalt und viel Geld für Projekte«, sagte ein US-Kommandeur der Bodentruppen während dieser Phase der Besetzung, »können wir diese Menschen überzeugen, dass wir hier sind, um ihnen zu helfen.« Solche Taktiken schlugen offensichtlich fehl und der Mythos einer wohlwollenden Militärbesatzung wurde durch die skandalösen Übergriffe gegen Kriegsgefangene in Abu Ghraib unwiederbringlich zerstört.<sup>133</sup>

Innerhalb der USA zog dies eine stetig wachsende Bereitschaft nach sich, die Motive für die Invasion sowie den folgenschweren Mangel an Plänen für den Nachkriegs-Wiederaufbau des Irak zu hinterfragen. Erstaunlicherweise waren sogar einige *Mea culpas* in der Mainstream-Presse zu lesen, die eingestand, im Vorfeld des Krieges ihre Pflicht, für eine kritische Analyse zu sorgen, nicht erfüllt zu haben.<sup>134</sup> Und mit Michael Moores *Fahrenheit 9/11* entstand eine vernichtende Polemik nicht nur gegen die Bush-Regierung, sondern auch gegen die Klassen- und Unternehmensinteressen, die sie in ihrem Engagement für den Krieg unterstützten.

Doch mittlerweile stehen die USA intern und extern unter Druck, im Irak eine Strategie für einen schnellen Abgang zu finden. Doch befindet man sich in mehreren schwierigen Dilemmata. Ein zu schneller Rückzug der US-Streitkräfte könnte den Irak durchaus in einen blutigen Bürgerkrieg stürzen. Das ist genau das, was die (diskredi-

---

<sup>133</sup> D. Filkins, »Tough New Tactics by U.S. Tighten Grip on Iraq's Towns«, *New York Times*, 7. Dezember 2003, S. A18.

<sup>134</sup> D. Rieff, »Blueprint for a Mess: How the Bush Administration's Pre-war Planners Bungled Postwar Iraq«, *New York Times*, 2. November 2003, Sonntagsmagazin, S. 28–78; M. Ignatieff, »Why Are We In Iraq? (and Liberia? And Afghanistan?)«, *New York Times*, 7. September 2003, Sonntagsmagazin, S. 38–85; C. Mooney, »The Editorial Pages and the Case for War: Did Our Leading Newspapers Set Too Low a Bar for a Preemptive Attack?«, *Columbia Journalism Review*, 1. März 2004; Editorial, »A Pause for Hindsight«, *New York Times*, 16. Juli 2004, S. A22.

tierte) CIA vorhersagt. So lässt sich, sogar von denen, die einer US-geführten Invasion möglicherweise kritisch gegenüberstanden, allzu leicht fordern, dass die US-Streitkräfte bleiben, bis die Aufgabe, den Irak zu stabilisieren, erledigt ist (falls dies jemals zutrifft). Politisch wirkten die USA größtenteils durch die Trennlinien zwischen den verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppierungen und förderten diese somit aktiv (und vielleicht unbewusst) als politische Blöcke. Die Klüfte zwischen religiösen und ethnischen Gruppen sind natürlich signifikant und Konflikte zwischen ihnen sind durchaus möglich. Ein Resultat könnte die Aufteilung des Irak in einen sunnitischen, einen kurdischen und einen schiitischen Staat sein. Gerücheweise war von solchen Plänen die Rede, doch ist unwahrscheinlich, dass die umliegenden Staaten (insbesondere die Türkei) dem tatenlos zusehen würden. Unwahrscheinlich ist auch, dass die USA die Ölfelder ungeschützt lassen würden, selbst wenn sie sich aus dem übrigen Land zurückzögen. Die einzigen anderen Möglichkeiten sind, dass entweder die USA langfristig im Irak bleiben (eine Möglichkeit, die innerhalb der USA zunehmend unpopulär wird) oder die Besetzung unter der Schirmherrschaft der UN internationalisiert wird. Die anfängliche Abneigung der Bush-Regierung, letzteres in Erwägung zu ziehen (selbst unter der Annahme, die UN könnten dem zustimmen) erwuchs wahrscheinlich aus einer Mischung aus falschem Stolz, der Unfähigkeit der US-amerikanischen Machtinstitutionen zum Kurswechsel und der Sorge um das Öl. Man bewegte sich zögerlich in Richtung einer Internationalisierung der Besetzung und des Wiederaufbaus. Doch damit wäre ein viel größeres Mitspracherecht für die Länder verbunden, die wie Frankreich, Deutschland und Russland aus den Wiederaufbauverträgen sowie den Ölfeldern ausgeschlossen wurden. Andererseits ist es wahrscheinlicher, dass die Schulden des Irak (jetzt auf 100 Milliarden Dollar fixiert, plus 100 Milliarden Forderungen für Reparationen von Kuwait), deren Großteil von Russland und anderen einflussreichen Spielern gehalten wird, vergeben werden, wenn die USA mehr Kontrollrechte an die UN abtreten. Doch dass die USA die ultimative Kontrolle über das Öl abtreten werden, halte ich für unwahrscheinlich, egal wer in Washington regiert.

Der genaue Stand der globalen Ölvorkommen und -reserven ist so unklar wie eh und je. Beispielsweise habe ich eingangs festgestellt, die Ölvorräte in Kanada gingen allmählich zur Neige. Berücksichtigt man jedoch das schwer zu gewinnende Erdöl im Teersand, dann sind Kanadas Ölvorräte umfangreich. Russland ist etwa innerhalb des letzten Jahres in sehr großem Stil in den weltweiten Erdölmarkt eingetreten (und beginnt den Status eines erdölexportierenden Landes anzunehmen, mit allen damit verbundenen Gefahren und Schwierigkeiten). Und das plötzliche Interesse der Bush-Regierung an Militärstützpunkten in Afrika (insbesondere Westafrika und Angola) hat fast mit Sicherheit mit den beträchtlichen Ölvorkommen dort zu tun.<sup>135</sup> Wie wir jetzt, nebenbei bemerkt, aus kürzlich veröffentlichten Berichten britischer Geheimdienste erfahren haben, standen die USA in der Krise von 1973 bereit, die Ölfelder von Saudi-Arabien und Abu Dhabi zu besetzen.<sup>136</sup> Die Schlussfolgerung, der Grund dafür, dass die Saudis damals zustimmten, die Petrodollars durch US-Banken in die Weltwirtschaft zurückzuführen, sei die Abwehr einer solchen Bedrohung gewesen, wirkt vollkommen plausibel. Was das Bild von der Ölsituation angeht, so muss man sich eingestehen, dass es unbeständig ist, aber auch akzeptieren, dass der Mittlere Osten, egal was geschieht, für die Weltwirtschaft von entscheidender Bedeutung ist und die seit 1945 stets zunehmende Präsenz der USA in der Region sich in naher Zukunft nicht verringern wird. Ich halte es daher für unwahrscheinlich, dass ein Regierungswechsel in Washington am US-amerikanischen Drängen auf Kontrolle der Region und ihrer Ölreserven etwas ändern oder dieses gar in sein Gegenteil verkehren würde.

Dies wirft die interessante Frage auf, wie die USA ihre fortwährende militärische Präsenz in der Region rechtfertigen können. Die Hauptrechtfertigung ist die chronisch unsichere Situation. Eine Unterbrechung der Öllieferungen hätte aufgrund hoher oder über-

---

<sup>135</sup> E. Schmitt, »Pentagon Seeking New Access Pacts for Africa Bases«, *New York Times*, 5. Juli 2003, S. A1 und A7.

<sup>136</sup> L. Alvarez, »Britain Says U.S. Planned to Seize Oil in '73 Crisis«, *New York Times*, 4. Januar 2004, S. A6.

mäßig unbeständiger Erdölpreise negative Folgen für den globalen Kapitalismus. Nach diesem Maßstab muss die US-amerikanische Intervention im Irak als totaler Fehlschlag bezeichnet werden, da die Ölpreise sich als sowohl unbeständig als auch durchschnittlich viel höher als vor dem Krieg erwiesen haben. Rupert Murdochs Traum vom Erdöl für 20 US-Dollar das Barrel ist zu einem Albtraum für etwa 40 Dollar pro Barrel geworden. Doch gelegentlich scheint es tatsächlich, als begrüßten die USA die Unsicherheit oder kultivierten sie sogar bewusst, um ihre fortgesetzte Präsenz zu rechtfertigen. Bushs einseitiges Engagement in der Israel-Palästina-Frage mag innenpolitisch Schlüsselinteressen in den USA gedient haben, es förderte jedoch ebenso Terrorismus, Militanz und Aufstände innerhalb der Region und darüber hinaus. Ein Zustand anhaltender Unsicherheit (dazu gehört auch ein drohender Bürgerkrieg im Irak) und die Aufrechterhaltung eines Klimas der Angst müssen Bush und seinen Ratgebern als der leichteste Weg zur Wiederwahl und Konsolidierung globaler politischer Macht rings um einen mächtigen Militärapparat und eine permanente Kriegswirtschaft erscheinen. Ebenso wie die USA von der finanziellen Unbeständigkeit profitierten, zu deren Entstehung sie in den 1980er und 1990er Jahren beitrugen, profitieren sie möglicherweise von der brisanten Sicherheitslage, die ihre Politik schürt.

Mein vielleicht umstrittenstes Argument war jedoch, die USA operierten eher aus einer Haltung ökonomischer und politischer Schwäche heraus als aus einer der Stärke, und das Irak-Abenteuer könne leicht das Ende der Hegemonie anzeigen statt den Anfang einer Phase globaler Vorherrschaft der USA. Ob ich damit Recht habe, wird sich erst im Lauf der Zeit erweisen. Aber man muss sich der Möglichkeit und den potenziellen Folgen eines bevorstehenden Niedergangs der USA als Hegemonialmacht stellen. Ich stehe immer noch zu der allgemeinen Stoßrichtung meiner Argumentation, doch sie bedarf der weiteren Ausführung.

Ich beginne mit der Tatsache, dass ein Großteil der weltweiten Forschung und Entwicklung in den USA durchgeführt wird. Dies bedeutet für sie einen anhaltenden technologischen Vorteil und richtet die globalen Wege technologischer Veränderungen nach ihren ei-

genen Interessen aus (insbesondere die auf den militärisch-industriellen Komplex konzentrierten). So strömen Nutzungsgebühren für Technologie aus der übrigen Welt in die US-Wirtschaft. Das Beharren der USA auf dem internationalen Schutz des Rechts auf geistiges Eigentum (beispielsweise Markenmedikamente) soll der Aufrechterhaltung dieses »Rentier«-Status dienen. Die relative Stärke der asiatischen Ökonomien beruhte in der Vergangenheit nicht auf ihrer Fähigkeit zu Innovationen (Japan, Taiwan, und in geringerem Maße Korea bilden hier partielle Ausnahmen). Diese Ökonomien spezialisierten sich darauf, aus den USA stammende Innovationen zu übernehmen und die Produktion dieser neuen Systeme mit Hilfe ihrer Ressourcen an Arbeitskräften und organisatorischen Fähigkeiten viel kostengünstiger und effizienter aufzunehmen. Ein großer Teil der Welt ist so in ihren technologischen Innovationen von den USA abhängig. Dadurch sind die USA in der Lage, große innovative Veränderungen zu definieren (wie mit den High-tech-Industrien der hochgelobten »New Economy« der 1980er und 1990er Jahre) und die Welt so erneut in einen Freudentanz neuer technologischer Zauberkünste zu führen. Doch ist unklar, woher eine neue Welle der Innovation kommen wird (Bio- und Medizintechnologie sind die führenden Kandidaten). Und die Führungsrolle der USA in technologischen Innovationen ist zwar weiterhin solide, doch viele Anzeichen deuten darauf hin, dass sie zurückgeht. Der Anteil der in den USA an Ausländer vergebenen Patente stieg zwischen 1980 und 2003 von 40 auf fast 50%, und eine große Bandbreite von Indikatoren wie ausländische Autoren von Artikeln in Naturwissenschaften und Ingenieurwesen, an Nicht-US-Bürger verliehene Nobelpreise und ausländische Forschungsstudenten (insbesondere aus Indien, Taiwan und China), die sich entscheiden nach Hause zurückzukehren statt in den USA zu bleiben, legen einen Trend zur schwindenden US-Vorherrschaft nahe. In bestimmten Bereichen (insbesondere nichtmilitärischen) ziehen Europa und Asien an den USA vorbei. In den letzten Jahren haben über 400 Firmen wie General Electric und British Petroleum (aus vielen verschiedenen Ländern, darunter die USA, Japan, Deutschland, Großbritannien, Korea und Taiwan) große Forschungsinstitute in China eingerichtet und machen sich so eine hoch-

gebildete Arbeiterschaft sowie einen riesigen Markt zunutze, in dem das Experimentieren mit neuen Produkten relativ leicht und potenziell sehr profitabel ist. Die USA sind zwar immer noch ein respekt-einflößender Spieler, aber nicht mehr so vorherrschend in Forschung und Entwicklung wie früher.<sup>137</sup>

Außerdem stellte sich die Frage, wie ernst der Jobverlust in der Produktion für die US-amerikanische Wirtschaftskraft ist. Was, wenn ein großer Teil der weltweiten Herstellung von im Ausland operierenden US-amerikanischen Unternehmen kontrolliert wird? In vielen Schlüsselindustrien sind heute tatsächlich Nicht-US-amerikanische Firmen vorherrschend, die »neun der zehn größten Elektronik- und Elektrogerätehersteller stellen, acht der zehn größten Motorfahrzeugproduzenten und Strom- und Gasversorgungseinrichtungen, sieben der zehn größten Ö Raffineriebetriebe, sechs von zehn Telekommunikationsfirmen, fünf von zehn Pharmaunternehmen, vier von sechs Herstellern chemischer Produkte ...«<sup>138</sup> In den USA ansässige Produktionsunternehmen sind schlicht nicht mehr so sehr Herr im Haus wie früher. Tatsächlich senden sie jedoch beträchtliche Profite aus ihren Auslandsniederlassungen ins Ursprungsland zurück. Die Profitrate ist bei Auslandsinvestitionen viel höher als heimische Renditen. Wie Duménil und Lévy zeigen, sind US-Unternehmen sehr effektiv darin, überschüssige Profite aus dem Rest der Welt zurück in die US-Wirtschaft zu pumpen.<sup>139</sup>

Kompensiert dieser Rückfluss die Jobverluste in den Vereinigten Staaten? Unglücklicherweise kommt der größte Teil davon durch Dividendenzahlungen und Wertsteigerungen von Aktien den Wohlhabenden zugute. Dies verschärft die bereits in die Gesellschaftsstruktur der USA eingebauten unglaublichen Klassenunterschiede. Ein großer Teil der US-amerikanischen Bevölkerung ist daher heut-

---

<sup>137</sup> W. Broad, »U.S. is Losing its Dominance in the Sciences«, *New York Times*, 3. Mai 2004, S. A1 und 19; D. Henwood, *After the New Economy* (New York: New Press, 2003).

<sup>138</sup> R. du Boff, »U.S. Empire: Continuing Decline, Enduring Danger«, *Monthly Review*, 55/2 (2003), S. 1–15.

<sup>139</sup> G. Duménil und D. Lévy, »The Economics of US Imperialism at the Turn of the 21st Century«, unveröffentlichtes Manuskript, 2004.



zutage abhängig von den Konsumgewohnheiten der einkommensstärkeren Schichten.

Dies wirkt sich in der Entstehung vieler schlecht bezahlter Jobs im Dienstleistungsbereich aus, einer Art Bedienstetenklasse für die Oberschichten, die wirtschaftlich herrschen und die Regierung durch ihre Wahlkampfspenden dominieren. In den etwa 2 Millionen Arbeitsplätzen, die in den letzten drei Jahren in den USA verloren gingen, betrug der Verdienst über 17 Dollar die Stunde (häufig mit Sozialleistungen wie einer Krankenversicherung), während der Verdienst in Jobs im Dienstleistungsbereich, die diesen Verlust teilweise kompensierten, nur 14 Dollar pro Stunde beträgt (normalerweise ohne Sozialleistungen). Einige Dienstleistungsjobs wandern jetzt sogar ins Ausland ab: Indien übernimmt Jobs im Angestelltenbereich in allen Branchen von der Softwareproduktion und Computerdiensten bis hin zum Verkauf von Flugtickets und dem Ausstellen von Rechnungen für staatliche Stellen.<sup>140</sup>

Es ist viel über den Jobtransfer ins Ausland und seine Auswirkungen auf die Beschäftigungszahlen in den USA geredet worden. Aber nur 30% der 2 Millionen zwischen 2000 und 2003 verloren gegangenen Arbeitsplätze im hiesigen Produktionssektor sind auf das Outsourcing ins Ausland zurückzuführen. Etwa 40% sind der steigenden Produktivität im Land zuzuschreiben und die übrigen 30% der einsetzenden Rezession geschuldet.<sup>141</sup> Überlegene und ständig zunehmende Produktivität in allen Bereichen vom Einzelhandel und Dienstleistungen bis hin zur Landwirtschaft und der Herstellung von Erdbaumaschinen erhalten die Wettbewerbsfähigkeit der USA dort, wo sie sie sonst möglicherweise verloren hätten. Aber ihre Schattenseite ist, dass durch Technologie herbeigeführte Arbeitslosigkeit und Jobsunsicherheit für die Arbeiter- und Mittelschicht zum chronischen Problem werden (dies galt sogar während der »blühen-

---

<sup>140</sup> Yasheng Huang und Tarun Khanna, »Can India Overtake China?«, *China Now*, 3. April 2004, <http://www.chinanowmag.com/business/business.htm>.

<sup>141</sup> E. L. Andrews, »Imports Don't Deserve All That Blame«, *New York Times*, 7. Dezember 2003, Wirtschaftsteil, S. 4.

den« 1990er Jahre, als die Produktivität rapide anstieg<sup>142</sup>). Überlegene Produktivität mag die Kosten pro Einheit senken, aber sie verbessert nicht unbedingt die Qualität des Alltagslebens (wir müssen alle bei Wal-Mart einkaufen).

Diese Kräfte wirken weiterhin und erklären den geringen Zuwachs an Arbeitsstellen und Verdienstmöglichkeiten im Lohnarbeitsbereich innerhalb der USA. Meine Schlussfolgerung ist, dass der relative Verlust von Produktionskapazitäten das Wohl der Masse der US-Bevölkerung ernsthaft gefährdet und die USA für Konkurrenz aus dem Ausland verwundbar macht, während die höheren Einkommenschichten gerade von ihren Auslandsinvestitionen stark profitieren.

Die Rolle des nicht nachlassenden US-amerikanischen Konsums ist eine ähnlich knifflige Frage. Er verleiht den USA einen beträchtlichen Vorteil beim Abschluss bilateraler Abkommen, denn ein privilegierter Zugang zum riesigen US-Markt hat, insbesondere für kleinere Staaten (wie Chile oder Taiwan), große Bedeutung. Die USA waren sorgfältig darauf bedacht, diese Macht statt der WHO zur Durchsetzung ihrer Ziele einzusetzen (ich wette, einige weitere Urteile wie das zu den Stahlzöllen oder den Baumwollsubventionen könnten die USA durchaus dazu bringen, die WHO fallen zu lassen, ebenso wie sie das Kyoto-Abkommen zum Klimawechsel fallen gelassen hatten).

Die Abhängigkeit der übrigen Welt vom US-amerikanischen Verbrauchermarkt ist sicherlich ein wichtiger Zug der globalen Machtbeziehungen. Doch die neueste Runde des US-amerikanischen Konsumverhaltens ist fast vollkommen durch Schulden finanziert. Sie hat die interne Rate der Nettoersparnisse nahezu auf Null gesenkt (vielleicht ist sie sogar negativ, wenn wir berücksichtigen, dass der Konsum in jüngster Zeit durch die Refinanzierung von Hypothekenschulden auf überhöhte Immobilienpreise gestützt wurde). Außerdem ist sie von Klassenunterschieden geprägt, denn der US-amerikanische Konsum beruht mehr und mehr auf den Konsumgewohnheiten der obersten 10% der US-Bevölkerung, also der Schicht, in der Reichtum und Einkommen stark konzentriert sind. Die Gewohn-

---

<sup>142</sup> R. Pollin, *Contours of Descent* (London: Verso, 2003).

heit, mehr auszugeben als man hat, spielte eine Schlüsselrolle dabei, die US-Ökonomie während der jüngsten Rezession über Wasser zu halten.<sup>143</sup> Zwar kann ein großer Teil dieses Konsums einem unstillbaren Appetit nach Konsumgütern zugeschrieben werden, doch mehr und mehr davon ist von der Notwendigkeit getrieben. Viele von denen, die ihre Hypotheken zu Geld machten, um ihr Einkommen aufzubessern, taten dies in Reaktion auf die steigenden Kosten der Gesundheitsfürsorge, den Verlust der Krankenversicherung oder die Notwendigkeit, für Bildung und Ausbildung zu bezahlen.

Den Kern des US-amerikanischen Problems bildet der freie Fall in die Verschuldung. Das finanzielle Bild dort verschlechtert sich weiterhin rapide. Sogar Robert Rubin, der frühere Finanzminister in der Clinton-Regierung, hat ebenso wie IWF-Wirtschaftsexperten, was höchst ungewöhnlich ist, offen die US-amerikanische Finanzpolitik als ernsthafte Bedrohung der globalen Stabilität kritisiert.<sup>144</sup> Die private Verschuldung eskaliert und die Staatsbudgets auf allen Ebenen leiden so stark, dass das Versorgungsnetz und öffentliche Ausgaben unter Beschuss stehen. Die Bundesregierung ergeht sich in nie da gewesenem Maße in finanzieller Unverantwortlichkeit und selbst bei einer gewissen ökonomischen Erholung sind die Aussichten, den finanziellen Schiffbruch innerhalb der nächsten zehn Jahre zu vermeiden, angesichts der derzeitigen Politik gering. Eine solche Politik weckt Unverständnis, es sei denn, man sieht darin eine wohlüberlegte Offensive der neokonservativen Ideologen, die ganze Struktur öffentlicher Finanzierung in einen solchen Schlamassel zu treiben, dass der Staat gezwungen sein wird, seine sämtlichen sozialen Verpflichtungen (wie Sozialhilfe und staatliche Gesundheitsfürsorge für Bedürftige) aufzukündigen. Damit schließen sie ihr seit langem bestehendes Projekt ab (David Stockman, Budget-Direktor in den frühen 1980er Jahren, berichtet genau, wie dies in den frühen

---

<sup>143</sup> L. Uchitelle, »Why Americans Must Keep Spending«, *New York Times*, 1. Dezember 2003, S. C1–C2.

<sup>144</sup> M. Muhleisen und C. Towe (Hrsg.), *U.S. Fiscal Policies and Priorities for Long-Run Sustainability*, Occasional Paper 227 (Washington, DC: International Monetary Fund, 2004); P. Krugman, »Rubin Gets Shriek«, *New York Times*, 6. Januar 2004, S. A23.

Jahren der Reagan-Regierung funktionierte), staatliche Macht (außer Militärpolitik) so stark einzuschumpfen, dass sie »in einer Badewanne versenkt werden kann«. <sup>145</sup>

Das sich in die Höhe schraubende Defizit der USA kann nicht unterhalten werden, ohne dass man entweder seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt oder in einen chronischen Zustand der Abhängigkeit von ausländischer Großzügigkeit gerät. Bereits jetzt sind etwa 40% der US-amerikanischen Staatskasse und ein Fünftel der Vermögenswerte der Wall Street in ausländischem Besitz. Ich setzte den täglichen Kapitalzufluss zur Deckung des momentanen Leistungsbilanzdefizits irrtümlich auf 2 Milliarden US-Dollar fest: In Wirklichkeit sind es bloß 1,5 Milliarden Dollar täglich, Tendenz steigend! Die Zentralbanken von Japan, Taiwan und China tun eine Menge, um das Defizit zu decken. Die einzige alternative Lösung wäre, das US-amerikanische Recht zur Geldschöpfung (Drucken von Dollars) dazu zu nutzen, die Schulden in entwerteten Dollars zurückzubezahlen: Doch das würde eine radikale Inflationsrunde im Land bedeuten und einen Zusammenbruch des Dollars auf internationalen Märkten weit über seinen momentanen Wertverlust gegenüber dem Euro hinaus. In dieser Arena scheint der Zusammenbruch der US-amerikanischen Macht nahe bevorzustehen, es sei denn, es käme zu einem radikalen Kurswechsel weg von dem selbstmörderischen Weg, den die US-Regierung eingeschlagen hat.

Die einzige Möglichkeit des Kapitalismus, sich ohne große Krise wieder zu stabilisieren, wäre, wie ich im Hauptteil dieses Buches vertrete, die Schaffung einer Art von »neuem« New Deal. Darin sehe ich keineswegs eine dauerhafte Lösung für die Schwierigkeiten des weltweiten Kapitalismus. Doch es könnte eine Atempause schaffen, die allmählich andere Möglichkeiten eröffnen könnte. Die Schwierigkeiten, denen sich eine solche Politik in den USA gegenüber sieht, sind gewaltig. Sie würde die Umkehrung von 20 Jahren Neoliberalismus erforderlich machen, die die Klassenmacht im Wesentlichen

---

<sup>145</sup> D. Stockman, *The Triumph of Politics: Why the Reagan Revolution Failed* (New York: Harper Collins, 1986); P. Krugman, »The Tax-Cut Con«, *New York Times*, 14. September 2003, Sonntagsmagazin, S. 54–62.

wieder auf eine kleine Elite konzentriert haben. Die ein Prozent Topverdiener in den USA konnten 1980 weniger als acht Prozent des nationalen Einkommens für sich beanspruchen, 2000 war dieser Anteil auf 15% gestiegen und mit Bushs Steuersenkungen wird er bis 2005 vermutlich die 20%-Marke erreichen. Die 0,1 Prozent Höchstverdienenden erhöhten ihren Anteil am nationalen Einkommen zwischen 1979 und 1998 von zwei Prozent auf über sechs Prozent. Diese reiche Elite von Generaldirektoren und Financiers übt einen absolut unverhältnismäßigen Einfluss auf den politischen Prozess aus.<sup>146</sup> Beide politischen Parteien sind ihr verpflichtet, und dass es zu der Umverteilungspolitik kommen wird, die nötig wäre, um vernünftigen Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung, sozialer Sicherheit und gut bezahlten Jobs für alle zu erzielen, ist wenig wahrscheinlich. Der einzige bedeutende Unterschied zwischen den politischen Parteien in diesem Punkt ist, dass die Republikaner einer kulturell nationalistischen und christlich fundamentalistischen weißen Arbeiterklasse verpflichtet sind, die ständig überzeugt wird, aus kulturellen Gründen gegen ihre eigenen materiellen Interessen abzustimmen, während die Demokraten gezwungen sein würden, einer eher links-orientierten Wählerschaft Aufmerksamkeit zu zollen, die sich ihrer materiellen Interessen sehr bewusst ist. Wie weit die Demokraten sich möglicherweise bewegen, ist abhängig von der Leidenschaft, mit der soziale Bewegungen ihre Ziele verfolgen werden. Umverteilungen in Form von bereitwilligen Spenden wird es nicht geben, sie werden Zentimeter um Zentimeter erkämpft werden müssen.

Schließlich gibt es die gefährlich selbstgefällige Ansicht, die Weltwirtschaft werde aufgrund der Erholung des Konsums in den USA neu belebt. Doch so unterschiedliche Ökonomien wie Chile, Japan, Australien, Deutschland und sogar Indien sind infolge der enormen Nachfrage durch die Investitionen in die Infrastruktur in China (In-

---

<sup>146</sup> G. Duménil und D. Lévy, »Neo-Liberal Dynamics: A New Phase?«, unveröffentlichtes Manuskript, 2004, S. 4; Task Force on Inequality and American Democracy, *American Democracy in an Age of Rising Inequality*, American Political Science Association, 2004, [www.apsanet.org](http://www.apsanet.org).

vestitionen von Anlagekapital stiegen 2003 um 25% an) wieder stark aufgeblüht. Selbst die US-amerikanische Herstellung hat von der chinesischen Nachfrage nach Erdbaumaschinen profitiert. Chinas erstaunliche wirtschaftliche Wachstumsrate (2003 offiziellen, den meisten privaten Analysten zufolge zu niedrigen, Schätzungen zufolge 9,1%) und sein schneller Wandel ist, begleitet von außergewöhnlichen internen Belastungen und Beanspruchungen, bereits seit mindestens zehn Jahren wesentlich für das weltweite Wachstum. Heute dominiert China den gesamten Osten und Südosten Asiens als regionaler Hegemon mit enormem weltweiten Einfluss. Asiatische Exporte nach China sind mit verblüffender Geschwindigkeit gestiegen und viele asiatische Ökonomien haben den nach China gehenden Anteil ihres Gesamtexports in den letzten zwei Jahren verdoppelt. Inzwischen ist China wichtigster Bestimmungsort für den Export aus Südkorea und Taiwan und konkurriert auf Japans Exportmarkt mit den USA.<sup>147</sup> Auch Chinas Konsumgütermarkt expandiert in einem erstaunlichen Tempo (er ist bereits weltweit der größte Markt für Mobiltelefone sowie für Mercedes-Benz-Autos). Sein gigantischer Erdölbedarf liegt ebenfalls auf der Hand. China ist nach den USA bereits der zweitgrößte Ölimporteur und wird bei der momentanen Wachstumsrate den US-amerikanischen Konsum 2020 übertreffen. Die Folgen für die globalen Klimaveränderungen (so-

---

<sup>147</sup> Es ist schwer, mit den rasanten Veränderungen in China Schritt zu halten. Berichte der Asian Development Bank und des Asian Monitor, in Verbindung mit Berichten in der Finanzpresse, gestatten einige grobe Einschätzungen. Siehe Si-ming Li und Wing-shing Tang, *China's Regions, Polity, and Economy: A Study of Spatial Transformation in the Post-Reform Era* (Hong Kong: Chinese University Press, 2000); Wang Hui, *China's New Order: Society, Politics and Economy in Transition*, Hrsg. v. T. Hutters (Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 2003); und D. Hale und L. Hale, »China Takes Off«, *Foreign Affairs*, 82/6 (2003), S. 36–53. Siehe auch H. McRae, »Working for the Yangtze Dollar«, *Independent*, 18. November 2003, Review S. 2–3; K. Bradsher, »Is China the Next Bubble?«, *New York Times*, 18. Januar 2004, Sektion 3, S. 1 und 9; K. Bradsher, »Like Japan in the 1980s, China Poses Big Economic Challenge«, *New York Times*, 2. März 2004, S. A1, C2; T. Fishman, »The Chinese Century«, *New York Times*, 4. Juli 2004, Sonntagsmagazin, S. 24–51; M. Hart-Landsberg und P. Burkett, »China and Socialism: Market Reforms and Class Struggle«, *Monthly Review*, 56/3, Sonderausgabe zu China (2004).

wie für die Erdölpreise) sind möglicherweise katastrophal. Damit spielt der geopolitische Kampf um die Kontrolle über die Ölfelder im Mittleren Osten und im Kaspischen Becken (der die Abneigung der USA, die Kontrolle über den Irak-Schlamassel an die UN zu übergeben, erklärt) eine große Rolle. Über wessen langfristige Energiesicherheit sprechen wir? Die der USA oder die Chinas? Zumindest über die geopolitische Tragweite dieses letzten Punkts sollten sich alle klar sein.

Die Situation in China steckt jedoch voller Gefahren. Dort kam es tatsächlich seit 1995 zu einem *Nettoverlust* an Arbeitsplätzen im Herstellungsbereich – neuesten Schätzungen zufolge von mehr als 15 Millionen (oder 15% der Gesamtmenge) – aufgrund von Konkursen vieler kleinstädtischer und dörflicher Unternehmen im »Rostgürtel« um Beijing und Schanghai.<sup>148</sup> Die neu eingeführten Produktionssysteme sind weniger arbeitsintensiv. Energieknappheit ist jedoch häufig und die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern sind höchst instabil. Die Ungleichheiten zwischen Regionen und Klassen nehmen offenbar zu, obwohl es offizielle Politik ist, ihnen entgegenzuwirken. Die Auswirkungen im Ausland sind nicht weniger widersprüchlich. China hat mehr Produktionsjobs aus Japan, Südkorea, Mexiko und anderswo ins eigene Land verlagert als aus den USA. Fast 200.000 Jobs sind in den letzten zwei Jahren im *Maquila*-Produktionsgürtel<sup>149</sup> entlang der nördlichen Grenze von Mexiko verloren gegangen, und sie sind allesamt nach China abgewandert. Doch die enormen Investitionen in die chinesische Infra-

---

<sup>148</sup> A. Cassell, »The Economy: Study Undermines Charge China is Stealing U.S. Factory Jobs«, *Philadelphia Inquirer*, 22. October 2003 (posted).

<sup>149</sup> *Maquilas*: freie Produktionszonen oder Weltmarktfabriken, in denen vor allem Frauen, unter oft extrem repressiven Bedingungen tätig sind. Auf Grund seiner Nähe zu den USA und seiner Wirtschaftspolitik war Mexiko seit den 1960er Jahren federführend bei der Entwicklung der freien Produktionszonen, die man dort auch als Maquiladora-Industrie bezeichnet. *Maquila* hieß in der Kolonialzeit das Mahlgeld, das der Müller für seine Arbeit einsteckte, also eine Teilarbeit auf dem Weg von der bäuerlichen Aussaat zum Brot. Als *Maquiladora* wurde in Mexiko jene Montageindustrie getauft, die integriert ist in einen andernorts – zumeist in den USA – gesteuerten Produktionsprozess, der billige Arbeitskräfte benötigt, um hohe Gewinne abzuwerfen. (Anm. d. Red.).

struktur ziehen mit Sicherheit einen großen Teil der Weltwirtschaft mit, und da einem gut belegten Lehrsatz von Wirtschaftswissenschaftlern zufolge Investitionen dieser Art viel mehr für eine Stimulierung des allgemeinen Wachstums bewirken als Konsum,<sup>150</sup> sollte so, wie es nun mal ist, klar sein, wer die globale Erholung momentan anführt. Und die Antwort ist: nicht die USA. Die Machtverschiebung hin zu China und allgemeiner Asien (wobei Indien jetzt viel stärker hervortritt) beschleunigt sich eher, als dass sie sich verlangsamt und die einzige Frage ist, ob und wie die Geschwindigkeit des chinesischen Wachstums aufrechterhalten werden kann.

Auf diese letzte Frage gibt es keine leichte Antwort. Ein großer Teil der Entwicklung in China, sowohl der privaten als auch der staatlichen, ist höchst spekulativer Natur, und sie könnte leicht Boom und Spekulationsblase der 1990er Jahre in den USA übertreffen, mit ähnlich katastrophalen Folgen, wenn und falls die Blase platzt. Das kürzliche bewusste »Abkühlen« der chinesischen Wirtschaft führte bei Kommentatoren zu Spekulationen über die Möglichkeit einer »sanften Landung« statt eines Crashes, doch schon die Verringerung der Nachfrage macht sich global in niedrigeren Wachstumsraten in anderen Teilen der Welt bemerkbar. Chinas Bankensystem ist weiterhin für seine Instabilität bekannt.<sup>151</sup> Und China ist für äußere Veränderungen ebenso verwundbar wie die USA. Eine Welle des Protektionismus aus den USA oder der Zusammenbruch des US-amerikanischen Konsums würden die chinesische Ökonomie eindeutig gefährden. Chinas Bezeichnung als aufstrebende Macht zu akzeptieren, ist nicht gleichzusetzen mit der Behauptung, es sei in Bezug auf die USA autonom: Die Verbindung zwischen den beiden Ökonomien ist zunehmend eine der gegenseitigen, aber angespannten Abhängigkeit.

Währenddessen ist das geopolitische Bild extrem unbeständig. Schnelllebige Allianzen müssen sich noch (wenn sie das je tun wer-

---

<sup>150</sup> Siehe die Zusammenfassung der Belege für dieses Argument in J. Madrick, »Economic Scene«, *New York Times*, 10. Juli 2003, S. C2.

<sup>151</sup> K. Bradsher, »China Announces New Bailout of Big Banks«, *New York Times*, 7. Januar 2004, S. C1; K. Bradsher, »China's Strange Hybrid Economy«, *New York Times*, 21. November 2003, S. C4.



den) in eine beständige, stabile Konfiguration der Zeit nach dem Kalten Krieg verwandeln. Die lose Netzwerk-Struktur in Ost- und Südostasien konsolidiert sich offenbar (wenn auch in manchen Fällen widerstrebend) um China herum.<sup>152</sup> Europa wird noch von Trennungslinien belastet, obwohl es dort einige Anzeichen für Übereinstimmungen zur Wirtschafts- und sogar zur Militärpolitik gibt. Die Höherbewertung des Euro und Pfunds Sterling gegenüber dem Dollar (jetzt mehr als 25%) deutet auf eine aufkommende Bedrohung der Rolle des Dollars als einzige globale Leitwährung hin. Die Herausbildung einer taktischen Koalition, angeführt von China, Indien, Südafrika und Brasilien bei der Cancún-Konferenz, die sich Europa, den USA und Japan beim Thema landwirtschaftliche Subventionen entgegenstellte, eröffnet eine neue Front in geopolitischen Verhandlungen. Die vorsichtige Annäherung zwischen China und Indien signalisiert eine große Verschiebung im Machtgleichgewicht der Welt. Die USA verfügen zwar noch über beträchtlichen Einfluss, können aber nicht mehr den Anspruch auf die überwältigende Macht erheben, die sie einst hatten, um ihren eigenen Zwecken entsprechend globale Allianzen zu formen. Unvorhersagbare Störungen in instabilen Staaten – wie Pakistan oder Saudi-Arabien – könnten sich leicht zu einem riesigen globalen Durcheinander auswachsen. Wo die USA einst lässig herrschen konnten, müssen sie jetzt hart daran arbeiten, ihren dahinschwindenden Einfluss zu erhalten. Besonders offensichtlich ist das in Lateinamerika. Und während Lula für seine Gefolgsleute zu Hause in Brasilien eine Enttäuschung sein mag, ist sein internationaler Aktivismus spürbar. Als er im Namen der lateinamerikanischen Handelsgruppe Mercosur ein bedeutsames bilaterales Handelsabkommen mit Indien unterzeichnete, beteuerte er selbstsicher, Indien, Brasilien, Russland und China könnten zusammen die ökonomische Geographie der Welt im 21. Jahrhundert in viel fairerer Weise neu schreiben.<sup>153</sup> Dies könnte durchaus die Her-

---

<sup>152</sup> J. Perlez, »China Is Romping with the Neighbors (US Is Distracted)«, New York Times, 3. Dezember 2003, S. A1–A4.

<sup>153</sup> Lulas Rede ist zusammengefasst unter: <http://www.bahraintribune.com/ArticleDetail.asp?CategoryId=5&ArticleId=20676>.

ausbildung eines »antineoliberalen« Machtblocks in der Welt signalisieren.

Aber es ist sehr wichtig, die Unbeständigkeit zu betonen. Historisch haben wir Phasen der relativen Stabilität erlebt (zum Beispiel in einem großen Teil des Kalten Krieges), aber auch Phasen großer Unsicherheit, in denen es zu allen möglichen schnellen Umstrukturierungen und Umorientierungen kommen kann. In solchen Phasen ist es sehr schwierig, Ergebnisse vorherzusagen. Wer hätte 1928 einen Krieg zwischen kapitalistischen Mächten voraussagen können? Wer hätte das plötzliche (und, im Moment des Geschehens, größtenteils friedliche) Auseinanderbrechen der Sowjetunion 1985 vorhergesehen? Wer hätte vor vier Jahren vorhergesagt, dass ein Krieg mit dem Irak nahe bevorstand? Und die USA sind höchst verwundbar. Selbst ihre gerühmte militärische Macht ist fraglich. Die USA dominieren vielleicht in ferngesteuerter Zerstörungsmacht, aber sie haben schlicht nicht den Willen oder die Ressourcen, eine langfristige militärische Besatzung auf dem Boden aufrechtzuerhalten.

Doch an diesem Punkt tritt die permanente Unsicherheit auf den Plan. Wenn überall Frieden ausbräche, wären die USA nicht in der Lage, irgendwen, im In- oder Ausland, davon zu überzeugen, dass ihre militärische Präsenz irgendwo notwendig wäre. Natürlich gibt es in der Welt genügend Spannungen, bittere Rivalitäten und Konflikte, um einen solchen Ausbruch von Frieden unwahrscheinlich zu machen. Aber die große Frage, die wir stellen müssen, ist, ob die Einmischung der USA ein Teil der Lösung ist oder der Kern des Problems.

# Zum Weiterlesen

- Amin, S., *Imperialism and Unequal Development* (New York: Monthly Review Press, 1977).
- Atlas, J., *A Classicist's Legacy: New Empire Builders*, *New York Times*, *Week in Review*, Sunday, 4. Mai 2003, S. 1 und 4.
- Bello, W., *Deglobalization: Ideas for a New World Economy* (London: Zed Books, 2002).
- Boot, M., *The Savage Wars of Peace: Small Wars and the Rise of American Power* (New York: Basic Books, 2002).
- Boulding, K./T. Mukerjee (Hrsg.), *Economic Imperialism: A Book of Readings* (Ann Arbor: University of Michigan Press, 1972).
- Cavanaugh, J./J. Mander u.a., *Alternatives to Globalization* (San Francisco: Bennett-Koehler, 2002).
- Comaroff, J./J. Comaroff (Hrsg.), *Millennial Capitalism and the Culture of Neoliberalism* (Durham, NC: Duke University Press, 2001).
- Falk, R., *Predatory Globalization: A Critique* (Cambridge: Polity Press, 1999).
- Ferguson, N., *Empire: The Rise and Demise of the British World Order and the Lessons of Global Power* (New York: Basic Books, 2003).
- Finnegan, W., *The Economics of Empire: Notes an the Washington Consensus*, *Harper's Magazine*, Bd. 306, Nr. 1836 (Mai 2003), S. 41-54.
- George, S./E. Sabelli, *Faith and Credit* (Harmondsworth: Penguin, 1995).
- Hersh, S., *Annals of National Security: How the Pentagon Outwitted the C.I.A.*, *The New Yorker* (12. Mai 2003), S. 44-51.
- Hirst, P./G. Thompson, *Globalization in Question: The International Economy and the Possibility of Global Governance* (Cambridge: Polity Press, rev. Aufl. 1999).
- Hobsbawm, E., *The Age of Empire, 1875-1914* (London: Weidenfeld & Nicolson, 1987), deutsch: *Das imperiale Zeitalter: 1875-1914* (Frankfurt a.M.: Fischer, 1996).
- Hobson, J.A., *Imperialism* (Ann Arbor: University of Michigan Press, Neuaufl. m. Einl. v. P. Siegelman, 1965).
- Judd, D., *Radical Joe: A Life of Joseph Chamberlain* (London: Hamish Hamilton, 1977).
- Kagan, R., *Of Paradise and Power: America and Europe in the New World Order* (New York: Knopf, 2003).
- Kiernan, V., *America: The New Imperialism* (London: Zed Books, 1978).

- Klein, N., *No Logo* (New York: Picador, 2000), deutsch: *No Logo* (München: Riemann, 2002).
- Korton, D., *When Corporations Rule the World* (Bloomfield, CT: Kumarian Press, 2001).
- Kupchan, C., *The End of the American Era in US Foreign Policy and the Geopolitics of the 21st Century* (New York: Knopf, 2002).
- Lewis, B., *What Went Wrong: Western Impact and Middle Eastern Response* (Oxford: Oxford University Press, 2001).
- Mackinder, H., *Democratic Ideals and Reality* (New York: Norton, A.J. Pearce [Hrsg.], 1962).
- Magdoff, H., *The Age of Imperialism: The Economics of U.S. Foreign Policy* (New York: Monthly Review Press, 1969).
- Meyer, K. E., *The Dust of Empire: The Race for Mastery in the Asian Heartland* (New York: Public Affairs, 2003).
- Mies, M., *Patriarchy and Accumulation on a World Scale: Women in the International Division of Labor* (London: Zed Books, 1999), deutsch: *Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung* (Zürich: Rotpunkt, 3. Aufl 1990).
- Nordhaus, W., *Iraq: The Economic Consequences of War*, *The New York Review of Books*, Bd. xlix, Nr. 19 (5. Dezember 2002), S. 9-12.
- Owen, R./B. Sutcliffe (Hrsg.), *Studies in the Theory of Imperialism* (London: Longman, 1972).
- Oxfam International, *Rigged Rules and Double Standards* (London: Oxfam International, 2002).
- Radice, H., *International Firms and Modern Imperialism* (Harmondsworth: Penguin, 1975).
- Sassen, S., *Globalization and Its Discontents* (New York: New Press, 1998).
- Schlesinger, A., *The Cycles of American History* (Boston: Houghton Mifflin, 1980).
- Shiva, V., *Biopiracy: The Plunder of Nature and Knowledge* (Boston: South End Press, 1997)
- Shiva, V., *Protect or Plunder? Understanding Intellectual Property Rights* (London: Zed Books, 2001).
- Shiva, V., *Water Wars: Privatization, Pollution and Profit* (London: Zed Books, 2002). deutsch: *Der Kampf um das blaue Gold: Ursachen und Folgen der Wasserverknappung* (Zürich: Rotpunkt, 2003)
- Singh, K., *The Globalisation of Finance: A Citizen's Guide* (London: Zed Books, 1999).
- Soros, G., *George Soros on Globalization* (New York: Public Affairs, 2002), deutsch: *Der Globalisierungsreport* (Berlin: Fest 2002).
- Steven, R., *Japan's New Imperialism* (Armonk, NY: M. E. Sharpe, 1990).
- Stiglitz, J., *Globalization and Its Discontents* (New York: Norton, 2002),

deutsch: Die Schatten der Globalisierung (Berlin: Siedler 2002).  
Thornton, A., *Doctrines of Imperialism* (New York: Wiley, 1965).  
Weinberg, A.K., *Manifest Destiny* (Baltimore: Johns Hopkins University Press, 1935).  
Yergin, D., *The Prize: The Epic Quest for Oil, Money and Power* (New York: Simon and Schuster, 1991).

# Literatur

## *Zeitungsartikel*

- Altman, D., China: Partner, Rival or Both, *New York Times*, 2. März 2003, in: Money and Business section, S. 1 und 11.
- Andrews, E. L., Imports Don't Deserve All That Blame, *New York Times*, 7. Dezember 2003, Wirtschaftsteil, S. 4.
- Alvarez, L., Britain Says U.S. Planned to Seize Oil in '73 Crisis, *New York Times*, 4. Januar 2004, S. A6.
- Banerjee, N., Energy Companies Weigh their Possible Future in Iraq, in: *New York Times*, 26. Oktober 2002, S. C3.
- Bush, G. W., Securing Freedom's Triumph, in: *New York Times*, 11. September 2002, S. A33.
- Cooper, R., The New Liberal Imperialism, in: *Observer*, 7. April 2002.
- Bradsher, K., China Announces New Bailout of Big Banks, *New York Times*, 7. Januar 2004, S. C1.
- Bradsher, K. China's Strange Hybrid Economy, *New York Times*, 21. November 2003, S. C4.
- Bradsher, K., Is China the Next Bubble?, *New York Times*, 18. Januar 2004, Sektion 3, S. 1 und 9.
- Bradsher, K., Like Japan in the 1980s, China Poses Big Economic Challenge, *New York Times*, 2. März 2004, S. A1, C2.
- Broad, W., U.S. is Losing its Dominance in the Sciences, *New York Times*, 3. Mai 2004, S. A1 und 19.
- Cassell, A., The Economy: Study Undermines Charge China is Stealing U.S. Factory Jobs, *Philadelphia Inquirer*, 22. Oktober 2003 (posted).
- Crampton, T., A Strong China May Give Boost to its Neighbors, in: *International Herald Tribune*, Economic Outlook, 23. Januar 2003, S. 16-17.
- Crampton, T., Iraqi Official Urges Caution on Imposing Free Market, *New York Times*, 14. Oktober 2003, S. C5
- de Acule, C., Keeping a Wary Eye on the Housing Boom, *International Herald Tribune*, 23. Januar 2003, S. 11.
- Eckholm, E., Where Workers, Too, Rust, Bitterness Boils Over, *New York Times*, 20. März 2002, S. A4.
- Editorial, A Pause for Hindsight, *New York Times*, 16. Juli 2004, S. A22.
- Editorial, Buenos Aires Herald, 31. Dezember 2002, S. 4.
- Editorial, The Iraq Reconstruction Bonanza, *New York Times*, 1. Oktober 2003, S. A22.

- Fishman, T., The Chinese Century, *New York Times*, 4. Juli 2004, *Sonntagsmagazin*, S. 24-51.
- Fisk, R., The Case Against War: A Conflict Driven by the Self-Interest of America, *Independent*, 15. Februar 2003, S. 20.
- Fisk, R., This Looming War isn't about Chemical Warheads or Human Rights: It's about Oil, *Independent*, 18 Januar 2003, S. 18.
- Friedman, T., A War for Oil?, in: *New York Times*, 5. Januar 2003, *Week in Review* section, S. 11.
- Hilterman, J., Halabja: America Didn't Seem to Mind Poison Gas, in: *International Herald Tribune*, 17. Januar 2003, S. 8.
- Huang, Y./T. Khanna, Can India Overtake China?, *China Now*, 3. April 2004, <http://www.chinanowmag.com/business/business.htm>.
- Ignatieff, M., The Burden, in: *New York Times*, 5. Januar 2003, *Sunday Magazine*, S. 22-54, Nachdruck: *Empire Lite*, in: *Prospect* (Feb. 2003), S. 36-43.
- Ignatieff, M., How to Keep Afghanistan from Falling Apart: The Case for a Committed American Imperialism, in: *New York Times*, 26. Juli 2002, *Sunday Magazine*, S. 26-58.
- Ignatieff, M., Why Are We In Iraq? (and Liberia? And Afghanistan?), *New York Times*, 7. September 2003, *Sonntagsmagazin*, S. 38-85.
- Kahn, J., China Gambles an Big Projects for its Stability, *New York Times*, 13. Januar 2003, S. A1 und A8.
- Kahn, J., Made in China, Bought in China, *New York Times*, 5. Januar 2003, *Business* section, S. 1 und 10.
- Kirkpatrick, D., Mr Murdoch's War, *New York Times*, 7. April 2003, S. C1.
- Klein, N., Of Course the White House Fears Free Elections in Iraq, *Guardian*, 24. Januar 2004, S. 18.
- Krueger, A., Economic Scene, *New York Times*, 3. April 2003, S. C2.
- Krugman, P., Rubin Gets Shrill, *New York Times*, 6. Januar 2004, S. A23.
- Krugman, P., The Tax-Cut Con, *New York Times*, 14. September 2003, *Sonntagsmagazin*, S. 54-62.
- Madrick, J., Economic Scene, *New York Times*, 10. Juli 2003, S. C2.
- Madrick, J., The Iraqi Time Bomb, *New York Times*, 6. April 2003, *Sunday Magazine*, S. 48.
- McRae, H., Working for the Yangtze Dollar, *Independent*, 18. November 2003, *Review* S. 2-3.
- Mooney, C., The Editorial Pages and the Case for War: Did Our Leading Newspapers Set Too Low a Bar for a Preemptive Attack?, *Columbia Journalism Review*, 1. März 2004.
- Perlez, J., China Is Romping with the Neighbors (US Is Distracted), *New York Times*, 3. Dezember 2003, S. A1-A4.
- Rieff, D., Blueprint for a Mess: How the Bush Administration's Pre-war

- Planners Bungled Postwar Iraq, *New York Times*, 2. November 2003, Sonntagsmagazin, S. 28-78.
- Rosenthal, E., Workers' Plight Brings New Militancy to China, *New York Times*, 10. März 2003, S. A8.
- Schmitt, E., Pentagon Seeking New Access Pacts for Africa Bases, *New York Times*, 5. Juli 2003, S. A1 und A7.
- Tyler, P., Threats and Responses. News Analysis: A Deepening Fissure, *New York Times*, 6. März 2003, S. 1.
- Uchitelle, L., Why Americans Must Keep Spending, *New York Times*, 1. Dezember 2003, S. C1-C2.

### *Bücher und Zeitschriftenartikel*

- Amin, S., Imperialism and Globalization, *Monthly Review* (Juni 2001), S. 1-10.
- Amin, S., Social Movements at the Periphery, in: P. Wignaraja (Hrsg.), *New Social Movements in the South: Empowering the People* (London: Zed Books, 1993), S. 76-100.
- Anderson, J., American Hegemony after September 11: Allies, Rivals and Contradictions, unveröffentlichtes Manuskript, Centre for International Borders Research, Queen's University, Belfast, 2002.
- Anderson, P., Internationalism: A Breviary, *New Left Review*, 14. März 2002.
- Arendt, H., *Elemente, und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft* (München: Piper, 2005).
- Armstrong, D., Dick Cheney's Song of America: Drafting a Plan for Global Dominance, in: *Harper's Magazine*, 305, (Okt. 2002), S. 76-83.
- Armstrong, P./A. Glyn/J. Harrison, *Capitalism since World War II: The Making and Break Up of the Great Boom*, (Oxford: Basil Blackwell, 1991).
- Arnold, M., in: R. Williams, *Culture and Society, 1780-1850* (London: Chatto & Windus, 1958).
- Arrighi, G., *The Long Twentieth Century: Money, Power, and the Origins of our Times*, (London: Verso, 1994).
- Arrighi, G./B. Silver, *Chaos and Governance in the Modern World System* (Minneapolis: University of Minnesota Press, 1999).
- Baran, P./P. Sweezy, *Monopolkapital: ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Geschäftsordnung* (Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1967).
- Berman, M., Justice/Just Us: Rap and Social Justice in America, in: A. Merrifield/E. Swyngedouw (Hrsg.), *The Urbanization of Injustice* (New York: New York University Press, 1997), S. 161-79.
- Bhagwati, J., The Capital Myth: The Difference between Trade, in: *Widgets and Dollars*, *Foreign Affairs*, 77/3 (1998), S. 7-12.



- Bleaney, M., *Underconsumption Theories* (London: Methuen, 1976).
- Blum, W., *Rogue State: A Guide to the World's Only Superpower* (London: Zed Books, 2002).
- Bowden, B., *Reinventing Imperialism in the Wake of September 11, Alternatives: Turkish Journal of International Relations*, 1/2 (Summer 2002); <http://alternatives.journal.fatih.edu.tr/Bowden.htm>.
- Brenner, R., *The Boom and the Bubble: Die USA in der Weltwirtschaft* (Hamburg: VSA, 2003).
- Brewer, A., *Marxist Theories of Imperialism* (London: Routledge & Kegan Paul, 1980).
- Burkett, P./M. Hart-Landsberg, *Crisis and Recovery in East Asia: The Limits of Capitalist Development, Historical Materialism*, 8 (2001), 3-48.
- Bush, G. W., *President Addresses the Nation in Prime Time Press Conference*, 13. April 2004; <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2004/0420040413-20.html>.
- Cain, P., *Hobson and Imperialism: Radicalism, New Liberalism and Finance, 1887-1938* (Oxford: Oxford University Press, 2003).
- Carchedi, G., *Imperialism, Dollarization and the Euro*, in: Leo Panitch und Colin Leys (Hrsg.), *Socialist Register 2002* (London: Merlin Press, 2001), 153-74.
- Chamberlain, E., *The Theory of Monopolistic Competition* (Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 1933).
- Chomsky, N., 9-11 (New York: Seven Stories Press, 2001).
- Doyle, M. W., *Empires* (Ithaca, NY: Cornell University Press, 1986).
- du Boff, R., *U.S. Empire: Continuing Decline, Enduring Danger*, *Monthly Review*, 55/2 (2003), S. 1-15.
- Duménil, G./D. Lévy, *Neo-Liberal Dynamics: A New Phase?*, unveröffentlichtes Manuskript, 2004.
- Duménil, G./D. Lévy, *The Economics of US Imperialism at the Turn of the 21st Century*, unveröffentlichtes Manuskript, 2004.
- Filkins, D., *Tough New Tactics by U.S. Tighten Grip on Iraq's Towns*, *New York Times*, 7. Dezember 2003, S. A18.
- Freeman, C., *High Tech and High Heels in the Global Economy* (Durham, NC: Duke University Press, 2000).
- Gills, B. (Hrsg.), *Globalization and the Politics of Resistance* (New York: Palgrave, 2001).
- Gowan, P., *The Global Gamble: Washington's Faustian Bid for World Dominance* (London: Verso, 1999).
- Gowan, P./L. Panitch/M. Shaw, *The State, Globalization and the New Imperialism: A Round Table Discussion, Historical Materialism*, 9 (2001), S. 3-38.
- Gregory, D., *The Colonial Present* (Oxford: Basil Blackwell, 2004).

- Guilbaut, S., *How New York Stole the Idea of Modern Art* (Chicago: University of Chicago Press, 1985).
- Hale, D./L. Hale, *China Takes Off*, *Foreign Affairs*, 82/6 (2003), S. 36-53.
- Hardt, M./A. Negri, *Empire* (Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 2000), deutsch: *Empire. Die neue Weltordnung* (Frankfurt a.M.: Campus 2002)
- Hart, G., *Disabling Globalization: Places of Power in Post-Apartheid South Africa* (Berkeley: University of California Press, 2002).
- Hart-Landsberg, M./P. Burkett, *China and Socialism: Market Reforms and Class Struggle*, *Monthly Review*, 56/3, Sonderausgabe zu China (2004).
- Harvey, D., *The Condition of Postmodernity* (Oxford: Basil Blackwell, 1989).
- Harvey, D., *The Limits to Capital* (Oxford: Basil Blackwell, 1982; Nachdruck London: Verso Press, 1999).
- Harvey, D., *Paris, the Capital of Modernity* (New York: Routledge, 2003).
- Harvey, D., *Spaces of Capital: Towards a Critical Geography* (New York: Routledge, 2001).
- Harvey, D., *Spaces of Hope* (Edinburgh: Edinburgh University Press, 2000).
- Harvey, D., *The Urban Experience* (Baltimore: Johns Hopkins University Press, 1989).
- Hegel, G. W., *Grundlagen der Philosophie des Rechts* (Frankfurt a.M.: Lang, 1999).
- Henderson, J., *Uneven Crises: Institutional Foundations of East Asian Economic Turmoil*, *Economy and Society*, 28/3 (1999), S. 327-68.
- Henwood, D., *After the New Economy* (New York: New Press, 2003).
- Hill, C., *The World Turned Upside Down* (Harmondsworth: Penguin, 1984).
- Hines, C., *Localization: A Global Manifesto* (London: Earthscan, 2000).
- Historical Materialism*, 8 (2001), special issue: Focus an East Asia after the Crisis.
- Hofstadter, R., *The Paranoid Style in American Politics and Other Essays* (Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 1996).
- Hui, W., *China's New Order: Society, Politics and Economy in Transition*, Hrsg. v. T. Hutters (Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 2003).
- Huntington, S., *Der Kampf der Kulturen: die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert* (München: Europa, 1997).
- Isard, W., *Location and the Space Economy* (Cambridge, Mass.: MIT Press, 1956).
- Johnson, C., *Ein Imperium verfällt. Wann endet das Amerikanische Jahrhundert?* (München: Blessing, 2000)
- Juhász, A., *Ambitions of Empire: The Bush Administration Economic Plan for Iraq (and Beyond)*, *Left Turn Magazine*, 12 (Feb./März 2004).

- Juhasz, A., *The Handover That Wasn't: How the Occupation of Iraq Continues*, Foreign Policy in Focus Policy Report, [www.fpif.org](http://www.fpif.org).
- Julien, C.-A./J. Bruhat/C. Bourgin/M. Crouzet/P. Renouvin, *Les Politiques d'expansion impérialiste* (Paris: Presses Universitaires de France, 1949).
- Kennedy, P., *Aufstieg und Fall der großen Mächte: ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000* (Frankfurt a.M.: Fischer, 1989).
- Khalidi, R., *Resurrecting Empire: Western Footprints and America's Perilous Path in the Middle East* (Boston: Beacon Press, 2004).
- Klare, M., *Resource Wars: The New Landscape of Global Conflict* (New York: Henry Holt, 2001).
- Krugman, P., *Development, Geography and Economic Theory* (Cambridge, Mass.: MIT Press, 1995).
- Lee, C. K., *Gender and the South China Miracle: Two Worlds of Factory Women* (Berkeley: University of California Press, 1998).
- Lefebvre, H., *Die Zukunft des Kapitalismus: die Reproduktion der Produktionsverhältnisse* (München: List 1974).
- Lenin, V.I., *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus: gemeinverständlicher Abriss* (Berlin: Verlag Neuer Weg, 1945).
- Li, S./W. Tang, *China's Regions, Polity and Economy: A Study of Spatial Transformation in the Post-Reform Era* (Hong Kong: Chinese University Press, 2000).
- Lösch, A., *Die räumliche Ordnung der Wirtschaft* (Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen, 2001; Erstausgabe Jena, 1940).
- Luxemburg, R., *Die Akkumulation des Kapitals. Neuauflage im Archiv sozialistischer Literatur Band 1* (Frankfurt a.M.: Verlag Neue Kritik, 1970).
- McDonald, D., und J. Pape, *Cost Recovery and the Crisis of Service Delivery in South Africa* (London: Zed Books, 2002).
- Markusen, A., *Profit Cycles, Oligopoly and Regional Development* (Cambridge, Mass.: MIT Press, 1985).
- Markusen, A., *Regions: The Economics and Politics of Territory* (Totowa, NJ: Rowman & Littlefield, 1987).
- Marx, K., *Das Kapital*, 1. Buch, 23. Kapitel, *Marx-Engels-Werke Band 23* (Berlin: Dietz, 1972).
- Mehta, U., *Liberalism and Empire* (Chicago: University of Chicago Press, 1999).
- Mittelman, J., *The Globalization Syndrome: Transformation and Resistance* (Princeton: Princeton University Press, 2000).
- Morton, A., *Mexico, Neoliberal Restructuring and the EZLN: A Neo-Gramscian Analysis*, in: B. Gills (Hrsg.), *Globalization and the Politics of Resistance* (New York: Palgrave, 2001), S. 255-79.

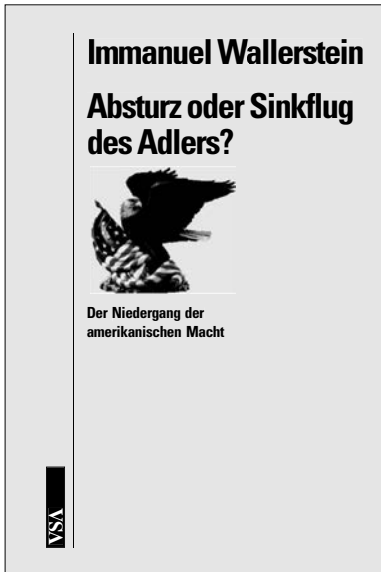
- Muhleisen, M./C. Towe (Hrsg.), U.S. Fiscal Policies and Priorities for Long-Run Sustainability, Occasional Paper 227 (Washington, DC: International Monetary Fund, 2004).
- Nash, J., *Mayan Visions: The Quest for Autonomy in an Age of Globalization* (New York: Routledge, 2001).
- National Security Strategy of the United State of America at [www.whitehouse.gov/nsc/nss](http://www.whitehouse.gov/nsc/nss)
- Nye, J., *Das Paradox der amerikanischen Macht: warum die einzige Supermacht der Welt Verbündete braucht* (Hamburg: Europäische Verlagsanstalt 2003).
- Ong, A., *Spirits of Resistance and Capitalist Discipline: Factory Women in Malaysia* (Albany: State University of New York Press, 1987).
- Panitch, L., *The New Imperial State*, *New Left Review*, 11 / 1 (2000), S. 5-20.
- Payer, C., *The Debt Trap: The IMF and the Third World* (New York: Monthly Review Press, 1974).
- Perelman, M., *The Invention of Capitalism: Classical Political Economy and the Secret History of Primitive Accumulation* (Durham, NC: Duke University Press, 2000).
- Petras, J., und H. Veltmeyer, *Globalization Unmasked: Imperialism in the 21st Century* (London: Zed Books, 2001).
- Pilger, J., *The New Rulers of the World* (London: Verso, 2002).
- Pollard, S., *Essays an the Industrial Revolution in Britain*, Colin Holmes (Hrsg.) (Aldershot: Ashgate Variorum, 2000).
- Pollin, R., *Contours of Descent* (London: Verso, 2003).
- Rostow, W. W., *The Stages of Economic Growth: A Non-Communist Manifesto* (Cambridge: Cambridge University Press, 1966 edn.).
- Roy, A., *Power Politics* (Cambridge, Mass.: South End Press, 2001).
- Servan-Schreiber, J. J., *Die amerikanische Herausforderung* (Hamburg: Hoffmann und Campe, 1968).
- Smith, N., *American Empire: Roosevelt's Geographer and the Prelude to Globalization* (Berkeley: University of California Press, 2003).
- Soederberg, S., *American Empire and »Excluded States«: The Millennium Challenge Account and the Shift to Pre-emptive Development*, unveröffentlichtes Manuskript, Department of Political Science, University of Alberta, 2003.
- Soederberg, S., *The New International Financial Architecture: Imposed Leadership and »Emerging Markets«*, in: Leo Panitch und Colin Leys (Hrsg.), *Socialist Register 2002* (London: Merlin Press, 2001), S. 175-92.
- Stockman, D., *The Triumph of Politics: Why the Reagan Revolution Failed* (New York: Harper Collins, 1986)
- Strange, S., *Mad Money: When Markets Outgrow Governments* (Ann Ar-

- bor: University of Michigan Press, 1998).
- Thompson, E. P., *The Making of the English Working Class* (Harmondsworth: Penguin, 1968).
- U.S. Imperial Ambitions and Iraq [editorial], *Monthly Review*, 54/7 (2002), S. 1-13.
- Wade, R./E. Veneroso, *The Asian Crisis: The High Debt Model versus the Wall Street-Treasury-IMF Complex*, *New Left Review*, 228 (1998), S. 3-23.
- Warren, B., *Imperialism: Pioneer of Capitalism* (London: Verso, 1981).
- Went, R., *Globalization in the Perspective of Imperialism, Science and Society*, 66/4 (2002-3), 473-97.
- Williams, W. A., *Empire as a Way of Life* (New York: Oxford University Press, 1980), deutsch: *Der Welt Gesetz und Freiheit geben. Amerikas Sendungsglaube und imperiale Politik* (Hamburg: Junius, 1984).
- Wolf, E., *Peasant Wars of the Twentieth Century* (New York: HarperCollins, 1969).
- Yergin, D./J. Stanislaw/D. Tergin, *Staat oder Markt: die Schlüsselfrage unseres Jahrhunderts* (Frankfurt a.M.: Campus, 1999).
- Zhang, L., *Strangers in the City: Reconfigurations of Space, Power and Social Networks within China's Floating Population* (Stanford: Stanford University Press, 2001).





# VSA: Neuer Imperialismus



Aus dem Amerikanischen  
von Britta Dutke  
276 Seiten; € 24.80  
ISBN 3-89965-057-3

Jörg Huffs Schmid (Koordination)  
**Die Privatisierung der Welt**  
Hintergründe, Folgen, Gegenstrategien  
Reader des wissenschaftlichen Beirats  
von Attac  
220 Seiten; € 14.80  
ISBN 3-89965-109-X

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag  
St. Georgs Kirchhof 6  
20099 Hamburg  
Tel. 040/28 05 05 67  
Fax 040/28 05 05 68  
mail: [info@vsa-verlag.de](mailto:info@vsa-verlag.de)



200 Seiten; € 15.50  
ISBN 3-89965-115-4

Joachim Hirsch  
**Materialistische Staatstheorie**  
Transformationsprozesse des  
kapitalistischen Staatensystems  
240 Seiten; € 16.80  
ISBN 3-89965-144-8

Burak Copur/Ann-Kathrin Schneider  
**IWF & Weltbank:**  
Dirigenten der Globalisierung  
AttacBasisTexte 12  
96 Seiten; € 6.50  
ISBN 3-89965-072-7

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

VSA



# VSA: Globalisierungskritik

**Ulrich Brand**  
**Gegen-Hegemonie**  
Perspektiven  
globalisierungskritischer  
Strategien



224 Seiten; € 13.80  
ISBN 3-89965-116-2

Karl Heinz Roth  
**Der Zustand der Welt**  
Gegen-Perspektiven  
96 Seiten; € 8.80  
ISBN 3-89965-138-3

**Walden Bello**  
**De-Globalisierung**  
Widerstand gegen  
die neue Weltordnung



Herausgegeben von Oliver Nachtwey  
und Peter Strotmann  
168 Seiten; € 14.80  
ISBN 3-89965-091-3

Alex Callinicos  
**Ein Anti-Kapitalistisches Manifest**  
Aus dem Englischen von David Paenson  
160 Seiten; € 14.80  
ISBN 3-89965-066-2

Wissenschaftlicher Beirat  
von Attac (Hrsg.)  
**ABC der Globalisierung**  
Von »Alterssicherung«  
bis »Zivilgesellschaft«  
250 Seiten; € 10.00  
ISBN 3-89965-139-1

**VSA**

Prospekte anfordern!  
VSA-Verlag  
St. Georgs Kirchhof 6  
20099 Hamburg  
Tel. 040/28 05 05 67  
Fax 040/28 05 05 68  
mail: info@vsa-verlag.de

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)